



Deutsche
Bundesbank
Monatsbericht
Mai 2002

54. Jahrgang
Nr. 5

Deutsche Bundesbank
Wilhelm-Epstein-Straße 14
60431 Frankfurt am Main

Postfach 10 06 02
60006 Frankfurt am Main

Fernruf (0 69) 95 66-1
Durchwahlnummer (0 69) 95 66 . . .
und anschließend die gewünschte
Hausrufnummer wählen.

Telex Inland 41 227, Ausland 4 14 431
Telefax (0 69) 5 60 10 71

Internet <http://www.bundesbank.de>

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

ISSN 0012-0006

Abgeschlossen am 17. Mai 2002

Ein jährlicher und ein wöchentlicher Veröffentlichungskalender für ausgewählte Statistiken der Deutschen Bundesbank liegen vor und können unter der nebenstehenden Internetadresse abgerufen werden. Die entsprechenden Daten werden ebenfalls im Internet publiziert.

Der Monatsbericht erscheint im Selbstverlag der Deutschen Bundesbank, Frankfurt am Main, und wird auf Grund von § 18 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank vom 26. 7. 1957 veröffentlicht. Er wird an Interessenten kostenlos abgegeben.

Inhalt

Siebentes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank	5
--	----------

Die Wirtschaftslage in Deutschland im Frühjahr 2002	19
--	-----------

Internationales und europäisches Umfeld	20
Exkurs: Zur Diskussion über Wachstums- lücke und Wohlstandsgefälle zwischen den USA und dem Euro-Raum	35
Finanzmärkte in Deutschland	40
Konjunkturlage in Deutschland	47
Außenwirtschaft	57
Öffentliche Finanzen	65

Statistischer Teil	1*
---------------------------	-----------

Wichtige Wirtschaftsdaten für die EWU	6*
Bankstatistische Gesamtrechnungen in der EWU	8*
Konsolidierter Ausweis des Eurosystems	16*
Banken	20*
Mindestreserven	42*
Zinssätze	43*
Kapitalmarkt	48*
Öffentliche Finanzen in Deutschland	52*
Konjunkturlage	60*
Außenwirtschaft	67*

Übersicht über Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank	77*
---	------------

Siebentes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank

Mit dem Eintritt Deutschlands in die dritte Stufe der Währungsunion am 1. Januar 1999 haben sich die Aufgaben der Deutschen Bundesbank infolge der Übertragung ihrer geld- und währungspolitischen Befugnisse auf die Gemeinschaftsebene geändert. Das 7. Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank (7. BBankGÄndG) vom 23. März 2002, verkündet im Bundesgesetzblatt am 28. März 2002, trägt den geänderten Rahmenbedingungen mit einer Neuregelung der Bundesbankorganisation Rechnung. Darüber hinaus werden durch das Gesetz noch einige auf die Einführung des Euro zurückgehende technische Änderungen des Bundesbankgesetzes (BBankG) vorgenommen. Im Folgenden werden Entstehungsgeschichte und wesentlicher Inhalt des am 30. April 2002 in Kraft getretenen 7. BBankGÄndG dargestellt.

Die Deutsche Bundesbank im Europäischen System der Zentralbanken

Mit dem Eintritt in die dritte Stufe der Europäischen Währungsunion am 1. Januar 1999 haben die teilnehmenden Mitgliedsstaaten ihre geld- und währungspolitischen Befugnisse auf die Gemeinschaftsebene übertragen. Die Verantwortung für die einheitliche europäische Geldpolitik trägt seitdem das Europäische System der Zentralbanken (ESZB). Die Deutsche Bundesbank ist integraler Bestandteil des ESZB. Die geldpolitischen Beschlüsse werden vom Rat der Europäischen

Zentralbank (EZB-Rat), dem obersten Willensbildungs- und Entscheidungsgremium des ESZB, gefasst. Der Präsident der Deutschen Bundesbank ist Mitglied des EZB-Rats, zusammen mit den Präsidenten der anderen elf nationalen Zentralbanken der an der Währungsunion teilnehmenden Mitgliedsstaaten und den sechs Mitgliedern des Direktoriums der EZB.

Die Rolle der Deutschen Bundesbank hat sich infolge der Übertragung der Verantwortung für die Geld- und Währungspolitik auf die Gemeinschaftsebene von einer Alleinverantwortung für Deutschland in eine Mitverantwortung für die Euro-Zone gewandelt. Die Deutsche Bundesbank besitzt keine eigenständigen geldpolitischen Entscheidungsbefugnisse mehr. Ihre Aufgabe im Bereich der Geldpolitik besteht seit dem 1. Januar 1999 in der Mitentscheidung sowie in der Mitwirkung der Vorbereitung, Umsetzung und Vermittlung der Entscheidungen des EZB-Rats.

Erfordernis der Anpassung der Leitungs- und Entscheidungsstrukturen

Schon früh war klar, dass die neue Rolle der Deutschen Bundesbank eine Reform ihrer Leitungs- und Entscheidungsstrukturen erforderlich machen würde. Seit dem In-Kraft-Treten des Bundesbankgesetzes im Jahr 1957 waren diese Strukturen von einer Organvielfalt gekennzeichnet, bestehend aus dem Zentralbankrat, dem Direktorium und zuletzt neun Vorständen von Landeszentralbanken. Im Mittelpunkt stand der vormals über geldpolitische Befugnisse verfügende Zentralbankrat der Deutschen Bundesbank. Er setzte sich aus

den Mitgliedern des Direktoriums und den Präsidenten der Landeszentralbanken zusammen. Diese Struktur hatte der Gesetzgeber aus der Überlegung heraus errichtet, dass eine Meinungsvielfalt im Leitungsorgan der Notenbank maßgeblich zur Qualität ihrer Geldpolitik beitragen würde. Mit dem Übergang der geld- und währungspolitischen Befugnisse auf die Gemeinschaftsebene war die Rechtfertigung für diese Organvielfalt innerhalb der Bundesbankorganisation jedoch entfallen.

Überlegungen und Vorschläge des Zentralbankrats zur Organisationsstruktur

Den Anfang der Reformdiskussion machte die Deutsche Bundesbank selbst. Im Juli 1999 präsentierte der Zentralbankrat der Öffentlichkeit seine Überlegungen und Vorschläge zur künftigen Organisationsstruktur der Deutschen Bundesbank (eingehend hierzu: Deutsche Bundesbank, Monatsbericht, Juli 1999, S. 5 ff.).

Ausgangspunkt der Überlegungen des Zentralbankrats waren sechs Eckpunkte, zu denen unter anderem die Zusammenführung der Organe der Bank (Zentralbankrat, Direktorium und Vorstände der Landeszentralbanken) zu einem neuen einheitlichen Leitungsgremium, die Wahrung des Kollegialitätsprinzips bei der Entscheidungsfindung als wichtige Stütze der Unabhängigkeit sowie die qualifizierte Unterstützung des Präsidenten bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben im EZB-Rat gehörten. Über die konkrete Umsetzung der Eckpunkte gab es im Zentralbankrat

jedoch unterschiedliche Auffassungen, so dass er zwei Optionen vorlegte, die die verschiedenen Konzeptionen und Präferenzen seiner Mitglieder widerspiegelten.

Option 1 sah die Errichtung eines Vorstands mit Sitz in Frankfurt am Main vor, dem acht Mitglieder angehören sollten. Der Präsident und der Vizepräsident sowie zwei weitere Mitglieder des Vorstands sollten von der Bundesregierung, vier weitere Mitglieder vom Bundesrat vorgeschlagen werden. Darüber hinaus war geplant, die regionale Struktur der Deutschen Bundesbank durch die Beibehaltung von neun Hauptverwaltungen zu gewährleisten. An die Stelle der vormaligen Vorstände der Landeszentralbanken sollten vom Vorstand weisungsabhängige, nicht über eigene Vorbehaltszuständigkeiten verfügende Regionaldirektoren treten. Die Wahrnehmung regionaler Belange hätte durch interne Übertragung der Zuständigkeit für bestimmte Regionalbereiche auf einzelne Mitglieder des einheitlichen Leitungsgremiums erfolgen können. Weiter beinhaltete der Vorschlag, dass sie Büros in den Regionen unterhalten können und den politischen Instanzen und gesellschaftlichen Gruppen auf Landesebene als Dialogpartner zur Verfügung stehen.

Im Mittelpunkt der Option 2 stand die Zusammenlegung des Zentralbankrats, des Direktoriums und der Vorstände der Landeszentralbanken zu einem einheitlichen Leitungsgremium, dem Zentralbankrat (neu). Ihm sollten neben dem Präsidenten und dem Vizepräsidenten höchstens vier weitere Mitglieder mit ständigem Sitz in Frankfurt am Main sowie die Präsidenten der (künftig sieben) Landes-

zentralbanken angehören. Ein Vorschlagsrecht der Bundesregierung war für den Präsidenten und den Vizepräsidenten sowie die weiteren Mitglieder des Leitungsgremiums mit Sitz in Frankfurt am Main vorgesehen. Die Präsidenten der Landeszentralbanken, mit Sitz in den Regionen, sollten nach dem bisherigen Verfahren von den jeweiligen Landesregierungen über den Bundesrat vorgeschlagen werden. Nach dieser Option hätten der Zentralbankrat (alt), das Direktorium und die Vorstände der Landeszentralbanken zwar ihre Organeigenschaft verloren, die Landeszentralbanken jedoch weiterhin über gesetzlich zugewiesene Aufgaben verfügt.

Bund-Länder-Arbeitsgruppe und Eckpunkte des Bundesministers der Finanzen

Im Anschluss an die Veröffentlichung der Überlegungen des Zentralbankrats wurde eine Vielzahl unterschiedlicher Modelle für eine neue Organisationsstruktur der Deutschen Bundesbank diskutiert. Um das Reformvorhaben voranzutreiben, verständigten sich der Bundesminister der Finanzen und die Länderfinanzminister Anfang März 2000 auf die Einsetzung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe. Ihr gehörten neben dem Bundesfinanzminister die Finanzminister von Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen und Bayern an. Die Bund-Länder-Arbeitsgruppe ihrerseits berief eine achtköpfige Expertengruppe, die Vorschläge für eine Lösung der zwischen dem Bund und den Ländern umstrittenen Fragen der Bundesbankstrukturreform erarbeiten sollte.

Anfang Juli 2000 legte die Expertengruppe unter Leitung des ehemaligen Bundesbankpräsidenten Karl Otto Pöhl ein Gutachten zur Bundesbankstrukturreform vor. Darin sprach sich die Mehrheit der Experten unter anderem für die Verringerung der Zahl der neun Landeszentralbanken auf fünf Regionalverwaltungen aus. An deren Spitze sollte jeweils ein Regionalpräsident stehen, der gleichzeitig Mitglied eines zehnköpfigen Vorstands der Bank sein sollte. Der Bundesregierung sollte das Vorschlagsrecht für den Präsidenten und den Vizepräsidenten sowie drei weitere Vorstandsmitglieder mit ständigem Sitz in Frankfurt am Main eingeräumt werden. Die fünf Regionalpräsidenten wären vom Bundesrat unter Einbeziehung der Landesregierungen vorgeschlagen und mit regionalen Zuständigkeiten ausgestattet worden.

Ende Januar 2001 präsentierte der Bundesminister der Finanzen seine Vorstellungen über die neue Organisationsstruktur der Deutschen Bundesbank. Im Mittelpunkt der Pläne stand die Errichtung eines sechsköpfigen Vorstands, wobei der Präsident und der Vizepräsident von der Bundesregierung und die übrigen Mitglieder vom Bundesbankpräsidenten selbst vorgeschlagen werden sollten. An die Stelle der Landeszentralbanken wären neun Hauptverwaltungen getreten, an deren Spitze Landeszentralbankpräsidenten gestanden hätten. Die Hauptverwaltungen sollten ihre gesetzlichen Vorbehaltszuständigkeiten verlieren und ihre Leiter nicht im Leitungsgremium der Deutschen Bundesbank vertreten sein.

7. BBankGÄndG – vom Referenten- über den Regierungsentwurf zum Gesetz

Mitte April 2001 veröffentlichte das Bundesministerium der Finanzen einen Referentenentwurf. Nur wenige Wochen später, Anfang Juni 2001, übermittelte die Bundesregierung ihren Gesetzentwurf dem Bundesrat für eine erste Stellungnahme. Der Bundesrat lehnte diesen Entwurf mit der Begründung ab, dass er die Bedeutung der Landeszentralbanken bei der Schaffung von Vertrauen in die gemeinsame europäische Währung verkenne und der föderalen Struktur der Bundesrepublik Deutschland sowie der dezentralen Struktur der deutschen Kreditwirtschaft und der mittelständisch geprägten Unternehmenslandschaft nicht ausreichend Rechnung trage. In der Folgezeit wurde der Gesetzentwurf vom Deutschen Bundestag und seinen Ausschüssen beraten. Der Finanzausschuss des Bundestages verabschiedete in einer Sitzung Ende Februar 2002 mehrheitlich wesentliche Änderungen des Regierungsentwurfs, die vom Parlament am 1. März 2002 beschlossen wurden. Da der Bundesrat in seiner Sitzung am 22. März 2002 nicht den Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat anrief, konnte das 7. BBankGÄndG am 28. März 2002 im Bundesgesetzblatt verkündet werden und am 30. April 2002 in Kraft treten.

Während die auf die Einführung des Euro zurückgehenden technischen Anpassungen im Gesetzgebungsverfahren weitgehend unverändert blieben, erfolgten hinsichtlich des Vorschlagsrechts für das neue Leitungsorgan noch erhebliche Änderungen.

Vorstand mit Sitz in Frankfurt am Main als alleiniges Leitungs- und Entscheidungsorgan

Im Mittelpunkt des 7. BBankGÄndG steht die Änderung der Organstruktur der Deutschen Bundesbank. Sowohl Referenten- und Regierungsentwurf als auch das am 30. April 2002 in Kraft getretene Gesetz sehen die Errichtung eines Vorstands als alleiniges Leitungs- und Entscheidungsorgan vor. Nach § 7 Abs. 1 Satz 2 BBankG¹⁾ hat der Vorstand die Aufgabe, die Bank zu leiten und zu verwalten. Damit übernimmt er insbesondere die Aufgaben des Direktoriums, aber auch die der Vorstände der Landeszentralbanken und die dem Zentralbankrat nach dem Verlust seiner geldpolitischen Kompetenzen verbliebenen Aufgaben. Konsequenterweise war von Beginn des Gesetzgebungsverfahrens an der Wegfall der Vorstände der Landeszentralbanken und die Streichung ihrer im BBankG a.F. festgeschriebenen Vorbehaltszuständigkeiten vorgesehen.

Mit der Errichtung eines am Sitz der Deutschen Bundesbank in Frankfurt am Main ansässigen Vorstands beabsichtigt der Gesetzgeber eine Anpassung der Organisationsstrukturen der Deutschen Bundesbank an ihre veränderte Aufgabenstellung und eine Verbesserung ihrer Europatauglichkeit durch die Stärkung der Zentrale. Mit ihren klaren und einfachen Strukturen soll die neue Organisationsform der Deutschen Bundesbank ermöglichen, sich schneller an neue Entwicklungen anzupassen und damit auch zu einer Stärkung des Finanzplatzes Deutschland beitragen.

Zusammensetzung und Bestellung des Vorstands

Im Laufe des Gesetzgebungsverfahrens ist die Zahl der Vorstandsmitglieder von sechs Mitgliedern in Referenten- und Regierungsentwurf auf acht Mitglieder im nunmehr in Kraft getretenen Gesetz erhöht worden. Diese Erhöhung ist im Zusammenhang mit der vom Finanzausschuss des Deutschen Bundestages hinsichtlich der Ausgestaltung des Vorschlagsverfahrens für Vorstandsmitglieder vollzogenen Kehrtwende zu sehen. Referenten- und Regierungsentwurf sahen noch vor, dass der Präsident und der Vizepräsident von der Bundesregierung und die weiteren vier Vorstandsmitglieder vom Präsidenten der Deutschen Bundesbank selbst im Einvernehmen mit der Bundesregierung vorgeschlagen werden. In § 7 Abs. 3 Satz 2 BBankG ist demgegenüber festgelegt, dass die Bundesregierung den Präsidenten und den Vizepräsidenten sowie zwei weitere Vorstandsmitglieder und der Bundesrat die übrigen vier Vorstandsmitglieder im Einvernehmen mit der Bundesregierung vorschlägt. Die damit vollzogene Rückkehr zu einem Pluralismus der Vorschlagsinstanzen, vergleichbar mit dem in der Vergangenheit hinsichtlich der Zentralbankratsmitglieder praktizierten Verfahren, ist allgemein als Stärkung der Unabhängigkeit der Deutschen Bundesbank verstanden und begrüßt worden.

1 §§ des BBankG ohne weiteren Zusatz beziehen sich auf das seit 30. April 2002 geltende BBankG in der Fassung des 7. BBankGÄndG; soweit auf das BBankG in der vor dem 30. April 2002 gültigen Fassung Bezug genommen wird, wird dies durch den Zusatz „a.F.“ kenntlich gemacht.

Mit der Aufnahme unterschiedlicher Vorschlagsinstanzen für die Vorstandsmitglieder wurde in § 7 Abs. 3 Satz 3 BBankG darüber hinaus ein in Referenten- und Regierungsentwurf nicht enthaltenes Anhörungsrecht des Vorstands zu den Vorschlägen der Bundesregierung und des Bundesrats aufgenommen, das ebenfalls die Unabhängigkeit der Notenbank stärkt. An der Bestellung der Mitglieder des Leitungsgremiums der Deutschen Bundesbank durch den Bundespräsidenten (§ 7 Abs. 3 Satz 1 BBankG), dem möglichen Bestellungszeitraum zwischen fünf und acht Jahren (§ 7 Abs. 3 Satz 4 BBankG), ihrem öffentlich-rechtlichen Amtsverhältnis (§ 7 Abs. 4 BBankG) sowie dem Erfordernis ihrer besonderen fachlichen Eignung (§ 7 Abs. 2 Satz 2 BBankG) hat sich im Vergleich zum BBankG a. F. nichts geändert.

Regelungen für die Arbeit des Vorstands

Die Regelungen des 7. BBankGÄndG für die Arbeit des neuen Leitungsgremiums der Deutschen Bundesbank betreffen die Zuständigkeitsverteilung und die Abstimmungsmodalitäten innerhalb des Vorstands sowie die Leitung der Vorstandssitzungen. Hinsichtlich der Zuständigkeitsverteilung ermöglicht § 7 Abs. 1 Satz 4 BBankG, dass der Vorstand die Wahrnehmung bestimmter Angelegenheiten einem Mitglied zur eigenverantwortlichen Erledigung übertragen kann. Damit soll die für eine effektive Aufgabenerfüllung notwendige Schaffung von Dezernaten innerhalb des Vorstands gesetzlich abgesichert werden, ohne dass sich dadurch etwas an der Gesamtverantwortung des Vorstands und seiner grundsätzlichen Ausrichtung als Kollegialorgan

ändern würde. § 7 Abs. 1 Satz 3 BBankG sieht den Erlass eines Organisationsstatuts vor, in dem die Verteilung der Zuständigkeiten innerhalb des Vorstands und die Aufgaben, die den Hauptverwaltungen übertragen werden können, geregelt werden²⁾.

Die Regelungen zur Leitung der Vorstandssitzungen und zu den Abstimmungsmodalitäten entsprechen im Ergebnis den früher für das Direktorium der Deutschen Bundesbank geltenden Bestimmungen. Nach § 7 Abs. 5 Satz 1 bis 3 BBankG berät der Vorstand unter dem Vorsitz des Präsidenten oder des Vizepräsidenten und fasst seine Beschlüsse mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen, wobei bei Stimmgleichheit die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag gibt.

Vetorechte des Präsidenten der Deutschen Bundesbank

Referenten- und Regierungsentwurf räumten dem Präsidenten der Deutschen Bundesbank umfassende Vetorechte ein. Im Vorstand sollte die Geschäftsverteilung, die Feststellung des Jahresabschlusses und die im Gesetz neu verankerte Plankostenrechnung nicht gegen den Präsidenten beschlossen werden können. Im Hinblick auf die hiermit verbundene Einschränkung der Gesamtverantwortung des Vorstands für die Gesamtbank und damit des Kollegialprinzips, hat der Finanzausschuss des Bundestages es im Ergebnis bei dem bisher in der Satzung der Deutschen Bundesbank enthaltenen Vetorecht des Präsi-

²⁾ Der Vorstand der Deutschen Bundesbank hat in seiner Sitzung am 8. Mai 2002 das als Anhang (S. 16 ff.) abgedruckte Organisationsstatut beschlossen.

denen hinsichtlich eines Beschlusses zur Geschäftsverteilung belassen. Allerdings findet sich die Regelung jetzt in § 7 Abs. 5 Satz 4 BBankG. Mit der Aufhebung von § 34 BBankG a.F. ist eine Satzung künftig nicht mehr vorgesehen. Nach der Gesetzesbegründung erachtet der Gesetzgeber eine Satzung, die im Wesentlichen Regelungen über die Arbeitsweise der drei Bundesbankorgane enthielt, für nicht mehr erforderlich.

Kein Teilnahmerecht von Mitgliedern der Bundesregierung an Vorstandssitzungen

Das in § 13 Abs. 2 BBankG a.F. enthaltene Teilnahmerecht von Mitgliedern der Bundesregierung an Sitzungen des Leitungsgremiums der Deutschen Bundesbank ist entfallen. Der Gesetzgeber hält ein solches formalisiertes Recht vor dem Hintergrund des Übergangs der geld- und währungspolitischen Befugnisse der Deutschen Bundesbank auf die Gemeinschaftsebene und der deshalb eingeleiteten Neuorganisation der Leitungs- und Entscheidungsstrukturen für nicht mehr sachgerecht. In der Gesetzesbegründung wird die weitergeltende Beratungs- und Auskunftspflicht der Deutschen Bundesbank in Angelegenheiten von wesentlicher währungspolitischer Bedeutung nach § 13 Abs. 1 BBankG als Regulativ für den Verlust des Teilnahmerechts angesehen. Im Übrigen bleibe es dem zukünftigen Bundesbankvorstand unbenommen, Mitglieder der Bundesregierung zu seinen Sitzungen einzuladen.

Hauptverwaltungen der Deutschen Bundesbank

Die Abschaffung der Vorstände der Landeszentralbanken und ihrer gesetzlichen Vorbehaltszuständigkeiten sind nach den Vorstellungen der Bundesregierung von Anfang an Bestandteil der Bundesbankstrukturreform gewesen. Als Folge der Rückkehr zu einem Pluralismus der Vorschlagsinstanzen hinsichtlich der Mitglieder des Vorstands geht das vom Deutschen Bundestag beschlossene Gesetz dabei über die in Referenten- und Regierungsentwurf vorgesehenen Regelungen hinaus. Danach waren ein Vorschlagsrecht des Bundesrats bezüglich der Leiter der Hauptverwaltungen sowie die Beibehaltung ihres öffentlich-rechtlichen Amtsverhältnisses vorgesehen. Nach § 8 Abs. 2 BBankG werden jetzt die Hauptverwaltungen von einem vom Vorstand der Bank weisungsabhängigen Beamten geleitet. Er trägt die Bezeichnung „Präsident der Hauptverwaltung“. Die Präsidenten der Hauptverwaltungen sind nicht im Vorstand vertreten. Die Bezeichnung „Landeszentralbank“ für die Hauptverwaltungen entfällt ersatzlos.

Mit der Neuorganisation der Leitung der Hauptverwaltungen entfallen auch die in § 8 Abs. 2 BBankG a.F. verankerten Vorbehaltszuständigkeiten der Vorstände der Landeszentralbanken. Nach den Vorstellungen des Gesetzgebers sollen dadurch in Zukunft Parallelarbeiten in den Hauptverwaltungen und der frühere Koordinierungsprozess über den Zentralbankrat vermieden werden. Dadurch sollen eine Verschlankung und weitere Effizienzsteigerungen der Organisationsabläufe

der Deutschen Bundesbank ermöglicht werden.

Übergangsregelung für die Organmitglieder der Deutschen Bundesbank

Referenten- und Regierungsentwurf sahen vor, dass die Mitglieder des Direktoriums als Mitglieder des neuen Vorstands und die Landeszentralbankpräsidenten als Leiter der Hauptverwaltungen übernommen werden sollten. Die Vizepräsidenten und weiteren Vorstandsmitglieder der Landeszentralbanken hingegen sollten mit In-Kraft-Treten des 7. BBankGÄndG aus ihren Ämtern scheiden. Da sich der Gesetzgeber letztlich für die Aufteilung des Vorschlagsrechts hinsichtlich der Vorstandsmitglieder auf die Bundesregierung und den Bundesrat entschied, konnte diese Übergangsvorschrift nicht unverändert bleiben. Sie wurde dahingehend angepasst, dass mit Ausnahme des Präsidenten alle Direktoriumsmitglieder sowie ein Teil der Vizepräsidenten und weiteren Vorstandsmitglieder der Landeszentralbanken mit In-Kraft-Treten des 7. BBankGÄndG aus ihren Ämtern schieden. Die übrigen Präsidenten der Landeszentralbanken wurden als Präsidenten der Hauptverwaltungen für die Restlaufzeit ihrer Verträge übernommen.

Beiräte bei den Hauptverwaltungen

Die bei den Hauptverwaltungen angesiedelten Beiräte bleiben auch nach dem In-Kraft-Treten des 7. BBankGÄndG bestehen. Was den Beratungsgegenstand von Beiratssitzungen anbelangt, erfolgte in § 9 Abs. 1 BBankG

eine Anpassung an die geänderten Rahmenbedingungen. Statt wie früher mit dem Präsidenten der Landeszentralbank über Fragen der Währungs- und Kreditpolitik und mit dem Vorstand der Landeszentralbank über die Durchführung der ihm in seinem Bereich obliegenden Aufgaben zu beraten, beschränken sich die Beratungen mit dem Präsidenten der Hauptverwaltung zukünftig auf die Durchführung der im jeweiligen Bereich anfallenden Arbeiten. Die in § 9 Abs. 4 BBankG a.F. vorgesehene Teilnahme von Länderwirtschafts- beziehungsweise Länderfinanzministern ist in der Neufassung von § 9 BBankG nicht mehr enthalten.

Einstufiges Filialnetz der Deutschen Bundesbank

Die Neuregelungen in § 10 BBankG sind ebenfalls im Zusammenhang mit der Bundesbankstrukturreform zu sehen. Danach entfällt die Differenzierung zwischen Hauptstellen und Zweigstellen. Zukünftig unterhält die Deutsche Bundesbank Filialen, die der zuständigen Hauptverwaltung unterstehen. Nach der Gesetzesbegründung erlaubt diese Änderung eine straffere und effizientere, zugleich aber auch flexible bankinterne Organisation. Damit wird dem Umstand Rechnung getragen, dass die Deutsche Bundesbank grundsätzlich in der Fläche vertreten sein soll. Allerdings muss sie Veränderungen in der Bankenlandschaft Rechnung tragen. Wie in der Vergangenheit wird sie auch in Zukunft schon aus Kostengründen ihr Dienstleistungsangebot in der Fläche der Nachfrage der Kreditinstitute anpassen, wobei selbstverständlich eine Wechselwirkung zwischen Angebot und

Nachfrage in Quantität und Qualität der Dienstleistungen besteht.

Neuregelungen zur Kostensteuerung

Der Referentenentwurf sah in § 26 BBankG Änderungen vor, die im Laufe des Gesetzgebungsverfahrens teilweise modifiziert beziehungsweise gänzlich fallen gelassen wurden. Im Mittelpunkt der Diskussion standen die vorgesehenen Rechte des Deutschen Bundestages, nach Ablauf eines jeden Geschäftsjahres über die Entlastung des Vorstands zu beschließen und Empfehlungen für das Ausgabeverhalten der Deutschen Bundesbank geben zu können. Die nach der Veröffentlichung des Referentenentwurfs mit Blick auf die im Gemeinschaftsrecht verankerte Unabhängigkeit der nationalen Zentralbanken des ESZB geäußerten Bedenken gegen diese Bestimmungen führten dazu, dass im Regierungsentwurf an einer Entlastung des Vorstands nicht mehr festgehalten wurde. Ferner wurden aus den „Empfehlungen des Deutschen Bundestages zum Ausgabeverhalten der Deutschen Bundesbank“ „Empfehlungen zur Verbesserung ihrer Effizienz“. Aber auch die verbliebene Vorschrift stieß auf starke Vorbehalte. Die Europäische Zentralbank brachte im Rahmen ihrer Anhörung zum Regierungsentwurf nach Art. 105 Abs. 4 EG-Vertrag ihre Besorgnis zum Ausdruck, dass solche Rechte des Parlaments die Unabhängigkeit der Deutschen Bundesbank beeinträchtigen würden. Sie erachtete sowohl die im Referentenentwurf ursprünglich vorgesehene Entlastung des Vorstands als auch jedwede Empfehlungen des Deutschen Bundestages als mit dem Gemeinschaftsrecht nicht vereinbar. Durch

solche Stellungnahmen des Parlaments könne trotz deren formaler Unverbindlichkeit von außen politischer Druck ausgeübt werden, der die Stellung des Präsidenten der Deutschen Bundesbank als Mitglied des EZB-Rats und damit die Unabhängigkeit eines Beschlussorgans des ESZB beeinträchtige. Abgesehen davon, dass dieses Verfahren entgegen der Begründung zum Gesetzentwurf keine Parallele im Gemeinschaftsrecht habe, würden durch solche Bestimmungen falsche Signale gesetzt und Geist und Wortlaut von Art. 108 EG-Vertrag verletzt. Die Finanzmärkte und die Öffentlichkeit könnten dies als einen stabilitätspolitischen Kurswechsel der Bundesrepublik Deutschland ansehen, die sich in der Vergangenheit, zum Beispiel während den Vorbereitungen zum Vertrag von Maastricht, besonders stark für eine weit reichende Unabhängigkeit der Zentralbanken eingesetzt habe. Letztlich hat der Gesetzgeber auch von der Einführung eines Rechts des Parlaments zur Abgabe von Empfehlungen für die Verbesserung der Effizienz bei der Deutschen Bundesbank abgesehen.

Die verbliebene Neuregelung in § 26 Abs. 4 BBankG für die Kostenrechnung führt zu einer gesetzlichen Festschreibung einer früheren Empfehlung des Bundesrechnungshofes, die die Deutsche Bundesbank, soweit es ihre Organisationsstruktur zuließ, allerdings bereits in die Praxis umgesetzt hatte. Die in § 26 Abs. 5 BBankG normierte erweiterte Weiterleitung von Unterlagen zur Kostenrechnung an das Bundesministerium der Finanzen, den Bundesrechnungshof und den Deutschen Bundestag soll zu einer verbesserten Kostentransparenz beitragen.

Technische Anpassungen des BBankG

Was die im 7. BBankGÄndG enthaltenen Anpassungen technischer Natur anbelangt, ist zwischen Regelungen als Folge der Umstellung der deutschen Rechtsordnung auf den Euro sowie Regelungen zur Klarstellung der der Deutschen Bundesbank bereits nach dem EG-Vertrag und dem ESZB-Statut zukommenden Aufgaben zu unterscheiden.

Überleitung von Kapital- und Rücklagen auf Euro-Beträge

Als Folge der Umstellung der Rechtsordnung auf den Euro ist in § 2 BBankG das Grundkapital der Deutschen Bundesbank von 5 Mrd DM auf Euro umgestellt und der Betrag auf 2,5 Mrd € geglättet worden. Entsprechend wurde hinsichtlich der Regelung über die Gewinnverwendung in § 27 BBankG verfahren. Danach wird in § 27 Nr. 1 BBankG der Betrag der gesetzlichen Rücklage von 5 Mrd DM durch den Betrag von 2,5 Mrd € ersetzt und der der Rücklage bis zum Erreichen ihrer vollen Höhe mindestens zuzuführende Teil des Reingewinns von 500 Mio DM auf Euro umgestellt und auf 250 Mio € geglättet.

Die Glättung des Grundkapitals und der Rücklage der Bank hat eine Herabsetzung der Eigenmittel der Bank um knapp 113 Mio € zur Folge. Um diesen Betrag wird sich nach der Übergangsvorschrift des § 45 Abs. 3 Satz 3 im Fall des Vorhandenseins der vollen gesetzlichen Rücklage im ersten Jahresabschluss nach In-Kraft-Treten des neuen Gesetzes der Reingewinn der Bank erhöhen.

In § 35 BBankG, der die unbefugte Ausgabe und Verwendung von Geldzeichen behandelt, wird die Angabe Deutsche Mark durch die Angabe Euro ersetzt. Hinsichtlich der in § 42 BBankG geregelten Ausgabe von Liquiditätspapieren ist der Betrag von 50 Mrd DM auf Euro umgestellt und auf 25 Mrd € geglättet worden.

Verwaltung der Währungsreserven und Beitrag zur Stabilität der Zahlungs- und Verrechnungssysteme

Durch das 7. BBankGÄndG ist in § 3 BBankG das Halten und Verwalten der Währungsreserven der Bundesrepublik Deutschland, also insbesondere von Gold und Devisen, als Aufgabe der Deutschen Bundesbank aufgenommen worden. Diese Notenbanktätigkeit, die bisher im BBankG nicht ausdrücklich erwähnt wurde, ist nach Art. 105 Abs. 2 dritter Gedankenstrich EG-Vertrag und nach Art. 3.1 dritter Gedankenstrich ESZB-Statut eine der grundlegenden Aufgaben des ESZB. Daneben wird in § 3 BBankG jetzt der Auftrag der Deutschen Bundesbank klargestellt, zur Stabilität der Zahlungs- und Verrechnungssysteme beizutragen. Damit trägt das Gesetz der Regelung in Art. 105 Abs. 2 vierter Gedankenstrich EG-Vertrag und Art. 3.1 ESZB-Statut Rechnung, wonach die Förderung des reibungslosen Funktionierens der Zahlungssysteme ebenfalls zu den grundlegenden Aufgaben des ESZB gehört.

Geschäfte der Deutschen Bundesbank mit Kreditinstituten und anderen Marktteilnehmern

§ 19 BBankG enthält eine vollständig überarbeitete Beschreibung des Geschäftskreises der Bank, die die geldpolitischen Vorgaben des ESZB-Statuts und des EZB-Rats berücksichtigt. Danach wird unter anderem die bisherige Beschränkung der Geschäftstätigkeit der Deutschen Bundesbank auf Kreditinstitute „im Geltungsbereich des BBankG“ aufgehoben und der Kreis der möglichen Geschäftspartner über „Kreditinstitute“ hinaus auch auf „andere Marktteilnehmer“ ausgedehnt.

Ferner sind als Geschäfte, die die Deutsche Bundesbank mit ihren Geschäftspartnern betreiben kann, entsprechend Artikel 18.1 ESZB-Statut die Gewährung von Darlehen gegen Sicherheiten und der Kauf und Verkauf von Forderungen, börsengängigen Wertpapieren und Edelmetallen am offenen Markt entweder im Rahmen von Rückkaufsvereinbarungen oder endgültig per Kasse oder Termin in § 19 BBankG aufgeführt. § 21 BBankG a. F., in dem die Geschäfte am offenen Markt

gesondert behandelt wurden, konnte dementsprechend gestrichen werden.

Anders als in der bisherigen Regelung werden die zugelassenen Sicherheiten nicht mehr im Einzelnen aufgeführt. Ferner soll die Verwertung der Sicherheiten künftig nicht erst bei Verzug des Schuldners, sondern bereits im Zeitpunkt der Pfandreife des Schuldners zulässig sein. Die Verwertungsarten werden um die Aneignung ergänzt und Verwertungsrechte der Deutschen Bundesbank nicht nur im Fall eines Insolvenzverfahrens über den Schuldner, sondern auch einer vorhergehenden Sicherungsmaßnahme (insbesondere § 46a KWG) möglich sein. Mit Blick auf die grenzüberschreitende Nutzung refinanzierungsfähiger Sicherheiten im so genannten „Korrespondenz-Zentralbankmodell“ wird schließlich klargestellt, dass die Verwertungsmöglichkeiten auch bestehen sollen, wenn die Deutsche Bundesbank die Verwertung für ein anderes Mitglied des ESZB vornimmt. Mit Blick auf das geldpolitische Instrumentarium des ESZB, das eine Einlagefazilität und Termineinlagen vorsieht, ist die Möglichkeit zur Hereinnahme von Einlagen über Giroeinlagen hinaus erweitert worden.

Anhang

Organisationsstatut für die Deutsche Bundesbank³⁾

I. Allgemeine Bestimmungen

§ 1

- (1) Der Vorstand leitet und verwaltet die Bank in gemeinsamer Verantwortung.
- (2) Der Vorstand berät den Präsidenten der Deutschen Bundesbank in seiner Eigenschaft als Mitglied des EZB-Rats und des Erweiterten Rats.
- (3) Der Vorstand beschließt über die Verteilung der Zuständigkeiten unter seinen Mitgliedern (Geschäftsverteilungsplan); ein solcher Beschluss soll nur bei Anwesenheit aller Mitglieder und kann nicht gegen die Stimme des Präsidenten gefasst werden. Die einzelnen Vorstandsmitglieder übernehmen jeweils Eigenverantwortung für die ihnen übertragenen Geschäftsbereiche.
- (4) Die Verteilung der Zuständigkeiten befreit kein Mitglied des Vorstands von der gemeinschaftlichen Verantwortung für die Führung der Geschäfte. Die Mitglieder des Vorstands setzen sich fortlaufend und rechtzeitig über alle wichtigen Entscheidungen und Geschäftsvorfälle in Kenntnis, um jedem Mitglied zu ermöglichen, seine Auffassung zu wichtigen Geschäftsvorgängen rechtzeitig zur Geltung zu bringen.
- (5) Die Vertretung der Vorstandsmitglieder regelt der Geschäftsverteilungsplan. Bei vorübergehender Abwesenheit des zuständigen Vorstandsmitglieds dürfen grundlegende Entschei-

dungen und organisatorische Veränderungen nicht ohne zwingenden Grund von dem Vertreter veranlasst werden.

- (6) In Angelegenheiten, die die Zuständigkeiten mehrerer Vorstandsmitglieder berühren, haben sich die betroffenen Vorstandsmitglieder abzustimmen. Ein Vorstandsmitglied kann ausnahmsweise allein handeln, wenn dies nach pflichtgemäßem Ermessen zur Vermeidung unmittelbar drohender Nachteile für die Deutsche Bundesbank erforderlich erscheint. Die Maßnahme darf nicht weitergehen, als es zur Vermeidung der Nachteile notwendig ist. Das in diesem Fall betroffene, aber nicht beteiligte Vorstandsmitglied ist umgehend in Kenntnis zu setzen.
- (7) Die Plankostenrechnung und der Investitionsplan unterliegen der Beschlussfassung des Vorstands.

II. Sitzungen und Beschlüsse des Vorstands

§ 2

- (1) Sitzungen des Vorstands finden auf Einladung des Präsidenten der Deutschen Bundesbank statt. Der Vorstand tritt in der Regel in Abständen von einer Woche zusammen. Sitzungen sind ferner auf Antrag von mindestens zwei Mitgliedern anzuberaumen.
- (2) Jedes Mitglied des Vorstands kann verlangen, dass eine Angelegenheit, auch wenn sie nicht

³ Beschluss des Vorstands der Deutschen Bundesbank vom 8. Mai 2002 gemäß § 7 Absatz 1 Satz 3 BBankG.

zu seinem Geschäftsbereich gehört, in einer Vorstandssitzung behandelt wird.

- (3) Beschlüsse über die Aufstellung des Jahresabschlusses, der Plankostenrechnung und des Investitionsplans sollen nur bei Anwesenheit aller Vorstandsmitglieder gefasst werden.

§ 3

- (1) Der Vorstand berät unter dem Vorsitz des Präsidenten oder des Vizepräsidenten. Bei gleichzeitiger Verhinderung des Präsidenten und des Vizepräsidenten führt das Vorstandsmitglied mit der längsten Dienstzeit im obersten Leitungsgremium der Deutschen Bundesbank den Vorsitz.
- (2) Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte seiner Mitglieder anwesend ist.
- (3) Beschlussfassung durch schriftliche, telefonische oder technisch gleichwertige Stimmabgabe ist zulässig, es sei denn mehr als zwei Mitglieder widersprechen.
- (4) Der Vorstand fasst seine Beschlüsse mit einfacher Mehrheit der Stimmen. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag. Bei der Verteilung der Zuständigkeiten innerhalb des Vorstands kann nicht gegen den Präsidenten entschieden werden.
- (5) Bei Beschlüssen des Vorstands in personellen Angelegenheiten, die ein Mitglied des Vorstands betreffen, wird geheim abgestimmt. Jedes Mitglied des Vorstands kann beantragen, auch über andere Angelegenheiten geheim abzustimmen.

- (6) Werden persönliche Angelegenheiten eines Vorstandsmitglieds beraten, so hat dieses Mitglied die Möglichkeit zur Stellungnahme, nimmt jedoch an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil.

§ 4

Die vom Vorstand beschlossenen Verträge mit den Mitgliedern des Vorstands werden für den Vorstand von dem Präsidenten der Deutschen Bundesbank, in seinem Falle vom Vizepräsidenten, und jeweils einem weiteren vom Vorstand zu benennenden Mitglied unterzeichnet.

III. Ausschüsse

§ 5

Der Vorstand kann Ausschüsse zur Beratung, Koordinierung und Entscheidungsvorbereitung einrichten.

IV. Zentralbereiche

§ 6

Die Zentralbereiche sind für die Erfüllung der ihnen vom Vorstand übertragenen Aufgaben verantwortlich und berichten über das für sie zuständige Mitglied des Vorstands an den Vorstand. Über die Errichtung von Servicezentren beschließt der Vorstand.

V. Hauptverwaltungen und Filialen

§ 7

Die Hauptverwaltungen werden von einem Präsidenten geleitet und sind für die Erfüllung der ihnen

vom Vorstand übertragenen Aufgaben nach dessen Vorgaben verantwortlich. Sie berichten an den jeweils fachlich zuständigen Zentralbereich.

§ 8

Über die Errichtung und Schließung von Filialen beschließt der Vorstand. Die Filialen berichten an die übergeordnete Hauptverwaltung.

VI. Verschiedenes

§ 9

Im jährlichen Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbank sind die Gesamtbezüge der amtierenden und ehemaligen Mitglieder des Vorstands bezie-

hungsweise des Direktoriums der Deutschen Bundesbank beziehungsweise des Zentralbankrats und des Direktoriums der Bank deutscher Länder und der Vorstände der Landeszentralbanken einschließlich ihrer Hinterbliebenen in einer Summe anzugeben.

VII. Übergangsbestimmungen

§ 10

Soweit in Rechtsvorschriften und Dienstvorschriften der Deutschen Bundesbank der Zentralbankrat der Deutschen Bundesbank, das Direktorium der Deutschen Bundesbank, die Präsidenten oder Vorstände der Landeszentralbanken genannt sind, tritt an ihre Stelle der Vorstand.

Die Wirtschaftslage in Deutschland im Frühjahr 2002

Internationales und europäisches Umfeld

Weltwirtschaftliche Entwicklung

Die Weltwirtschaft dürfte in den Wintermonaten die Talsohle durchschritten haben. Eingeleitet wurde die konjunkturelle Besserung von der amerikanischen Wirtschaft. Inzwischen mehrten sich auch im Euro-Raum die Anzeichen für eine zyklische Belebung. Erhebliche Anstöße erhielt die Weltkonjunktur von der Wirtschaftspolitik. Insbesondere die Notenbanken in den USA und in Westeuropa haben im Laufe des vergangenen Jahres die Leitzinsen kräftig gesenkt. Die US-Regierung ist zudem auf einen ausgeprägten expansiven finanzpolitischen Kurs eingeschwenkt. Im Euro-Raum wurde die Konjunktur durch das Wirkenlassen der automatischen Stabilisatoren gestützt.

*Globale
Konjunktur-
schwäche
überwunden*

Die zyklische Aufwärtstendenz in den meisten Industrie- und Schwellenländern wird sich 2002 aber noch kaum in nennenswert höheren jahresdurchschnittlichen Wachstumsraten niederschlagen. Der jüngsten Prognose des Internationalen Währungsfonds (IWF) zufolge werden unter den größeren Industriestaaten nur die USA und Kanada mit 2,3 % beziehungsweise 2,5 % deutlich bessere Ergebnisse erzielen als im Vorjahr (1,2 % und 1,5 %). Der Euro-Raum und Großbritannien dürften danach mit 1,4 % beziehungsweise 2,0 % etwa so wie im Jahr 2001 abschneiden, als Produktionssteigerungen von 1,5 % und 2,2 % erreicht worden waren. Erst 2003 werden hier die jährlichen Wachstumsraten nach Einschätzung des IWF mit jeweils knapp 3 % erheblich höher liegen. Für Japan wird für 2002 allerdings ein weiterer leichter Rück-

IWF-Prognose

gang des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) erwartet.

Das globale BIP ist nach den Berechnungen des IWF im Jahr 2001 um 2,5 % gestiegen. Damit konnte die im Dezember noch prognostizierte weltweite Rezession, die nach dem Verständnis des IWF-Stabs bei einem Wachstum von weniger als 2,5 % gegeben ist, knapp vermieden werden. Dies war gleichwohl das schwächste Ergebnis seit 1993, als sich die Veränderungsrate auf 2,2 % belaufen hatte. In diesem Jahr wird sich die Weltproduktion – dem World Economic Outlook vom April 2002 zufolge – um 2,8 % und im Jahr 2003 um 4,0 % erhöhen. Der reale Welthandel ist 2001 erstmals seit Beginn dieser Zeitreihe leicht geschrumpft, nachdem er im Jahr 2000 noch um 12 ½ % expandiert hatte. Im Gefolge der allgemeinen Konjunkturerholung wird voraussichtlich auch der grenzüberschreitende Handel mit Gütern und Diensten wieder wachsen. Der Stab des IWF erwartet für 2002 ein Plus von 2 ½ % und für 2003 einen Anstieg um 6 ½ %.

Risiken

Ein beachtliches Risiko für den globalen Konjunkturaufschwung stellt das hohe amerikanische Leistungsbilanzdefizit dar, das zuletzt wieder spürbar gewachsen ist. In diesem Zusammenhang sind auch die zunehmenden protektionistischen Tendenzen in den USA zu sehen, die bei entsprechenden Gegenmaßnahmen der Handelspartner die weltweite Erholung erheblich stören könnten. Die Zuspitzung der Krise im Nahen Osten stellt ebenfalls eine Gefahr für die Weltwirtschaft dar. Die internationalen Rohölpreise hatten sich – ausgehend von ihrem letzten Tiefpunkt Mitte

Vorausschätzungen des IWF für 2002 und 2003 *)

Position	2000	2001	2002	2003
Reales Bruttoinlandsprodukt	Veränderung gegenüber Vorjahr in %			
Fortgeschrittene Volkswirtschaften 1)	+ 3,9	+ 1,2	+ 1,7	+ 3,0
darunter:				
USA	+ 4,1	+ 1,2	+ 2,3	+ 3,4
Japan	+ 2,2	- 0,4	- 1,0	+ 0,8
EWU	+ 3,4	+ 1,5	+ 1,4	+ 2,9
Verbraucherpreise 2)	Veränderung gegenüber Vorjahr in %			
Fortgeschrittene Volkswirtschaften 1)	+ 2,3	+ 2,2	+ 1,3	+ 1,8
darunter:				
USA	+ 3,4	+ 2,8	+ 1,4	+ 2,4
Japan	- 0,8	- 0,7	- 1,1	- 0,5
EWU	+ 2,4	+ 2,6	+ 1,9	+ 1,6
Arbeitslosigkeit	Zahl der Arbeitslosen in % der Erwerbspersonen			
Fortgeschrittene Volkswirtschaften 1)	5,9	6,0	6,4	6,2
darunter:				
USA	4,0	4,8	5,5	5,3
Japan	4,7	5,0	5,8	5,7
EWU	8,8	8,3	8,5	8,2

Quelle: IWF, World Economic Outlook, April 2002. — 1 Einschl. China (Taiwan), Hongkong (Sonderverwaltungsregion), Republik Korea und Singapur. — 2 Preisindex für die Lebenshaltung bzw. HVPI für den Euro-Raum.

Deutsche Bundesbank

Januar 2002 – bis Anfang April um rund 40 % erhöht. Seitdem haben sie zwar zeitweise wieder etwas nachgegeben, ein erneuter Rückschlag ist jedoch nicht auszuschließen, solange die politischen Unruhen in dieser Region anhalten.

Die amerikanische Wirtschaft war nicht zuletzt auf Grund von Sondereinflüssen bereits im vierten Quartal 2001, saisonbereinigt betrachtet, überraschend kräftig gewachsen und hatte damit ihre Startposition für 2002 erheblich verbessern können. Im ersten Viertel dieses Jahres zog das Expansionstempo sogar spürbar an. Die gesamtwirtschaftliche Produktion nahm nach vorläufigen Schätzungen saison- und kalenderbereinigt um 1 ½ % gegenüber der Vorperiode und der entsprechenden Vorjahrszeit zu. Dazu hat maßgeb-

USA

Wachstum des realen BIP...

lich beigetragen, dass die Lager bei weitem nicht mehr so stark wie im Herbst 2001 abgebaut wurden.

... und
wichtiger
Nachfrage-
komponenten
im ersten
Quartal 2002

Die private Endnachfrage nahm dagegen mit saisonbereinigt etwas über ½ % schwächer zu als im letzten Jahresviertel 2001. Damals hatten die sehr günstigen Finanzierungsbedingungen der Autohersteller die Käufe langlebiger Güter in die Höhe getrieben. Dem folgte nun ein Rückgang um 2 %. Der private Konsum insgesamt zog aber dank einer sehr lebhaften Nachfrage nach Verbrauchsgütern um 1 % an und lag damit um knapp 3 ½ % über dem Stand vor Jahresfrist. Gleichzeitig erhöhte sich die saisonbereinigte Sparquote der privaten Haushalte – ausgehend von dem sehr niedrigen Niveau im letzten Quartal 2001 – um reichlich eineinhalb Prozentpunkte auf 2,1%. Ausschlaggebend dafür war, dass das verfügbare Einkommen vor allem auf Grund der zum 1. Januar 2002 wirksam gewordenen Steuersenkung, die im Rahmen des Mitte 2001 verabschiedeten Steuerreformpakets beschlossen worden war, saisonbereinigt um gut 2 ½ % gegenüber der Vorperiode wuchs.

Die Wohnungsbauinvestitionen übertrafen das gedrückte Niveau des Vorquartals um saisonbereinigt 4 %. Dies hing jedoch nicht nur mit den günstigen Finanzierungsbedingungen, sondern auch mit der außergewöhnlich milden Witterung in weiten Teilen des Landes nach der Jahreswende 2001/2002 zusammen. Dagegen hielt bei den gewerblichen Investitionen der Abwärtstrend an, der im Frühjahr 2001 eingesetzt hatte; sie gaben um 1 ½ % gegenüber der Vorperiode nach und

waren um 10 ½ % niedriger als vor einem Jahr. Die realen Exporte nahmen saisonbereinigt erstmals seit Sommer 2000 wieder zu, und zwar um gut 1 ½ %. Erheblich stärker, nämlich um gut 3 ½ %, expandierten die Importe. Das Minus beim realen Außenbeitrag erreichte deshalb einen neuen Rekordwert.

Das kräftige Wachstum in den USA im ersten Quartal darf jedoch nicht den Blick auf die nach wie vor bestehenden Schwachpunkte der US-Konjunktur verstellen. Diese könnten im weiteren Verlauf des Jahres stärker zum Vorschein kommen, wenn die derzeit kräftigen lagerzyklischen Impulse voraussichtlich wieder an Einfluss verlieren. (Nach den bisher vorliegenden Informationen dürfte das BIP-Wachstum bereits im zweiten Jahresviertel merklich niedriger ausfallen als zuvor.) An erster Stelle ist hier die gewerbliche Investitionstätigkeit zu nennen, bei der noch keine durchgreifende Wende zum Besseren erkennbar ist. Ausschlaggebend dafür dürfte die sehr starke Unterauslastung der Produktionskapazitäten in der Industrie sein, die – trotz des seit Anfang 2002 wieder steigenden Nutzungsgrads – zuletzt so niedrig war wie im September 2001 und davor im Juni 1983. In manchen Bereichen der Wirtschaft scheinen auch noch Überkapazitäten vorhanden zu sein, die abgebaut werden müssen, weil sie ökonomisch nicht mehr nutzbar sind. Zudem könnte die hohe Verschuldung im Unternehmenssektor die Investitionsdynamik bremsen.

Die Schubkraft des privaten Verbrauchs darf ebenfalls nicht überschätzt werden. Die Konsumkonjunktur hat sich im vergangenen Jahr relativ wenig abgeschwächt, so dass von die-

Schwachstellen der US-Konjunktur

ser Seite kurzfristig nur geringe zusätzliche Impulse etwa wegen eines größeren Nachholbedarfs zu erwarten sind. Auch an den Finanzmärkten ist die weitere Entwicklung der amerikanischen Wirtschaft zuletzt etwas vorsichtiger beurteilt worden. Dies hat sich in tendenziell nachgebenden Aktienkursen und einer schwächeren Bewertung des US-Dollar gegenüber den Währungen wichtiger Handelspartner bemerkbar gemacht.

*Arbeitsmarkt
und Preise in
den USA*

Die Belebung der gesamtwirtschaftlichen Produktion im Winterhalbjahr 2001/2002 hat sich am Arbeitsmarkt noch nicht spürbar ausgewirkt. Die Zahl der Erwerbstätigen lag in den ersten vier Monaten saisonbereinigt um 0,3 % niedriger als im letzten Quartal 2001, in dem sie um 0,4 % gesunken war. Die Arbeitslosenquote ging zwar im Januar und Februar merklich zurück, zog dann aber – nicht zuletzt auf Grund einer gesetzlichen Ausweitung des Empfängerkreises von Arbeitslosenunterstützung – wieder bis auf 6,0 % im April an und erreichte damit den höchsten Stand seit August 1994. Das Preis-klima blieb trotz des kräftigen Anstiegs der Energiepreise im März/April bis zuletzt entspannt. Im Durchschnitt der ersten vier Monate 2002 waren die Verbraucherpreise nur um 1,3 % höher als ein Jahr zuvor; die Kernrate, das heißt ohne Nahrungsmittel und Energie gerechnet, belief sich jedoch auf 2,5 %.

*Ostasiatische
Schwellen-
länder*

Auf Grund der engen Lieferbeziehungen zu den USA haben die ostasiatischen Schwellenländer inzwischen die deutliche Konjunkturschwäche, in die sie 2001 geraten waren, überwunden. Dabei hat die lebhaftere Nach-

frage nach IT-Produkten eine maßgebliche Rolle gespielt. Erhebliche expansive Impulse aus den USA erhält derzeit auch die mexikanische Wirtschaft, die etwa neun Zehntel ihrer Ausfuhr in das Nachbarland liefert. In den übrigen Ländern Lateinamerikas kommt die zyklische Erholung merklich langsamer voran. Dies dürfte unter anderem daran liegen, dass im Gefolge der Finanz- und Wirtschaftskrise in Argentinien und der politischen Turbulenzen in anderen Ländern die Risiken für diese Region von den Investoren wieder höher eingestuft werden, als es zuvor der Fall war. In Argentinien, dessen Wirtschaft sich derzeit auf einem ausgeprägten Kontraktionskurs befindet, ist kurzfristig nicht mit einer Wende zum Besseren zu rechnen. In den mittel- und osteuropäischen Reformländern kühlte sich die Konjunktur im vergangenen Jahr nur vergleichsweise wenig ab. Das Expansionstempo wird sich in diesem Jahr wohl merklich erhöhen. Dazu dürfte auch die voraussichtlich steigende Nachfrage aus Westeuropa beitragen.

Lateinamerika

*Mittel- und ost-
europäische
Reformländer*

Die japanischen Unternehmen konnten in den letzten Monaten wieder höhere Aufträge verbuchen. Außerdem hat sich die Lageranpassung verlangsamt. Die gesamtwirtschaftliche Kontraktionstendenz scheint deshalb allmählich auszulaufen. Im ersten Quartal 2002 blieb die inländische Endnachfrage jedoch schwach. Der private Verbrauch wurde vor allem durch die Verschlechterung der Arbeitsmarktlage und der Einkommenssituation negativ beeinflusst. Die gewerblichen Investitionen befinden sich weiterhin auf Talfahrt, weil hohe Überkapazitäten, sinkende Gewinne und eine zurückhaltende

Japan

Kreditvergabe der Banken die Investitionsneigung dämpften und die Finanzierungsmöglichkeiten einengten. Auch bei den öffentlichen Investitionen hielt der Rückgang an. Dank der höheren Exporte nahm jedoch die Industrieproduktion im ersten Jahresviertel saisonbereinigt erstmals seit langem wieder merklich (+ ¾ %) zu, so dass sich auch der Abstand zur entsprechenden Vorjahrszeit auf – 11 % verringerte. Der Rückgang des Preisniveaus hat sich saisonbereinigt – nach einer kurzen, durch höhere Energiepreise bedingten Unterbrechung im März – im April fortgesetzt. Die Preise auf der Verbraucherstufe waren zuletzt um 1,2 % niedriger als vor Jahresfrist. Die deflatorischen Tendenzen dauerten also an.

Großbritannien

Die britische Wirtschaft ist im Verlauf des Winterhalbjahrs 2001/2002 kaum noch gewachsen. Die im Herbst 2001 eingetretene Stagnation des realen BIP hielt nach ersten Schätzungen in den Wintermonaten 2002 praktisch an. Im Vorjahrsvergleich wurde im ersten Quartal 2002 aber noch ein Zuwachs von 1 % erzielt. Dabei ging die Industrieproduktion saisonbereinigt weiter kräftig zurück, während die Wertschöpfung des Dienstleistungssektors um ½ % expandierte. Gestützt wurde die britische Konjunktur erneut von der privaten Konsumnachfrage, die – gemessen an den Einzelhandelsumsätzen – im ersten Jahresviertel saisonbereinigt um 1 % höher war als in den drei Monaten zuvor und um 5 ½ % über dem Niveau der entsprechenden Vorjahrszeit lag. Recht kräftig dürften auch die Staatsausgaben gestiegen sein. Die Regierung hat die Budgets zur Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur erheblich auf-

gestockt. Die Teuerung auf der Verbraucherstufe hat sich im März auf Grund der höheren Preise für Energie und Dienstleistungen verstärkt; ohne Hypothekenzinsen betrachtet lag die Vorjahrsrate bei 2,3 %, nach 2,2 % im Februar.

Gesamtwirtschaftliche Tendenzen in der EWU

Das reale BIP im Euro-Raum ist im vierten Quartal 2001 saisonbereinigt erstmals seit Anfang 1993 gegenüber der Vorperiode gesunken, und zwar um ¼ %. Das entsprechende Vorjahrsergebnis wurde nur noch um ½ % überschritten. In den zurückliegenden Wintermonaten, für die noch keine VGR-Angaben vorliegen, scheint die Kontraktion der gesamtwirtschaftlichen Erzeugung aber nicht angehalten zu haben. So ist die industrielle Erzeugung im ersten Quartal um ½ % höher gewesen als im letzten Jahresviertel 2001; im Vorjahrsvergleich hat sich der Rückgang auf 3 % vermindert. Die Kapazitätsauslastung im Euro-Raum ist nach der Jahreswende 2001/2002 weiter gesunken.

Die Verbesserung des Vertrauens in der Industrie, die im Zeitraum Dezember 2001 bis März 2002 recht kräftig ausgefallen war, hat sich im April nicht fortgesetzt. Bei den einzelnen Komponenten dieses Indikators stand den günstigeren Produktionserwartungen und den Fortschritten bei der Lageranpassung zuletzt eine schlechtere Einschätzung der Auftragslage gegenüber. Das Konsumentenvertrauen hat sich im April sogar leicht eingetrübt. Die privaten Haushalte stuf-

*BIP-Rückgang
im Herbst
2001, aber...*

*... Industrie-
produktion am
Jahresanfang
wieder nach
oben gerichtet*

*Stimmung
zuletzt
unverändert*

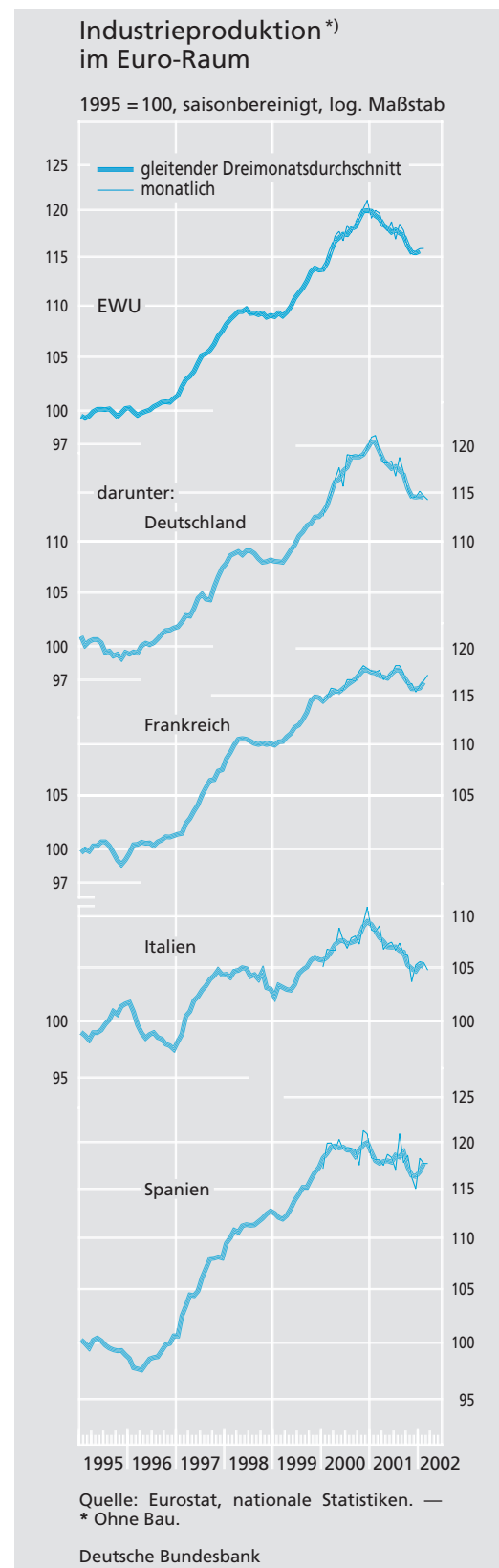
ten sowohl ihre finanzielle Situation in den nächsten zwölf Monaten als auch die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung ungünstiger ein als noch im März.

Wachstums-
gefälle
zwischen
USA und
Euro-Raum

Wegen der schwachen Startposition am Anfang dieses Jahres wird das jahresdurchschnittliche Wachstum im Euro-Raum – nach der bereits erwähnten IWF-Prognose – mit 1,4 % etwas niedriger ausfallen als 2001. Der Euro-Raum wird deshalb den im vergangenen Jahr erzielten Wachstumsvorsprung gegenüber den USA voraussichtlich wieder verlieren. Über den gesamten Zeitraum 1996 bis 2001 ist das amerikanische BIP um durchschnittlich 3 ½ % gestiegen, verglichen mit 2 ½ % im Euro-Raum. Unter Wohlstandsaspekten ist es jedoch empfehlenswert, den Werteverzehr beim Kapitalstock, das heißt die Abschreibungen, aus dem BIP herauszurechnen und die Unterschiede in der Bevölkerungsentwicklung in einen solchen Ländervergleich einzubeziehen. Das sich dann ergebende reale Nettoinlandsprodukt pro Kopf, das als grobes Einkommensmaß dienen kann, nahm in den USA im Durchschnitt der Jahre 1996 bis 2001 um 2 ¼ % pro Jahr und damit „nur“ noch um gut einen viertel Prozentpunkt stärker zu als in den EWU-Ländern (näheres dazu siehe Exkurs auf S. 35 ff.).

Schwacher
Arbeitsmarkt

Die Lage am Arbeitsmarkt in den Ländern der EWU hat sich zum Jahresbeginn 2002 weiter eingetrübt. So dürfte die Beschäftigung insgesamt zwar bis zuletzt noch leicht zugenommen haben, der Anstieg fiel aber geringer aus als in der vergleichbaren Vorjahrszeit. Im vierten Quartal, über das die statistischen Angaben gegenwärtig nicht hinausreichen, lag die



Jahreszuwachsrate erstmals seit gut vier Jahren wieder unter 1%. Ausschlaggebend dafür war, dass in der Industrie und in der Bauwirtschaft das Beschäftigungsniveau des Vorjahres bereits erkennbar unterschritten wurde. Der Arbeitskräfteabbau dürfte in diesen beiden Wirtschaftsbereichen auch in den ersten Monaten des laufenden Jahres angehalten haben. Die Zahl der Arbeitslosen tendiert seit April 2001 leicht nach oben. Im gesamten EWU-Raum waren im März rund 11,5 Millionen Personen arbeitslos, das waren 1¼% mehr als im letzten Tiefpunkt elf Monate zuvor. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote liegt seit Oktober 2001 unverändert bei 8,4%.

*Preis-
entwicklung
zuletzt wieder
günstiger*

Der Preisanstieg im Euro-Währungsraum hat sich in jüngster Zeit verlangsamt. Gemessen am harmonisierten Verbraucherpreisindex verringerte sich die Teuerung im Vorjahresvergleich im April auf 2,4%, nach 2,7% im Januar. Zum Jahresbeginn hatte unter anderem der starke Wintereinbruch, der auch die Mittelmeerländer erfasst hatte, zu einem kräftigen Preisschub bei Nahrungsmitteln geführt. Danach haben sich die Preise wieder normalisiert. Die Entlastung wurde in der Vorjahresrate umso stärker spürbar, als im Frühjahr 2001 die Tierkrisen sowie eine Schlechtwetterperiode die Nahrungsmittelpreise deutlich in die Höhe getrieben hatten. Ein günstiger Basiseffekt trug auch im Energiebereich dazu bei, dass sich die preistreibenden Wirkungen der jüngsten Verteuerung von Heizöl und Benzin, die vor allem von den gestiegenen Weltmarktnotierungen für Rohöl verursacht wurde, in Grenzen hielten. Im Frühjahr 2001 war es nämlich ebenfalls zu deutlichen

Preisanhebungen im Energiebereich gekommen. Bei den gewerblichen Waren und bei den Dienstleistungen haben sich die Teuerungstendenzen etwas verstärkt. Für Güter aus der Industrie mussten die Verbraucher in den ersten vier Monaten dieses Jahres 1,8% mehr bezahlen als zwölf Monate zuvor, bei den Dienstleistungen beliefen sich die Preissteigerungen auf 3,1%.

Die regionale Streuung der Inflationsraten blieb auch in den ersten Monaten des Jahres 2002 hoch. Weit über dem EWU-Durchschnitt lag der Preisanstieg wiederum in Irland, Griechenland und den Niederlanden. Vergleichsweise niedrige Teuerungsraten verzeichneten erneut Deutschland, Frankreich, Österreich und Luxemburg.

*Nach wie
vor starke
Divergenzen im
Euro-Raum*

Leistungsbilanz und Wechselkurse

Der Außenhandel des Euro-Gebiets stand auch zu Anfang dieses Jahres noch unter dem Einfluss der weltwirtschaftlichen Schwächetendenzen, die bis zum Ende des vergangenen Jahres die Entwicklung bestimmt hatten. In den ersten beiden Monaten von 2002 reichten die Ausfuhrumsätze des Euro-Gebiets in Drittländer (saisonbereinigt) nur knapp an den Vergleichswert der Vorperiode heran. Die Wareneinfuhren blieben sogar noch um gut 1% hinter dem Wert für die letzten beiden Monate des Vorjahres zurück. Per saldo ist der Überschuss in der Handelsbilanz des Euro-Raums dadurch im Januar und Februar dieses Jahres mit (saisonbereinigt) 21½ Mrd € um 1½ Mrd € höher ausgefallen als in den vorangegangenen beiden

*Außenhandel
und Leistungs-
bilanz*

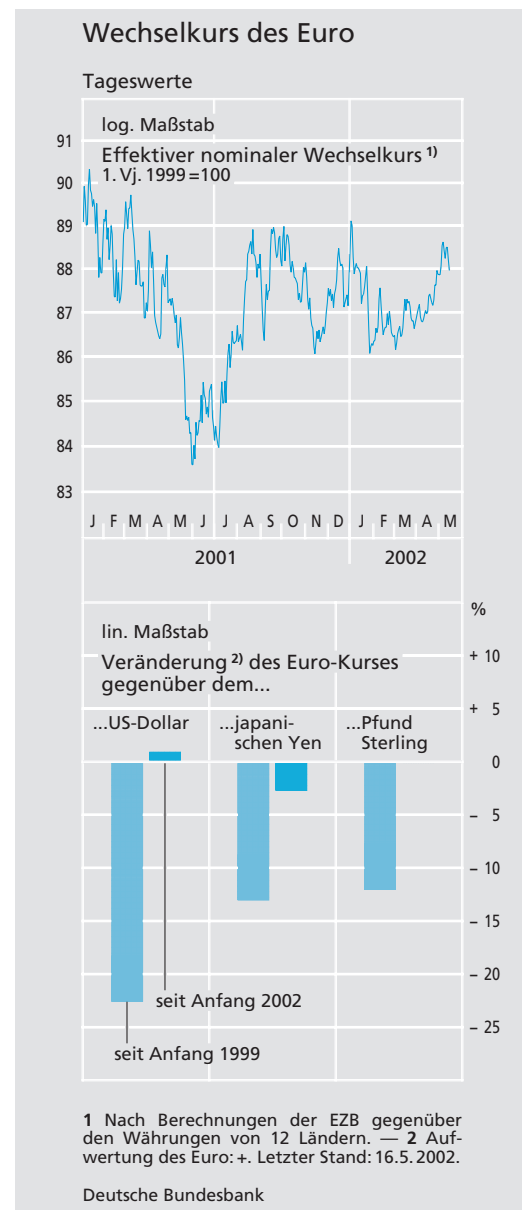
Monaten. Gleichzeitig stieg allerdings auch das Defizit im Bereich der unsichtbaren Leistungstransaktionen um etwa den gleichen Betrag, so dass die gesamte Leistungsbilanz im Januar/Februar mit einem gegenüber der Vorperiode unveränderten Überschuss von 8 Mrd € abschloss.

Wechselkurs-
entwicklung

Die Kursentwicklung des Euro war in den ersten Monaten dieses Jahres von wiederholten Stimmungsschwankungen an den Devisenmärkten gekennzeichnet. Zu größeren Verschiebungen im Kursgefüge ist es dadurch allerdings nicht gekommen. Nachdem sich der Euro im Anschluss an die reibungslose Bargeldeinführung zu Beginn des Jahres spürbar befestigt hatte, geriet er schon kurz darauf erneut unter Druck. Dabei musste die europäische Gemeinschaftswährung insbesondere gegenüber dem US-Dollar einen großen Teil der zuvor erzielten Wertzuwächse wieder abgeben, während sie sich gegenüber den übrigen Währungen vergleichsweise gut behaupten konnte. Seit Mitte April hat der Euro aber auch gegenüber dem US-Dollar wieder deutlich an Boden gewonnen.

US-Dollar

Nach Euro-Notierungen von gut 0,90 US-\$ zum Jahresbeginn, war der Kurs bis Ende Januar auf rund 0,86 US-\$ gefallen. Auch andere wichtige Währungen gaben gegenüber dem US-Dollar deutlich nach. In dieser Zeit wurde bekannt, dass die US-Wirtschaft im vierten Quartal letzten Jahres wieder positive Wachstumszahlen zu verzeichnen hatte. Vor dem Hintergrund widersprüchlicher Signale einzelner Frühindikatoren und häufig wechselnder Einschätzungen hinsichtlich der Aussichten für die US-Konjunktur änderte



sich die Entwicklungsrichtung am Devisenmarkt in der Folgezeit jedoch mehrfach. So ist der US-Dollar in der ersten Märzhälfte nach der Warnung der amerikanischen Federal Reserve vor den Problemen des anhaltend hohen US-Leistungsbilanzdefizits unter Druck geraten. In der zweiten Märzhälfte schwenkte die Stimmungslage aber erneut zu Gunsten des US-Dollar um, als die Wachstumsrate für das US-BIP im vierten Quartal letzten Jahres

nach oben revidiert wurde und neue Zahlen zum Konsumentenvertrauen die Lage der US-Wirtschaft in einem unerwartet günstigen Licht erscheinen ließen. Erst Mitte April setzte eine nachhaltigere Korrektur des Euro-Dollar-Kurses ein, nachdem sich die Einschätzung am Markt verbreitet hatte, dass die Erholung der US-Wirtschaft doch langsamer als erwartet erfolgen würde, während die Prognosen für den Euro-Raum nach wie vor von einer deutlichen Belebung des Wirtschaftswachstums im weiteren Jahresverlauf ausgingen. Zuletzt notierte der Euro bei rund 0,91 US-\$ und damit bereits etwas höher als zu Jahresbeginn.

Yen

Gegenüber dem japanischen Yen hat der Euro im Berichtszeitraum ebenfalls zeitweilig an Boden verloren, zuletzt aber wieder etwas zugelegt. Die Aufwertung des Yen, die im Übrigen auch gegenüber dem US-Dollar zu beobachten war, stand jedoch in einem gewissen Widerspruch zu der weiterhin unsicheren Wirtschaftslage Japans. Eine entscheidende Rolle dürfte dabei die Repatriierung umfangreicher Mittel aus dem Ausland durch japanische Finanzinstitute kurz vor dem Ende des japanischen Fiskaljahres gespielt haben. Allerdings hat sich das Bild in den letzten Wochen wieder zu Gunsten des Euro verschoben, nachdem bekannt geworden war, dass das japanische Wirtschaftswachstum im vierten Quartal letzten Jahres niedriger als erwartet ausgefallen ist. Zuletzt notierte der Euro mit gut 116 Yen aber immer noch knapp 3 % unter dem Kurs von Anfang des Jahres.

Pfund Sterling

Gegenüber dem britischen Pfund Sterling bewegte sich der Euro dagegen über den

gesamten Betrachtungszeitraum hinweg in einem recht engen Band zwischen knapp 0,63 und rund 0,61 Pfund Sterling. In weitgehendem Gleichlauf mit der Entwicklung des Euro-Dollar-Kurses wertete sich das britische Pfund Sterling gegenüber dem US-Dollar im Januar spürbar ab und konnte in der Folgezeit die Wertverluste wieder wett machen. Bei Abschluss dieses Berichts lag der Euro bei knapp 0,63 Pfund Sterling.

Im gewogenen Durchschnitt gegenüber den Währungen der zwölf wichtigsten Handelspartner des Euro-Währungsgebiets hat sich der Euro seit Anfang dieses Jahres nur wenig verändert. Vor dem Hintergrund recht ähnlicher Inflationsraten in den Industrieländern wird die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Euro-Teilnehmerländer damit auch weiterhin von der Wechselkursseite gestützt. Auf Dauer kann die Wirtschaft im Euro-Gebiet aber nicht auf den Fortbestand der daraus erwachsenen Vorteile vertrauen. Für die künftige Entwicklung kommt es deshalb vor allem darauf an, die Risiken auf der Kostenseite unter Kontrolle zu halten, die sich hinsichtlich der Lohnentwicklung und dem erneuten Anstieg der Ölpreise am Weltmarkt abzeichnen.

*Effektiver
Wechselkurs
des Euro*

Geldpolitik und Finanzmärkte in der EWU

Der EZB-Rat setzte in den Frühjahrsmonaten seine Zinspolitik der ruhigen Hand fort und beließ die Leitzinsen des Eurosystems unverändert. Die Hauptrefinanzierungsgeschäfte wurden durchgehend als Zinstender mit einem Mindestbietungssatz von 3,25 % aus-

*Zinssätze des
Eurosystems
unverändert*

geschrieben; die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungs- und die Einlagefazilität betragen weiterhin 4,25 % beziehungsweise 2,25 %. Für eine Geradeausfahrt in der Zinspolitik sprachen sowohl die monetäre als auch die gesamtwirtschaftliche Lage. Das vergleichsweise hohe Geldmengenwachstum hat sich seit der Jahreswende verlangsamt, und die Abschwächung des Kreditwachstums setzte sich fort, so dass die monetäre Entwicklung nicht auf Risiken für die Preisstabilität hinwies. Der Rückgang der laufenden Inflationsrate fiel auf Grund von temporären Einflüssen zwar niedriger aus als erwartet. Doch blieb der Inflationsdruck auch im Rahmen der zweiten Säule der EZB-Strategie trotz der sich abzeichnenden Konjunkturerholung begrenzt. Risiken für die Zukunft bestehen hier allerdings auf Seiten der Löhne und der Ölpreise.

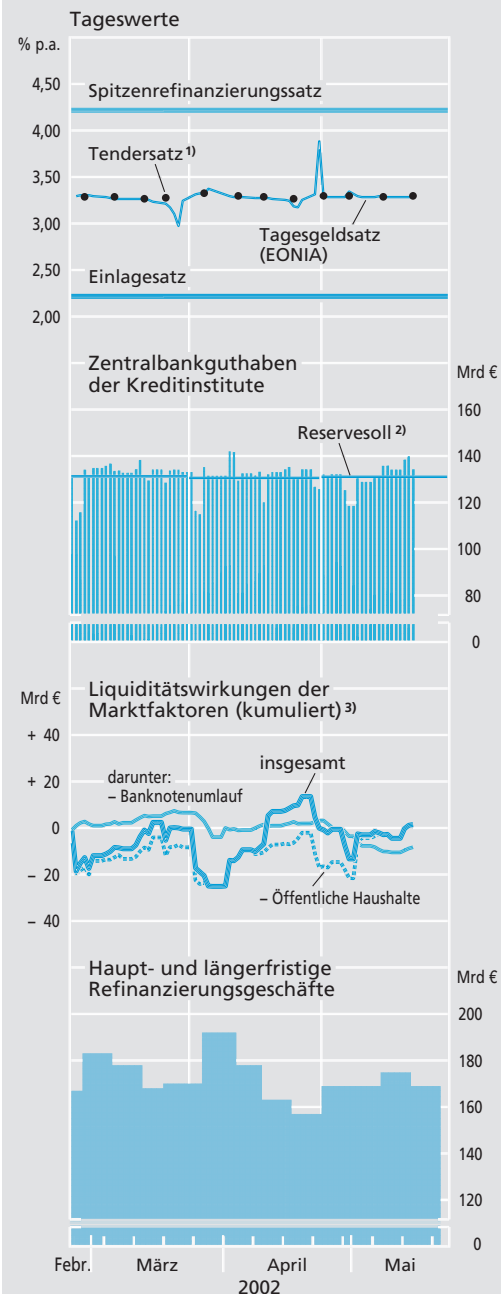
*Zinsstruktur
am Geldmarkt
steiler*

Vor dem Hintergrund des stabilen Mindestbietungssatzes bei den Haupttendern notierten Tagesgeld (EONIA) und die sehr kurzfristigen Termingeldzinsen insgesamt wenig verändert. Die längerfristigen Terminalsätze sind dagegen trotz eines vorübergehenden Rückgangs im April im Ergebnis deutlich gestiegen. Mitte Mai lagen sie um 30 bis 40 Basispunkte über ihrem Niveau von Mitte Februar. Die Zinsstruktur am Geldmarkt ist somit nochmals steiler geworden. Danach rechnen die Marktteilnehmer mit einer Erhöhung der Leitzinsen des Eurosystems im Jahresverlauf.

*Liquiditäts-
steuerung
über Haupt-
refinanzie-
rungsgeschäfte*

Die laufende Geldmarktsteuerung erfolgte im Berichtszeitraum ausschließlich durch den Einsatz von Haupttendern. Die im Januar stark auseinander gelaufenen Haupttender-

Zinsen und Liquiditätssteuerung im Eurosystem



1 Zinssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte. — 2 Erfüllungsperioden: 24.2. bis 23.3., 24.3. bis 23.4. und 24.4. bis 23.5. 2002. — 3 Banknotenumlauf, Nettoposition öffentlicher Haushalte gegenüber dem Eurosystem, Nettowährungsreserven des Eurosystems und sonstige Faktoren; Bereitstellung (+) bzw. Absorption (-) von Zentralbankguthaben.

Liquiditätsbestimmende Faktoren *)

Mrd €; berechnet auf der Basis von Tagesdurchschnitten der Reserveerfüllungsperioden

Position	2002		
	24. Febr. bis 23. März	24. März bis 23. April	24. Febr. bis 23. April
I. Bereitstellung (+) bzw. Absorption (-) von Zentralbankguthaben durch			
1. Veränderung des Banknotenumlaufs (Zunahme: -)	+ 22,9	- 2,6	+ 20,3
2. Veränderung der Einlagen öffentlicher Haushalte beim Eurosystem (Zunahme: -)	- 4,6	- 1,7	- 6,3
3. Veränderung der Netto-Währungsreserven 1)	+ 0,7	+ 8,7	+ 9,4
4. Sonstige Faktoren 2)	- 6,6	- 3,5	- 10,1
Insgesamt	+ 12,4	+ 0,9	+ 13,3
II. Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems			
1. Offenmarktgeschäfte			
a) Hauptrefinanzierungsgeschäfte	- 12,7	- 1,9	- 14,6
b) Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	+ 0,0	- 0,0	± 0,0
c) Sonstige Geschäfte	-	-	-
2. Ständige Fazilitäten			
a) Spitzenrefinanzierungsfazilität	+ 0,0	+ 0,2	+ 0,2
b) Einlagefazilität (Zunahme: -)	- 0,0	- 0,1	- 0,1
Insgesamt	- 12,7	- 1,8	- 14,5
III. Veränderung der Guthaben der Kreditinstitute (I. + II.)	- 0,5	- 0,9	- 1,4
IV. Veränderung des Mindestreservesolls (Zunahme: -)	+ 0,5	+ 0,7	+ 1,2
Nachrichtlich: 3)			
Hauptrefinanzierungsgeschäfte	114,6	112,7	112,7
Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	60,0	60,0	60,0
Sonstige Geschäfte	-	-	-
Spitzenrefinanzierungsfazilität	0,2	0,4	0,4
Einlagefazilität	0,1	0,2	0,2

* Zur längerfristigen Entwicklung und zum Beitrag der Deutschen Bundesbank vgl. S. 14*/15* im Statistischen Teil dieses Berichts. — 1 Einschließlich liquiditätsneutraler Bewertungsanpassungen zum Quartalsende. — 2 Einschließlich in Stufe 2 abgeschlossener und in Stufe 3 noch ausstehender geldpolitischer Geschäfte („Outright“-Geschäfte und die Begebung von Schuldverschreibungen). — 3 Bestände im Durchschnitt der betrachteten bzw. letzten Erfüllungsperiode.

Deutsche Bundesbank

volumina haben sich inzwischen wieder angeglichen. Bei ihrer Bemessung hatte das Eurosystem insbesondere darauf zu achten, dass die Liquiditätseffekte aus den starken Schwankungen der Einlagen öffentlicher Haushalte beim Eurosystem – vor allem Ende Februar, Anfang April und zur Monatswende Mai – zeitnah ausgeglichen wurden. Auch musste der Mittelzufluss infolge der Ausschüttung des dem Bund zustehenden Anteils am Bundesbankgewinn für das Geschäftsjahr 2001 am 11. April in Höhe von 11,2 Mrd € neutralisiert werden. Der Banknotenumlauf, dessen Liquiditätswirkungen in den ersten Wochen nach der Euro-Bargeldeinführung schwer vorherzusagen waren, stellte für die Liquiditätssteuerung im Berichtszeitraum dagegen keine größere Herausforderung mehr dar. Der Tagesgeldsatz wich nur zum Ende der Reserveerfüllungsperioden und wie üblich am Monats- beziehungsweise Quartalsultimo stärker vom Haupttendersatz ab. Insbesondere am Reserveultimo der Erfüllungsperiode März/April stieg der EONIA deutlich an, und die Kreditinstitute griffen im Rahmen ihrer abschließenden Reservedispositionen vorübergehend in größerem Umfang auf die Spitzenrefinanzierungsfazilität zurück.

Von Februar bis April sind den Kreditinstituten durch die autonomen liquiditätsbestimmenden Faktoren per saldo Mittel im Betrag von 13,3 Mrd € zugeflossen (vgl. nebenstehende Tabelle). Hierin spiegelten sich vorrangig der anhaltende Rückfluss der national denominierten Banknoten und die Gewinnausschüttung der Bundesbank wider. Expansiv wirkte auch der Rückgang des Mindestreservesolls um 1,2 Mrd €. Entsprechend reduzierte das

Rückgang des Liquiditätsbedarfs

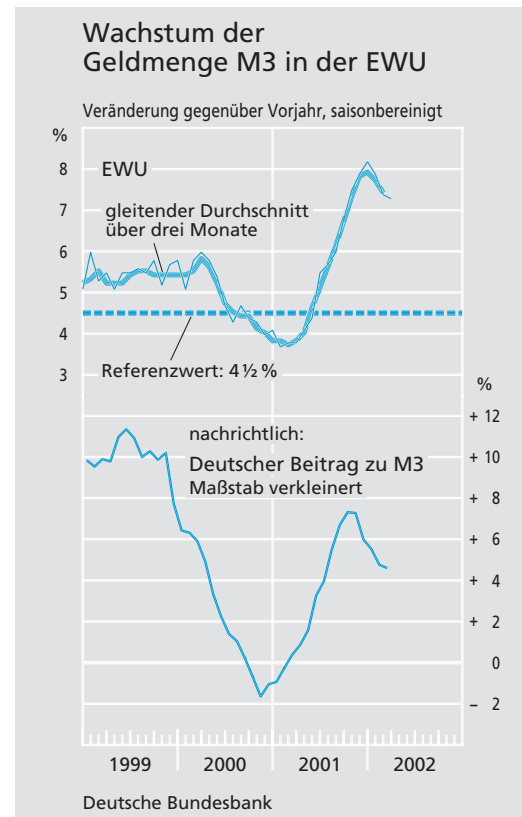
Eurosystem das Volumen der Hauptrefinanzierungsgeschäfte im Berichtszeitraum um 14,6 Mrd € auf durchschnittlich 112,7 Mrd €. Die Inanspruchnahme der ständigen Fazilitäten blieb insgesamt betrachtet gering.

*Erkennbare
Beruhigung der
monetären
Expansion*

Das im vergangenen Jahr sehr starke Geldmengenwachstum hat sich in den ersten Monaten dieses Jahres erkennbar abgeschwächt. Im ersten Vierteljahr 2002 weitete sich das breit abgegrenzte Geldmengenaggregat M3 nur noch mit einer saisonbereinigten Jahresrate von gut 2 ½ % aus, verglichen mit knapp 9 ½ % im zweiten Halbjahr 2001. Der deutsche Beitrag zu M3 expandierte ähnlich mäßig wie das EWU-Aggregat. Trotz der deutlichen Wachstumsverlangsamung übertraf M3 Ende März seinen Vorjahrsstand noch immer um 7,3 %. Der Abbau der im Zusammenhang mit der hohen Unsicherheit an den Finanzmärkten im vorigen Jahr stark ausgeweiteten Liquiditätshaltung in der Wirtschaft kommt also nur langsam voran. Zwar dürften von dieser „Überschussliquidität“ weiterhin keine Inflationsgefahren ausgehen. Sollte sie jedoch auch bei einer vorankommenden wirtschaftlichen Erholung und einer Verschlechterung der Preisperspektiven im Euro-Währungsgebiet anhalten, wird diese Einschätzung überprüft werden müssen.

*Komponenten
der Geldmenge*

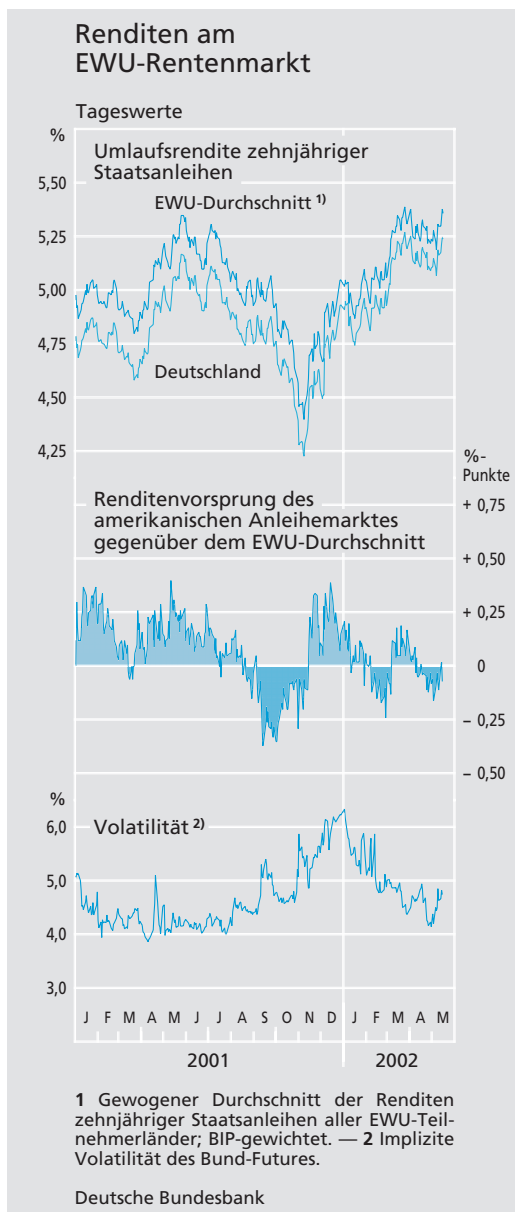
Unter den einzelnen Komponenten der Geldmenge M3 ist der Bargeldumlauf im ersten Quartal 2002 spürbar gestiegen, ohne aber seinen Einbruch im Vorfeld der Euro-Bargeld-einführung auch nur annähernd ausgleichen zu können. Die Aufstockung der Bargeldbestände dürfte auch zu Lasten der täglich fälligen Einlagen erfolgt sein, die im Berichts-



zeitraum in saisonbereinigter Betrachtung erstmals seit Mitte 2000 wieder zurückgegangen sind. Im Ergebnis nahm die Geldmenge M1 im ersten Vierteljahr gleichwohl etwas zu; Ende März übertraf sie ihren Vorjahrsstand um 5,8 %. Die sonstigen kurzfristigen Bankeinlagen wurden im ersten Quartal erneut stark dotiert. Dabei waren vor allem die Einlagen mit einer vereinbarten Kündigungsfrist von bis zu drei Monaten gefragt. Auch die Einlagen mit einer vereinbarten Laufzeit bis zu zwei Jahren konnten erneut zulegen, aber weniger als in den vorherigen Quartalen. Dagegen sind die marktfähigen Finanzinstrumente nach Ausschaltung von Saisoneinflüssen zurückgegangen.

Die Kreditgewährung an den privaten Sektor hat sich im Berichtszeitraum weiter abge-

*Bilanz-
gegenposten*



schwächt. Ende März übertrafen die Ausleihungen der MFIs an Unternehmen und private Haushalte im Euro-Währungsgebiet ihren Vorjahrsstand um 5,4 %, nach 6,7 % Ende Dezember. Mit einer Zunahme um 3,2 Mrd € fiel die Vergabe von Wertpapierkrediten an den privaten Sektor besonders niedrig aus, wozu Sonderverhältnisse bei einer deutschen Bank beigetragen haben. Die Vergabe von Buchkrediten hielt sich etwas besser. Sie stie-

gen von Januar bis März mit einer saisonbereinigten Jahresrate von 5 ½ %, nach knapp 5 % im vierten Quartal 2001. Die Kredite der MFIs an die öffentlichen Haushalte wurden jahreszeitlich bedingt deutlich aufgestockt. Das längerfristige Mittelaufkommen bei MFIs im Euro-Raum war im Berichtszeitraum erneut recht mäßig. Ohne Kapital und Rücklagen gerechnet war die Geldkapitalbildung Ende März nur um 3,5 % höher als vor Jahresfrist. Mittelabflüsse in das EWU-Ausland dürften die monetäre Expansion im ersten Vierteljahr 2002 tendenziell gedämpft haben. Nach den starken Zuflüssen im Wertpapierverkehr im zweiten Halbjahr 2001 haben sich mittlerweile die Zahlungsströme wieder umgekehrt.

Am Kapitalmarkt im Euro-Währungsgebiet hielt der im Spätherbst 2001 einsetzende Zinsanstieg bis Ende März an. Er wurde insbesondere von der Zuversicht der Anleger auf eine baldige konjunkturelle Erholung der Weltwirtschaft getragen. Hinzu traten leicht höhere Inflationserwartungen. Aufkommende Zweifel über die Nachhaltigkeit des Wirtschaftsaufschwungs ließen die Renditen im April wieder etwas abbröckeln. Gleichzeitig nahm die Unsicherheit der Marktteilnehmer über die künftige Zinsentwicklung am Anleihemarkt ab. Verstärkte Besorgnisse über künftige Preisrisiken und die damit verbundenen Zinsperspektiven führten dann Anfang Mai zu einem erneuten Zinsanstieg. Im Durchschnitt der EWU-Länder betrug die Renditen für zehnjährige Staatsanleihen zuletzt 5 ½ % und damit knapp einen Drittel Prozentpunkt mehr als Mitte Februar.

*Kapitalmarkt-
zinsen
gestiegen*

*Abstand von
Geld- und
Kapitalmarkt-
sätzen weiter
vergrößert*

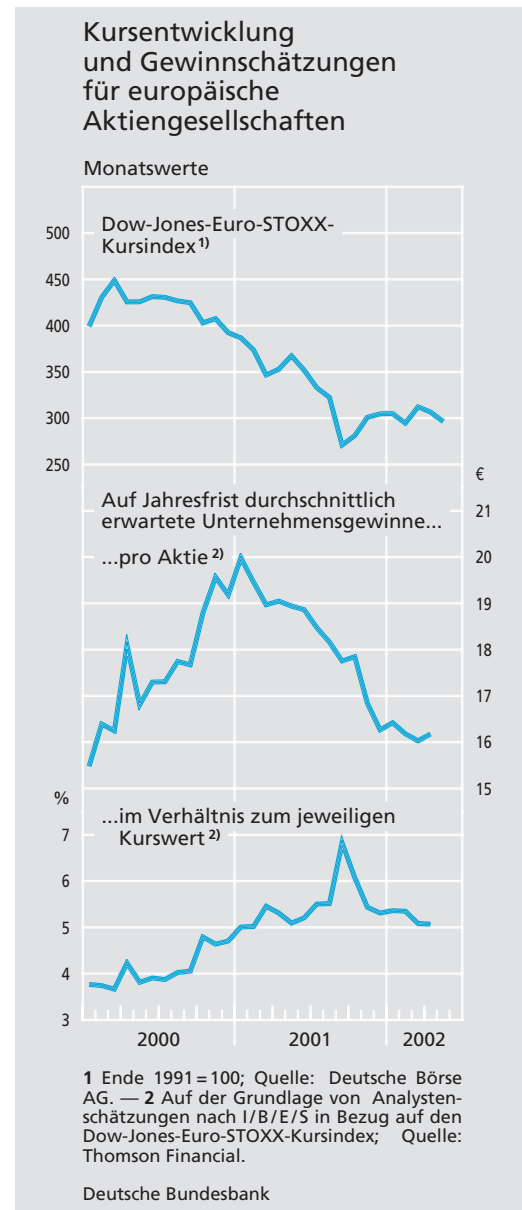
Das Zinsgefälle zwischen Kapital- und Geldmarkt fächerte sich im Berichtszeitraum weiter leicht auf, und zwar von 172 Basispunkten Mitte Februar auf zuletzt 186 Basispunkte. Bei wenig veränderten kurzfristigen Geldmarktzinsen ist die Zinsstruktur im Euro-Währungsgebiet insbesondere am kurzen Laufzeitende steiler geworden. Dies spiegelt einerseits die Aussicht auf einen bevorstehenden Konjunkturaufschwung wider, andererseits jedoch auch die etwas eingetrübten Preisperspektiven und die Annahme höherer Notenbankzinsen.

*Erneut leichter
Zinsvorsprung
der EWU
gegenüber USA*

Die Renditen zehnjähriger US-Treasuries lagen Mitte Februar um rund zehn Basispunkte unter den Notierungen vergleichbarer Staatsanleihen aus EWU-Ländern. Danach zogen sie, beflügelt durch optimistische Einschätzungen der amerikanischen Konjunktur, etwas stärker an als die Renditen im Euro-Raum. Infolgedessen baute sich der Zinsnachteil zehnjähriger US-Staatsanleihen vorübergehend ab. Wegen der in jüngster Zeit wieder etwas verhalteneren Einschätzung der Wachstumsaussichten waren die Renditen von US-Treasuries Mitte Mai erneut um fünf Basispunkte niedriger als die europäischer Staatsanleihen.

*Risikoprämien
für nicht
erstklassige
Unternehmens-
anleihen*

Bei Unternehmensanleihen mit geringerer Bonität setzte sich im Euro-Währungsgebiet der Rückgang der insbesondere im letzten Herbst stark ausgeweiteten Spreads vor dem Hintergrund der erwarteten konjunkturellen Erholung zunächst fort. Bei zuletzt wieder skeptischeren Wachstumserwartungen überstiegen diese Renditenaufschläge allerdings sogar ihr Niveau von Mitte Februar, so dass sich die Einschätzung der Bonität dieser Un-



ternehmen im Ergebnis nicht verbessert hat. Der durchschnittliche Renditenaufschlag solcher Unternehmensanleihen gegenüber Staatsanleihen lag Mitte Mai um 20 Basispunkte über dem Wert zu Beginn der Berichtsperiode.¹⁾

1 Quelle: Merrill-Lynch-Index für Unternehmensanleihen der Bonitätsklasse BBB.

*Seitwärts-
bewegung der
Aktienkurse*

An den Aktienmärkten im Euro-Währungsgebiet waren die Notierungen – gemessen am Dow-Jones-Euro-STOXX-Kursindex – bei Abschluss dieses Berichts 2% höher als Mitte Februar. Die Kurse zogen zunächst deutlich an, als die Marktteilnehmer in Anbetracht positiver konjunktureller Frühindikatoren zunehmend von einer raschen und kräftigen Erholung der Weltwirtschaft ausgingen. Im weiteren Verlauf fielen sie dann wieder zurück. Im Ergebnis lagen die Börsennotierungen europäischer Unternehmen Mitte Mai im Durchschnitt um über ein Drittel unter ihren historischen Höchstständen vom März 2000.

*TMT-Werte
unter Druck*

Ähnlich wie am Rentenmarkt, folgte auch am Aktienmarkt die Kursentwicklung weitgehend der in Amerika. Auch dort verstärkte sich zunächst die konjunkturelle Zuversicht der Anleger, wenngleich diese durch teilweise enttäuschende Firmenberichte und Gewinnprognosen nicht unbedingt bestätigt wurde. Dies gilt insbesondere für den Technologie-sektor. Letztlich fielen die Notierungen in den USA etwas. Auch im Euro-Währungsgebiet gerieten insbesondere Aktien aus dem Technologie-, Telekommunikations- und Medien-

bereich (TMT) nach einigen enttäuschten Gewinnerwartungen spürbar unter Druck, während sich konjunkturabhängige Werte aus den Konsum- und Investitionsgüterbranchen sowie Finanztitel verhältnismäßig gut behaupten konnten.

Die allgemein erwartete Konjunkturerholung hat bei den Analysten zu einer Stabilisierung der prognostizierten Unternehmensgewinne geführt. Die durchschnittlich auf Jahresfrist erwarteten Gewinne für die im Dow-Jones-Euro-STOXX enthaltenen Aktiengesellschaften,²⁾ die im Februar 2002 annähernd 18% unter ihrem Vorjahrswert lagen, wurden nicht weiter zurückgenommen, die langfristigen Gewinnwachstumserwartungen sogar leicht auf Raten von über 12 ½% pro Jahr angehoben. Die noch immer sehr hohe Standardabweichung der Prognosewerte zeigt allerdings, dass unter den Analysten aber nach wie vor Unsicherheit über die weitere Ertragsentwicklung der börsennotierten Unternehmen besteht.

*Gewinn-
schätzungen
auf niedrigerem
Niveau
stabilisiert*

²⁾ Analystenschätzungen nach Angaben von I/B/E/S;
Quelle: Thomson Financial.

Exkurs: Zur Diskussion über Wachstumslücke und Wohlstands- gefälle zwischen den USA und dem Euro-Raum

Die gesamtwirtschaftliche Produktion im Euro-Raum ist im Durchschnitt der Jahre 1996 bis 2001 um 2,4 % gestiegen und damit deutlich langsamer als in den USA (+3,6 % pro Jahr). Bei den Wachstumsunterschieden zwischen den USA und dem Euro-Raum handelt es sich wohl größtenteils nicht um ein konjunkturelles Phänomen. Dies zeigen auch verschiedene Schätzungen des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotenzials, die den USA auch auf längere Sicht einen deutlich höheren und steileren Expansionspfad attestieren als dem Euro-Raum.

*Divergenzen
beim BIP-
Wachstum*

Betrachtet man die angebotsseitigen Hintergründe des Wirtschaftswachstums mit Hilfe einer so genannten Solow-Zerlegung der Wachstumsraten, so zeigt sich, dass sich die Probleme des Euro-Raums auf den Arbeitsmarkt konzentrieren. Der Beitrag des Faktors Arbeit zum Wirtschaftswachstum lag danach in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre mit 0,4 Prozentpunkten pro Jahr nur bei rund einem Viertel des amerikanischen Werts.¹⁾ Außerdem expandierte die Restkomponente, die mit der totalen Faktorproduktivität in Verbindung steht, in den USA erheblich stärker. Der Faktor Kapital leistete dort ebenfalls einen höheren Wachstumsbeitrag.

*Unterschied-
liche Beiträge
der
Produktions-
faktoren*

In den wissenschaftlichen Analysen des Wachstumsrückstands im Euro-Raum spielen die vergleichsweise inflexiblen Arbeitsmärkte eine dominierende Rolle. Als empirischer Be-

*Wichtige
Gründe für das
Wachstums-
gefälle*

¹ Vgl.: Europäische Zentralbank, Neue Technologien und Produktivität im Euro-Währungsgebiet, Monatsbericht, Juli 2001, S. 52 sowie: S. Oliner und D. Sichel, The resurgence of growth in the late 1990s: is information technology the story?, Federal Reserve Board Finance and Economic Discussion Papers Series No. 2000-20, März, S. 24.

leg für die hohe strukturelle Arbeitslosigkeit werden auch Schätzungen der inflationsstabilen Arbeitslosenquoten (NAIRU) angeführt, die in Westeuropa deutlich höher liegen als in den USA. Die kräftigere Zunahme der totalen Faktorproduktivität in den USA wird zum einen auf intensivere Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen zurückgeführt. Zum anderen gibt es Hinweise, dass sich neue Technologien in den USA rascher ausbreiten als in Europa. Dies gilt vor allem für die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT). So wird in einer Studie der OECD gezeigt, dass der IKT-Sektor in den USA im Durchschnitt der Jahre 1995 bis 2000 einen Beitrag von knapp einem Prozentpunkt zum Wachstum des realen BIP geliefert hat, verglichen mit einem viertel Prozentpunkt in den großen europäischen Industrieländern.²⁾ Dafür werden vor allem institutionelle Unterschiede verantwortlich gemacht, wie zum Beispiel Arbeitsmarktrigiditäten, ein Mangel an Risikokapital und die im Allgemeinen hohen bürokratischen Hürden bei Unternehmensgründungen. Die vergleichsweise hohe Regulierungsdichte im Euro-Raum scheint aber nicht nur die „New Economy“ zu behindern, vielmehr wirkt sie sich in vielen Bereichen hemmend auf die Wirtschaftstätigkeit aus.

Neueinschätzung der „New Economy“

Inzwischen ist die zum Teil euphorische Einschätzung der „New Economy“, die im Jahr 2000 ihren Höhepunkt erreichte, auf beiden Seiten des Atlantiks merklich abgeklungen. Sie hat einer realistischeren Betrachtung Platz gemacht. Dies hat auch die Wachstumslücke zwischen den USA und dem Euro-Raum in ein neues Licht gerückt. Anders als noch vor

wenigen Jahren wird heute kritisch gefragt, ob diese weiterhin so groß bleiben wird wie in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre. Insbesondere werden die im Gefolge der wieder anziehenden Binnenkonjunktur voraussichtlich weiter zunehmenden makroökonomischen Ungleichgewichte in den USA als Risiken für den Aufschwung der US-Wirtschaft und der Weltwirtschaft insgesamt angesehen. Ungewiss ist auch, ob sich der investitionsstimulierende Rückgang der relativen Kapitalgüterpreise in ähnlich hohem Tempo fortsetzen wird wie bisher.

Die Größe der ausgewiesenen Wachstumslücke wird zudem mit dem Hinweis auf methodische Divergenzen bei der Ermittlung des realen BIP, die zu einer statistischen Überzeichnung des Wachstumsvorsprungs der USA führen, relativiert. Hier sind vor allem die unterschiedlichen Verfahren zu nennen, die in den USA einerseits und in weiten Teilen des Euro-Raums andererseits zur Bewertung beziehungsweise Erfassung von Qualitätsunterschieden im Rahmen der statistischen Preismessung verwandt werden. Nach Schätzungen der Bundesbank wäre etwa die gesamtwirtschaftliche Produktion in Deutschland im Durchschnitt der Jahre 1996 bis 1999 um knapp einen viertel Prozentpunkt höher ausgewiesen worden, wenn hier zu Lande das amerikanische Deflationierungskonzept angewandt worden wäre.³⁾

Zur Bedeutung statistischer Messkonzepte

² Vgl.: A. Colecchia und P. Schreyer, ICT investment and economic growth in the 1990s: is the United States a unique case? A comparative study of nine OECD countries, STI Working Papers 2001/7, S. 16.

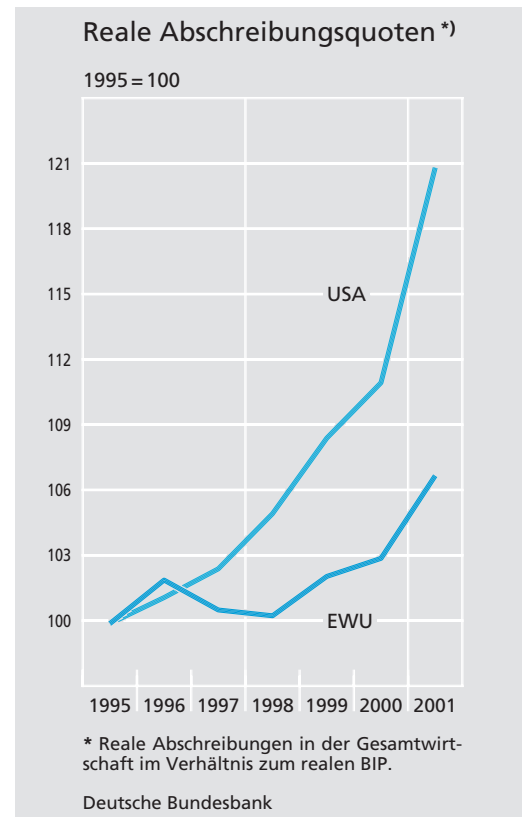
³ Näheres dazu vgl.: Deutsche Bundesbank, Exkurs: Probleme internationaler Wachstumsvergleiche – eine ergänzende Betrachtung, Monatsbericht, Mai 2001, S. 42.

Zur Rolle der gesamtwirtschaftlichen Abschreibungen

Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass der kräftigen Zunahme der Investitionen im IKT-Bereich in den USA ein erheblicher Anstieg der Abschreibungen gegenüber steht. Unter Wohlstandsgesichtspunkten empfiehlt es sich, den Werteverzehr beim Kapitalstock aus dem BIP herauszurechnen, weil er kein verteilbares Einkommen darstellt. In den Jahren 1996 bis 2001 sind die realen Abschreibungen in den USA um jahresdurchschnittlich 7% und damit etwa doppelt so stark gewachsen wie im Euro-Raum. Die Abschreibungsquote, das heißt die realen Abschreibungen bezogen auf das preisbereinigte BIP, die näherungsweise den beschriebenen Sachverhalt zum Ausdruck bringt, ist in den USA seit 1995 von 12% auf 14½% im Jahr 2001 gestiegen, verglichen mit einer Zunahme von knapp einem Prozentpunkt auf 15½% im Euro-Raum.

Starker Anstieg der Investitionsquote in USA

Das Gewicht der Abschreibungen hat sich in den USA mithin deutlicher erhöht als in Westeuropa, was auf eine Reihe von Gründen zurückzuführen ist. Zum einen spielt hier eine Rolle, dass die reale Investitionsquote (brutto) in den USA im Zeitraum 1995 bis 2001 um 3½ Prozentpunkte auf knapp 21½% des realen BIP und damit stärker als im Euro-Raum zugenommen hat, wo sie sich um einen Prozentpunkt auf ebenfalls knapp 21½% erhöhte. Dahinter steht vor allem der Investitionsboom im Zeichen der „New Economy“ in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre, der in den USA erheblich kräftiger ausgeprägt war als in Westeuropa. Zum anderen hat in den USA auch die Anwendung der hedonischen Methode im Rahmen der Preismessung insofern maßgeblich zum Anstieg der



Investitionsquote beigetragen, als sie bei den ganz überwiegend investiv verwandten Gütern der Informations- und Kommunikationstechnologie besonders starke „Wachstumseffekte“ im Vergleich zu den herkömmlichen Verfahren erzeugt.⁴⁾⁵⁾

Auf Grund der kräftigeren Expansion der realen Anlageinvestitionen war auch das Wachstum des realen Kapitalstocks in den USA dynamischer als in der EWU. Allein aus

4 Vgl.: Deutsche Bundesbank, Probleme internationaler Wachstumsvergleiche auf Grund unterschiedlicher Deflationierungsmethoden – dargestellt am Beispiel der EDV-Aufwendungen in Deutschland und den USA, Monatsbericht, August 2000, S. 8.

5 Mit der Anwendung der hedonischen Methode geht einher, dass auch die Abschreibungen in der Tendenz nach oben gezogen werden. Der oben erwähnte Unterschied beim BIP-Wachstum auf Grund divergierender Deflationierungskonzepte schlägt deshalb beim Nettoinlandsprodukt weniger stark zu Buche.

Reales Netto-Inlandsprodukt (NIP) pro Kopf der Bevölkerung in den USA und im Euro-Raum

in %

Land/Wirtschaftsraum	Reales NIP pro Kopf	dabei:		
		Reales BIP	Reale Abschrei- bungs- quote ¹⁾	Bevölke- rung
Durchschnittliche Veränderung im Zeitraum 1996 bis 2001				
USA	2,2	3,6	0,4	0,9
Euro-Raum	1,9	2,4	0,1	0,3
Nachrichtlich: Deutschland	1,2	1,6	0,2	0,1
Differenz in Prozentpunkten				
USA gegenüber ...				
... Euro-Raum	+ 0,3	+ 1,2	+ 0,3	+ 0,6
Nachrichtlich: ... Deutschland	+ 1,0	+ 2,0	+ 0,2	+ 0,8

¹ Reale Abschreibungen in % des realen BIP des jeweiligen Vorjahres; Veränderung in Prozentpunkten. Deflator der Abschreibungen für den Euro-Raum mittels Angaben von sieben EWU-Ländern geschätzt.

Deutsche Bundesbank

der Veränderung in der Verwendungsstruktur der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage zu Gunsten der Anlageinvestitionen ergibt sich schon ein höherer Stellenwert der Abschreibungen in Relation zum BIP. Dabei ist noch zu berücksichtigen, dass die Abschreibungen im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) in den USA wegen der Anwendung degressiver Abschreibungsformeln mit den Anlageinvestitionen zeitlich enger verbunden sind als in den EWU-Ländern, wo die Abschreibungen in der VGR zumeist linear vorgenommen werden.⁶⁾

Außerdem ist der Werteverzehr des Anlagevermögens auf Grund einer veränderten Kapitalgüterstruktur in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre in den USA besonders stark gestiegen. Dies hängt damit zusammen, dass

sich der Investitionsboom hier mehr als in den europäischen Industriestaaten auf IKT-Güter konzentrierte, die im Vergleich zu traditionellen Ausrüstungsgütern durchweg eine eher niedrige Nutzungsdauer aufweisen.⁷⁾ Dies zeigt sich auch in den steuerlichen Abschreibungsregeln in Deutschland. Danach rangieren beispielsweise PCs im Hinblick auf die unterstellte Nutzungsdauer mit drei Jahren am unteren Ende; Pkw müssen dagegen über sechs Jahre, Lkw über neun Jahre und Betriebsgebäude über 33 Jahre abgeschrieben werden.

Wegen des kräftig gestiegenen Anteils der Abschreibungen an der gesamtwirtschaftlichen Produktion in den USA fällt das Wachstum des realen Nettoinlandsprodukts (NIP), das dem in einer Volkswirtschaft verteilbaren Einkommen erheblich näher kommt, im Zeitraum 1996 bis 2001 mit 3 % pro Jahr um einen halben Prozentpunkt niedriger aus als beim Bruttoinlandsprodukt. Im Euro-Raum wuchs das reale NIP mit 2 ¼ % pro Jahr nur um einen viertel Prozentpunkt langsamer als das BIP. Bei einem Vergleich auf der Basis des Nettoinlandsprodukts beläuft sich der Wachstumsvorsprung der USA somit „nur“ noch auf knapp einen Prozentpunkt. Hierbei ist aber zu beachten, dass dieser Effekt – sieht man einmal von den unterschiedlichen Deflationierungs- und Abschreibungsmethoden ab – an Bedeutung verlieren wird, wenn der Euro-Raum, wie allgemein erwartet, in den nächsten Jahren bei den IKT-Investitionen

*Expansion des
Nettoinlands-
produkts*

*Veränderungen
der Kapital-
güterstruktur*

⁶ Vgl.: OECD, Measuring Capital (Manual), Paris 2001, S. 97 ff.

⁷ Vgl.: D. Baker, Is the New Economy Wearing Out? Challenge, vol. 45, Januar/Februar 2002, S. 118 f.

auffholt. Dann werden die Abschreibungsquoten aus den genannten Gründen auch hier steigen.

*Entwicklung
des Netto-
inlandsprodukts
pro Kopf der
Bevölkerung
seit 1995*

In einer Analyse, die Wohlstandsaspekte in den Vordergrund stellt, ist zudem eine Pro-Kopf-Betrachtung angezeigt. Ein Land mit hohem Bevölkerungswachstum muss eine entsprechend stärkere Zunahme der Realeinkommen erwirtschaften als ein Land mit geringer demografischer Dynamik, wenn der Wohlstand seiner Menschen gehalten oder gar gesteigert werden soll. Die US-Bevölkerung ist in den Jahren 1996 bis 2001 auf Grund einer höheren Geburtenrate und eines kräftigen Zustroms an Immigranten im Mittel um knapp 1 % gestiegen, während die Einwohnerzahl im Euro-Raum lediglich um ¼ % pro Jahr wuchs. So expandierte das reale Nettoinlandsprodukt pro Kopf in den USA mit 2 ¼ % pro Jahr und im Euro-Raum um 2 %.

In der Pro-Kopf-Betrachtung ergibt sich damit ein Wachstumsunterschied zwischen beiden Wirtschaftsräumen von „nur“ noch einem viertel Prozentpunkt. Das bedeutet einerseits, dass sich das Wohlstandsgefälle zwischen den USA und dem Euro-Raum in der zweiten

Hälfte der neunziger Jahre bei weitem nicht so stark ausgeweitet haben dürfte wie es die Unterschiede beim BIP-Wachstum suggerieren. Andererseits ist es kein Zeichen von wirtschaftlicher Stärke des Euro-Raums, dass sich der Rückstand beim realen NIP pro Kopf gegenüber den USA überhaupt vergrößert hat und es nicht – wie man hätte erwarten können – zu einer konvergenten Entwicklung gekommen ist.

Das Niveau des realen NIP-Pro-Kopf belief sich in den USA im Jahr 2001 auf knapp 28 700 US- $\text{\$}$; das war fast die Hälfte mehr als im Euro-Raum und ein Drittel mehr als in Deutschland. Dabei wurden die Pro-Kopf-Einkommen im Euro-Raum und in Deutschland mittels Kaufkraftparitäten in US-Dollar umgerechnet, die im Allgemeinen Preisniveauunterschiede zwischen den Ländern zumindest auf kürzere Sicht zuverlässiger anzeigen als die marktmäßigen Wechselkurse. Im Ergebnis betrachtet spricht jedenfalls einiges dafür, bei internationalen Wachstumsvergleichen neben dem üblichen, vornehmlich produktionsorientierten BIP auch einkommensrelevante Kennziffern der VGR mit ins Bild zu nehmen.

*Starkes Niveau-
gefälle im Jahr
2001*

Finanzmärkte in Deutschland

Kapitalmarkt- und Bankzinsen

Die deutschen Kapitalmarktzinsen sind im Einklang mit den amerikanischen und europäischen Renditen in den Frühjahrsmonaten im Ergebnis weiter leicht gestiegen. Die Umlaufrendite zehnjähriger Bundesanleihen war Mitte Mai mit 5¼% knapp einen Drittel Prozentpunkt höher als Mitte Februar. Die Zinsen von Bundeswertpapieren mit kürzerer Restlaufzeit nahmen in etwas stärkerem Umfang zu. Der Zinsvorsprung zehnjähriger Bundesanleihen gegenüber einjährigen Papieren verringerte sich geringfügig auf 119 Basispunkte. Der Zinsabschlag zehnjähriger Bundesanleihen gegenüber dem Durchschnitt der übrigen europäischen Staatsanleihen, der im Herbst letzten Jahres noch etwa 25 Basispunkte betragen hatte, hielt sich seit Februar bei etwa 19 Basispunkten. Der Spread zehnjähriger Schuldverschreibungen inländischer Banken gegenüber vergleichbaren Bundesanleihen blieb im Berichtszeitraum mit rund einem viertel Prozentpunkt weiterhin auf einem verhältnismäßig niedrigen Niveau. Die auf Expertenbefragungen basierenden langfristigen Inflationserwartungen haben sich im Frühjahr leicht erhöht. Im Ergebnis blieben die erwarteten langfristigen Realzinsen mit etwa 3¼% aber nach wie vor vergleichsweise niedrig.

*Zinsanstieg am
Kapitalmarkt*

Während sich die kurzfristigen Bankzinsen, die stärker von den Geldmarktkonditionen bestimmt werden, von Januar bis April nur wenig bewegten, sind die längerfristigen Sollzinsen im Einklang mit den Kapitalmarktzinsen leicht gestiegen. Hypothekarkredite mit zehnjähriger Zinsbindung verteuerten sich

*Wenig
veränderte
kurzfristige
Bankzinsen bei
ansteigenden
Langfristzinsen*

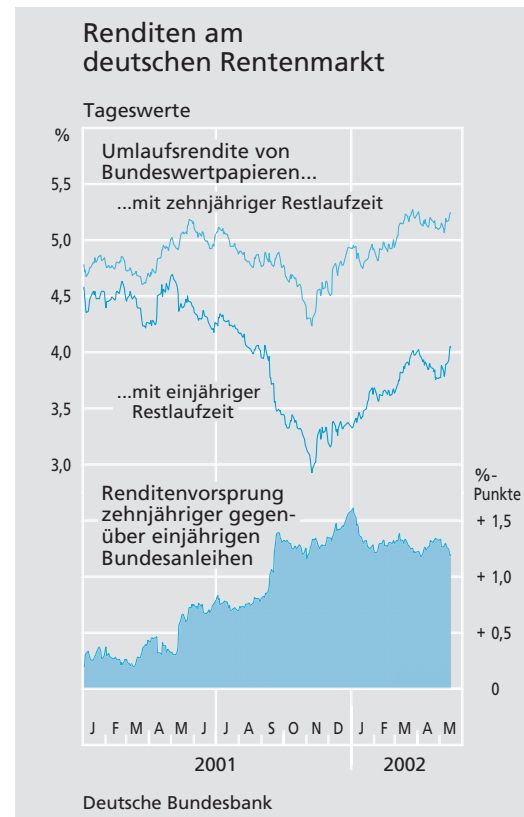
um gut einen Drittel Prozentpunkt auf 6,3 %. Die effektiven Sätze für langfristige Festzinskredite an Unternehmen erhöhten sich im selben Ausmaß auf 6,8 % (Kreditvolumen 100 000 € bis unter 500 000 €) beziehungsweise 6,6 % (Kreditvolumen 500 000 € bis unter 5 Mio €). Für Kontokorrentkredite verlangten die Banken im April mit 8,5 % (Kreditvolumen 500 000 € bis unter 2,5 Mio €) geringfügig mehr als im Januar. Dispositionskredite an Privatkunden haben sich hingegen leicht verbilligt und kosteten zuletzt im Durchschnitt knapp 12 ½ %. Im Passivgeschäft wurden Festgelder mit dreimonatiger Laufzeit (Anlagebetrag 50 000 € bis unter 500 000 €) im April mit 2,8 % geringfügig höher verzinst als im Januar, Festgelder mit einmonatiger Laufzeit mit 2,7 % dagegen etwas niedriger.

Aktienkurse

*Seitwärts-
bewegung am
Aktienmarkt*

Bei Abschluss dieses Berichts lagen die Kurse am deutschen Aktienmarkt gemessen am marktbreiten CDAX-Kursindex 2 % über dem Stand von Mitte Februar. Zunächst wurden die Notierungen durch positive konjunkturelle Frühindikatoren beflügelt, die die Erwartung eines raschen und kräftigen Wirtschaftsaufschwungs nährten. Als diese nachließ, fielen die Kurse jedoch wieder zurück. Gegenüber ihrem historischen Höchststand vom März 2000 wiesen deutsche Aktien damit noch immer einen Rückstand von mehr als 40 % auf.

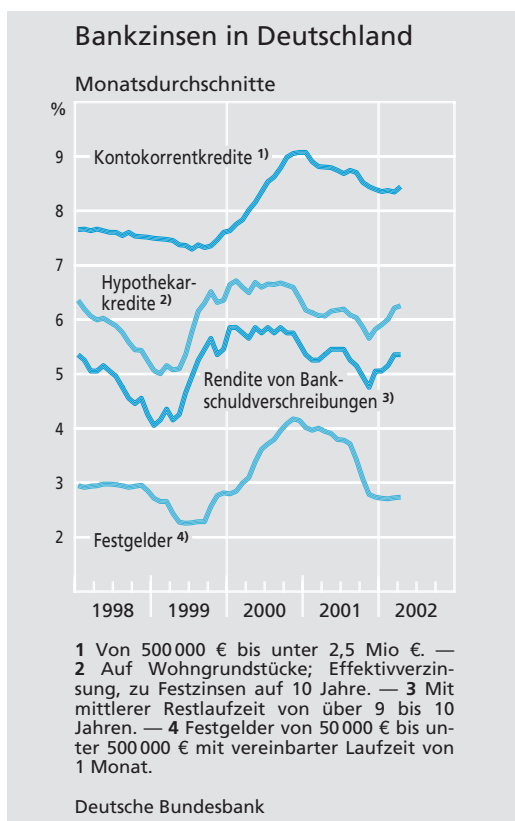
Angesichts der geringen Kurschwankungen im Berichtszeitraum bildete sich die Unsicherheit der Marktteilnehmer über die Entwick-



lung deutscher Standardwerte zunächst weiter zurück. Mit skeptischeren Stimmen über das Ausmaß des konjunkturellen Aufschwungs nahm sie zuletzt allerdings wieder zu.

Die einzelnen Segmente des Aktienmarkts entwickelten sich in der jüngsten Zeit recht unterschiedlich. So gerieten die Notierungen am Neuen Markt erneut unter Druck. In den letzten drei Monaten sank der NEMAX-Gesamtmarkt-Kursindex um 10 %. Demgegenüber konnten sich die im MDAX enthaltenen Nebenwerte mit einem Plus von 3 % weiter verbessern.

*Nebenwerte
weiter
favorisiert*



Mittelbeschaffung über die Wertpapiermärkte

*Gestiegener
Absatz am
Rentenmarkt
vor allem im
längerfristigen
Segment*

Die Absatztätigkeit am deutschen Rentenmarkt hat sich im ersten Quartal 2002 belebt. Der zu Kurswerten berechnete Brutto-Absatz von Schuldverschreibungen inländischer Emittenten stieg von 213 Mrd € im vierten Quartal 2001 auf 239½ Mrd €. Nach Abzug der Tilgungen und unter Berücksichtigung der Eigenbestandsveränderungen betrug der Netto-Absatz 48½ Mrd €, gegenüber 20 Mrd € von Oktober bis Dezember des Vorjahres. Im Ergebnis wurden ausschließlich Anleihen mit Laufzeiten von über einem Jahr begeben. Der Umlauf von Geldmarktpapieren ging hingegen weiter (um 6 Mrd €) zurück. Der Absatz ausländischer Rentenwerte, die per saldo ausschließlich in Euro begeben wur-

den, verringerte sich im Vergleich zum Vorquartal von 24½ Mrd € auf 19 Mrd €. Insgesamt wurden am deutschen Rentenmarkt im ersten Quartal 2002 für 67½ Mrd € Schuldverschreibungen verkauft.

Die gestiegene Mittelaufnahme ist im Wesentlichen auf die verstärkte Emissionstätigkeit der Kreditinstitute zurückzuführen. Sie begaben im ersten Quartal eigene Papiere für netto 35 Mrd €, gegenüber lediglich 5 Mrd € in den drei Monaten zuvor. Im Vordergrund standen dabei Sonstige Bankschuldverschreibungen mit 20 Mrd €. Aber auch Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten und Hypothekendarlehen wurden mit jeweils 8 Mrd € vermehrt abgesetzt. Wie schon im Vorquartal wurden Öffentliche Pfandbriefe netto getilgt. Die öffentliche Hand weitete ihre Rentenmarktverschuldung im ersten Quartal um 13 Mrd € aus. Der größte Schuldner war dabei der Bund, der für 20 Mrd € netto neue Titel begab. Die Länder setzten für 6 Mrd € Schuldverschreibungen ab. Getilgt wurden Anleihen der Sondervermögen des Bundes, insbesondere des Fonds „Deutsche Einheit“ und der Treuhandanstalt im Umfang von 10 Mrd €. Der Umlauf von Industrieschuldverschreibungen erhöhte sich um ½ Mrd €.

*Lebhafte
Emissions-
tätigkeit der
Banken*

Der Umlauf von Commercial Paper, die durch inländische Industrie- und Handelsunternehmen emittiert wurden, ist im Berichtszeitraum um etwa ein Drittel zurückgegangen. Dies ist insofern untypisch und könnte auf eine Verschlechterung der kurzfristigen Finanzierungssituation der Unternehmen hindeuten, als größere Tilgungen dieser am Geldmarkt

*Mittel-
beschaffung
über
Commercial
Paper deutlich
zurück-
gegangen*

gehandelten, nicht besicherten Diskonttitel mit Laufzeiten von unter einem Jahr bisher üblicherweise zum Jahres- oder Halbjahresende erfolgten. Die von Ratingagenturen hinsichtlich ihrer Bonität bewerteten Commercial Paper spielen in Deutschland allerdings noch eine untergeordnete Rolle, sie waren in den vergangenen Jahren aber auf Grund ihrer – im Vergleich zu Bankkrediten – geringeren Zinsen vermehrt zur kurzfristigen Unternehmensfinanzierung herangezogen worden.

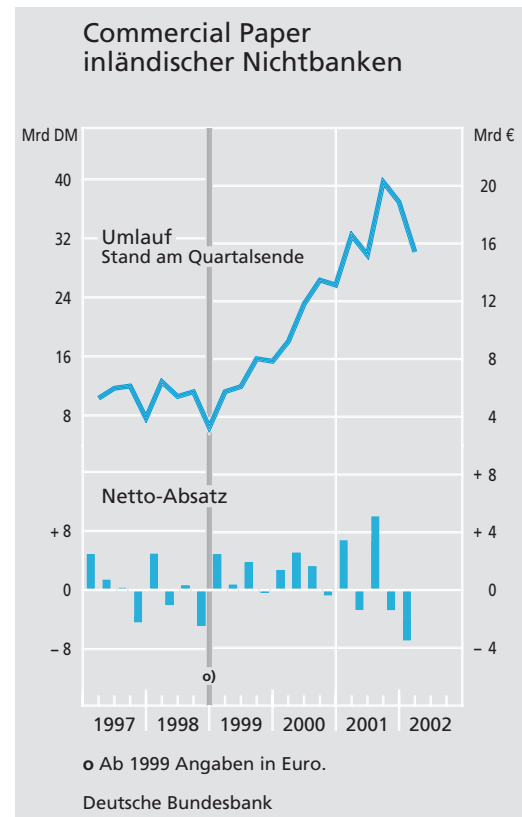
*Kapital-
aufnahmen am
Aktienmarkt
rückläufig*

Inländische Unternehmen platzierten im ersten Quartal 2002 junge Aktien im Kurswert von 3 ½ Mrd €. Damit halbierte sich die Emissionstätigkeit am Aktienmarkt gegenüber den letzten drei Monaten des Vorjahres, auch wenn es im März nach über sechsmonatiger Pause erstmals wieder eine Börsenneueinführung am Neuen Markt gab. Der Absatz von ausländischen Beteiligungstiteln belief sich per saldo auf 15 ½ Mrd €, so dass insgesamt ein Mittelaufkommen von 19 Mrd € am deutschen Aktienmarkt zu verzeichnen war.

Mittelanlage an den Wertpapiermärkten

*Erwerb von
Schuldver-
schreibungen*

Auf der Käuferseite des Rentenmarkts dominierten im ersten Quartal die heimischen Nichtbanken. Sie stockten ihre Anleiheportefolles um 44 ½ Mrd € auf. Drei Viertel davon entfielen auf inländische Papiere. Die inländischen Kreditinstitute erwarben per saldo für 22 Mrd € Rentenwerte, und zwar überwiegend heimische Bankschuldverschreibungen (11 ½ Mrd €). In ausländische Titel – im Wesentlichen in Fremdwährungsanleihen – investierten sie 9 Mrd €. Ausländische Inves-



toren erwarben zu Jahresanfang für netto 1 Mrd € deutsche Schuldverschreibungen, nachdem sie im Vorquartal noch für 12 ½ Mrd € deutsche Beteiligungstitel in ihre Portefolles genommen hatten. Zurückzuführen ist dieser Rückgang ausschließlich auf Verkäufe von Geldmarktpapieren in Höhe von netto 22 Mrd €.

Die inländischen Nichtbanken erwarben im ersten Quartal für 19 Mrd € Dividentitel. Dabei handelte es sich weit überwiegend um ausländische Aktien. Ausländische Anleger stockten ihre Bestände an deutschen Beteiligungstiteln um 9 Mrd € auf. Sie engagierten sich nach einem halben Jahr wieder in größerem Umfang in Portfolioinvestitionen (6 Mrd €). Die heimischen Kreditinstitute ga-

Aktienerwerb

Mittelanlage an den deutschen Wertpapiermärkten

Mrd €

Position	2001	2002	2001
	Okt. bis Dez.	Jan. bis März	Jan. bis März
Rentenwerte			
Inländer	32,4	66,7	57,8
Kreditinstitute 1)	- 1,9	22,3	22,8
darunter:			
ausländische Rentenwerte 2)	3,2	9,1	17,5
Nichtbanken	34,3	44,4	35,0
darunter:			
inländische Rentenwerte	13,0	34,1	20,5
Ausländer 2)	12,3	0,9	- 5,1
Aktien			
Inländer	14,3	10,3	6,6
Kreditinstitute 1)	- 2,2	- 8,6	29,8
darunter:			
inländische Aktien	2,2	- 5,4	23,3
Nichtbanken 3)	16,4	18,8	- 23,2
darunter:			
inländische Aktien	4,9	0,1	- 25,1
Ausländer 2)	- 1,1	8,9	5,9
Investmentzertifikate			
Anlage in Spezialfonds	20,3	5,0	12,2
Anlage in Publikumsfonds	13,4	13,7	12,1
darunter: Aktienfonds	2,4	1,0	2,8

1 Buchwerte, statistisch bereinigt. — 2 Transaktionswerte. — 3 Als Rest errechnet.

Deutsche Bundesbank

ben – wie schon im Vorquartal – Aktien ab (8 ½ Mrd €).

Mittelzufluss in Publikumsfonds stabil

Inländische Investmentzertifikate wurden von Januar bis März mit 18 ½ Mrd € weniger als im Vorquartal (33 ½ Mrd €) abgesetzt. Das geringere Mittelaufkommen ist auf das jahreszeitlich bedingte schlechtere Abschneiden der Spezialfonds zurückzuführen; sie erlösten per saldo 5 Mrd €, gegenüber 20 ½ Mrd € im letzten Vierteljahr 2001. Publikumsfonds wurden mit 13 ½ Mrd € etwa so viel wie damals verkauft. Die Nachfrage konzentrierte sich auf Offene Immobilienfonds, die einen Mittelzufluss von 7 Mrd € verzeichneten. Rentenfonds und Geldmarktfonds erlösten jeweils 2 ½ Mrd €, während die mit einem höheren Risiko verbundene Anlage in Aktienfonds mit netto 1 Mrd € erneut mäßig war. Auslän-

dische Fondsanteile wurden per saldo für 7 ½ Mrd € im Inland untergebracht.

Einlagen- und Kreditgeschäft der Monetären Finanzinstitute (MFIs) mit inländischen Kunden

Im Passivgeschäft deutscher MFIs mit inländischen Kunden wurden die täglich fälligen Einlagen im ersten Vierteljahr 2002 in saisonbereinigter Betrachtung deutlich weniger aufgestockt als zuvor. Gleichwohl stiegen sie noch immer mit einer saisonbereinigten Jahresrate von gut 7 %. Damit sind bei diesen recht liquiden Einlagen bislang nur sehr verhaltene Normalisierungstendenzen zu erkennen. Auch scheinen sich deutsche Anleger – insbesondere die wirtschaftlich unselbständigen Privatpersonen – gegenwärtig durch eine höhere Liquiditätspräferenz auszuzeichnen als Anleger in anderen EWU-Staaten; EWU-weit sind die täglich fälligen Einlagen im Berichtszeitraum saisonbereinigt spürbar zurückgegangen.

Schwächerer Anstieg der täglich fälligen Einlagen

Der Abbau der Einlagen mit einer vereinbarten Laufzeit von bis zu zwei Jahren setzte sich im ersten Vierteljahr verstärkt fort. Nach Ausschaltung von Saisoneinflüssen wurden die kurzfristigen Termineinlagen gerade im Januar spürbar verringert. Hierzu dürfte die Zinsentwicklung beigetragen haben, die bei den kurzfristigen Festgeldern saisonbedingt nach unten, bei den längerfristigen aber wieder nach oben ging. Insbesondere die inländischen Versicherungsunternehmen schichteten offenkundig in größerem Umfang kurzfristige Termineinlagen in länger-

Beschleunigter Abbau der kurzfristigen Termineinlagen, ...

... bei deutlich
steigenden
längerfristigen

fristige um. Mit einem Anstieg um 7,3 Mrd € legten die Einlagen mit einer vereinbarten Laufzeit von über zwei Jahren im ersten Quartal entsprechend deutlich zu, nachdem sie wegen der ausgeprägten Unsicherheit an den Finanzmärkten in den beiden Vorquartalen annähernd unverändert geblieben waren. Die wirtschaftlich unselbständigen Privatpersonen hatten dagegen weiterhin nur eine geringe Neigung zur Bildung langfristiger Termineinlagen bei deutschen MFIs.

Kurzfristige
Spareinlagen
gefragt

Ihre Einlagen mit einer Kündigungsfrist bis zu drei Monaten stockten die inländischen Anleger im ersten Vierteljahr weiter auf. Zwar weisen auch die höherverzinslichen Sonderparformen mit dreimonatiger Kündigungsfrist in der Regel einen von Anlagebetrag und -dauer abhängigen Zinsnachteil gegenüber anderen verzinslichen Bankeinlagen (insbesondere den Termineinlagen und den längerfristigen Spareinlagen) auf, dafür besitzen sie aber eine vergleichsweise hohe Liquidität. Am Jahresanfang wurde bei den Spareinlagen mit dreimonatiger Kündigungsfrist der Betrag auf 2 000 € erhöht, über den ohne vorherige Kündigung pro Monat vorschusszinsfrei verfügt werden kann. Die Einlagen mit einer vereinbarten Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten wurden im Berichtszeitraum weiter abgebaut (um 5,7 Mrd €); vor Jahresfrist waren sie nur um 0,5 Mrd € zurückgegangen. Damit verstärkte sich der Trend zur kurzfristigen Spareinlage trotz einer etwas steileren Zinsstruktur bei Einlagen mit längerer Kündigungsfrist.

... längerfristige
abgebaut

Entwicklung der Kredite und Einlagen der Monetären Finanzinstitute (MFIs) in Deutschland *)

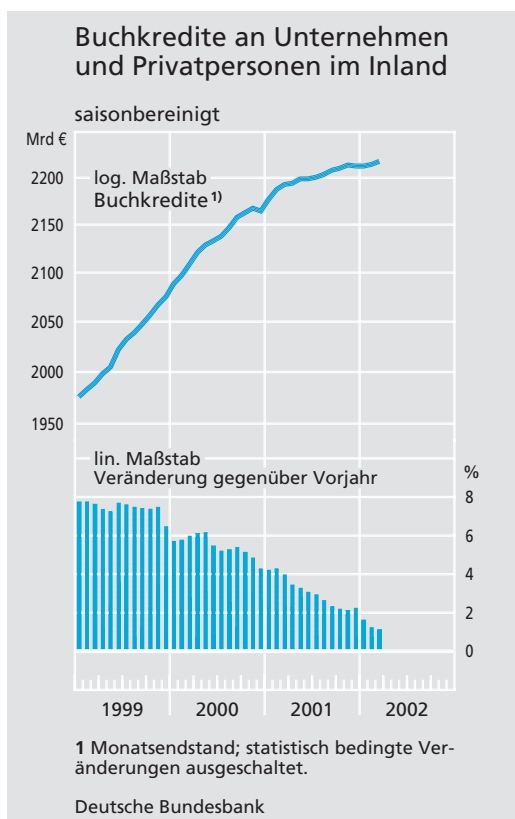
Position	Mrd Euro	
	2002 Jan.– März	2001 Jan.– März
Einlagen von inländischen Nicht-MFIs 1)		
täglich fällig	- 17,1	- 1,2
mit vereinbarter Laufzeit		
bis zu 2 Jahren	- 12,3	+ 7,3
über 2 Jahre	+ 7,3	+ 1,8
mit vereinbarter Kündigungsfrist 2)		
bis zu 3 Monaten	+ 1,9	- 7,4
über 3 Monate	- 5,7	- 0,5
Kredite		
Kredite an inländische Unternehmen und Privatpersonen		
Buchkredite	- 5,9	+ 16,7
Wertpapierkredite	- 12,3	+ 24,4
Kredite an inländische öffentliche Haushalte		
Buchkredite	- 4,4	+ 4,0
Wertpapierkredite	+ 3,3	- 12,9

* Zu den monetären Finanzinstituten (MFIs) zählen hier neben den Banken (einschl. Bausparkassen, ohne Bundesbank) auch die Geldmarktfonds, s.a.: Tabelle IV.1 im Statistischen Teil des Monatsberichts. — 1 Unternehmen, Privatpersonen und öffentliche Haushalte. — 2 Spareinlagen.

Deutsche Bundesbank

Die Kredite der deutschen MFIs an den inländischen privaten Sektor sind im ersten Quartal unter Ausschaltung von Saisoneinflüssen spürbar gesunken. Dies lag ausschließlich in einem starken Rückgang der Wertpapierkredite bei einer einzelnen Bank auf Grund einer geänderten Geschäftspolitik begründet. Die Buchkredite an den inländischen privaten Sektor legten dagegen etwas zu. Gegenüber dem Vorjahr waren sie Ende März allerdings nur um 1,1 % höher. Neben der schwachen Konjunktur, die für sich betrachtet die Nachfrage nach Fremdmitteln trotz günstiger Finanzierungsbedingungen tendenziell dämpft, hat hierzu möglicherweise auch eine vorsichtigere Kreditvergabepolitik der Banken beigetragen, die vor dem Hintergrund geringer Margen im Kreditgeschäft und vermehrter Insolvenzen (Einzelinformationen zufolge) bei

Anhaltend
schwache
Kreditvergabe
an den privaten
Sektor



Neuausleihungen gegenwärtig wohl strengere Maßstäbe an Bonität und Sicherheiten ihrer Kreditnehmer anlegen.

Kreditvergabe nach Kreditnehmern

Unter den wichtigsten Kreditnehmergruppen des privaten Sektors in Deutschland sind die Ausleihungen an die Privatpersonen im ersten Quartal leicht zurückgegangen. Angesichts der schwachen Konjunktorentwicklung und der damit gestiegenen Einkommensunsicherheit ist die Bereitschaft der privaten Haushalte

zur Aufnahme von Konsumentenkrediten bereits Mitte 2001 zum Erliegen gekommen. Auch die Unternehmen haben im Berichtszeitraum ihre Verschuldung bei deutschen MFIs leicht verringert. Dabei haben vor allem der Handel und das Verarbeitende Gewerbe ihre Bankverbindlichkeiten weiter abgebaut. Dem stand allerdings eine höhere Verschuldung der Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung sowie des Verkehrs und der Nachrichtenübermittlung gegenüber. Bei weiterhin schwacher Baukonjunktur wurden die Wohnungsbaukredite von Januar bis März mäßig aufgestockt; im Vorquartal hatten sie noch stagniert.

Die Verschuldung der inländischen öffentlichen Haushalte bei deutschen MFIs hat im ersten Vierteljahr um 1,1 Mrd € abgenommen. Vor Jahresfrist hatte der Rückgang noch 8,9 Mrd € betragen, worin allerdings auch die Tilgung der vor allem von deutschen MFIs gehaltenen Ausgleichsforderungen enthalten war. Im Berichtszeitraum stockten die inländischen MFIs ihren Bestand an Wertpapieren deutscher öffentlicher Haushalte dagegen weiter auf (um 3,3 Mrd €). Die Buchkredite wurden dagegen um 4,4 Mrd € zurückgeführt, verglichen mit einem Anstieg um 4,0 Mrd € im gleichen Vorjahrszeitraum.

Kredite der öffentlichen Haushalte

Konjunkturlage in Deutschland

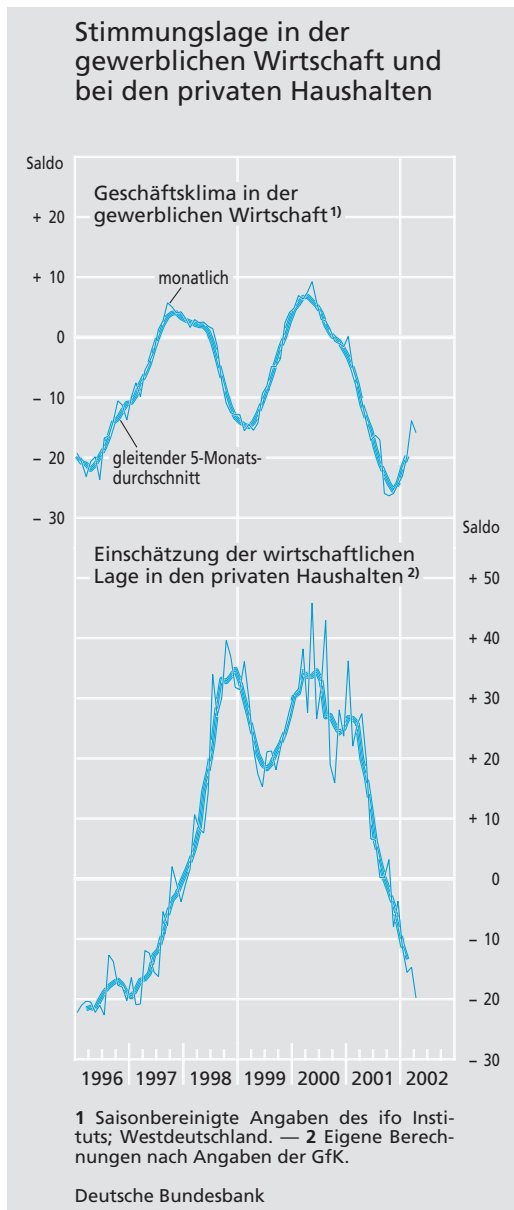
Grundtendenzen

In der deutschen Wirtschaft hat sich die konjunkturelle Abschwächung, die im Verlauf der zweiten Hälfte 2001 durch einen Rückgang des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) um $\frac{1}{4}$ % gekennzeichnet war, in den ersten Monaten dieses Jahres nicht fortgesetzt. Die gegen Ende 2001 erkennbare Stabilisierung ist im ersten Quartal in eine leichte Erholungsphase eingemündet. Die Aufwärtsbewegung war aber nicht breit fundiert. Der Nutzungsgrad der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten dürfte noch nicht zugenommen haben. Bewegt sich die Wirtschaft – wie derzeit – auf einem nur flachen und schmalen Wachstumspfad, können selbst kleinere Störungen oder Eintrübungen der Stimmungslage empfindlich zu Buche schlagen. Auch deshalb kommt der weiteren Entwicklung der Ölpreise sowie den Tarifverhandlungen in diesem Jahr besondere Bedeutung zu.

*Konjunkturelle
Bodenbildung*

Ersten eigenen Berechnungen nach dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion saison- und kalenderbereinigt im ersten Quartal 2002 um etwa $\frac{1}{4}$ % höher gewesen sein als im letzten Viertel des vergangenen Jahres. Das Niveau vor Jahresfrist wurde jedoch in der arbeitstäglichen Rechnung erstmals leicht unterschritten, nach einem Gleichstand im vierten Quartal 2001. Kalendermonatlich ergibt sich sogar ein Rückgang von rund 1 %, weil die Zahl der verfügbaren Arbeitstage in diesem Jahr deutlich geringer war als im Vergleichszeitraum 2001.

Positive Impulse gingen in den ersten Monaten des Jahres im Gefolge der internationalen



Noch schwache
Wachstums-
basis

Konjunkturbelebung vor allem von der außenwirtschaftlichen Seite aus. Damit konnte die deutsche Wirtschaft rasch von der Verbesserung des globalen Umfelds profitieren, was sich deutlich auch in einem Anstieg der Auftragseingänge aus dem Ausland niederschlug. Die voraussichtliche Zunahme des Außenbeitrags im ersten Quartal spiegelt aber vornehmlich die anhaltend schwache inländische Nachfrage wider, die ihrerseits die

Importtätigkeit bremste. Zum einen blieben die Investitionsaktivitäten der Wirtschaft wegen des niedrigen Auslastungsgrades der Sachanlagen sehr verhalten. Dies gilt sowohl für neue Ausrüstungen als auch Bauten. Außerdem hat der Lagerdruck im ersten Quartal noch angehalten. Zum anderen waren die privaten Haushalte nicht nur im Bereich des Wohnungsbaus weiterhin sehr zurückhaltend. Auch größere Anschaffungen für Konsumzwecke wurden vielfach zurückgestellt. Die Umfragen der GfK signalisieren unverändert eine nur geringe Kaufbereitschaft. Möglicherweise haben die diversen Preiseinflüsse im ersten Quartal die Konsumneigung der privaten Haushalte gedämpft. Auch werden den Umfragen zufolge die Einkommensperspektiven nach wie vor als nicht besonders günstig eingestuft. Dabei mag mitspielen, dass der Arbeitsmarkt bis zuletzt im Zeichen der konjunkturellen Schwäche stand.

Produktion und Arbeitsmarkt

In der Industrie hat sich die Produktion nach dem seit dem Frühjahr 2001 zu verzeichnenden Rückgang in den ersten Monaten des laufenden Jahres stabilisiert. Saisonbereinigt war die Erzeugung im Mittel von Januar bis März etwa eben so hoch wie im vierten Quartal 2001. Das Minus im Vorjahresvergleich, das im Herbst letzten Jahres etwas über 4 % betragen hatte, vergrößerte sich, zum Teil basisbedingt, auf 5 ¼ %.

Stabilisierung
der Industrie-
produktion

Die Kapazitäten bei den industriellen Unternehmen wurden damit erneut weniger als zuvor ausgeschöpft. Nach den Umfragen des

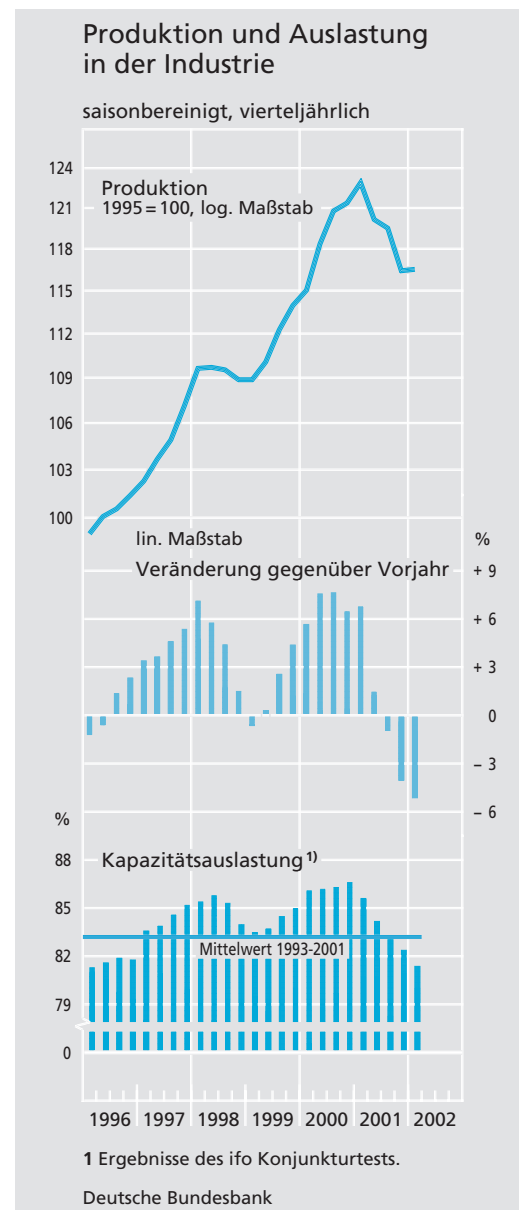
Sinkende
Kapazitäts-
auslastung

ifo Instituts belief sich der Nutzungsgrad im März 2002 – jahreszeitlich übliche Schwankungen soweit möglich ausgeschaltet – auf 81½ % der betriebsüblichen Vollauslastung. Der Stand vom Vorjahr wurde damit um rund vier Prozentpunkte unterschritten. Gemessen am längerfristigen Durchschnitt betrug der Rückstand etwa zwei Prozentpunkte.

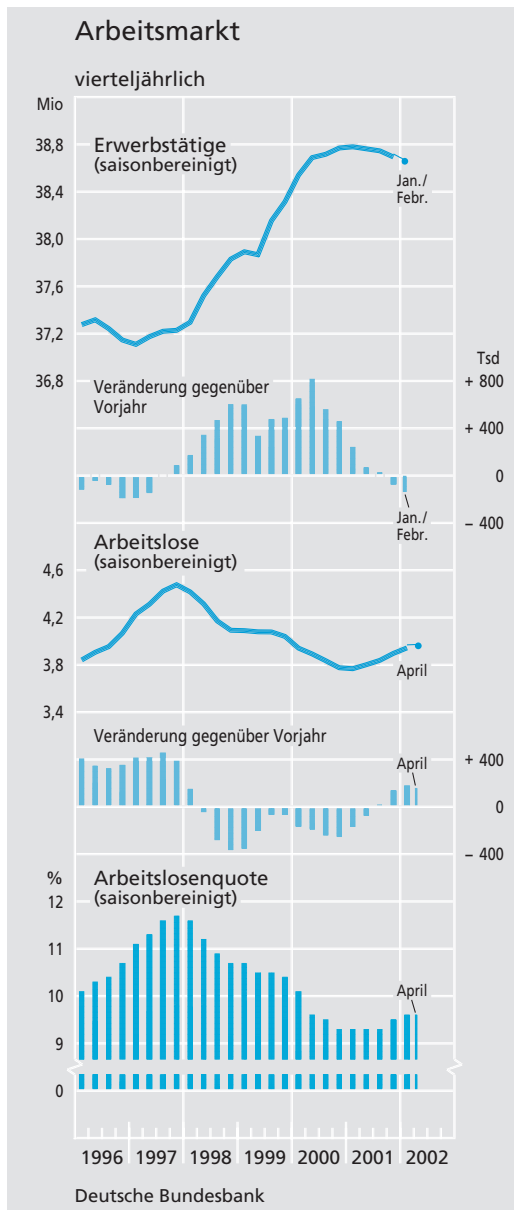
Die Produktionsentwicklung war in den einzelnen Sektoren sehr unterschiedlich. So konnte bei den Produzenten von Vorleistungsgütern der Tiefpunkt der Erzeugung, der im Herbst 2001 gelegen hatte, saisonbereinigt um 2 % übertroffen werden. An der Spitze lag dabei die Chemische Industrie, die einen Zuwachs von beinahe einem Zehntel erreichte. Aber auch in der Metallherzeugung und -verarbeitung wurde mit + 5 % eine beachtliche Steigerung erzielt. Eine positive Entwicklung verzeichneten ferner die Hersteller von Verbrauchsgütern. Demgegenüber ist die Produktion im Investitionsgütersektor und mehr noch im Gebrauchsgüterbereich weiter abgerutscht. Dabei meldeten alle großen Zweige der Investitionsgüterindustrie, namentlich die Kraftfahrzeughersteller, der Maschinenbau und die Elektroindustrie, einen abermaligen Rückgang der Erzeugung. Unter den verbrauchsnahe Branchen ergaben sich insbesondere bei Rundfunk- und Fernsehgeräten kräftige Produktionseinbußen.

Anhaltender Rückgang der Beschäftigung

Die Lage am Arbeitsmarkt war bis zuletzt durch einen Rückgang der Beschäftigung und einen Anstieg der Arbeitslosigkeit gekennzeichnet. Nach den Angaben des Statistischen Bundesamtes verringerte sich die Zahl der Erwerbstätigen bis zum Februar saisonbe-



reingt auf 38,66 Millionen. Der vergleichbare Vorjahrsstand wurde um rund 145 000 oder 0,4 % unterschritten. Im vierten Quartal war der Rückstand nur halb so groß gewesen. Insbesondere das Baugewerbe und in jüngerer Zeit verstärkt auch die Industrie haben ihre Belegschaften verringert. Darüber hinaus dürfte es in einigen Dienstleistungszweigen zu Personaleinschränkungen gekommen sein. Gleichzeitig wurde für immer mehr Personen



die Arbeitszeit reduziert. Im April zählte die Arbeitsverwaltung rund 245 000 Kurzarbeiter, die im Mittel nicht ganz zwei Drittel der normalen Arbeitszeit beschäftigt waren. Im Vorjahrsvergleich hat sich die Zahl der Betroffenen mehr als verdoppelt. Die meisten von ihnen kamen aus der Industrie.

Die Anzahl der bei der Bundesanstalt für Arbeit registrierten Arbeitslosen belief sich Ende

April – die jahreszeitlich üblichen Bewegungen ausgeschaltet – auf 3,97 Millionen. Das waren ausweislich der Statistik kaum mehr als in den Monaten zuvor. Die Zunahme im Vorjahrsvergleich, die im Januar noch bei fast 200 000 Personen gelegen hatte, verringerte sich auf 155 000. Die Arbeitslosenquote beträgt in der Rechnung der Bundesanstalt seit vier Monaten saisonbereinigt 9,6 %, nach internationalen Maßstäben sind es 8,1 %.

Stagnation der ausgewiesenen Zahl der Arbeitslosen

Es erscheint jedoch nicht richtig, diese Entwicklung bereits als den Beginn einer konjunkturellen Besserung am Arbeitsmarkt anzusehen. Vielmehr ist es in der letzten Zeit auch zu einer „Bereinigung“ der Arbeitslosenstatistik gekommen. Nachdem die Vermittlungsaktivitäten der Arbeitsverwaltung in Misskredit gekommen waren, sind die Bemühungen in diesem Aufgabenbereich intensiviert worden. Unter anderem durch personelle Verstärkungen wurden eine Vermittlungsoffensive gestartet und das zu Jahresanfang in Kraft getretene JOB-AQTIV-Gesetz vermehrt angewendet. In diesem Gesetz ist vorgesehen, für jeden Arbeitslosen eine Chanceneinschätzung vorzunehmen und eine Eingliederungsvereinbarung abzuschließen, die eine verbindliche individuelle Vermittlungsstrategie enthält. Zudem sind die Arbeitslosen gehalten, sich stärker als bisher eigenständig um einen Arbeitsplatz zu bemühen.

„Bereinigung“ der Statistik

Die Aufforderungen der Arbeitsverwaltung zur verstärkten Mitwirkung haben offenbar dazu geführt, dass manche bisher als arbeitslos registrierte Personen ihre Meldung nicht mehr erneuerten oder als Ältere von ihrem

Probleme des Ausgleichs von Angebot und Nachfrage am Arbeitsmarkt

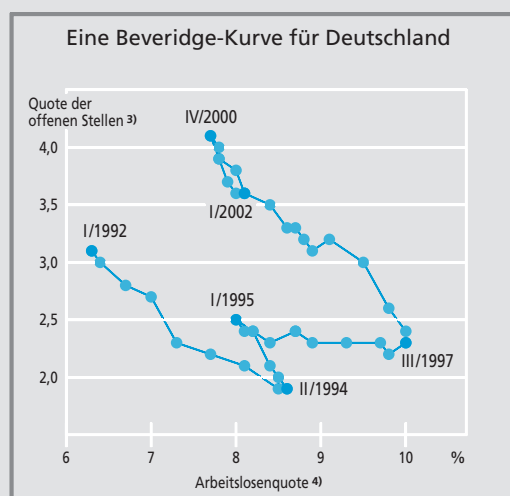
Wie sich unlängst herausstellte, waren die von der amtlichen Statistik ausgewiesenen Zahlenangaben über Vermittlungen von Arbeitslosen auf eine Arbeitsstelle übertrieben. Dies wiegt deshalb schwer, weil es eine der wichtigen Aufgaben der Arbeitsverwaltung ist, zu einem Ausgleich zwischen den bei ihr registrierten Arbeitsuchenden und den Arbeitskräfteanforderungen der Wirtschaft beizutragen.

Eine kürzlich von der Europäischen Zentralbank unter Mitwirkung der nationalen Notenbanken erstellte Studie ¹⁾ zeigt, dass es nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Währungsunion Schwierigkeiten gibt, Angebot und Nachfrage am Arbeitsmarkt in Übereinstimmung zu bringen. So hat sich die Beveridge-Kurve, die die stellensuchenden Arbeitslosen mit den unbesetzten Arbeitsplätzen in Beziehung setzt, in den letzten zehn Jahren deutlich nach rechts oben verschoben. Dies signalisiert eine gleichzeitige Zunahme von Arbeitslosigkeit und offenen Stellen, hinter der steigende strukturelle Schwierigkeiten für einen Marktausgleich stehen. In Deutschland beispielsweise nahm die Zahl der unbesetzten Arbeitsplätze von gut 1 Million im Jahr 1992 ²⁾ auf schätzungsweise etwa 1,5 Millionen im Jahr 2001 zu, während sich in derselben Zeit die Arbeitslosigkeit von 2,6 Millionen auf 3,1 Millionen Personen erhöhte.

Die Ursachen für die zunehmende Divergenz liegen sowohl auf der Angebots- als auch auf der Nachfrageseite. Zu der ersteren zählen die Auswirkungen der demographischen Entwicklung auf die Struktur der Erwerbsbevölkerung, wie sie sich beispielsweise im Alterungsprozess oder in Zuwanderungen niederschlagen. Dazu gehören ferner Veränderungen in der Erwerbsbeteiligung von Männern und Frauen. Auf der Nachfrageseite schlägt sich unter anderem der Strukturwandel nieder, der tendenziell durch ein Vordringen des Dienstleistungsbereichs zu Lasten des Produktionssektors gekennzeichnet ist. Alle diese Merkmale treten zudem in spezifischen regionalen Ausprägungen auf, die Brennpunkte mit besonders hohen Ungleichgewichten entstehen lassen.

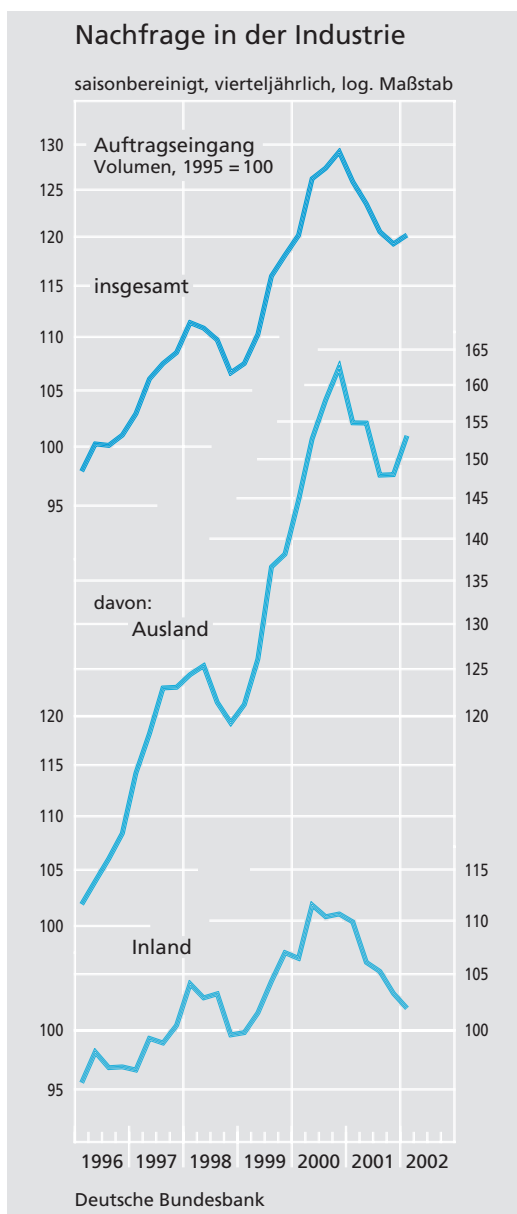
¹ Die Studie kann unter dem Titel „Mismatches am Arbeitsmarkt der Länder des Euro-Währungsgebiets“ auf der Website der Deutschen Bundesbank unter „Volkswirtschaft/Andere volkswirtschaftliche Veröffentlichungen“ ein-
Deutsche Bundesbank

Eine Milderung des „Mismatch“ – so die Schlussfolgerung der Europäischen Zentralbank – kann vor allem durch einen Abbau von Rigiditäten am Arbeitsmarkt erreicht werden. Dazu gehört nicht zuletzt eine Durchforstung administrativer Regulierungen sowie eine bessere Abstimmung zwischen Steuer- und Abgabensystemen auf der einen und Lohnersatzleistungen auf der anderen Seite. Von den Arbeitgebern können unter anderem den individuellen Wünschen angepasste Arbeitszeitmodelle vermehrt angeboten werden; die Arbeitnehmer sind vor allem im Hinblick auf Weiterbildung und Mobilität gefordert. Ein hohes Maß an Verantwortung kommt den Tarifpartnern zu, die die Kosten des Arbeitseinsatzes maßgeblich mitbestimmen. Eine amtliche Arbeitsverwaltung kann wichtige Aufgaben zur Verbesserung der Markttransparenz übernehmen, die dem einzelnen Arbeitsuchenden in umfassender Form kaum möglich ist.



Zwar war – wie in der Analyse der Europäischen Zentralbank ausgeführt wird – die Arbeitsmarktentwicklung im Euro-Raum gegen Ende der neunziger Jahre bei steigender Beschäftigung und sinkender Arbeitslosigkeit deutlich positiv. Noch aber erscheinen die Regulierungsdichte zu hoch, die Fehlansätze zu stark und die Flexibilität zu gering, um eine durchgreifende und nachhaltige Besserung am Arbeitsmarkt zu erreichen.

gesehen werden. — ² Die Zahl der offenen Stellen wurde aus den Betriebsbefragungen des IAB geschätzt. — ³ Bezogen auf die Zahl der Erwerbspersonen, eigene Berechnung. — ⁴ ILO-Definition.



Recht auf einen Verzicht auf Vermittlung Gebrauch machten. Bereits vor einiger Zeit hatte eine im Auftrag des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung bei der Bundesanstalt für Arbeit durchgeführte Untersuchung ergeben, dass fast 30 % der Arbeitslosen nicht ernsthaft an der Vermittlung auf einen neuen Arbeitsplatz interessiert sind. Die Hälfte davon zählte zu der Gruppe der älteren Arbeitnehmer, die in absehbarer Zeit vom

Vorruhestand in die Rente wechseln. Weitere 7 % hatten sich als arbeitslos registrieren lassen, um Sozialansprüche zu sichern. Unabhängig davon ist – längerfristig betrachtet – der Ausgleich von Angebot und Nachfrage am Arbeitsmarkt schwieriger geworden. Wie eine kürzlich von der Europäischen Zentralbank unter Mitwirkung der nationalen Notenbanken erstellte Studie zeigt, gilt dieser Befund nicht nur für Deutschland, sondern auch für eine Reihe anderer Länder im EWU-Raum (vgl. Erläuterungen auf S. 51).

Auftragslage

Die Nachfrage nach deutschen Industriegütern hat sich Anfang 2002 leicht belebt. Zwar konnten die Auftragseingänge in den ersten Monaten dieses Jahres das Niveau vom Dezember nicht halten. Damals aber waren die Geschäftsabschlüsse auf Grund von Nachholeffekten überhöht gewesen. Bestellungen, die nach den Terrorakten vom 11. September zunächst zurückgestellt worden waren, sind mit zunehmender Festigung der weltwirtschaftlichen Entwicklung erteilt worden. Zur Kennzeichnung der konjunkturellen Tendenz ist es daher zweckmäßig, die ersten Monate des laufenden Jahres mit dem letzten Jahresviertel 2001 insgesamt zu vergleichen. Die normalen jahreszeitlichen Schwankungen ausgeschaltet, waren die Auftragseingänge im Zeitraum Januar bis März um rund $\frac{3}{4}$ % höher als im vierten Quartal 2001. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet das weiterhin einen deutlichen Rückstand. Mit $4\frac{1}{2}$ % war er aber geringer als in den letzten Monaten des vergangenen Jahres, die mit einem Minus

*Auftragslage
der Industrie
verbessert*

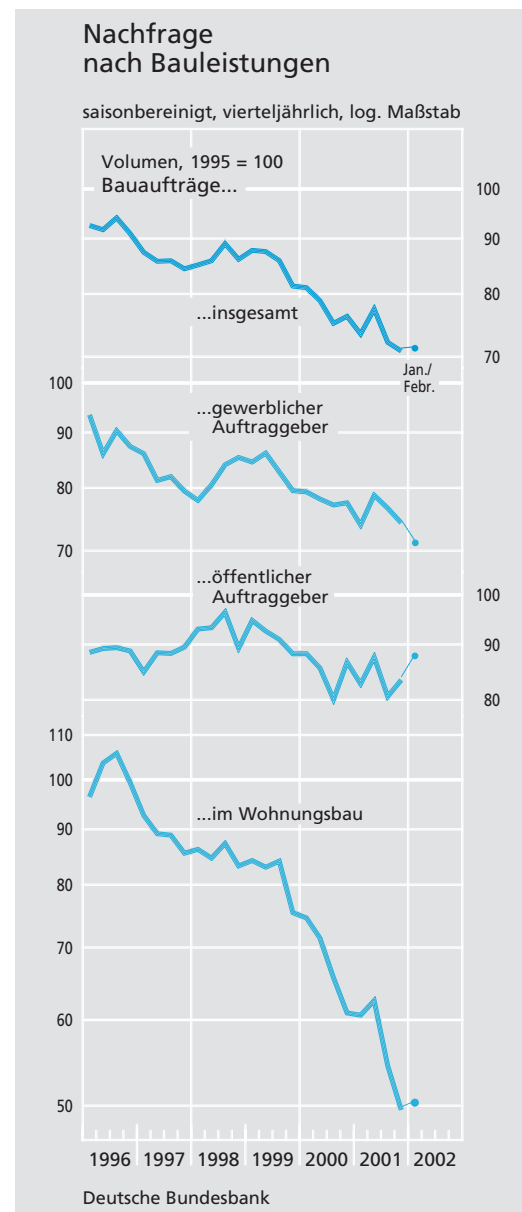
von nahezu 8 % den Tiefstand gekennzeichnet hatten.

Die leichte Verbesserung der Auftragslage wurde bislang ausschließlich von der Auslandsnachfrage getragen. Hier übertrafen die Geschäftsabschlüsse saisonbereinigt in den ersten drei Monaten das Niveau vom Herbst vergangenen Jahres um 3 ½ %. Den entsprechenden Vorjahrsstand unterschritten sie nurmehr um 1%, nach noch 9% im vierten Quartal 2001. Besonders gefragt waren Vorleistungsgüter, doch auch der Investitionsgüter- und der Konsumgütersektor schnitten recht gut ab.

Die Nachfrage aus dem Inland hat dagegen zu Jahresanfang das Herbstniveau nicht halten können. Der Rückstand im Vorjahrsvergleich war mit 7 ¼ % sogar etwas größer als zuvor. Allein Erzeugnisse aus dem Vorleistungsbereich wurden etwas stärker geordert. Sowohl die Hersteller von Konsum- als auch Investitionsgütern mussten dagegen weitere Auftragseinbußen hinnehmen.

*Auftragslage
in der
Bauwirtschaft
anhaltend
ungünstig*

Die Auftragslage in der Bauwirtschaft blieb auch zu Beginn des Jahres 2002 sehr gedämpft. Saisonbereinigt gingen die vom Bauhauptgewerbe gemeldeten Geschäftsabschlüsse im Zweimonatszeitraum Januar/Februar kaum über das niedrige Niveau der Herbstmonate hinaus. Der Vergleichsstand von Anfang 2001 wurde um knapp 5 % unterschritten. Das war zwar nicht mehr ganz so viel wie gegen Jahresende 2001, als der Rückstand noch mehr als 7 % betragen hatte. Zu bedenken ist aber, dass die Aufträge bereits über mehrere Jahre hin stark gesunken sind.



Insbesondere die gewerbliche Wirtschaft hat ihre Bauabsichten in der letzten Zeit nochmals eingeschränkt. Nach einem saisonbereinigten Rückgang um rund 4 ½ % gegenüber dem letzten Quartal von 2001 sanken die Aufträge im Januar/Februar auf den niedrigsten Stand seit Anfang der neunziger Jahre, als die gesamtdeutsche Statistik begann. Dagegen haben die öffentlichen Auftraggeber in den ersten beiden Monaten des Jahres deutlich

mehr Bauvorhaben in Angriff genommen als gegen Ende des vergangenen Jahres. Auch im Vorjahrsvergleich ergab sich eine leichte Zunahme. Dies dürfte aber kaum von Dauer sein, ist die Finanzlage der Gebietskörperschaften doch unverändert angespannt. Im Wohnungsbau hielten sich die Auftragseingänge zu Jahresbeginn weitgehend auf dem im Herbst erreichten niedrigen Niveau, das lediglich noch halb so hoch wie 1995 war. Gemessen an den Genehmigungen für Januar und Februar 2002 deutet sich aber eine Belebung der Nachfrage an.

Preise

*Preis-
entwicklung
und Preis-
empfinden*

Das Preisklima hat sich zuletzt wieder beruhigt, nachdem es zu Jahresbeginn vor allem infolge erneuter Steueranhebungen sowie witterungsbedingter Angebotsverknappungen bei Nahrungsmitteln zu einer merklichen Eintrübung gekommen war. Vier Fünftel des damaligen kräftigen Preisanstiegs waren diesen Einflüssen zuzuordnen, von dem Währungsübergang von der D-Mark auf den Euro im Barzahlungsverkehr gingen demgegenüber kaum preistreibende Einflüsse aus.¹⁾ Zwar waren für zahlreiche häufig nachgefragte Güter und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs erkennbare Preissteigerungen festzustellen. Das vom Preisindex für die Lebenshaltung gemessene Gesamtpreisniveau auf der Verbraucherstufe wurde aber entgegen der weit verbreiteten Auffassung nur wenig berührt. Dies hängt damit zusammen, dass die in der Öffentlichkeit immer wieder zitierten und das Preisempfinden vieler Konsumenten spürbar beeinflussenden Verteuerungen unter anderem bei aus-

gewählten Dienstleistungen des Hotel- und Gaststättengewerbes sowie bei manchen Handwerksbetrieben nur einen relativ kleinen Teil des gesamten Warenkorbes ausmachen. Dieser umfasst beispielsweise auch den wichtigen Bereich der Wohnungsmieten, die mit 20 % in den Warenkorb eingehen, oder den Erwerb langlebiger Güter wie Personenkraftwagen, Möbel und elektrische Haushaltsgeräte. Hier aber sind die Euro-Preise weitgehend exakt aus den früheren DM-Preisen abgeleitet worden, in einigen Fällen kam es sogar zu Preissenkungen. Dies wurde jedoch vielfach wohl weniger wahrgenommen, was sich auch daraus erklärt, dass es nur in größeren Abständen zu solchen Käufen kommt. Zudem dürfte die Sensibilität für steigende Preise generell stärker ausgeprägt sein als für sinkende. Dabei wird dem Eindruck von Preissteigerungen auch dadurch Vorschub geleistet, dass die vielfach nach der „Faustregel“ 1:2 vorgenommene Umrechnung von Euro in D-Mark, die den Vergleich mit den traditionellen DM-Preisen ermöglichen soll, angesichts des tatsächlichen Konversionsfaktors von 1:1,95583 einen zu hohen Wert ergibt.

Von Januar bis April haben sich die Verbraucherpreise gemäß der amtlichen Statistik saisonbereinigt um 0,5 % erhöht, was einer Jahresrate von 1,8 % entspricht. Dabei standen Preisrückgängen speziell bei Saisonnahrungsmitteln erneut steigende Preise für Mineralöl-erzeugnisse gegenüber. Die Teuerung im Vorjahrsvergleich, die allgemein als Messlatte für die Inflation gilt, verringerte sich von 2,1 % im Januar auf 1,6 % im April. Hier spielten auch

*Beruhigung des
Preisanstiegs*

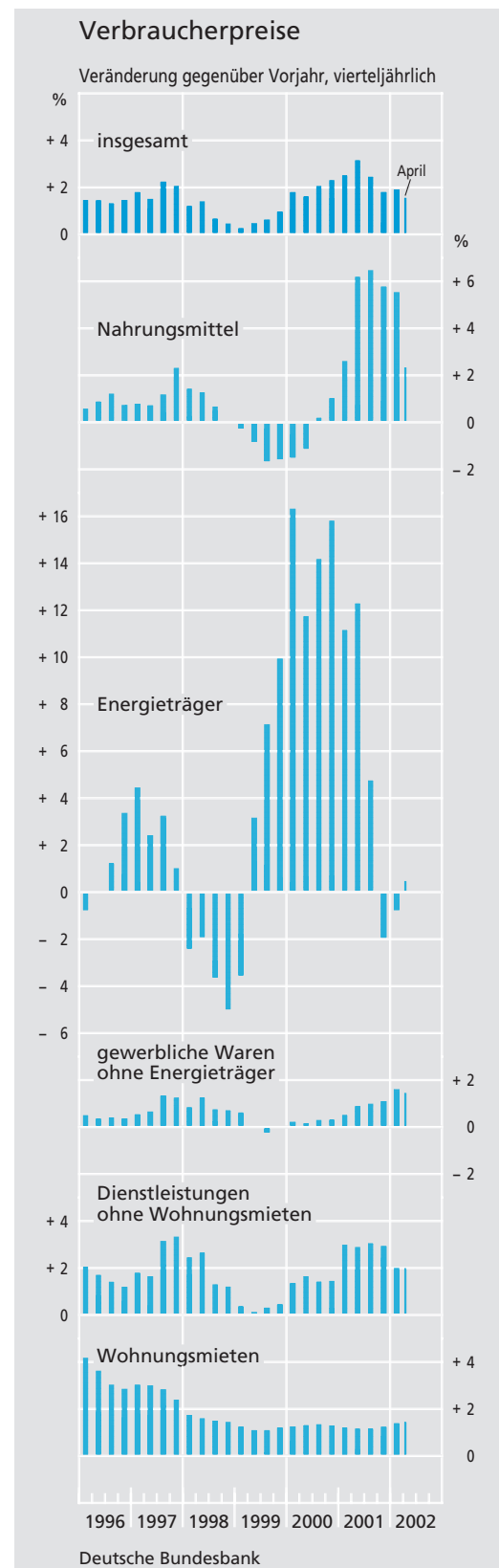
¹ Vgl.: Deutsche Bundesbank, Monatsbericht, März 2002, S. 8 ff.

Basiseffekte im Bereich der Nahrungsmittel eine Rolle, die sich im vergangenen Jahr infolge der Tierkrisen und ungünstiger Witterungsverhältnisse merklich verteuert hatten. Ohne Nahrungsmittel gerechnet lag die Vorjahrsrate relativ stabil bei 1,5 %.

Wesentlich hierfür war, dass der Preisanstieg im Vorjahrsvergleich sowohl bei den gewerblichen Waren als auch den Wohnungsmieten weitgehend unverändert geblieben ist. Industriegüter waren im April um 1,5 % teurer als vor Jahresfrist, die Wohnungsmieten übertrafen das Vorjahrsniveau um 1,4 %. Bei den Dienstleistungen war der Preisanstieg binnen Jahresfrist im April mit 2,0 % nur wenig niedriger als zu Jahresanfang, als 2,2 % erreicht worden waren. Für Energie musste im April etwas mehr als zur gleichen Vorjahrszeit bezahlt werden. Dies beruhte insbesondere auf einem erneuten kräftigen Anstieg der Preise für Mineralölprodukte, der den seit dem Sommer 2001 zu verzeichnenden Rückstand wieder ausglich.

*Ölpreise auf
höherem
Niveau*

Die internationalen Ölnotierungen, die Mitte Januar bis auf knapp 19 US-\$ je Barrel Nordseeöl der Marke Brent gesunken waren, lagen in den letzten Wochen des Berichtszeitraums bei über 26 US-\$. Anfang April wurden in der Spitze zeitweise sogar 27¼ US-\$ erreicht. Ausschlaggebend für den – teilweise auch spekulativ bedingten – Preisanstieg waren Befürchtungen verstärkter politischer Spannungen im Nahen Osten, die das Angebot der dortigen Förderländer zu beeinträchtigen drohten. Auf der Nachfrageseite hat die ungewöhnlich milde Witterung den allmählich



*Verteuerung
der Einfuhren*

steigenden konjunkturellen Bedarf mehr als ausgeglichen.

Die steigenden Preise für Rohöl und Mineralöl-erzeugnisse haben auch die deutschen Einfuhren insgesamt deutlich verteuert. Gemessen am Einfuhrpreisindex wurde saisonbereinigt im März das Niveau vom Dezember, der den letzten Tiefpunkt markiert, um $1\frac{3}{4}\%$ übertroffen. Der Preisrückstand gegenüber dem Vorjahr verminderte sich auf 2,5 %, gegenüber 4,7 % zum Jahresende 2001. Dabei hat auch eine Rolle gespielt, dass landwirtschaftliche Erzeugnisse wegen des Wintereinbruchs in den ersten Wochen des laufenden Jahres vorübergehend starke Preissteigerungen zu verzeichnen hatten. Ohne diese Einflüsse gerechnet, blieben die Preise weitgehend konstant und das Minus im Vorjahresvergleich betrug im Dezember wie im März $2\frac{1}{4}\%$.

Der Ölfaktor schlug sich auch in den Abgabepreisen der Industrie im Inlandsabsatz nieder.

Der Anstieg, der saisonbereinigt betrachtet im bisherigen Verlauf des Jahres zu verzeichnen war, lässt sich allein auf die Energieverteuerungen zurückführen. Wenn gleichwohl das Preisniveau des Vorjahres im März um 0,2 % unterschritten wurde, so hing das insbesondere mit zum Teil kräftigen Preisrückgängen bei den Vorleistungsgütern zusammen. Diese kompensierten die anhaltende Verteuerung im Investitions- wie auch im Konsumgüterbereich, die im Vorjahresvergleich 1,6 % beziehungsweise 1,0 % betrug.

Bauleistungen haben sich angesichts der anhaltenden strukturellen Schwierigkeiten in der Bauwirtschaft bis zuletzt kaum verteuert. Das Baupreisniveau war im ersten Quartal 2002 etwa ebenso hoch wie ein Jahr zuvor. Lediglich bei Instandhaltungsmaßnahmen im Bereich des Wohnungsbaus sind leichte Preiserhöhungen festzustellen. Dem standen aber Preisrückgänge bei den Rohbauarbeiten gegenüber.

*Anstieg der
industriellen
Erzeugerpreise*

*Stagnation der
Baupreise*

Außenwirtschaft

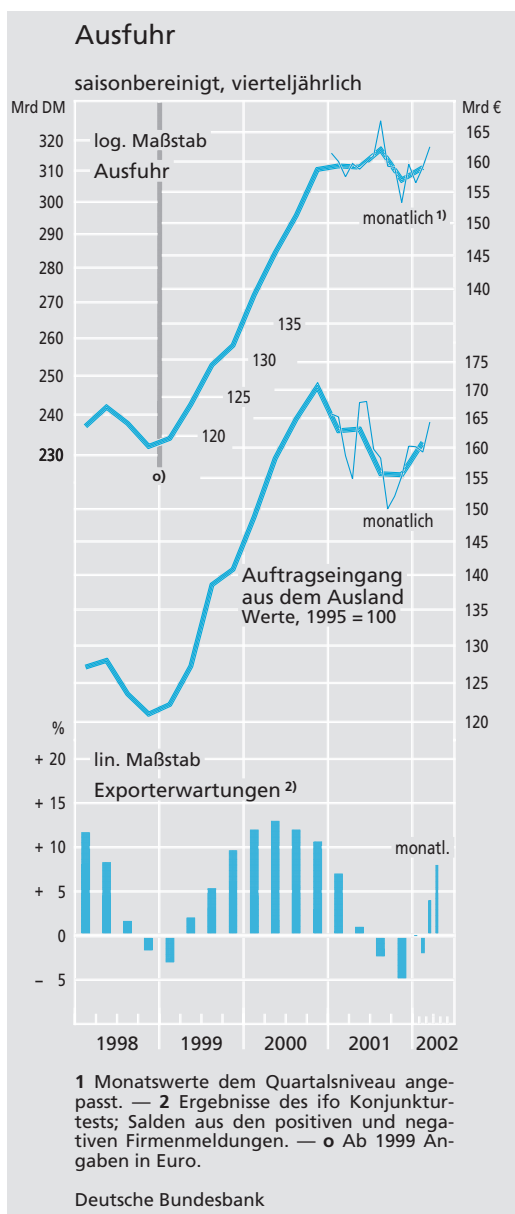
Außenhandel und Leistungsbilanz

Seit Jahresanfang mehren sich die Anzeichen, die auf eine Erholung im deutschen Außenhandel hindeuten. So hat sich die Einschätzung des weltwirtschaftlichen Umfelds aufgehellt, da in den Volkswirtschaften vieler wichtiger Handelspartner die Chancen auf eine konjunkturelle Belebung greifbarer geworden sind. Spürbar wurde dies bereits in den Auftragseingängen aus dem Ausland, die ihren Tiefpunkt vom vierten Quartal 2001 überwunden haben und im ersten Quartal dieses Jahres um 3 ½ % gegenüber der Vorperiode zulegen. Entsprechend fällt auch die Einschätzung der Exporterwartungen im deutschen Verarbeitenden Gewerbe mittlerweile deutlich positiver aus. Insgesamt bewirkte die wieder anziehende Nachfrage aus dem Ausland bei den Warenausfuhren im ersten Quartal 2002 in saisonbereinigter Rechnung einen Anstieg um knapp 1 ½ % gegenüber dem ausgesprochen schwachen Ergebnis im vierten Quartal 2001, in dem es zu einem Rückgang der wertmäßigen Exporte gegenüber der Vorperiode um über 3 % gekommen war.

*Waren-
ausfuhren*

Die lebhaftere Nachfrage aus dem Ausland nach deutschen Produkten ging nach den derzeit verfügbaren statistischen Informationen (die bis einschließlich Februar 2002 reichen) insbesondere von den Märkten außerhalb des Euro-Währungsgebiets aus. Während die Exporte in den Euro-Raum im Dreimonatsvergleich Dezember 2001/Februar 2002 in saisonbereinigter Rechnung gegenüber der Vorperiode nahezu stagnierten, belebte sich der Absatz in andere Länder zum Teil deutlich. So stiegen die Warenausfuhren

*Struktur der
Ausfuhren*



in die Vereinigten Staaten – die im Berichtszeitraum wieder eine konjunkturelle Belebung verzeichneten – im Dreimonatsvergleich um 4 % an, nachdem sie in der Vorperiode um 9 % nachgegeben hatten. Gleichzeitig schien auch der Anpassungsdruck in der IT-Branche weltweit nachzulassen, so dass sich auch von dieser Seite her das Umfeld für die deutschen Exporteure aufhellte. Der Absatz in die südostasiatischen Schwellenländer, der

unter dem Rückschlag in dieser Branche besonders stark gelitten hatte und fast während des gesamten Jahres 2001 rückläufig gewesen war, stieg in den drei Monaten Dezember 2001/Februar 2002 jedenfalls um nicht weniger als 6 ½ % gegenüber der Vorperiode. Allerdings kann in der Informations- und Kommunikationsbranche insgesamt noch nicht wieder an das hohe Ausfuhrniveau der Jahreswende 2000/2001 angeknüpft werden, das trotz des jüngsten Anstiegs im Berichtszeitraum immer noch um 8 ½ % unterschritten wurde.¹⁾ Auch die Ausfuhren in die zur Organisation der Erdöl exportierenden Länder zählenden Volkswirtschaften nahmen mit 6 % stark zu. Erneut gestiegen, wenngleich nicht mehr so kräftig wie zuvor, sind auch die Umsätze der deutschen Exporteure in Mittel- und Osteuropa. Von der Nachfrage aus diesen Ländern hatte die deutsche Exportwirtschaft, im Unterschied zu anderen Absatzmärkten, während des gesamten Jahres 2001 positive Impulse erhalten. Das Niveau der Warenausfuhren nach Mittel- und Osteuropa übertraf daher den Vorjahrsstand in den Monaten Dezember 2001/Februar 2002 um fast 9 ½ %, während die deutschen Warenausfuhren insgesamt um 2 ½ % hinter dem Vorjahrswert zurückblieben.

¹ Mit dem Berichtsmonat Januar 2002 ergeben sich Änderungen in der Systematik der Warenstruktur des Außenhandels. So wird der Außenhandel nunmehr nach EU-einheitlichen Hauptgruppen ausgewiesen, und es erfolgt eine Umstellung des Güterverzeichnisses für die Produktionsstatistiken auf die Version 2002 (GP2002). Darüber hinaus wurden die Gütergruppen der Ernährungswirtschaft und der Gewerblichen Wirtschaft (EGW) grundlegend überarbeitet. Saisonbereinigte Zeitreihen für die neuen Daten werden nach Abschluss der notwendigen Anpassungen der Berechnungen zur Verfügung stehen.

Waren-
einfuhren

Im Unterschied zu den Ausfuhren, die im ersten Quartal 2002 wieder Tritt fassten, kam es auf der Einfuhrseite erneut zu einem Rückgang. Dem Wert nach blieben die Wareneinfuhren in saisonbereinigter Rechnung um 4 % hinter dem Ergebnis vom vierten Quartal zurück. Dabei wirkte der ausgesprochen schwache Januar auf das Quartalergebnis in besonderem Maße durch. Gleichzeitig kam es jedoch im ersten Quartal auch wieder zu einem stärkeren Anstieg der Einfuhrpreise (um fast 1 %), in dem die Entwicklung an den Märkten für Rohöl ihre Wirkung zeigt. Nach Ausschaltung der Preiseffekte unterschritten die (realen) Wareneinfuhren daher das Vorquartalsniveau etwas stärker als in laufenden Preisen gerechnet (um über 4 ½ %); sie blieben damit noch deutlich hinter der um die Jahreswende alles in allem verhaltenen Nachfrageentwicklung in Deutschland zurück. Offenbar wurde diese stärker als sonst aus der inländischen Produktion sowie dem Abbau von Lagerbeständen gespeist. Jedenfalls sind die Einfuhren von Vorleistungsgütern von Dezember 2001 bis Februar dieses Jahres (weiter reichende Angaben liegen noch nicht vor) im Vorjahrsvergleich besonders deutlich zurückgegangen.

Struktur der
Einfuhren

Die deutschen Warenbezüge aus den anderen EWU-Ländern, insbesondere aber auch aus den nicht an der Währungsunion teilnehmenden EU-Ländern, sind in den letzten drei Monaten (Dezember 2001/Februar 2002) überdurchschnittlich stark gesunken. Dagegen waren Lieferanten aus den südostasiatischen Schwellenländern von der größeren Zurückhaltung der deutschen Wirtschaft bei Auslandsbestellungen zuletzt weniger betrof-

Regionale Entwicklung des
Außenhandels

Dezember 2001/Februar 2002; saisonbereinigt

Ländergruppe/Land	Mrd €	Veränderung in % gegenüber Sept./Nov. 2001
Ausfuhren		
Alle Länder	158,5	+ 0,8
darunter:		
EWU-Länder	67,3	+ 0,2
Übrige EU-Länder	19,1	- 0,3
Vereinigte Staaten von Amerika	16,7	+ 4,0
Japan	3,0	- 2,6
Mittel- und osteuropäische Reformländer	18,7	+ 2,1
OPEC-Länder	3,7	+ 6,0
Südostasiatische Schwellenländer	6,0	+ 6,4
Einfuhren		
Alle Länder	126,8	- 5,9
darunter:		
EWU-Länder	52,9	- 8,6
Übrige EU-Länder	12,5	- 12,9
Vereinigte Staaten von Amerika	9,6	- 6,5
Japan	4,7	- 11,0
Mittel- und osteuropäische Reformländer	16,8	- 2,8
OPEC-Länder	1,7	- 10,2
Südostasiatische Schwellenländer	6,7	- 0,4

Deutsche Bundesbank

Wichtige Posten der Zahlungsbilanz

Mrd €	2001		2002
	1. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
I. Leistungsbilanz			
1. Außenhandel ¹⁾			
Ausfuhr (fob)	159,6	160,5	156,4
Einfuhr (cif)	137,5	135,2	123,8
Saldo	+ 22,1	+ 25,3	+ 32,5
2. Dienstleistungen (Saldo)	- 12,6	- 9,2	- 10,7
3. Erwerbs- und Vermögens- einkommen (Saldo)	- 3,5	- 1,3	- 4,4
4. Laufende Übertragungen (Saldo)	- 5,5	- 7,2	- 5,1
Saldo der Leistungsbilanz ²⁾	- 1,0	+ 7,1	+ 11,0
Nachrichtlich: Saisonbereinigte Werte, Salden			
1. Außenhandel	+ 21,5	+ 25,6	+ 32,9
2. Dienstleistungen	- 13,0	- 11,4	- 10,9
3. Erwerbs- und Vermögens- einkommen	- 2,7	- 0,1	- 2,8
4. Laufende Übertragungen	- 6,5	- 6,2	- 6,1
Leistungsbilanz ²⁾	- 2,4	+ 7,4	+ 11,4
II. Saldo der Vermögensüber- tragungen ³⁾	+ 0,6	- 0,5	+ 0,2
III. Saldo der Kapitalbilanz ⁴⁾	- 3,1	- 32,3	- 29,0
IV. Veränderung der Währungs- reserven zu Transaktionswerten (Zunahme: -) ⁵⁾	+ 4,1	+ 2,1	- 1,4
V. Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen (Restposten)	- 0,5	+ 23,6	+ 19,2

¹⁾ Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik (Quelle: Statistisches Bundesamt). — ²⁾ Enthält auch die Ergänzungen zum Warenverkehr. — ³⁾ Einschl. Kauf/Verkauf von immateriellen nichtproduzierten Vermögensgütern. — ⁴⁾ Vgl. zum Kapitalverkehr im Einzelnen Tabelle auf Seite 61. — ⁵⁾ Ohne SZR-Zuteilung und bewertungsbedingte Veränderungen.

Deutsche Bundesbank

fen. Auch der Umsatz von Anbietern aus Mittel- und Osteuropa auf dem deutschen Markt hielt sich noch relativ gut.

Die gegenläufigen Entwicklungen auf der Ausfuhrseite und der Einfuhrseite haben den Überschuss in der deutschen Handelsbilanz – trotz einer leichten Verschlechterung der Terms of Trade – im ersten Quartal 2002 saisonbereinigt erneut ansteigen lassen, und zwar um 7 ½ Mrd € auf 33 Mrd €. Gleichzeitig erhöhte sich jedoch das Defizit im Bereich der „unsichtbaren“ Leistungstransaktionen. So wirkten in saisonbereinigter Rechnung insbesondere Netto-Ausgaben für grenzüberschreitende Erwerbs- und Vermögenseinkommen Defizit steigernd, nachdem im vierten Quartal 2001 Einnahmen und Ausgaben sich praktisch ausgeglichen hatten. Demgegenüber bewegten sich die per saldo an das Ausland geleisteten laufenden Übertragungen auf dem gleichen Niveau wie in der Vorperiode und in der Dienstleistungsbilanz sank das Minus sogar leicht. Im Ergebnis stieg der deutsche Leistungsbilanzüberschuss (saisonbereinigt) im ersten Quartal 2002 um 4 Mrd € auf 11 ½ Mrd €.

Leistungsbilanz

Kapitalverkehr

Belastende Nachrichten über Bilanz-Unregelmäßigkeiten bei US-Firmen, die Unruhen im Nahen Osten sowie wechselnde Erwartungen über die weitere Entwicklung der Weltwirtschaft bestimmten in den ersten drei Monaten dieses Jahres das Klima an den internationalen Finanzmärkten. Dabei wich die zu Beginn des Quartals vorherrschende skeptische

*Tendenzen im
Kapitalverkehr*

Grundhaltung der Anleger mit der Veröffentlichung überraschend positiver amerikanischer Wirtschaftsdaten nach und nach einer zuversichtlicheren Stimmung. In der Folge drehten sich die Zinserwartungen. Sowohl die Renditen von Staatsanleihen als auch die Aktienkurse dies- und jenseits des Atlantiks zogen spürbar an. Zuletzt mehrten sich hingegen wieder die Zweifel an der Stärke und soliden Fundierung der wirtschaftlichen Auftriebskräfte. Das insgesamt unscharfe Konjunkturbild spiegelt sich zum Teil auch im statistisch erfassten Kapitalverkehr Deutschlands mit dem Ausland wider, in dem die Finanzströme von Monat zu Monat die Fließrichtung wechselten. Im Ergebnis kam es von Januar bis März dieses Jahres im Wertpapierverkehr und im Kreditverkehr zu Netto-Kapitalexporten, während bei den Direktinvestitionen die Anlagen von Ausländern im Inland überwogen.

Wertpapier-
verkehr

Die internationalen Einflüsse kommen im Wertpapierverkehr besonders deutlich zum Ausdruck. Wie schon in den beiden Quartalen zuvor schlug sich auch in den ersten drei Monaten von 2002 die Vorsicht der Finanzmarktakteure letztlich in vergleichsweise geringen grenzüberschreitenden Wertpapierengagements nieder. Dennoch summierten sich die Netto-Kapitalexporte auf 26 Mrd €. Im ersten Quartal 2001 hatten die Mittelabflüsse allerdings noch bei netto 48 ½ Mrd € gelegen.

Inländische
Anlagen
in ausländischen
Rentenwerten ...

In den ersten drei Monaten von 2002 erwarben inländische Anleger für 34 Mrd € ausländische Wertpapiere. Dies war zwar mehr als in den beiden Dreimonatsabschnitten zuvor, die stark von den Ereignissen im September 2001

Kapitalverkehr

Mrd €; Netto-Kapitalexport: –

Position	2001		2002
	1. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
1. Direktinvestitionen	– 9,8	+ 4,2	+ 10,4
Deutsche Anlagen im Ausland	– 9,5	– 6,2	– 2,6
Ausländische Anlagen im Inland	– 0,3	+ 10,4	+ 13,0
2. Wertpapiere	– 48,5	– 14,9	– 26,0
Deutsche Anlagen im Ausland	– 43,3	– 31,8	– 34,0
Aktien	– 5,3	– 2,8	– 7,2
Investmentzertifikate	– 6,0	– 4,5	– 7,4
Rentenwerte	– 31,9	– 27,5	– 15,2
Geldmarktpapiere	– 0,1	+ 3,0	– 4,2
Ausländische Anlagen im Inland	– 5,2	+ 16,9	+ 8,0
Aktien	+ 1,9	+ 0,4	+ 6,0
Investmentzertifikate	– 1,9	+ 4,2	+ 1,1
Rentenwerte	+ 8,5	+ 17,7	+ 22,7
Geldmarktpapiere	– 13,7	– 5,4	– 21,8
3. Finanzderivate 1)	+ 3,1	– 0,8	+ 1,4
4. Kreditverkehr	+ 52,2	– 20,4	– 14,4
Kreditinstitute	+ 61,1	– 58,6	+ 13,5
langfristig	– 10,2	– 27,6	– 5,4
kurzfristig	+ 71,3	– 30,9	+ 19,0
Unternehmen und Privatpersonen	– 11,1	+ 9,2	– 10,6
langfristig	+ 4,5	– 0,7	+ 1,0
kurzfristig	– 15,7	+ 9,9	– 11,6
Staat	+ 18,1	– 5,7	– 0,2
langfristig	– 0,3	+ 0,2	– 0,2
kurzfristig	+ 18,4	– 5,8	– 0,0
Bundesbank	– 15,8	+ 34,6	– 17,1
5. Sonstige Kapitalanlagen	– 0,2	– 0,3	– 0,4
6. Saldo aller statistisch erfassten Kapitalbewegungen	– 3,1	– 32,3	– 29,0
Nachrichtlich: Veränderung der Währungsreserven zu Transaktionswerten (Zunahme: –) 2)	+ 4,1	+ 2,1	– 1,4

1 Verbriefte und nicht verbiefte Optionen sowie Finanztermingeschäfte. — 2 Ohne SZR-Zuteilung und bewertungsbedingte Veränderungen.

Deutsche Bundesbank

geprägt waren (4 ½ Mrd € bzw. 32 Mrd €); es war aber deutlich weniger als sonst zu Beginn eines Jahres. Mit 15 Mrd € legten heimische Investoren etwa die Hälfte des Anlagebetrags in Rentenwerten gebietsfremder Emittenten an. Dabei spielten – wie seit Beginn der Währungsunion bereits mehrfach beobachtet – auf Euro lautende Anleihen die dominierende Rolle. Insbesondere institutionelle Anleger engagieren sich vor allem zu Beginn eines Jahres regelmäßig mit recht bedeutenden Beträgen in diesen Papieren, die im Vergleich zu deutschen Rentenwerten etwas höhere Zinsen bieten, aber nicht mit zusätzlichen Wechselkursrisiken verbunden sind.

... Aktien

Weiterhin eher zurückhaltend agierten die heimischen Anleger auf den ausländischen Aktienmärkten. Sie erwarben für 7 Mrd € ausländische Aktien, verglichen mit 3 Mrd € im Schlussquartal von 2001. Neben der Unsicherheit über die weitere wirtschaftliche Entwicklung im Ausland dürften die heimischen Sparer in ihren Anlageentscheidungen auch von Meldungen über problematische Bilanzierungspraktiken bei amerikanischen Unternehmen beeinflusst worden sein.

... und
Investment-
zertifikaten

Die Nachfrage hiesiger Anleger nach Anteilscheinen ausländischer Investmentfondsgesellschaften erwies sich hingegen in den ersten drei Monaten des Jahres mit 7 ½ Mrd € als recht robust. Ein Grund für die gemessen an der Volatilität des grenzüberschreitenden Aktienerwerbs geringere Schwankungsbreite der in Investmentzertifikaten angelegten Gelder könnte darin liegen, dass sich in diesem Bereich vor allem Investoren mit längerfristigem Anlagehorizont engagieren.

In der anderen Richtung des grenzüberschreitenden Kapitalverkehrs zeigten gebietsfremde Investoren während des Berichtszeitraums nur ein gedämpftes Interesse an hiesigen Wertpapieren, die sie insgesamt für 8 Mrd € in ihre Portfolios aufnahmen (nach 17 Mrd € im Dreimonatsabschnitt davor). Hinter dem vergleichsweise geringen Gesamtsaldo verbergen sich allerdings größere Umschichtungen zwischen den einzelnen Instrumenten, mit denen ausländische Investoren auf die geänderten Zins- und Konjunkturaussichten reagierten. So bauten sie ihre Bestände an Geldmarktpapieren, also an Schuldverschreibungen mit einer Laufzeit bis zu einem Jahr, im ersten Quartal des Jahres kräftig ab (22 Mrd €), während sie gleichzeitig in länger laufende Schuldverschreibungen investierten (22 ½ Mrd €). Auf Anklang stießen dabei zum ersten Mal nach den „Safehaven“-Zuflüssen im Herbst letzten Jahres auch wieder von der öffentlichen Hand begebene Papiere, die angesichts der schwer einzuschätzenden weiteren Zinsentwicklung vermutlich nicht zuletzt wegen ihres Liquiditätsvorteils gefragt waren. Gleichzeitig erwarben Anleger aus dem Ausland für 10 Mrd € inländische Bankschuldverschreibungen, deren Zinsaufschlag gegenüber Bundesanleihen im Quartalsdurchschnitt auf 25 Basispunkte abgeschmolzen ist und damit nur noch etwa halb so groß war wie im Durchschnitt des letzten Jahres.

An den heimischen Aktienmarkt und in die hier aufgelegten Investmentfonds flossen von Januar bis März Auslandsgelder in Höhe von 6 Mrd € beziehungsweise 1 Mrd €; das war in der Summe etwas mehr als im Vorquartal

*Ausländische
Anlagen in
deutschen ...*

*... Rentenwerten
und Geld-
marktpapieren*

*... in Aktien
und Invest-
mentfonds*

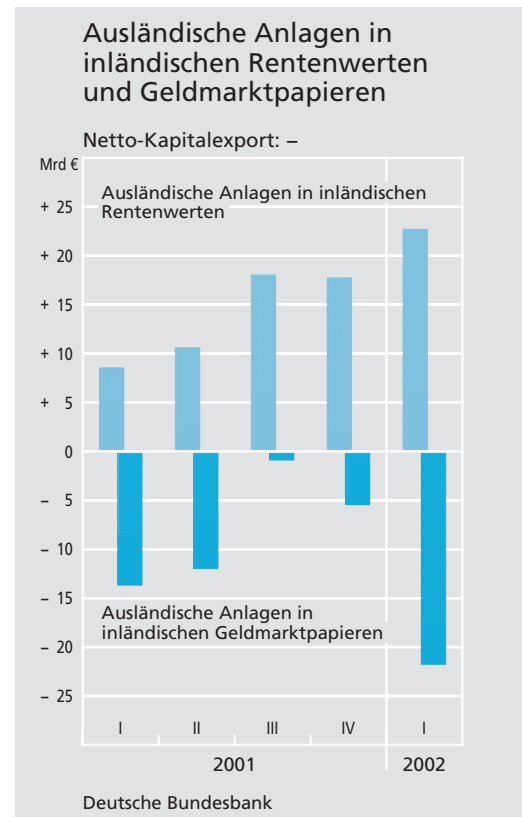
(1/2 Mrd € und 4 Mrd €). Bereits seit einiger Zeit scheinen sich die weltweiten Aktienströme zu Gunsten der EWU zu verschieben, und auch deutsche Aktien profitierten offenbar von der Neuausrichtung der internationalen Portfolios. Aktuell mag darüber hinaus eine gewisse „Reserve“ gegenüber amerikanischen Dividendenwerten stimulierend gewirkt haben.

Direktinvestitionen

Die gedämpfte internationale Konjunkturlage sowie die eher verhaltenen Gewinnaussichten der Firmen haben ihre Spuren ebenfalls in der Direktinvestitionstätigkeit der Unternehmen hinterlassen. Wie bereits im Vorquartal hielten diese sich auch in den Monaten von Januar bis März mit dem länderübergreifenden Erwerb von Beteiligungen zurück. Vor allem große Firmenübernahmen, die in den letzten Jahren mehrfach das Geschehen auf den Finanzmärkten geprägt hatten, waren in jüngster Zeit nicht mehr zu verzeichnen. Im Ergebnis kam es im Bereich der Direktinvestitionen in den ersten drei Monaten dieses Jahres zu Netto-Kapitalimporten (10 1/2 Mrd €), nachdem auch schon in den drei Monaten zuvor die Zuflüsse nach Deutschland überwogen hatten (4 Mrd €).

Deutsche Direktinvestitionen im Ausland

Inländische Unternehmen engagierten sich dabei im Berichtszeitraum mit 2 1/2 Mrd € im Ausland – in erster Linie durch eine Aufstockung des Beteiligungskapitals, die inländische Gesellschaften bei ihren ausländischen Niederlassungen durchführten. Vor allem heimische Unternehmen im Bereich der Nachrichtenübermittlung bedienten sich dieses Finanzierungsinstruments, um ihre Positionen



in den USA und innerhalb der EWU zu festigen.

Umgekehrt dehnten aber auch ausländische Firmen ihren Wirkungskreis in Deutschland aus. Insgesamt belief sich ihr Investitionsvolumen während des Berichtszeitraums auf 13 Mrd € und war damit etwas höher als im Quartal davor (10 1/2 Mrd €). Auch hier wurde das Auslandsengagement maßgeblich durch die Zuführung von Beteiligungskapital an inländische Töchter bestimmt, wenngleich ein Teil dieses Mittelzuflusses auf eine Kapitalumstrukturierung innerhalb eines Unternehmens zurückging, die das Netto-Ergebnis der ausländischen Direktinvestitionen in Deutschland unberührt ließ.

Ausländische Direktinvestitionen in Deutschland

Kreditverkehr...

Wie in den anderen Bereichen des Kapitalverkehrs fiel im Berichtszeitraum auch der Saldo im nicht verbrieften Kreditverkehr vergleichsweise niedrig aus, da sich die Kreditströme in einzelnen Untersegmenten zum Teil kompensiert haben. So transferierten Unternehmen und Privatpersonen zu Jahresbeginn Gelder in Höhe von netto 10½ Mrd € ins Ausland, nachdem sie zuvor aus bilanzpolitischen Gründen ihre Guthaben bei Banken im Ausland verringert hatten. In diesem Zusammenhang spielte eine Rolle, dass Unternehmen Erlöse aus einer regen Emissionstätigkeit am internationalen Kapitalmarkt vorübergehend bei ausländischen Banken parkten. Staatliche Stellen hingegen ließen ihre Guthaben bei im Ausland ansässigen Kreditinstituten nahezu unberührt.

... der Nicht-Banken

... und der Banken

Die unverbrieften Auslandstransaktionen des gesamten Bankensystems, die letztlich als Gegenposten zu den übrigen in der Zahlungsbilanz erfassten Auslandszahlungen interpretiert werden können, waren in den drei Monaten von Januar bis März betragsmäßig

ebenfalls nicht von großer Bedeutung (netto – 3½ Mrd €). Ein Mittelaufkommen aus dem Ausland hatten dabei lediglich die inländischen Kreditinstitute zu verzeichnen (13½ Mrd €), und zwar ausschließlich im kurzfristigen Bereich (19 Mrd €). Die im Kreditverkehr verbuchten Auslandstransaktionen der Bundesbank resultierten hingegen in einem Forderungssaldo in Höhe von 17 Mrd €, der in erster Linie eine Folge der Verrechnung von TARGET-Salden innerhalb des ESZB war.

Die Währungsreserven, deren Veränderungen nicht in den Zahlen des grenzüberschreitenden Kreditverkehrs aufscheinen, nahmen zu Transaktionswerten gerechnet von Jahresbeginn bis Ende März um knapp 1½ Mrd € zu. Dem aktuellen Bilanzwert nach, also bewertet zu den Kursen am Ende des ersten Quartals 2002, sind sie in den ersten drei Monaten dieses Jahres noch kräftiger, nämlich um 5 Mrd € auf nun 98 Mrd € gestiegen. Ausschlaggebend für diese Entwicklung war das Anziehen des Goldpreises.

Währungsreserven der Bundesbank

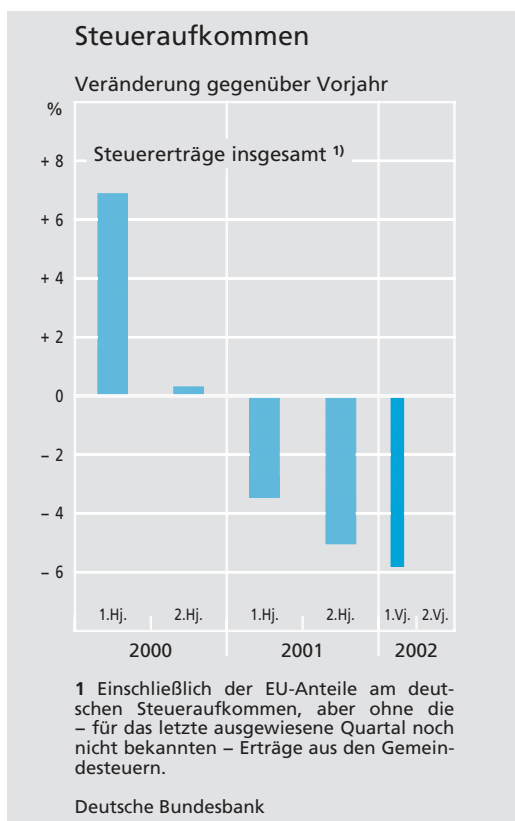
Öffentliche Finanzen

Haushaltsentwicklung der Gebietskörperschaften

Das Haushaltsergebnis der Gebietskörperschaften (ohne die Gemeinden, für die noch keine Angaben vorliegen) hat sich im ersten Quartal 2002 deutlich verschlechtert. Das Defizit stieg gegenüber der entsprechenden Vorjahrszeit um 10 Mrd € auf 27 Mrd €. Ein wichtiger Grund hierfür war der vor allem aus der ungünstigen Entwicklung der Steuererträge resultierende Rückgang der Einnahmen ($-7\frac{1}{2}\%$). Die Ausgaben wuchsen demgegenüber nicht zuletzt wegen stark gesteigener Zinsaufwendungen und Zuführungen an die Sozialversicherungen um fast 2 %.

Überblick

Im weiteren Jahresverlauf dürften die Gebietskörperschaften dagegen günstiger abschließen als ein Jahr zuvor. So ist im Gegensatz zu den ersten drei Monaten mit einer deutlichen Zunahme des Steueraufkommens zu rechnen. Außerdem wird der stark gestiegene Bundesbankgewinn einnahmewirksam. Schließlich ist zu erwarten, dass sich das Ausgabenwachstum abschwächt, insbesondere weil in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres hohe außergewöhnliche Ausgaben einiger Länder zu verzeichnen waren. Insgesamt könnte das Haushaltsdefizit der Gebietskörperschaften im Jahr 2002 leicht zurückgehen, nachdem es im Vorjahr kräftig um $15\frac{1}{2}$ Mrd € auf 48 Mrd € gestiegen war. Aus heutiger Sicht wird es allerdings vor allem wegen der sich abzeichnenden umfangreichen Steuerausfälle höher ausfallen als in den Haushaltsplanungen veranschlagt, wenn keine zusätzlichen Maßnahmen ergriffen werden.



Steuer-
entwicklung
im ersten
Quartal...

Die Steuereinnahmen¹⁾ der Gebietskörperschaften haben sich im ersten Quartal dieses Jahres nochmals ungünstig entwickelt. Sie blieben um 5,8% hinter dem entsprechenden Vorjahrsergebnis zurück, das freilich durch die Steuerreform erst wenig geschmälert worden war. Neben diesem „Basiseffekt“ trugen auch die weiterhin schwache Konjunktur – darunter vor allem der Rückgang der Unternehmensgewinne und Einzelhandelsumsätze – und steuertechnische Einflüsse zum verminderten Aufkommen bei.

Unter den Einkommensteuern hat sich vor allem das Ergebnis der Veranlagungssteuern erheblich verschlechtert. Die Körperschaftsteuer erbrachte 0,7 Mrd € und damit 1 Mrd € weniger als in der entsprechenden Vorjahrszeit. Bei der veranlagten Einkommensteuer

hat sich der negative Saldo aus den Einnahmen und den Auszahlungen noch um 1,3 Mrd € (auf – 3,6 Mrd €) vergrößert. Die anhaltende „Talfahrt“ der Körperschaftsteuer ist offenbar hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass die Vorauszahlungen auf Grund der ungünstigen Gewinnentwicklung weiter reduziert worden sind. Auch fiel im Vorjahrsvergleich noch ins Gewicht, dass sich die Anfang 2001 in Kraft getretenen Steuersenkungen noch nicht voll in den Einnahmen niedergeschlagen hatten, so dass das Aufkommen im ersten Quartal des vergangenen Jahres insofern recht hoch ausgefallen war. Dies hat die Entwicklung der veranlagten Einkommensteuer ebenfalls negativ beeinflusst. Vor allem sind hier jedoch die Erträge noch stärker als ein Jahr zuvor durch die – hauptsächlich im März ausgezahlte – Eigenheimzulage geschmälert worden.²⁾ Auch die nicht veranlagten Steuern vom Ertrag haben sehr viel weniger als ein Jahr zuvor erbracht (– 29%), worin sich die zum Jahresanfang 2002 in Kraft getretene Senkung der Kapitalertragsteuer auf Dividenden und rückläufige „Auskehrreffekte“ niederschlugen. Außerdem ist das Aufkommen der Lohnsteuer infolge der – ebenfalls zum Jahresbeginn wirksam gewordenen – weiteren Erhöhung des zu Lasten dieser Steuer verbuchten Kindergeldes um 2,6% hinter dem entsprechenden Vorjahrsergebnis zurückgeblieben. Dieses war zudem von der Steuersenkung des Jahres 2001 erst teilweise beeinflusst worden und hatte von

1 Einschl. der EU-Anteile am deutschen Steueraufkommen, aber ohne die noch nicht bekannten Erträge aus den Gemeindesteuern.

2 Dies ist darauf zurückzuführen, dass ein weiterer Jahrgang in diese seit 1996 bestehende Förderung (über einen Zeitraum von jeweils acht Jahren) hineingewachsen ist.

der Verlagerung von Sonderzahlungen profitiert.

Bei den indirekten Steuern hat sich der bereits im vergangenen Jahr zu verzeichnende Rückgang der Umsatzsteuererträge fortgesetzt (-1,6%). Hierzu hat neben der Abnahme der Einzelhandelsumsätze beigetragen, dass die steuerbelasteten Investitionen im Wohnungssektor und die staatlichen Investitionen weiter eingeschränkt worden sind. Dagegen sind die Erträge aus der Mineralölsteuer (+ 4,6%), der Stromsteuer (+ 14%) und der Versicherungssteuer (+ 7,8%) wegen der hier zum Jahresbeginn in Kraft getretenen Erhöhungen kräftig gestiegen.³⁾

... und im
Gesamtjahr

Für den weiteren Jahresverlauf ist mit einer günstigeren Entwicklung der Steuererträge zu rechnen, da dann einige im Vorjahrsvergleich belastende Faktoren entfallen werden und die Aufkommensentwicklung voraussichtlich in zunehmendem Maße von der erwarteten Konjunkturerholung geprägt sein wird. Nach der vor kurzem vom Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ erstellten neuen Prognose wird das Steueraufkommen im laufenden Jahr um 1,9% zunehmen.

Gegenüber der – den Haushaltsplänen weitgehend zu Grunde liegenden – vergleichbaren Prognose vom Herbst vorigen Jahres zeichnen sich freilich Einnahmenschwäche von 11,7 Mrd € ab, nachdem die damaligen Steuererwartungen schon im Jahr 2001 verfehlt und die gesamtwirtschaftlichen Wachstumsannahmen für das laufende Jahr inzwischen weiter zurückgeschraubt worden sind.⁴⁾ Von diesen hohen Ausfällen sind vor allem die Körperschaft-

Aufkommensentwicklung wichtiger Einzelsteuern

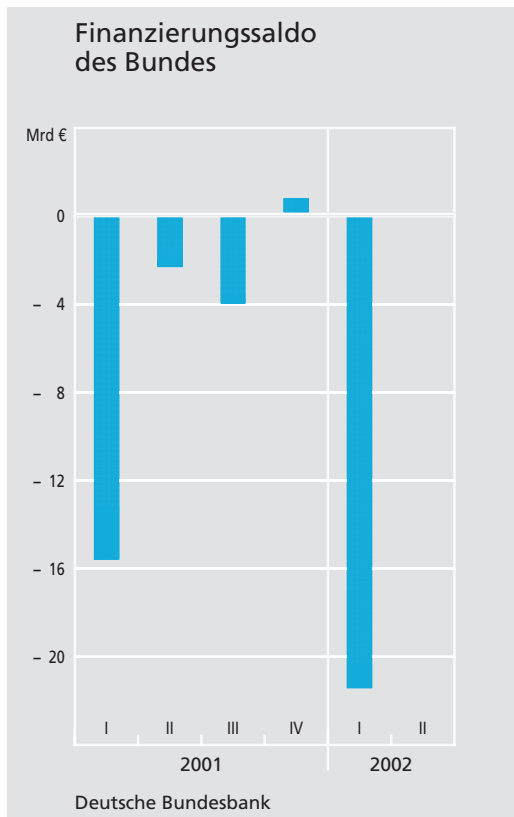
Steuerart	Aufkommen in Mrd €		Veränderung gegenüber Vorjahr in %
	1. Vierteljahr		
	2002	2001	
Lohnsteuer	30,4	31,2	- 2,6
Veranlagte Einkommensteuer	- 3,6	- 2,3	.
Körperschaftsteuer	0,7	1,7	- 60,4
Umsatzsteuer	34,5	35,1	- 1,6

Deutsche Bundesbank

und die Umsatzsteuer betroffen. Hier schlägt sich im Vergleich zu den früheren Erwartungen die ungünstigere Gewinnentwicklung und das schwächere Wachstum der steuerpflichtigen Inlandsumsätze nieder. Außerdem dürften die Mehreinnahmen aus der Bekämpfung des Umsatzsteuerbetrugs voraussichtlich hinter dem zunächst erwarteten Umfang zurückbleiben. Im Übrigen ist vor allem infolge der ungünstigeren Beschäftigungsentwicklung gegenüber den Annahmen vom Herbst mit deutlichen Abstrichen bei der Lohnsteuer zu rechnen. Bei

³ Die Einnahmen aus der Tabaksteuer sind dagegen trotz der hier ebenfalls zum Jahresbeginn wirksam gewordenen Steuererhöhung um 10,6% gesunken, nachdem sie im vierten Quartal 2001 auf Grund von Vorzieheffekten um 24% gestiegen waren.

⁴ So rechnet die Bundesregierung für das laufende Jahr nur noch mit einem Wirtschaftswachstum von real ¾% und nominal 2½% (gegenüber einer entsprechenden Annahme von 1¼% bzw. 3% im Herbst 2001).



einem erwarteten Wachstum des nominalen Bruttoinlandsprodukts um 2 ½ % wird sich die Volkswirtschaftliche Steuerquote (in finanzstatistischer Abgrenzung) trotz der zum Jahresanfang wirksam gewordenen Steuererhöhungen gegenüber dem vergangenen Jahr leicht verringern (auf 21,5 %).

*Bund im ersten
Quartal ...*

Der Bundeshaushalt wies im ersten Quartal des laufenden Jahres ein Defizit von 21 ½ Mrd € aus, nach 15 ½ Mrd € im vergleichbaren Vorjahrszeitraum. Die Einnahmen sanken um 6 ½ %, wobei insbesondere ins Gewicht fiel, dass das Steueraufkommen um 7 % zurückging. Die Ausgaben nahmen dagegen um 3 ½ % zu. Besonders kräftig wuchsen die Zinsausgaben (+ 15 ½ %), wozu beitrug, dass im ersten Quartal bei Bundeswertpapieren im Gegensatz zum Vorjahr kein

hohes Agio mehr vereinnahmt wurde. Auch stiegen die Zuweisungen an die gesetzliche Rentenversicherung weiter erheblich an.

Im Bundeshaushaltsplan 2002 ist gegenüber dem Ergebnis des Vorjahres eine Zunahme des Defizits um 2 ½ Mrd € auf gut 23 ½ Mrd € vorgesehen.⁵⁾ Auf der Einnahmenseite sind allerdings nicht unerhebliche Risiken erkennbar. So ergeben sich gemäß der jüngsten Steuerschätzung Ausfälle gegenüber dem Plan in Höhe von rund 3 Mrd €. Dabei werden die Mindereinnahmen des Bundes dadurch merklich begrenzt, dass die – von den Steuererträgen abgesetzten – Abführungen an die EU wesentlich niedriger ausfallen als ursprünglich geplant. Die Ausgaben könnten sich insgesamt im Rahmen der Planungen entwickeln. Sie werden nach einem Rückgang in den beiden Vorjahren aber deutlich steigen. Dabei schlägt zu Buche, dass der Zuschussbedarf des Bundeseisenbahnvermögens wieder erheblich zunehmen wird, nachdem dieser im Vorjahr durch außerordentliche Einnahmen aus der Veräußerung der „Eisenbahnerwohnungen“ vorübergehend stark gesunken war. Zudem werden die aus dem Aufkommen der „Ökosteuer“ finanzierten Zuschüsse an die gesetzliche Rentenversicherung weiter kräftig wachsen. Auch die Zinsausgaben werden merklich steigen. Im Übrigen sollen die Auf-

*... und im
Gesamtjahr*

⁵ Die Entwicklung des Defizits weicht im Ist 2001 und im Soll 2002 stark von der Entwicklung der Nettokreditaufnahme ab. Ausschlaggebend hierfür sind die mit der Währungsumstellung verbundenen starken Münzrückflüsse im vergangenen und die in den Planungen enthaltenen hohen Münzeinnahmen im laufenden Jahr. Diese finanziellen Transaktionen beeinflussen zwar die Nettokreditaufnahme, nicht aber das Defizit. Die Nettokreditaufnahme soll von knapp 23 Mrd € im Jahr 2001 auf 21 Mrd € im Jahr 2002 zurückgehen.

wendungen für äußere und innere Sicherheit ausgeweitet werden.

Sonder-
vermögen

Die Sondervermögen wiesen im ersten Quartal ein Defizit von gut ½ Mrd € auf, das um gut ½ Mrd € geringer ausfiel als ein Jahr zuvor. Für das Gesamtjahr 2002 ist hier ein umfangreicher Überschuss zu erwarten, der deutlich über den im Jahr 2001 verzeichneten Betrag von 5 Mrd € hinausgehen wird. Diese Verbesserung ist auf die gegenüber dem Vorjahr um 3 Mrd € höhere Gewinnausschüttung der Bundesbank zurückzuführen. Von dem Gesamtbetrag in Höhe von gut 11 Mrd € fließen wie im Vorjahr 3 ½ Mrd € dem Bundeshaushalt zu, der darüber hinausgehende Anteil wird dem Erblastentilgungsfonds zur Schuldentilgung zugeleitet.

Länder

Die Haushalte der Länder verzeichneten im ersten Quartal dieses Jahres ein Defizit von 9 Mrd €. Der Vorjahrsbetrag wurde damit um fast 5 Mrd € übertroffen. Während die Ausgaben um fast 1 ½ % wuchsen, gingen die Einnahmen um 7 % zurück. Neben den um 6 ½ % gesunkenen Steuererträgen gaben auch die übrigen Einnahmen merklich nach. Im weiteren Jahresverlauf wird jedoch eine günstigere Entwicklung vor allem des Steueraufkommens erwartet. Außerdem entfallen Sonderbelastungen, die in einigen Länderhaushalten im weiteren Verlauf des Vorjahres stark zu Buche geschlagen hatten. Vor diesem Hintergrund dürfte das Defizit im laufenden Jahr insgesamt niedriger ausfallen als im Jahr 2001, in dem ein Rekordbetrag von 27 ½ Mrd € angefallen war. Das in den Haushaltsplanungen vorgesehene Defizit in Höhe von 18 Mrd € dürfte jedoch vor allem

Marktmäßige Nettokreditaufnahme der Gebietskörperschaften

Zeit	Ins- gesamt	Darunter:		Nach- richtlich: Erwerb durch das Ausland
		Wert- papiere 1)	Schuld- schein- dar- lehen 2)	
2000	+ 16,1	+ 29,1	- 11,8	+ 21,2
2001 ^{ts)}	+ 14,2	+ 56,3	- 6,6	+ 1,0
darunter:				
1. Vj.	- 10,4	+ 13,9	+ 9,7	- 12,2
2. Vj.	- 6,1	+ 7,5	- 13,7	- 0,3
3. Vj.	+ 15,6	+ 18,5	- 1,8	+ 14,9
4. Vj. ^{ts)}	+ 15,2	+ 16,4	- 0,9	- 1,5
2002				
1. Vj. ^{ts)}	+ 27,3	+ 15,2	+ 12,1	...

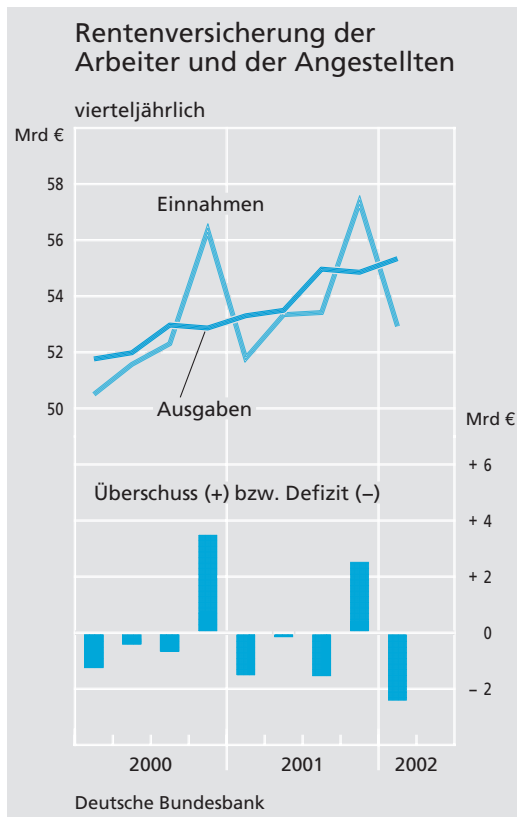
1 Ohne Ausgleichsforderungen. — 2 Einschl. Kassenverstärkungs- bzw. Kassenkredite und Geldmarktkredite.

Deutsche Bundesbank

infolge der Steuerausfälle überschritten werden.

Für die Gemeinden liegen bislang erst die Ergebnisse des letzten Jahres vor. Danach ergab sich ein Defizit von fast 4 Mrd €, nachdem im Jahr 2000 noch ein Überschuss von fast 2 Mrd € erzielt worden war. Die Einnahmen sanken insgesamt um gut 2 %. Maßgeblich hierfür war vor allem der kräftige Rückgang des kommunalen Steueraufkommens um reichlich 5 %. Aber auch die überwiegend aus dem Steuerverbund gespeisten Zuweisungen der Länder haben merklich abgenommen. Die Ausgaben stiegen dagegen mit fast 2 % stärker als in den Vorjahren. Dazu haben freilich auch Sondereffekte wie ein umfangreicher Beteiligungserwerb in Baden-Württemberg und die Auszahlung des ein-

Gemeinden



maligen Heizkostenzuschusses beigetragen. Für das laufende Jahr zeichnet sich angesichts der schwachen Entwicklung des Steueraufkommens und der Kürzung der kommunalen Zuweisungen in einigen Ländern noch keine deutliche Entspannung der Haushaltslage der Gemeinden ab.

Verschuldung

Die Verschuldung der Gebietskörperschaften ist im ersten Quartal mit knapp 27½ Mrd € kräftig gestiegen. An den Kapitalmärkten wurden per saldo 11½ Mrd € beschafft. Die Geldmarktverschuldung wurde um 16 Mrd € ausgeweitet. Mit 20½ Mrd € nahm vor allem der Bund die Kreditmärkte erheblich in Anspruch. Die Länder und die Sondervermögen benötigten Fremdmittel im Umfang von fast 5 Mrd € beziehungsweise ¾ Mrd €. Auch die Gemeinden dürften ihre Verschuldung in den

ersten drei Monaten des Jahres merklich erhöht haben.

Sozialversicherungen

In der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten entstand im ersten Quartal 2002 ein Defizit von 2,4 Mrd €, das im Vergleich zum Vorjahr um 0,9 Mrd € höher ausfiel. Insgesamt übertrafen die Beitragseinnahmen von Januar bis März ihren Vorjahrswert nur um 0,6%, worin sich auch die ungünstigere Beschäftigungslage widerspiegelt. Die Gesamteinnahmen wuchsen wegen der kräftig steigenden Bundeszuschüsse um 2,2%. Die Ausgaben wurden mit 3,8% deutlich stärker ausgeweitet. Für die Renten wurden dabei 3,6% mehr aufgewendet als vor Jahresfrist. Hierzu trugen sowohl die Rentenanpassungen zur Mitte letzten Jahres um 1,91% im Westen und 2,11% im Osten als auch ein – wenngleich leicht verlangsamer – Anstieg der Zahl der Renten um 1,3% bei.

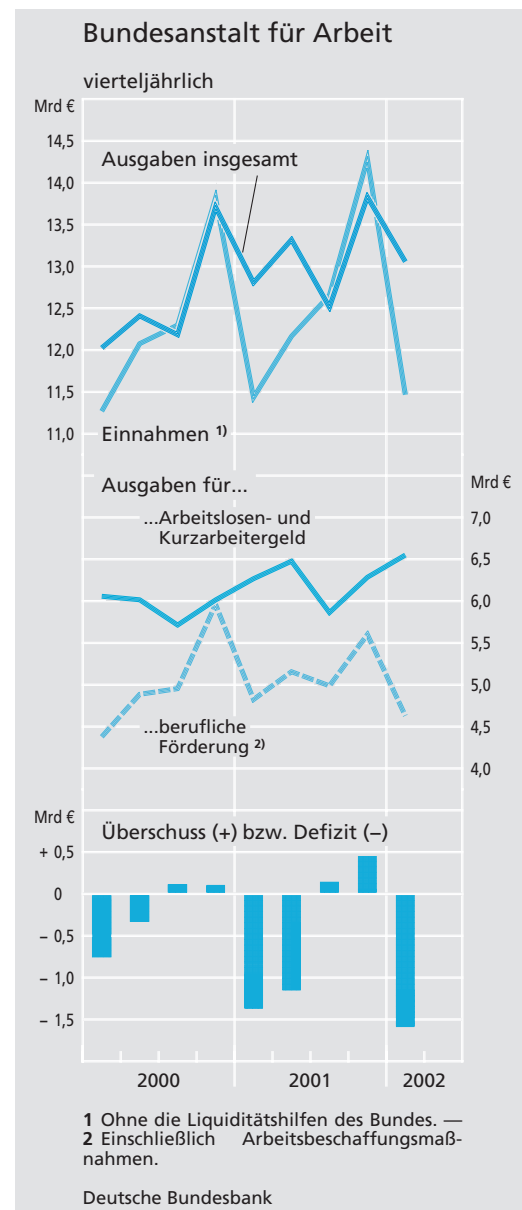
*Gesetzliche
Renten-
versicherung*

Auch im Gesamtjahr wird die gesetzliche Rentenversicherung ein erheblich höheres Defizit aufweisen als ein Jahr zuvor. In der zweiten Jahreshälfte wird sich der Ausgaben- druck noch erhöhen, da zum 1. Juli 2002 die Renten um 2,16% in den alten und 2,89% in den neuen Bundesländern angehoben werden. Außerdem wirken sich die für die Rentner zu zahlenden höheren Krankenversicherungsbeiträge ausgabensteigernd aus. Auf die zum Haushaltsausgleich an sich erforderliche Anhebung des Beitragssatzes wurde verzichtet. Die sich dadurch ergebende Finanzierungslücke wird durch einen Rückgriff auf

die Schwankungsreserve geschlossen, deren Soll von einer auf 0,8 Monatsausgaben herabgesetzt worden ist. In Anbetracht der ungünstigen Beschäftigungsentwicklung und der kräftigeren Rentenanpassungen zur Jahresmitte ist nicht ganz auszuschließen, dass auch dieser Wert zum Jahresende unterschritten werden wird.

Bundesanstalt
für Arbeit

Bei der Bundesanstalt für Arbeit ergab sich im ersten Quartal 2002 eine leichte finanzielle Verschlechterung. So wuchs das Defizit im Vergleich zum Vorjahr um 0,2 Mrd € auf 1,6 Mrd €, obwohl der Ausgabenanstieg mit 2,0 % insgesamt moderat ausfiel. Allerdings übertrafen die gesamten Einnahmen vor allem infolge der ungünstigeren Beschäftigungslage ihren Vorjahrswert um lediglich 0,3 %. Die Aufwendungen für das Arbeitslosengeld nahmen um 4,1% zu. Während in den alten Bundesländern 10,8 % mehr ausgegeben wurden, kam es im Osten zu einem kräftigen Rückgang um 8,7 %. Neben der im Westen relativ stärkeren Zunahme der Arbeitslosigkeit spielte dabei offenbar eine Rolle, dass in den neuen Bundesländern immer mehr Erwerbslose mit zunehmender Dauer ihrer Arbeitslosigkeit den Anspruch auf Arbeitslosengeld verlieren. Dies dürfte auch mit der anhaltenden Rückführung der – neue Leistungsansprüche begründenden – Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zusammenhängen, für die im ersten Quartal im gesamten Bundesgebiet gut ein Fünftel weniger als ein Jahr zuvor ausgegeben wurde. Die Aufwendungen für die berufliche Aus- und Fortbildung verharren praktisch auf ihrem Vorjahrsniveau, so dass die Kosten der aktiven Ar-



beitsmarktpolitik insgesamt um 4,0 % zurückgeführt wurden.

Der in den Haushalten eingeplante Zuschussbedarf der Bundesanstalt für Arbeit für das ganze Jahr in Höhe von 2,0 Mrd € erscheint angesichts der noch anhaltenden Anspannung auf dem Arbeitsmarkt aus heutiger Sicht eher knapp bemessen. Um diesen Betrag nicht zu überschreiten, ist eine enge Be-

grenzung der Aufwendungen für die aktive Arbeitsmarktpolitik erforderlich.

*Gesetzliche
Kranken-
versicherung*

Zur Finanzentwicklung in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung liegen Angaben nur bis Ende 2001 vor. Danach verzeichneten die Krankenkassen im vergangenen Jahr mit einem Defizit von 2,8 Mrd € eine drastische Verschlechterung, die insbesondere auf die stark gestiegenen Ausgaben für Arzneimittel zurückzuführen ist. Insgesamt nahmen die Leistungsausgaben um 3,6 % zu, während die Beitragseinnahmen lediglich um 1,4 % wuchsen. Nicht nur zur Vermeidung eines erneuten Defizits, sondern auch zur Wiederauffüllung der gesetzlich vorgeschriebenen Mindestreserven⁶⁾ mussten viele Kassen ihren Beitragssatz zum Jahresbeginn 2002 anheben. Er beträgt nunmehr durchschnittlich 14,0 %.

*Gesetzliche
Pflege-
versicherung*

Das in der gesetzlichen Pflegeversicherung im Jahr 2001 entstandene geringe Defizit von 0,1 Mrd € konnte aus den Rücklagen finanziert werden, die am Jahresende mit gut 4 1/2 Mrd € im Unterschied zu den Reserven der Krankenkassen noch reichlich bemessen waren. Bei einem Zuwachs der Beitragseinnahmen um 1,5 % profitierten die Pflegekassen von einem vergleichsweise geringen Anstieg der Ausgaben um 1,1%. Im laufenden Jahr ist auf Grund einer einmaligen Überweisung des Bundes in Höhe von 0,6 Mrd €⁷⁾ mit einem günstigeren Ergebnis zu rechnen, obwohl das „Pflegeleistungs-Ergänzungsgesetz 2001“ zusätzliche Leistungsausgaben insbesondere für Demenzkranke vorsieht.

Tendenzen des öffentlichen Gesamthaushalts

Im vergangenen Jahr stieg die gesamtstaatliche Defizitquote (Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und ohne Berücksichtigung der UMTS-Erlöse im Jahr 2000) vor allem infolge der umfangreichen Einnahmehausfälle auf Grund der Steuerreform um 1,4 Prozentpunkte auf 2,7 %. Sie lag damit nicht mehr weit von der 3 %-Grenze des Maastricht-Vertrags entfernt.⁸⁾

Auch in einer längerfristigen Betrachtungsweise – die die zukünftige demographische Entwicklung in die Betrachtung mit einbezieht – hat sich der staatliche Konsolidierungsbedarf im vergangenen Jahr noch weiter vergrößert. Dies wird an den Ergebnissen einer neuen Rechnung im Rahmen der Generationenbilanzierung deutlich, die auf der Basis des staatlichen Leistungs- und Abgabenrechts von 2001 erstellt worden ist. Wie in den Erläuterungen auf Seite 73 zum Ausdruck kommt, hat sich die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen vor allem durch die erheblichen Einnahmehausfälle infolge der Steuerreform und andere nichtkon-

*Gesamt-
staatliche
Defizitquote
2001 nahe der
3 %-Grenze*

*Konsolidie-
rungsbedarf
auch
längerfristig
gewachsen*

⁶ Nach § 261 SGB V muss die Rücklage einer Krankenkasse mindestens 25 % und höchstens 100 % einer durchschnittlichen Monatsausgabe betragen. Nicht auszuschließen ist, dass sich einige Kassen im Jahr 2001 auch über Kredite finanziert haben.

⁷ Im Jahr 1995 hatten die Pflegekassen dem Bund 0,6 Mrd € zur Unterstützung des Aufbaus von Pflegeeinrichtungen in den neuen Bundesländern überlassen. Dieser Betrag ist nach Artikel 52 des „Pflegeversicherungsgesetzes“ im Jahr 2002 zurückzuzahlen.

⁸ Zum konjunkturellen Einfluss und zur Entwicklung der Staatsfinanzen im Jahr 2001 vgl. auch: Deutsche Bundesbank, Monatsbericht, Februar 2002, S. 57 ff.

Zur Entwicklung der langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen im Jahr 2001

Die Frage, ob sich die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen im vergangenen Jahr verbessert oder verschlechtert hat, kann mit Hilfe der Generationenbilanzierung analysiert werden. Der dort ermittelte so genannte jährliche Konsolidierungsbedarf gibt einen Anhaltspunkt für die Veränderung der langfristigen fiskalischen Belastungen, die insbesondere auf Grund der prognostizierten demographischen Veränderungen zu erwarten sind.¹⁾ Er gibt an, um wie viel Prozentpunkte die staatliche Ausgabenquote gesenkt beziehungsweise die staatliche Einnahmenquote erhöht werden müsste, damit die finanzpolitischen Bedingungen des Basisjahres ohne weitere Änderungen langfristig durchgehalten werden können. Änderungen des gesamtwirtschaftlichen Umfelds infolge der demographischen Entwicklung oder auf Grund von Reaktionen auf politische Maßnahmen werden dabei allerdings vernachlässigt.

Hier werden im Rahmen der Generationenbilanzierung zwei Szenarien unterschieden. In einem „Status-quo-Szenario“ wird unterstellt, dass die finanzpolitischen Bedingungen des jeweiligen Jahres auch in Zukunft unverändert fortgelten. Die im betrachteten Jahr beobachteten altersspezifischen Pro-Kopf-Beträge für die einzelnen staatlichen Einnahmen- und Ausgabenkategorien werden – bis auf eine am Produktivitätswachstum orientierte Anpassung – konstant gehalten. In einem „PolitikszENARIO“ dagegen werden auch im jeweiligen Jahr bereits beschlossene, aber erst zukünftig wirksam werdende Politikänderungen berücksichtigt. So kann der für die Finanzpolitik noch bestehende Handlungsbedarf realistischer eingeschätzt werden.

Im Status-quo-Szenario ergab sich im vergangenen Jahr – bereinigt um konjunkturelle und andere Sonderfaktoren – ein deutlicher Anstieg des jährlichen Konsolidierungsbedarfs (in den im Gegensatz zum aktuellen Defizit die langfristige demographische Entwicklung einfließt) um 1¼ Prozentpunkte auf 4½ % des BIP. Diese starke Verschlechterung geht hauptsächlich auf die Einnahmehinrichnisse im Rahmen der Steuerreform zurück, die die Mehreinnahmen aus der Anhebung indirekter Steuern weit überstiegen. Darüber hinaus entwickelten sich einige Steuern im vergangenen Jahr deutlich schwächer, als auf Grund der Rechtsänderungen und der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zu erwarten gewesen wäre. Außerdem wurde der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung gesenkt. Auf der Ausgabe Seite standen die Ausweitung einiger Sozialleistungen und der Anstieg der Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung einer grundsätzlich sparsamen Haushaltsführung gegenüber.

1 Zu den methodischen und empirischen Grundlagen für die Berechnungen, auf denen die hier dargestellten Ergebnisse beruhen, vgl.: Deutsche Bundesbank, Zur langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte – eine Analyse anhand der Generationenbilanzierung, Monatsbericht, Dezember 2001, S. 29 ff. und B. Mancke (2002), Zur langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte in

Im PolitikszENARIO lag der jährliche Konsolidierungsbedarf im vergangenen Jahr zwar mit 3¼ % des BIP auf Grund der in Zukunft wirksam werdenden Maßnahmen deutlich niedriger als im bereinigten Status-quo-Szenario. Ausschlaggebend hierfür waren zukünftig greifende Einsparungen im Bereich der gesetzlichen Rentenversicherung, die weit über die für die nächsten Jahre beschlossenen zusätzlichen Steuererleichterungen hinausgehen. Im Vergleich zu 2000 hat sich die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen aber auch im PolitikszENARIO erheblich verschlechtert. Der jährliche Konsolidierungsbedarf stieg um 1¼ Prozentpunkte. Die Steuerreform spielt hier allerdings keine Rolle. Da sie bereits im Jahr 2000 beschlossen worden war, sind die in den folgenden Jahren hieraus resultierenden Steuerausfälle bereits im PolitikszENARIO für das Jahr 2000 enthalten. Jene Verschlechterungen im bereinigten Status-quo-Szenario, die nicht auf bereits vor 2001 verabschiedete gesetzliche Maßnahmen zurückgehen, schlagen sich dagegen auch im PolitikszENARIO nieder.

Stark zur Verschlechterung beigetragen haben auch in 2001 getroffene, erst zukünftig wirkende Maßnahmen. Dabei schlägt vor allem der mit der Verabschiedung der Rentenreform auch formal entfallene „demographische Faktor“ zu Buche. Betrachtet man dagegen im Rahmen der Rentenreform die dämpfenden Auswirkungen der fiktiven privaten Zusatzvorsorgebeiträge auf die Rentenanpassungen einerseits und die Steuerausfälle auf Grund der staatlichen Förderung der privaten Zusatzvorsorge andererseits, ergibt sich eine leichte Verbesserung der Tragfähigkeit.²⁾ Die übrigen in 2001 für zukünftige Jahre beschlossenen Politikänderungen hatten keinen großen Einfluss auf den jährlichen Konsolidierungsbedarf. Die beschlossene Kindergeldanhebung zum Beginn dieses Jahres sowie die erwarteten Mehreinnahmen auf Grund des Steuerverkürzungsbekämpfungsgesetzes und der Erhöhung der Tabak- und der Versicherungssteuer hielten sich nahezu die Waage. Insgesamt ist im PolitikszENARIO gegenüber dem Jahr 2000 auch dann noch eine Verschlechterung der langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen zu verzeichnen, wenn um die Wirkung des demographischen Faktors bereinigt wird, der zwar formal erst mit der Verabschiedung der Rentenreform entfiel, politisch aber schon länger aufgegeben worden ist.

Auch wenn die hier vorgelegten Zahlen mit Vorsicht interpretiert werden müssen, zeigen die Ergebnisse, dass im vergangenen Jahr die Finanzpolitik noch nicht dauerhaft tragfähig gewesen ist. Gegenüber dem Vorjahr ergibt sich sogar eine deutliche Verschlechterung der langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen.

Deutschland, Diskussionspapier 10/02 des Volkswirtschaftlichen Forschungszentrums der Deutschen Bundesbank. — 2 Andere Teile der Rentenreform – wie die Neuregelung der Erwerbsminderungsrenten, die verstärkte Einkommensanrechnung bei den Hinterbliebenenrenten und die Änderung der Rentenformel nach 2010 – bleiben hier außer Acht.

*Vermeidung
eines Defizit-
anstiegs in
2002 setzt
sparsame Haus-
haltsführung
voraus*

junkturelle Faktoren gegenüber dem Vorjahr verschlechtert.

Im laufenden Jahr wird der konjunkturbedingte Teil des staatlichen Defizits zunehmen, weil die gesamtwirtschaftliche Entwicklung im Jahresdurchschnitt weiter hinter dem Wachstum des Produktionspotenzials zurückbleibt. Außerdem ergeben sich zusätzliche Anforderungen aus der Anhebung des Kindergelds, den höheren Aufwendungen für die innere und äußere Sicherheit, den wachsenden Ausgaben für die Alterssicherung sowie steigenden Zinsausgaben. Dem steht gegenüber, dass die Abgabenquote wieder merklich steigen dürfte. Ausschlaggebend hierfür sind die weitere Stufe der „ökologischen Steuerreform“, die Erhöhung der Tabak- und der Versicherungsteuer und der deutliche Anstieg des durchschnittlichen Beitragssatzes zur gesetzlichen Krankenversicherung. Auch könnten die Maßnahmen zur verstärkten Bekämpfung des Umsatzsteuerbetrugs zu Mehreinnahmen führen. Schließlich werden die öffentlichen Haushalte im laufenden Jahr dadurch entlastet, dass die Gewinnausschüttung der Bundesbank wesentlich höher ausfiel als im Vorjahr und verschiedene 2001 einmalig angefallene Ausgaben nicht mehr zu Buche schlagen.⁹⁾ Auch dürften die Abführungen des Bundes an den EU-Haushalt nochmals relativ niedrig sein. Insgesamt gesehen lässt sich deshalb ein weiterer Anstieg der Defizitquote vermeiden – vorausgesetzt, dass auf allen staatlichen Ebenen eine Politik der konsequenten Ausgabenbegrenzung betrieben wird.

In den Jahren 2003 und 2004 ist eine starke Rückführung der staatlichen Defizite erforderlich, um einen mindestens annähernd ausgeglichenen gesamtstaatlichen Haushalt zu erreichen. Zu einer solchen Grundposition haben sich alle Mitgliedstaaten der EU mit der Verabschiedung des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts im Jahr 1997 verpflichtet. Die letzten beiden deutschen Stabilitätsprogramme sahen das Erreichen dieses Ziels für das Jahr 2004 vor. Im Zusammenhang mit der Diskussion über eine mögliche „Frühwarnung“ hat sich die Bundesregierung hierzu nochmals nachdrücklich verpflichtet. Damit trägt sie nicht zuletzt dazu bei, die Glaubwürdigkeit der finanzpolitischen Regeln in der Währungsunion zu bewahren. Für das Erreichen dieses Ziels im Jahr 2004 sind allerdings umfangreiche Konsolidierungsbemühungen erforderlich. Zwar ist damit zu rechnen, dass in den kommenden zwei Jahren die gesamtwirtschaftliche Entwicklung die Rückführung der staatlichen Defizite unterstützen wird. Da der weitaus überwiegende Teil des Defizits jedoch strukturell bedingt ist, lässt sich dieses dauerhaft aber nur durch nachhaltige Maßnahmen abbauen. Auch angesichts der im kommenden Jahr in Kraft tretenden nächsten Stufe der Einkommensteuerreform und des finanzpolitischen Ziels, die Abgabenquote weiter zu senken, wird es letztlich darauf ankommen, die staatlichen Ausgaben strikt zu begrenzen.

*2003 und 2004
verstärkte
Konsolidierungs-
anstrengungen
erforderlich*

⁹ Hierbei handelt es sich unter anderem um den im Zusammenhang mit dem Ölpreisanstieg gewährten Heizkostenzuschuss zu Beginn des Jahres 2001, Belastungen aus den Tierseuchen sowie die Rückerstattung einer zu Unrecht erhobenen Förderabgabe in Niedersachsen.

*Beschlüsse des
Finanz-
planungsrats*

Auf Grund der ausgeprägten föderalen Struktur der öffentlichen Finanzen in Deutschland und der hohen Defizite auch auf der Länderebene¹⁰⁾ war es von besonderer Bedeutung, dass sich Bund und Länder in einer Sondersitzung des Finanzplanungsrats im März eindeutig zu ihrer gemeinsamen Verantwortung gegenüber den europäischen Verpflichtungen und zum Ziel ausgeglichener Haushalte für die jeweilige Gebietskörperschaft bekannt haben. Um dies zu erreichen, wurde unter anderem beschlossen, dass in den Jahren 2003 und 2004 der Bund seine Ausgaben um durchschnittlich ½ % senken wird und die Länder und Gemeinden ihre Ausgaben grundsätzlich um jeweils höchstens 1% ausweiten werden. Dies bedeutet eine wesentlich stärkere Begrenzung der Ausgaben, als es in den bisherigen mittelfristigen Planungen vorgesehen ist. Über eine sehr sparsame Haushaltsführung hinaus könnten sich Einschnitte in bisherige Leistungen als notwendig erweisen. Um einen gesamtstaatlichen Konsolidierungserfolg sicherzustellen, wäre dabei freilich auf Lastverschiebungen zwischen den staatlichen Ebenen ebenso zu verzichten wie auf Umschichtungen von Ausgaben hin zu Steuersubventionen.

*Ausweitung
staatlicher
Leistungen
erfordert
umso stärkere
Einsparungen
an anderer
Stelle*

Eine Ausweitung bestimmter staatlicher Leistungen beziehungsweise über den beschlossenen Umfang hinausgehende Steuersenkungen würden deshalb umso kräftigere Einsparungen an anderer Stelle erforderlich machen. Wie die Erfahrungen der Vergangenheit zeigen, sollte die Finanzpolitik nicht auf eine „automatische Konsolidierung“, beispielsweise durch Mehreinnahmen auf Grund einer erhofften günstigeren gesamtwirt-

schaftlichen Entwicklung oder kurzfristige Selbstfinanzierungseffekte von Steuersenkungen, setzen. Eine solche auf „Hoffnungswerten“ basierende Finanzpolitik entspräche nicht den eingegangenen europäischen Verpflichtungen, die – zusammen mit den ergänzenden nationalen Beschlüssen – die Rahmenbedingungen für die finanzpolitischen Entscheidungen bilden und durch geeignete Konsolidierungsmaßnahmen konkretisiert und glaubhaft untermauert werden sollten.

Die Rückführung der Defizitquote in den Jahren 2003 und 2004 steht – unabhängig von ihrer zentralen Bedeutung für die Glaubwürdigkeit der europäischen finanzpolitischen Regeln – nicht im Gegensatz zu den gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen. Gemessen an der strukturellen Defizitquote von rund 1½ % im Jahr 2000 war die Finanzpolitik in dem durch eine niedrige Wachstumsrate geprägten Jahr 2001 expansiv ausgerichtet. Die strukturelle Defizitquote stieg auf gut 2½ %. Im laufenden Jahr dürfte sie zwar wieder sinken, aber immer noch deutlich über dem Niveau des Jahres 2000 liegen. Die Jahre 2003 und 2004, in denen über die Kompensation des höheren Defizits hinaus die erforderliche Konsolidierung zur Erreichung einer annähernd ausgeglichenen Grundposition vorzunehmen ist, werden nach allgemeiner Erwartung durch eine konjunkturelle Belebung gekennzeichnet sein. Würde der Zeitpunkt, zu dem ein ausgeglichener Haushalt erreicht

*Rückführung
der Defizit-
quote im
Einklang mit
gesamtwirt-
schaftlichen
Erfordernissen*

10 In der Abgrenzung der VGR belief sich im vergangenen Jahr sowohl das Defizit des Bundes und seiner Sondervermögen auf der einen Seite als auch das der Länder und Gemeinden auf der anderen Seite auf jeweils 27 Mrd €. Die Sozialversicherungen wiesen einen Fehlbetrag von 2 Mrd € aus.

werden soll, trotz der eingegangenen Verpflichtung weiter verschoben, könnte die Glaubwürdigkeit der finanzpolitischen Regeln in der EU und der deutschen Finanzpolitik beeinträchtigt werden. Die damit verbundenen

negativen Erwartungseffekte und die erhöhte Unsicherheit, die sich am Markt in Zinssteigerungen niederschlagen könnten, würden die gesamtwirtschaftlichen Perspektiven negativ beeinflussen.

Statistischer Teil

Inhalt

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

- | | |
|---------------------------------------|----|
| 1. Monetäre Entwicklung und Zinssätze | 6* |
| 2. Außenwirtschaft | 6* |
| 3. Allgemeine Wirtschaftsindikatoren | 7* |

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

- | | |
|--|-----|
| 1. Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang | 8* |
| 2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) | 10* |
| 3. Liquiditätsposition des Bankensystems | 14* |

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

- | | |
|------------|-----|
| 1. Aktiva | 16* |
| 2. Passiva | 18* |

IV. Banken

- | | |
|---|-----|
| 1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Deutsche Bundesbank) in Deutschland | 20* |
| 2. Wichtige Aktiva und Passiva der Banken (MFIs) in Deutschland nach Bankengruppen | 24* |
| 3. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Inland | 26* |
| 4. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland | 28* |
| 5. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs) | 30* |

6. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Unternehmen und Privatpersonen, Wohnungsbaukredite, Wirtschaftsbereiche	32*
7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)	34*
8. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Privatpersonen und Organisationen ohne Erwerbszweck	36*
9. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen öffentlichen Haushalten nach Gläubigergruppen	36*
10. Spareinlagen und an Nichtbanken (Nicht-MFIs) abgegebene Sparbriefe der Banken (MFIs) in Deutschland	38*
11. Begebene Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere der Banken (MFIs) in Deutschland	38*
12. Bausparkassen (MFIs) in Deutschland	39*
13. Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen und Auslandstöchter deutscher Banken (MFIs)	40*

V. Mindestreserven

1. Reservesätze	42*
2. Reservehaltung in Deutschland bis Ende 1998	42*
3. Reservehaltung in der Europäischen Währungsunion	42*

VI. Zinssätze

1. EZB-Zinssätze	43*
------------------	-----

2. Diskont- und Lombardsatz der Deutschen Bundesbank	43*
3. Basiszinssätze	43*
4. Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems (Tenderverfahren)	43*
5. Geldmarktsätze nach Monaten	44*
6. Zinssätze im Kundengeschäft der Banken im Euro-Währungsgebiet	44*
7. Soll- und Habenzinsen der Banken (MFIs) in Deutschland	45*
8. Ausgewählte Notenbankzinsen im Ausland	47*
9. Geldmarktsätze im Ausland	47*

VII. Kapitalmarkt

1. Absatz und Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren und Aktien in Deutschland	48*
2. Absatz festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland	49*
3. Umlauf festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland	50*
4. Umlauf von Aktien in Deutschland ansässiger Emittenten	50*
5. Renditen und Indizes deutscher Wertpapiere	51*
6. Absatz und Erwerb von Investmentzertifikaten in Deutschland	51*

VIII. Öffentliche Finanzen in Deutschland

1. Finanzielle Entwicklung der öffentlichen Haushalte	52*
2. Finanzielle Entwicklung von Bund, Ländern und Gemeinden	52*

3. Finanzielle Entwicklung des Staates in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	53*
4. Steuereinnahmen der Gebietskörperschaften	53*
5. Steuereinnahmen nach Arten	54*
6. Einzelne Steuern des Bundes, der Länder und der Gemeinden	54*
7. Verschuldung der öffentlichen Haushalte	55*
8. Entwicklung der öffentlichen Verschuldung	57*
9. Von öffentlichen Stellen aufgenommene Schuldscheindarlehen	57*
10. Verschuldung des Bundes	58*
11. Marktmäßige Kreditaufnahme des Bundes	58*
12. Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben sowie des Vermögens der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten	59*
13. Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit	59*

IX. Konjunkturlage

1. Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts, Verteilung des Volkseinkommens	60*
2. Produktion im Produzierenden Gewerbe	61*
3. Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe	62*
4. Auftragseingang im Bauhauptgewerbe	63*
5. Einzelhandelsumsätze	63*
6. Arbeitsmarkt	64*

7. Preise	65*
8. Einkommen der privaten Haushalte	66*
9. Tarif- und Effektivverdienste	66*

X. Außenwirtschaft

1. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz für die Europäische Währungsunion	67*
2. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland	68*
3. Außenhandel (Spezialhandel) der Bundesrepublik Deutschland nach Ländergruppen und Ländern	69*
4. Dienstleistungsverkehr der Bundesrepublik Deutschland mit dem Ausland, Erwerbs- und Vermögenseinkommen	70*
5. Laufende Übertragungen der Bundesrepublik Deutschland an das bzw. vom Ausland	70*
6. Vermögensübertragungen	70*
7. Kapitalverkehr der Bundesrepublik Deutschland mit dem Ausland	71*
8. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank	72*
9. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank in der Europäischen Währungsunion	72*
10. Forderungen und Verbindlichkeiten von Unternehmen in Deutschland (ohne Banken) gegenüber dem Ausland	73*
11. DM- und Euro-Wechselkurse für ausgewählte Währungen	74*
12. Wechselkurse für die nationalen Währungen der EWU-Länder und DM-Wert der ECU sowie Euro-Umrechnungskurse	74*
13. Effektive Wechselkurse für den Euro und ausgewählte fremde Währungen	75*

Abkürzungen und Zeichen

- p** vorläufige Zahl
- r** berichtigte Zahl
- s** geschätzte Zahl
- ts** teilweise geschätzte Zahl
- ...** Angabe fällt später an
- .** Zahlenwert unbekannt, geheim zu halten
oder nicht sinnvoll
- 0** weniger als die Hälfte von 1
in der letzten besetzten Stelle,
jedoch mehr als nichts
- nichts vorhanden

Differenzen in den Summen durch Runden
der Zahlen.

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

1. Monetäre Entwicklung und Zinssätze

Zeit	Geldmenge in verschiedenen Abgrenzungen 1) 2)				Bestimmungsfaktoren der Geldmengenentwicklung 1)				Zinssätze		
	M1	M2	M3 3)		MFI-Kredite insgesamt	MFI-Kredite an Unternehmen und Privatpersonen	Geldkapitalbildung 4)	EONIA 5) 7)	3-Monats-EURIBOR 6) 7)	Umlaufrendite europäischer Staatsanleihen 8)	
				gleitender Dreimonatsdurchschnitt							
	Veränderung gegen Vorjahr in %								% p. a. im Monatsdurchschnitt		
2000 Sept.	6,3	4,1	4,4	4,5	6,8	10,9	7,0	4,59	4,85	5,5	
Okt.	6,0	3,9	4,3	4,2	6,2	10,8	6,7	4,76	5,04	5,4	
Nov.	5,3	3,8	4,0	4,1	5,5	10,1	5,6	4,83	5,09	5,3	
Dez.	5,3	3,6	4,1	3,9	6,0	10,1	4,6	4,83	4,94	5,1	
2001 Jan.	1,9	2,8	3,7	3,9	5,8	10,1	4,6	4,76	4,77	5,0	
Febr.	2,3	2,9	3,8	3,8	5,4	9,7	4,4	4,99	4,76	5,0	
März	1,7	3,0	3,8	3,9	5,3	9,3	4,7	4,78	4,71	4,9	
April	1,7	3,3	4,1	4,1	5,4	9,1	3,9	5,06	4,68	5,1	
Mai	3,0	3,5	4,4	4,7	5,3	8,5	3,5	4,65	4,64	5,3	
Juni	4,0	4,3	5,5	5,2	5,7	8,4	3,4	4,54	4,45	5,2	
Juli	3,3	4,3	5,7	5,7	5,8	8,1	2,6	4,51	4,47	5,2	
Aug.	3,6	4,3	6,0	6,2	5,5	7,6	2,3	4,49	4,35	5,0	
Sept.	5,0	5,0	6,8	6,8	5,2	7,1	2,5	3,99	3,98	5,0	
Okt.	5,2	5,4	7,5	7,4	5,1	6,9	2,5	3,97	3,60	4,8	
Nov.	5,9	5,9	7,9	7,9	5,4	7,0	3,5	3,51	3,39	4,6	
Dez.	5,5	6,4	8,2	8,0	5,2	6,7	4,8	3,34	3,34	4,9	
2002 Jan.	6,5	6,7	7,9	7,8	5,2	6,2	4,8	3,29	3,34	5,0	
Febr.	6,1	6,2	7,4	7,5	5,1	6,0	4,7	3,28	3,36	5,1	
März	5,8	6,2	7,3	...	4,9	5,4	4,7	3,26	3,39	5,3	
April	3,32	3,41	5,3	

1 Quelle: EZB. Ab Januar 2001: Erweiterung des Euro-Währungsgebiets. — 2 Saisonbereinigt. — 3 Unter Ausschaltung der von Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets gehaltenen Geldmarktfondsanteile, Geldmarktpapiere sowie Schuldverschreibungen mit einer Laufzeit bis zu 2 Jahren. — 4 Längerfristige Verbindlichkeiten der MFIs gegenüber im Euro-Währungs-

gebiet ansässigen Nicht-MFIs. — 5 Euro OverNight Index Average. — 6 Euro Interbank Offered Rate. — 7 Siehe auch Anmerkungen zu Tab. VI.5, S.44*. — 8 BIP-gewichtete Rendite zehnjähriger Staatsanleihen; ab 2001 Euro12.

2. Außenwirtschaft *)

Zeit	Ausgewählte Posten der Zahlungsbilanz der EWU							Wechselkurse des Euro 1)		
	Leistungsbilanz		Kapitalbilanz					Dollarkurs	effektiver Wechselkurs 3)	
	Saldo	darunter Handelsbilanz	Saldo	Direktinvestitionen	Wertpapierverkehr 2)	Kreditverkehr	Währungsreserven		nominal	real 4)
	Mio €							Euro/US-\$	1. Vj. 1999=100	
2000 Sept.	- 2 985	+ 2 822	- 7 637	- 32 648	- 2 014	+ 22 976	+ 4 050	0,8721	82,8	83,6
Okt.	- 5 449	+ 4 332	+ 759	- 18 352	- 1 524	+ 19 911	+ 724	0,8552	81,6	82,4
Nov.	- 4 958	+ 1 895	+ 3 716	+ 1 415	- 263	+ 5 098	+ 7 662	0,8564	82,3	83,3
Dez.	- 6 982	+ 3 290	+ 21 243	+ 3 423	+ 5 904	+ 9 627	+ 2 289	0,8973	85,4	86,4
2001 Jan.	- 11 072	- 3 859	+ 2 261	- 9 892	- 47 418	+ 57 212	+ 2 358	0,9383	89,2	90,3
Febr.	+ 1 153	+ 3 348	+ 7 718	+ 2 447	- 3 010	+ 3 794	+ 4 486	0,9217	88,3	89,5
März	- 611	+ 5 970	+ 20 592	- 33 202	+ 9 912	+ 41 191	+ 2 690	0,9095	88,4	89,9
April	- 6 693	+ 3 123	+ 11 657	+ 797	- 17 491	+ 21 384	+ 6 967	0,8920	87,6	89,1
Mai	- 2 170	+ 4 364	- 9 602	- 41 491	+ 18 668	+ 16 802	- 3 581	0,8742	85,9	87,6
Juni	- 1 006	+ 8 408	- 14 047	- 11 005	+ 25 218	- 27 411	- 849	0,8532	84,7	86,3
Juli	- 153	+ 10 909	- 20 253	- 1 544	- 4 207	- 14 542	+ 39	0,8607	85,4	87,1
Aug.	+ 6 002	+ 7 804	- 11 297	- 6 994	- 1 177	- 7 195	+ 4 068	0,9005	87,7	89,4
Sept.	+ 1 564	+ 6 119	- 23 611	- 13 909	+ 42 976	- 51 064	- 1 615	0,9111	88,0	89,7
Okt.	+ 5 366	+ 12 524	- 24 811	+ 1 872	- 4 747	- 19 296	- 2 639	0,9059	88,0	90,0
Nov.	+ 5 225	+ 11 136	- 12 529	+ 6 310	+ 14 059	- 32 947	+ 50	0,8883	86,8	88,8
Dez.	+ 4 366	+ 11 989	+ 3 990	+ 1 960	- 16 965	+ 13 137	+ 5 859	0,8924	87,7	89,9
2002 Jan.	- 1 463	+ 2 115	- 37 605	+ 4 347	- 40 657	+ 4 037	- 5 333	0,8833	87,6	90,2
Febr.	+ 2 099	+ 8 174	+ 5 761	- 9 911	- 8 571	+ 21 704	+ 2 538	0,8700	86,8	89,3
März	0,8758	86,8	89,5
April	0,8858	87,2	90,0

* Quelle: Europäische Zentralbank. Ab Januar 2001: Erweiterung des Euro-Währungsgebiets. — 1 Siehe auch Tab. X.12 u. 13, S. 74/75. —

2 Einschließlich Finanzderivate. — 3 Gegenüber einem engen Länderkreis. — 4 Auf Basis der Verbraucherpreise.

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

3. Allgemeine Wirtschaftsindikatoren

Zeit	Belgien	Deutschland	Finnland	Frankreich	Griechenland	Irland	Italien	Luxemburg	Niederlande	Österreich	Portugal	Spanien	EWU 7)
Reales Bruttoinlandsprodukt ¹⁾													
1999	3,0	1,8	4,1	3,2	3,6	10,8	1,6	6,0	3,7	2,8	3,5	4,1	2,7
2000	4,0	3,0	5,6	3,8	4,1	11,5	2,9	7,5	3,5	3,0	3,5	4,1	3,5
2001	1,0	0,6	0,7	1,8	4,1	...	1,8	3,5	1,1	1,0	1,7	2,8	1,5
2000 3.Vj.	3,0	2,6	6,1	3,4	2,6	10,1	2,6	...	3,1	1,7	4,0	3,4	2,8
4.Vj.	2,9	1,5	5,4	3,4	4,3	12,1	2,2	...	2,2	2,0	3,7	2,8	2,3
2001 1.Vj.	1,9	1,4	3,5	2,9	5,1	12,7	2,6	...	1,5	2,7	1,9	3,7	2,4
2.Vj.	1,4	0,6	0,4	2,1	4,0	9,4	2,3	...	1,6	1,1	2,8	2,1	1,7
3.Vj.	0,7	0,4	0,3	2,0	3,5	3,2	1,8	...	1,0	0,4	1,0	2,7	1,4
4.Vj.	0,0	- 0,1	- 0,9	0,6	3,7	...	0,5	...	0,4	0,0	1,0	2,6	0,6
Industrieproduktion ^{1) 2)}													
1999	0,9	1,5	5,5	2,0	3,9	14,8	- 0,1	11,5	1,9	6,0	3,0	2,6	2,0
2000	5,3	6,2	11,2	3,5	0,5	15,4	- 4,8	4,3	- 3,7	8,9	0,5	4,0	5,5
2001	- 0,6	0,5	- 1,0	0,7	1,4	10,2	- 1,2	1,8	- 0,7	0,1	2,4	- 1,1	0,2
2000 4.Vj.	5,0	5,7	14,2	2,7	- 1,7	20,2	5,0	- 0,4	4,1	6,6	1,9	0,7	5,1
2001 1.Vj.	5,8	5,9	7,1	2,0	2,6	31,7	2,9	3,3	1,4	5,8	2,4	- 0,9	4,4
2.Vj.	- 1,4	1,4	- 2,2	1,4	0,5	12,4	- 0,8	0,2	0,3	- 0,9	5,2	- 1,3	0,8
3.Vj.	- 1,6	- 1,1	- 3,3	2,1	2,5	3,6	- 1,3	2,5	- 1,1	- 0,1	1,7	- 0,4	- 0,3
4.Vj.	- 4,9	- 3,7	- 4,7	- 2,3	0,1	- 2,6	- 5,6	1,3	- 3,4	- 3,6	0,1	- 2,0	- 3,7
2002 1.Vj.	... 6) p)	- 4,8	...	- 2,0	- 3,4	...	- 2,8	- 3,5	...
Kapazitätsauslastung in der Industrie ³⁾													
1999	80,9	84,0	86,1	85,3	75,7	75,9	76,0	84,9	84,0	81,9	80,8	79,7	81,8
2000	84,0	85,9	86,8	87,5	78,1	78,6	78,8	87,8	84,7	84,5	81,2	80,6	83,8
2001	82,3	85,1	85,7	87,4	77,6	78,4	78,9	88,7	84,6	83,1	81,7	79,6	83,2
2001 1.Vj.	84,8	86,9	87,3	88,8	78,2	79,8	79,5	89,2	85,2	84,2	82,5	80,1	84,4
2.Vj.	82,7	85,7	86,0	86,9	79,3	80,4	79,4	88,9	84,8	84,0	82,0	79,7	83,6
3.Vj.	81,4	84,3	85,1	87,7	76,1	78,0	78,7	88,9	84,6	82,7	82,4	80,1	83,0
4.Vj.	80,2	83,3	84,5	86,3	76,8	75,2	77,9	87,8	83,8	81,4	79,7	78,3	81,8
2002 1.Vj.	79,2	82,4	82,0	85,5	75,4	77,5	76,9	86,9	83,5	80,9	77,9	76,3	80,8
2.Vj.	79,6	81,5	82,7	...	76,7	76,3	77,3	84,3	82,9	80,6	79,4	...	80,1
Arbeitslosenquote ⁴⁾													
1999	8,6	8,6	10,2	10,7	11,6	5,6	11,2	2,4	3,2	3,9	4,5	15,7	9,8
2000	6,9	7,9	9,8	9,3	10,9	4,2	10,4	2,4	2,8	3,7	4,1	14,0	8,8
2001	6,6	7,9	9,1	8,6	10,2	3,8	9,5	2,4	2,4	3,6	4,1	13,0	8,3
2001 Okt.	6,7	8,0	9,2	8,7	...	3,9	9,3	2,5	2,4	3,8	4,2	12,9	8,3
Nov.	6,7	8,0	9,2	8,8	...	4,1	9,2	2,5	2,4	3,8	4,2	12,9	8,4
Dez.	6,7	8,0	9,2	8,9	...	4,1	9,1	2,5	2,4	3,9	4,2	12,9	8,4
2002 Jan.	6,7	8,1	9,1	8,9	...	4,2	9,0	2,6	2,3	4,0	4,3	12,9	8,4
Febr.	6,8	8,1	9,0	9,0	...	4,3	...	2,6	2,4	3,9	4,3	12,9	8,4
März	6,8	8,1	8,9	9,1	...	4,4	...	2,6	...	4,0	4,3	12,9	8,4
April	4,4	4,0
Harmonisierter Verbraucherpreisindex ¹⁾													
1999	1,1	0,6	1,3	0,6	2,1	2,5	1,7	1,0	2,0	0,5	2,2	2,2	1,1
2000	2,7	2,1	3,0	1,8	2,9	5,3	2,6	3,8	2,3	2,0	2,8	3,5	2,3
2001	2,4	2,4	2,7	1,8	3,7	4,0	2,3	2,4	5,1	2,3	4,4	2,8	2,5
2001 Sept.	1,9	2,1	2,6	1,6	4,0	3,8	2,1	1,9	5,3	2,4	4,1	2,3	2,2
Okt.	1,9	2,0	2,4	1,8	3,2	3,8	2,4	1,7	5,0	2,3	4,2	2,5	2,3
Nov.	1,8	1,5	2,1	1,3	2,9	3,4	2,2	1,4	4,8	1,9	4,1	2,5	2,1
Dez.	2,0	1,5	2,3	1,4	3,5	4,4	2,2	0,9	5,1	1,8	3,9	2,5	2,0
2002 Jan.	2,6	2,3	2,9	2,4	4,8	5,2	2,4	2,1	4,9	2,0	3,7	3,1	2,7
Febr.	2,5	1,8	2,5	2,2	3,8	4,9	2,7	2,2	4,5	1,7	3,3	3,2	2,5
März	2,5	1,9	2,6	2,2	4,4	5,1	2,5	1,7	4,3	1,7	3,3	3,2	2,5
April	1,7	1,6	2,6	2,1	4,1	5,0	2,5	1,9	4,2	1,6	3,5	3,7	2,4
Staatlicher Finanzierungssaldo ⁵⁾													
1999	- 0,6	- 1,6	1,9	- 1,6	- 1,7	2,3	- 1,8	3,8	0,4	- 2,2	- 2,2	- 1,1	- 1,3
2000	0,1	1,2	7,0	- 1,3	- 0,8	4,5	- 0,5	5,8	2,2	- 1,5	- 1,5	- 0,3	0,3
2001	0,2	- 2,7	4,9	- 1,4	0,1	1,7	- 1,4	5,0	0,2	0,1	- 2,2	0,0	- 1,3
Staatliche Verschuldung ⁵⁾													
1999	115,0	61,3	46,8	58,5	103,8	49,6	114,5	6,0	63,1	64,9	54,2	63,1	72,6
2000	109,3	60,3	44,0	57,4	102,8	39,0	110,6	5,6	56,0	63,6	53,4	60,4	70,1
2001	107,5	59,8	43,6	57,2	99,7	36,6	109,4	5,5	53,2	61,7	55,6	57,2	69,1

Quellen: Nationale Statistiken, Europäische Kommission, Eurostat, Europäische Zentralbank. Aktuelle Angaben beruhen teilweise auf Pressemitteilungen und sind vorläufig. — 1 Veränderung gegen Vorjahreszeitraum in %; Bruttoinlandsprodukt Portugals aus saisonbereinigten Werten berechnet. — 2 Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Energie; arbeitstäglich bereinigt (Frankreich und Spanien kalendermonatlich). — 3 Verarbeitendes Gewerbe, in %; saisonbereinigt; Vierteljahreswerte jeweils erster Monat

im Quartal. — 4 Standardisiert, in % der zivilen Erwerbspersonen; saisonbereinigt. — 5 In % des Bruttoinlandsprodukts; Maastricht-Definition, ESVG'95; in 2000 einschließlich UMTS-Erlöse. — 6 Vom Statistischen Bundesamt schätzungsweise vorab angepasst an die Ergebnisse der Vierteljährlichen Produktionserhebung für das I. Quartal (Industrie in Deutschland: durchschnittlich + 0,2 %). — 7 Einschließlich Griechenland (Harmonisierter Verbraucherpreisindex erst ab 2001).

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

1. Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang *)

Zeit	I. Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet					II. Nettoforderungen gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet			III. Geldkapitalbildung bei Monetären Finanzinstituten (MFIs) im Euro-Währungsgebiet				
	insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte		insgesamt	Forderungen an das Nicht-Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet	insgesamt	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten	Schuldverschreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren (netto) 3)	Kapital und Rücklagen 4)
		zusammen	darunter Wertpapiere	zusammen	darunter Wertpapiere								
Europäische Währungsunion (Mrd €) 1) X)													
2000 Dez.	50,7	59,9	8,3	- 9,1	- 19,0	17,6	9,5	- 8,1	- 13,7	9,1	2,5	- 3,4	- 21,9
2001 Jan.	35,4	48,1	16,0	- 12,7	- 15,6	- 55,9	63,3	119,3	20,7	0,2	0,2	24,7	- 4,3
Febr.	34,8	38,5	16,3	- 3,7	4,5	- 9,7	16,7	26,5	10,4	- 1,1	0,1	8,6	2,8
März	89,8	83,4	24,9	6,5	4,2	- 35,7	98,1	133,7	26,0	1,4	- 0,5	8,5	16,6
April	64,1	65,6	24,2	- 1,4	6,7	- 36,9	- 18,4	18,5	- 3,3	- 2,6	- 1,9	- 0,1	1,3
Mai	30,8	15,1	5,4	15,7	21,3	- 13,1	- 1,3	11,8	2,1	0,1	- 1,4	- 5,1	8,4
Juni	39,3	28,2	- 31,7	11,1	13,7	33,2	28,0	- 5,3	30,0	0,4	- 1,1	11,6	19,1
Juli	14,4	19,9	4,8	- 5,5	- 3,0	17,3	- 41,0	- 58,3	- 6,8	- 4,7	- 1,4	5,8	- 6,5
Aug.	- 19,8	- 11,9	3,3	- 7,9	- 4,2	25,3	55,6	30,2	3,3	- 2,1	- 1,2	- 0,7	7,3
Sept.	42,4	45,5	- 2,0	- 3,2	- 4,2	31,4	49,4	18,0	26,5	0,6	- 0,9	17,6	9,2
Okt.	24,3	36,5	8,1	- 12,2	- 9,5	25,3	43,7	18,3	18,1	- 0,3	- 1,7	12,2	7,9
Nov.	72,5	49,6	- 1,0	22,9	7,9	28,6	67,0	38,4	19,1	- 1,5	- 1,1	18,9	2,8
Dez.	42,0	48,5	24,4	- 6,6	- 10,2	- 9,9	- 28,2	- 18,2	32,0	7,3	0,1	7,7	16,9
2002 Jan.	36,3	17,4	4,8	18,9	21,9	- 11,6	1,8	13,5	23,9	3,8	- 3,6	11,2	12,5
Febr.	29,1	25,1	8,6	4,1	1,3	- 11,2	0,3	11,6	7,6	1,6	- 1,0	9,4	- 2,3
März	69,3	45,0	- 10,1	24,2	16,9	- 5,6	23,2	28,8	24,6	5,9	- 1,3	20,0	- 0,0
Deutscher Beitrag (Mrd €) 2) X)													
2000 Dez.	12,1	14,5	5,5	- 2,5	- 3,3	10,9	6,1	- 4,8	- 7,3	2,0	2,6	- 4,4	- 7,5
2001 Jan.	2,2	8,0	6,1	- 5,8	- 13,5	- 19,8	8,9	28,7	8,0	- 0,8	- 0,0	9,5	- 0,7
Febr.	15,6	18,0	7,2	- 2,4	1,5	10,1	23,8	13,7	7,6	- 0,7	- 0,0	6,4	1,9
März	26,0	23,2	16,3	2,8	2,5	- 50,1	16,1	66,2	- 0,6	1,2	- 0,4	- 2,1	0,8
April	2,7	9,9	12,2	- 7,2	- 1,7	13,7	19,2	5,5	- 13,1	- 0,9	- 2,0	- 6,8	- 3,3
Mai	7,5	5,7	0,2	1,8	3,3	- 9,6	- 7,0	2,7	0,5	3,1	- 1,1	- 4,4	2,8
Juni	- 26,5	- 22,6	- 27,8	- 3,9	2,2	22,4	- 2,4	- 24,9	12,6	- 0,5	- 0,9	3,4	10,6
Juli	4,5	- 7,0	- 1,4	11,5	10,8	0,6	- 20,2	- 20,8	- 4,0	- 2,0	- 1,3	- 0,9	0,1
Aug.	- 5,2	- 1,3	- 3,1	- 3,9	- 3,4	7,7	33,1	25,4	5,8	- 0,2	- 1,3	2,7	4,6
Sept.	- 6,2	7,9	- 4,6	- 14,0	- 10,9	25,4	23,8	- 1,6	- 0,0	0,6	- 0,8	2,5	- 2,3
Okt.	- 0,2	4,6	3,3	- 4,8	- 6,0	9,6	7,6	- 2,0	2,4	- 0,8	- 1,8	1,6	3,4
Nov.	15,7	6,2	- 0,4	9,5	- 0,9	30,5	15,3	- 15,2	7,6	- 1,6	- 1,0	8,9	1,3
Dez.	18,9	22,1	10,8	- 3,1	4,2	19,6	- 18,0	- 37,6	- 0,8	1,4	0,1	- 4,7	2,5
2002 Jan.	- 7,3	- 8,7	1,5	1,3	1,0	- 21,5	- 5,2	16,4	2,8	1,9	- 3,6	2,7	1,9
Febr.	1,8	0,1	- 3,2	1,7	4,2	1,8	- 0,3	- 2,2	5,0	1,2	- 1,0	3,2	1,6
März	- 1,4	- 2,7	- 9,5	1,2	2,6	6,6	10,1	3,5	13,4	3,8	- 1,1	9,9	0,9
Deutscher Beitrag (Mrd DM) 2) X)													
2000 Dez.	23,6	28,4	10,7	- 4,8	- 6,4	21,4	12,0	- 9,4	- 14,2	3,9	5,1	- 8,6	- 14,6
2001 Jan.	4,3	15,7	11,9	- 11,4	- 26,4	- 38,7	17,4	56,1	15,6	- 1,5	- 0,0	18,6	- 1,4
Febr.	30,6	35,2	14,1	- 4,7	2,9	19,8	46,5	26,7	14,9	- 1,4	- 0,0	12,5	3,8
März	50,8	45,3	31,8	5,5	4,9	- 98,0	31,5	129,5	- 1,2	2,3	- 0,8	- 4,1	1,5
April	5,3	19,3	23,8	- 14,0	- 3,3	26,9	37,6	10,7	- 25,5	- 1,8	- 3,9	- 13,4	- 6,5
Mai	14,6	11,2	0,4	3,5	6,4	- 18,8	- 13,6	5,2	0,9	6,1	- 2,2	- 8,6	5,6
Juni	- 51,8	- 44,2	- 54,3	- 7,6	4,2	43,9	- 4,8	- 48,6	24,7	- 0,9	- 1,8	6,6	20,8
Juli	8,8	- 13,7	- 2,7	22,5	21,1	1,2	- 39,5	- 40,7	- 7,8	- 3,9	- 2,4	- 1,7	0,2
Aug.	- 10,2	- 2,5	- 6,0	- 7,7	- 6,7	15,0	64,7	49,7	11,3	- 0,4	- 2,5	5,2	8,9
Sept.	- 12,0	15,4	- 8,9	- 27,4	- 21,4	49,6	46,5	- 3,1	- 0,1	1,1	- 1,5	4,8	- 4,5
Okt.	- 0,4	9,0	6,4	- 9,4	- 11,7	18,8	14,9	- 3,8	4,7	- 1,5	- 3,6	3,1	6,7
Nov.	30,7	12,2	- 0,7	18,6	- 1,7	59,7	29,9	- 29,8	14,9	- 3,1	- 1,9	17,3	2,6
Dez.	37,0	43,2	21,2	- 6,1	8,2	38,4	- 35,2	- 73,6	- 1,5	2,7	0,1	- 9,2	4,8
2002 Jan.	- 14,4	- 16,9	2,9	2,6	2,0	- 42,1	- 10,1	32,0	5,6	3,7	- 7,1	5,3	3,7
Febr.	3,5	0,2	- 6,3	3,3	8,3	3,6	- 0,6	- 4,3	9,8	2,4	- 2,0	6,3	3,1
März	- 2,8	- 5,2	- 18,6	2,4	5,1	12,9	19,7	6,8	26,3	7,4	- 2,2	19,3	1,7

* Die Angaben der Übersicht beruhen auf der Konsolidierten Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) (Tab. II.2); statistische Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet. — 1 Quelle: EZB. — 2 Die Angaben sind wegen unterschiedlicher Positionsinhalte und abweichender Berichtskreise mit den bis Ende 1998 für Deutschland veröffentlichten Zahlen nicht vergleichbar. — 3 Abzüglich Bestand der MFIs; für deutschen Beitrag: abzüglich Bestände deutscher MFIs an von MFIs im Euro-Währungsgebiet emittierten Papieren. — 4 Nach Abzug der Inter-MFI-Beteiligungen. — 5 Für Europäische Währungsunion: einschl. Gegenposten für monetäre Verbindlichkeiten

keiten der Zentralstaaten. — 6 Die deutschen Beiträge zu den monetären Aggregaten des Eurosystems sind keinesfalls als eigene nationale Geldmen- genaggregate zu interpretieren und damit auch nicht mit den früheren deutschen Geldbeständen M1, M2 oder M3 vergleichbar. — 7 In Deutschland zählen Bankschuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu einem Jahr zu den Geldmarktpapieren; diese wurden bis Monatsbericht Januar 2002 zusammen mit den Geldmarktfondsanteilen veröffentlicht. — 8 Ab 2002 Euro-Bargeldumlauf zuzüglich noch im Umlauf befindlicher nationaler Banknoten und Münzen. Abzüglich der Kassenbestände der MFIs im

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

IV. Einlagen von Zentralstaaten	V. Sonstige Einflüsse		VI. Geldmenge M3 (Saldo I + II - III - IV - V) 6) 7) 11)										Zeit
	insgesamt 5)	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten 12)	insgesamt	Geldmenge M2						Repo-geschäfte	Geldmarktfondsanteile (netto) 3) 7) 11)	Geldmarktpapiere und Schuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu 2 Jahren (netto) 3) 7) 11)	
				zusammen	Geldmenge M1			Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren 9)	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten 9) 10)				
					zusammen	Bargeldumlauf 8)	täglich fällige Einlagen 9)						
Europäische Währungsunion (Mrd €) 1) X)													
- 7,2	- 4,9	-	94,2	98,7	68,2	10,7	57,5	11,2	19,3	1,5	- 9,4	3,4	2000 Dez.
- 18,4	- 6,3	-	16,6	52,6	70,4	- 20,1	50,4	13,9	3,9	18,6	14,6	2,8	2001 Jan.
8,2	- 16,8	-	23,2	5,8	1,1	- 1,0	0,1	12,3	- 5,4	1,9	9,3	6,2	Febr.
- 3,8	- 6,8	-	38,8	22,7	9,3	1,3	8,1	13,4	- 0,1	10,1	12,4	- 6,4	März
1,4	- 15,1	-	44,3	37,8	32,5	- 0,1	32,6	1,6	3,7	- 1,1	9,3	- 1,8	April
- 5,6	- 6,7	-	28,0	12,7	16,8	- 3,3	20,1	- 3,7	- 0,5	12,4	10,4	- 7,5	Mai
18,3	- 19,6	-	43,7	47,7	39,7	0,1	39,6	- 1,8	9,8	- 12,8	- 0,9	- 9,7	Juni
- 9,6	48,1	-	0,0	7,9	21,4	- 5,0	16,4	9,0	4,4	1,9	9,5	- 3,5	Juli
- 3,3	0,3	-	5,1	15,5	39,7	- 8,8	30,9	18,3	5,9	7,5	10,8	- 2,4	Aug.
- 5,4	8,5	-	44,2	46,7	57,8	- 9,6	67,4	- 17,9	6,8	- 5,6	4,1	- 0,9	Sept.
5,2	1,6	-	24,7	2,4	12,6	- 14,1	1,6	3,2	11,8	8,9	12,4	0,9	Okt.
- 2,9	29,7	-	55,4	48,1	32,1	- 15,7	47,8	1,2	14,8	- 7,4	10,1	4,6	Nov.
- 11,5	- 86,0	-	97,5	115,6	62,6	- 40,1	102,7	11,6	41,5	- 9,2	- 0,9	- 8,1	Dez.
10,3	- 0,4	-	9,1	27,6	42,0	4,9	46,9	- 6,8	21,1	- 0,6	19,8	- 0,6	2002 Jan.
6,3	1,6	-	2,3	9,8	9,7	- 5,8	3,8	- 4,2	4,0	4,8	11,3	- 4,0	Febr.
1,1	- 6,0	-	44,0	31,2	14,5	14,4	0,0	14,1	2,7	5,8	3,0	4,0	März
Deutscher Beitrag (Mrd €) 2) X)													
6,7	- 4,1	-	27,7	25,0	4,4	1,1	3,2	12,4	8,3	- 0,9	- 0,5	4,1	2000 Dez.
- 12,2	5,2	-	18,6	18,4	15,7	- 5,3	10,4	1,5	- 4,1	1,4	1,2	- 2,9	2001 Jan.
0,5	2,9	-	14,8	10,1	9,8	- 0,4	10,2	2,5	- 2,1	- 0,2	1,0	3,9	Febr.
- 0,3	- 27,3	-	4,1	2,5	0,3	0,0	0,4	4,1	- 1,2	- 0,6	1,1	1,0	März
0,5	21,5	-	7,5	5,6	9,3	- 0,4	9,7	- 2,8	- 0,9	0,5	0,7	0,7	April
0,9	- 9,5	-	5,9	3,6	2,1	- 1,9	4,0	3,1	- 1,7	0,4	0,0	1,9	Mai
- 0,1	- 25,8	-	9,3	7,6	6,0	- 1,7	7,7	1,9	- 0,3	- 0,7	0,9	1,5	Juni
0,9	10,4	-	2,1	5,7	6,1	- 2,5	3,7	1,6	- 1,1	0,6	0,8	2,2	Juli
0,1	- 11,2	-	7,8	2,8	1,0	- 3,3	2,3	3,7	0,1	2,9	1,5	0,6	Aug.
- 2,9	6,9	-	15,3	14,4	14,5	- 4,6	19,1	- 1,2	1,0	- 1,7	1,5	1,1	Sept.
- 1,6	4,1	-	4,5	0,4	3,3	- 5,9	2,6	0,9	2,8	6,5	1,6	- 4,1	Okt.
1,1	18,8	-	18,7	19,3	20,4	- 7,5	27,8	- 3,8	2,8	- 5,3	1,1	3,7	Nov.
- 7,4	27,2	-	19,6	13,1	9,7	- 24,6	14,9	6,3	16,5	0,9	2,1	3,2	Dez.
1,0	- 6,7	11,6	26,0	25,4	17,6	13) - 3,8	13,8	- 10,2	2,4	- 2,4	1,9	- 0,2	2002 Jan.
- 0,7	- 5,1	3,4	4,3	0,0	4,0	4,6	0,6	- 3,5	- 0,5	1,0	0,9	2,4	Febr.
- 0,1	- 9,5	3,4	1,3	1,5	0,0	2,6	- 2,6	1,6	- 0,1	0,2	- 0,1	- 0,3	März
Deutscher Beitrag (Mrd DM) 2) X)													
13,1	- 8,0	-	54,1	49,0	8,5	2,2	6,3	24,3	16,2	- 1,8	- 1,0	8,0	2000 Dez.
- 23,8	10,2	-	36,4	36,0	30,8	- 10,3	20,4	2,8	- 8,1	2,8	2,4	- 5,6	2001 Jan.
1,1	5,6	-	28,9	19,8	19,1	- 0,8	19,9	4,8	- 4,1	- 0,5	1,9	7,6	Febr.
- 0,6	- 53,3	-	8,0	5,0	0,7	0,1	0,8	8,1	- 2,4	- 1,3	2,2	2,0	März
0,9	42,1	-	14,7	11,0	18,2	- 0,8	19,0	- 5,4	- 1,7	0,9	1,3	1,4	April
1,8	- 18,5	-	11,6	7,0	4,2	- 3,7	7,9	6,1	- 3,3	0,8	0,0	3,7	Mai
- 0,2	- 50,5	-	18,1	14,9	11,7	- 3,3	15,0	3,7	- 0,5	- 1,4	1,7	2,9	Juni
1,8	20,3	-	4,2	11,1	12,0	- 4,9	7,2	3,1	- 2,2	1,1	1,5	4,3	Juli
0,2	- 21,9	-	15,3	5,4	1,9	- 6,4	4,5	7,2	0,1	5,7	2,9	1,3	Aug.
- 5,7	13,5	-	30,0	28,1	28,4	- 9,0	37,4	- 2,3	2,0	- 3,4	3,0	2,2	Sept.
- 3,1	8,1	-	8,7	0,8	6,5	- 11,6	5,2	1,7	5,5	12,7	3,1	- 7,9	Okt.
2,2	36,7	-	36,7	37,7	39,8	- 14,6	54,4	- 7,5	5,5	- 10,4	2,2	7,2	Nov.
- 14,5	53,2	-	38,4	25,7	18,9	- 48,1	29,2	12,3	32,2	1,8	4,7	6,2	Dez.
1,9	- 13,0	22,7	50,9	49,6	34,4	13) - 7,4	27,0	- 19,9	4,7	- 4,7	3,8	- 0,4	2002 Jan.
- 1,3	- 9,9	6,6	8,5	0,0	7,7	9,0	1,2	- 6,8	- 0,9	1,9	1,8	4,8	Febr.
- 0,1	- 18,6	6,6	2,6	3,0	0,0	5,2	- 5,1	3,1	- 0,1	0,3	- 0,3	- 0,5	März

Euro-Währungsgebiet in Euro bzw. Währungen des Euro-Währungsgebiets. Für deutschen Beitrag: enthält ab 2002 den Euro-Banknotenumlauf der Bundesbank entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (s. dazu Anm. 4 zum Banknotenumlauf in der Tabelle III.2). Das von der Bundesbank tatsächlich in Umlauf gebrachte Bargeldvolumen lässt sich durch Addition mit der Position "Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten" ermitteln. — 9 Für Europäische Währungsunion: einschl. monetärer Verbindlichkeiten der Zentralstaaten (Post, Schatzämter). — 10 In Deutschland nur Sparein-

lagen. — 11 Unter Ausschaltung der von Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets gehaltenen Papiere. — 12 Für deutschen Beitrag: Differenz zwischen den tatsächlich von der Bundesbank emittierten Euro-Banknoten und dem Ausweis des Banknotenumlaufs entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (s. dazu auch Anm. 4 zum Banknotenumlauf in der Tabelle III.2). — 13 Enthält statistisch nicht ausgeschaltete Abnahme in Höhe von 11,6 Mrd. € bzw. 22,7 Mrd. DM auf Grund des geänderten Ausweises der Banknoten (s. auch Anm. 8 und 12). — X Ab Januar 2001: Erweiterung des Euro-Währungsgebiets.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) *)

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Aktiva										
	Aktiva / Passiva insgesamt	Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet								Aktiva gegenüber dem Nicht-Euro- Währungs- gebiet	sonstige Aktiv- positionen
		insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen				öffentliche Haushalte				
		zusammen	Buch- kredite	Schuld- verschrei- bungen 3)	Aktien und sonstige Dividenden- werte	zusammen	Buch- kredite	Schuld- verschrei- bungen 4)			
Europäische Währungsunion (Mrd €) 1) X)											
2000 Dez.	12 408,6	8 803,3	6 878,0	6 091,1	265,2	521,7	1 925,4	835,9	1 089,5	2 406,5	1 198,7
2001 Jan.	12 720,4	9 002,6	6 998,8	6 185,4	270,6	542,9	2 003,8	858,1	1 145,7	2 463,0	1 254,8
Febr.	12 769,7	9 041,9	7 035,8	6 206,5	279,6	549,8	2 006,1	849,9	1 156,2	2 483,6	1 244,3
März	13 071,3	9 145,8	7 128,0	6 273,4	287,6	567,0	2 017,8	852,6	1 165,2	2 637,0	1 288,6
April	13 123,6	9 209,1	7 193,3	6 312,7	293,8	586,8	2 015,8	844,4	1 171,4	2 613,9	1 300,6
Mai	13 248,2	9 251,1	7 220,5	6 333,2	300,1	587,2	2 030,7	839,3	1 191,4	2 674,8	1 322,2
Juni	13 311,6	9 287,3	7 245,4	6 386,9	301,0	557,5	2 041,9	836,6	1 205,3	2 702,7	1 321,6
Juli	13 179,4	9 294,0	7 259,8	6 393,1	314,5	552,2	2 034,2	833,8	1 200,4	2 617,4	1 268,0
Aug.	13 138,5	9 258,2	7 236,7	6 368,3	323,3	545,1	2 021,6	829,7	1 191,9	2 621,5	1 258,7
Sept.	13 313,1	9 307,4	7 282,3	6 420,6	327,0	534,7	2 025,1	830,8	1 194,3	2 694,7	1 311,0
Okt.	13 418,7	9 337,2	7 323,2	6 450,3	329,4	543,5	2 014,0	828,2	1 185,8	2 739,5	1 341,9
Nov.	13 569,8	9 412,1	7 378,6	6 501,5	332,7	544,5	2 033,5	843,3	1 190,1	2 825,6	1 332,2
Dez.	13 572,4	9 449,5	7 423,4	6 519,0	336,8	567,6	2 026,0	847,7	1 178,4	2 803,6	1 319,3
2002 Jan.	13 645,2	9 493,5	7 443,0	6 534,0	341,5	567,5	2 050,5	844,8	1 205,7	2 827,1	1 324,6
Febr.	13 635,7	9 518,6	7 464,0	6 548,3	349,6	566,1	2 054,6	847,5	1 207,1	2 830,7	1 286,5
März	13 667,7	9 591,1	7 507,0	6 601,6	346,6	558,8	2 084,0	854,9	1 229,2	2 844,1	1 232,5
Deutscher Beitrag (Mrd €) 2) X)											
2000 Dez.	4 201,9	3 254,3	2 529,4	2 230,8	51,0	247,7	724,9	502,9	222,0	716,9	230,6
2001 Jan.	4 208,4	3 270,3	2 539,8	2 233,8	52,1	254,0	730,5	514,4	216,1	709,7	228,3
Febr.	4 250,8	3 285,8	2 557,7	2 244,5	54,7	258,5	728,1	510,5	217,6	734,2	230,7
März	4 319,7	3 313,8	2 582,7	2 253,1	57,4	272,2	731,1	511,0	220,1	764,5	241,3
April	4 342,6	3 316,3	2 592,4	2 250,6	59,0	282,8	723,9	505,5	218,5	782,5	243,7
Mai	4 368,0	3 327,5	2 601,1	2 259,0	61,0	281,2	726,4	504,2	222,2	790,4	250,1
Juni	4 332,5	3 300,3	2 578,0	2 263,6	60,6	253,8	722,3	498,1	224,2	789,9	242,3
Juli	4 288,4	3 302,8	2 569,5	2 256,5	62,0	250,9	733,4	498,7	234,6	759,8	225,8
Aug.	4 297,7	3 293,6	2 566,3	2 256,4	62,8	247,0	727,3	498,1	229,3	780,0	224,1
Sept.	4 322,6	3 288,4	2 575,0	2 269,7	63,7	241,6	713,3	495,0	218,3	808,1	226,1
Okt.	4 333,6	3 288,4	2 579,9	2 271,3	64,4	244,2	708,6	496,2	212,4	818,3	226,8
Nov.	4 335,5	3 303,9	2 587,2	2 279,0	64,8	243,4	716,6	506,6	210,0	837,9	193,8
Dez.	4 327,4	3 321,6	2 608,3	2 289,4	66,0	252,9	713,3	499,3	213,9	821,2	184,5
2002 Jan.	4 320,9	3 315,2	2 600,6	2 280,2	66,9	253,4	714,6	499,7	215,0	820,0	185,7
Febr.	4 322,5	3 316,3	2 600,1	2 283,4	65,1	251,6	716,2	497,1	219,1	822,1	184,1
März	4 333,3	3 314,8	2 597,4	2 290,1	67,2	240,0	717,4	495,7	221,7	829,5	189,0
Deutscher Beitrag (Mrd DM) 2) X)											
2000 Dez.	8 218,1	6 364,9	4 947,1	4 363,0	99,8	484,4	1 417,7	983,6	434,1	1 402,2	451,0
2001 Jan.	8 230,8	6 396,2	4 967,5	4 369,0	101,8	496,7	1 428,7	1 006,1	422,6	1 388,1	446,5
Febr.	8 313,8	6 426,5	5 002,5	4 389,9	106,9	505,7	1 424,0	998,5	425,5	1 436,0	451,3
März	8 448,5	6 481,3	5 051,3	4 406,7	112,3	532,4	1 429,9	999,5	430,5	1 495,3	471,9
April	8 493,3	6 486,2	5 070,3	4 401,7	115,5	553,1	1 415,9	988,6	427,3	1 530,5	476,6
Mai	8 543,0	6 508,0	5 087,4	4 418,1	119,2	550,0	1 420,6	986,1	434,5	1 545,9	489,1
Juni	8 473,7	6 454,9	5 042,1	4 427,3	118,5	496,4	1 412,7	974,3	438,5	1 544,9	473,9
Juli	8 387,3	6 459,8	5 025,4	4 413,3	121,3	490,8	1 434,3	975,4	458,9	1 486,0	441,6
Aug.	8 405,6	6 441,7	5 019,2	4 413,2	122,9	483,1	1 422,5	974,1	448,4	1 525,5	438,4
Sept.	8 454,2	6 431,5	5 036,3	4 439,2	124,5	472,6	1 395,2	968,1	427,0	1 580,6	442,2
Okt.	8 475,8	6 431,6	5 045,8	4 442,3	126,0	477,5	1 385,8	970,5	415,3	1 600,5	443,7
Nov.	8 479,6	6 461,8	5 060,2	4 457,3	126,7	476,1	1 401,6	990,9	410,7	1 638,7	379,1
Dez.	8 463,6	6 496,5	5 101,4	4 477,7	129,1	494,7	1 395,0	976,6	418,4	1 606,2	360,9
2002 Jan.	8 451,0	6 484,0	5 086,3	4 459,7	130,9	495,7	1 397,7	977,3	420,4	1 603,7	363,2
Febr.	8 454,0	6 486,2	5 085,4	4 465,9	127,4	492,1	1 400,8	972,2	428,6	1 607,8	360,0
März	8 475,2	6 483,1	5 080,0	4 479,1	131,4	469,5	1 403,1	969,5	433,6	1 622,3	369,7

* Zu den Monetären Finanzinstituten (MFIs) zählen die Banken (einschl. Bausparkassen), Geldmarktfonds sowie Europäische Zentralbank und Zentralnotenbanken (Eurosysteem). — 1 Quelle: EZB. — 2 Die Angaben sind mit den bis Ende 1998 für Deutschland veröffentlichten Zahlen wegen unterschiedlicher Positionsinhalte und abweichender Berichtskreise nicht vergleichbar. —

3 Einschl. Geldmarktpapiere von Unternehmen. — 4 Einschl. Schatzwechsel und sonstige Geldmarktpapiere von öffentlichen Haushalten. — 5 Ab 2002 Euro-Bargeldumlauf zuzüglich noch im Umlauf befindlicher nationaler Banknoten und Münzen. Ohne Kassenbestände (in Euro) der MFIs. Für deutschen Beitrag: enthält ab 2002 den Euro-Banknotenumlauf der Bundesbank

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

Passiva											Stand am Jahres- bzw. Monatsende
Bargeld- umlauf 5)	Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet										
	insgesamt	darunter auf Euro 6)	Unternehmen und Privatpersonen								
			zusammen	täglich fällig	mit vereinbarter Laufzeit			mit vereinbarter Kündigungsfrist 7)			
						bis zu 1 Jahr	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren	bis zu 3 Monaten	von mehr als 3 Monaten	
Europäische Währungsunion (Mrd €) 1) X)											
347,6	5 261,6	4 919,2	4 945,6	1 598,7	857,5	75,6	1 140,5	1 148,8	124,6	2000 Dez.	
335,3	5 315,3	4 961,2	5 012,8	1 559,7	906,3	77,6	1 142,8	1 200,2	126,1	2001 Jan.	
334,3	5 330,2	4 968,0	5 018,7	1 559,3	919,2	78,3	1 142,0	1 193,7	126,2	Febr.	
335,5	5 355,6	4 993,9	5 053,4	1 575,0	933,1	80,7	1 145,0	1 193,7	125,8	März	
335,4	5 387,5	5 028,1	5 079,0	1 600,2	935,1	80,4	1 142,7	1 196,7	123,9	April	
332,1	5 407,0	5 040,6	5 101,8	1 626,1	931,9	81,5	1 143,1	1 196,7	122,5	Mai	
332,2	5 471,4	5 092,5	5 149,5	1 667,5	928,9	81,9	1 143,6	1 206,2	121,5	Juni	
327,3	5 446,8	5 083,2	5 136,3	1 648,5	937,8	81,7	1 137,8	1 210,4	120,1	Juli	
318,5	5 428,0	5 071,8	5 121,2	1 617,5	953,6	81,4	1 134,7	1 215,3	118,9	Aug.	
308,9	5 480,0	5 133,8	5 175,0	1 680,4	937,8	81,5	1 135,8	1 221,6	118,0	Sept.	
294,7	5 498,4	5 145,4	5 187,3	1 678,9	942,8	81,1	1 135,8	1 232,4	116,4	Okt.	
279,0	5 557,4	5 203,8	5 252,8	1 728,6	947,6	79,9	1 134,7	1 246,6	115,3	Nov.	
238,9	5 703,2	5 363,4	5 406,9	1 826,6	956,2	80,0	1 142,2	1 286,5	115,3	Dez.	
243,8	5 674,8	5 322,5	5 367,5	1 773,8	953,5	79,5	1 146,2	1 302,6	111,8	2002 Jan.	
238,0	5 675,7	5 314,8	5 363,6	1 768,3	952,0	78,7	1 148,1	1 305,6	110,8	Febr.	
252,4	5 697,7	5 339,1	5 388,3	1 774,7	962,9	79,0	1 153,8	1 308,4	109,5	März	
Deutscher Beitrag (Mrd €) 2) X)											
125,1	2 051,8	1 944,1	1 900,3	434,1	224,7	15,5	650,6	451,8	123,7	2000 Dez.	
119,8	2 026,4	1 929,2	1 890,8	426,4	225,8	16,9	650,0	447,9	123,8	2001 Jan.	
119,4	2 036,8	1 940,0	1 899,4	434,3	229,0	17,1	649,3	445,8	123,8	Febr.	
119,5	2 041,0	1 941,6	1 906,4	436,0	233,9	17,4	651,1	444,7	123,4	März	
119,0	2 044,7	1 946,9	1 909,9	444,7	232,1	17,5	650,3	443,8	121,4	April	
117,1	2 054,5	1 953,0	1 915,9	449,9	231,8	18,2	653,5	442,2	120,4	Mai	
115,5	2 062,1	1 960,8	1 921,9	456,0	233,6	17,9	653,0	441,9	119,5	Juni	
113,0	2 055,6	1 955,4	1 917,4	453,9	235,7	18,3	650,5	440,8	118,2	Juli	
109,7	2 059,2	1 960,9	1 922,0	455,6	240,7	18,1	649,7	440,9	117,0	Aug.	
105,1	2 075,2	1 979,0	1 939,6	472,7	240,0	18,3	650,5	441,9	116,2	Sept.	
99,2	2 077,6	1 982,9	1 945,0	475,5	241,8	18,6	650,0	444,8	114,4	Okt.	
91,7	2 103,2	2 006,3	1 973,0	504,0	240,7	18,7	648,7	447,5	113,5	Nov.	
67,1	2 135,1	2 048,0	2 010,0	519,0	244,7	18,6	650,2	463,9	113,6	Dez.	
8)	63,4	2 113,2	2 024,0	1 989,9	506,4	18,5	652,0	466,4	110,0	2002 Jan.	
	67,9	2 108,1	2 019,4	1 986,2	505,6	17,1	653,5	465,9	109,0	Febr.	
	70,6	2 109,4	2 022,2	1 989,4	504,1	17,1	657,1	465,9	107,8	März	
Deutscher Beitrag (Mrd DM) 2) X)											
244,7	4 013,0	3 802,3	3 716,7	849,0	439,4	30,3	1 272,4	883,6	241,9	2000 Dez.	
234,4	3 963,3	3 773,2	3 698,1	833,9	441,7	33,0	1 271,3	876,0	242,1	2001 Jan.	
233,6	3 983,6	3 794,4	3 714,8	849,5	447,9	33,5	1 269,9	872,0	242,1	Febr.	
233,7	3 991,8	3 797,5	3 728,7	852,7	457,4	34,0	1 273,5	869,7	241,4	März	
232,8	3 999,2	3 807,9	3 735,4	869,8	453,9	34,2	1 271,9	868,1	237,5	April	
229,1	4 018,2	3 819,8	3 747,2	879,9	453,3	35,6	1 278,2	864,8	235,4	Mai	
225,8	4 033,1	3 834,9	3 758,9	891,9	456,8	35,0	1 277,2	864,3	233,7	Juni	
221,0	4 020,4	3 824,5	3 750,2	887,7	461,1	35,7	1 272,2	862,2	231,2	Juli	
214,5	4 027,4	3 835,2	3 759,1	891,1	470,8	35,4	1 270,7	862,3	228,8	Aug.	
205,6	4 058,8	3 870,7	3 793,6	924,5	469,4	35,9	1 272,2	864,3	227,3	Sept.	
193,9	4 063,4	3 878,2	3 804,2	929,9	472,9	36,3	1 271,3	869,9	223,8	Okt.	
179,4	4 113,6	3 924,1	3 858,9	985,8	470,7	36,5	1 268,7	875,2	222,0	Nov.	
131,3	4 175,9	4 005,5	3 931,2	1 015,2	478,6	36,4	1 271,6	907,4	222,1	Dez.	
8)	123,9	4 133,1	3 958,6	3 891,8	990,5	36,2	1 275,2	912,2	215,1	2002 Jan.	
	132,9	4 123,1	3 949,5	3 884,6	988,8	33,5	1 278,1	911,3	213,1	Febr.	
	138,1	4 125,6	3 955,1	3 891,0	986,0	33,5	1 285,2	911,3	210,9	März	

entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (s. dazu Anm. 4 zum Banknotenumlauf in der Tabelle III.2). Das von der Bundesbank tatsächlich in Umlauf gebrachte Bargeldvolumen lässt sich durch Addition mit der Position "Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten" ermitteln (s. "sonstige Passiv-

positionen"). — 6 Ohne Einlagen von Zentralstaaten. — 7 In Deutschland nur Spareinlagen. — 8 Enthält Abnahme in Höhe von 11,6 Mrd. € bzw. 22,7 Mrd. DM auf Grund des geänderten Ausweises der Banknoten (s. auch Anm. 5). — X Ab Januar 2001: Erweiterung des Euro-Währungsgebiets.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

noch: 2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) *)

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	noch: Passiva												Begebene Schuld-		
	noch: Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet											Geldmarkt- fonds- anteile (netto) 4) 6)	insgesamt	darunter auf Euro	
	öffentliche Haushalte								Repogeschäfte mit Nichtbanken im Euro-Währungsgebiet		insgesamt				darunter auf Euro
	Zentral- staaten	sonstige öffentliche Haushalte		mit vereinbarter Laufzeit			mit vereinbarter Kündigungsfrist 3)		insgesamt	darunter mit Unterneh- men und Privat- personen					
zusammen		täglich fällig	bis zu 1 Jahr	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren	bis zu 3 Monaten	von mehr als 3 Monaten								
Europäische Währungsunion (Mrd €) 1) X)															
2000 Dez.	166,2	149,7	60,0	56,4	2,0	27,8	2,8	0,8	174,9	172,6	300,1	1 660,2	1 337,0		
2001 Jan.	149,5	153,0	64,1	55,9	2,0	27,4	2,8	0,7	213,8	209,1	313,2	1 693,3	1 363,7		
Febr.	157,5	153,9	66,3	54,9	2,0	27,2	2,8	0,7	215,8	210,1	322,3	1 708,6	1 371,6		
März	153,6	148,5	61,0	54,7	1,9	27,5	2,7	0,7	225,9	221,3	333,2	1 715,9	1 379,3		
April	155,0	153,5	66,8	54,2	2,3	27,0	2,6	0,7	224,9	218,9	341,8	1 717,3	1 378,4		
Mai	149,4	155,8	65,7	57,2	2,1	27,5	2,7	0,6	237,4	231,6	351,3	1 718,1	1 373,6		
Juni	167,7	154,1	64,3	57,5	2,0	27,2	2,5	0,6	224,5	219,6	349,3	1 737,6	1 384,1		
Juli	158,1	152,4	64,2	56,0	1,7	27,4	2,5	0,6	226,4	221,1	358,4	1 733,5	1 384,3		
Aug.	154,8	152,0	63,8	56,1	1,8	27,3	2,5	0,6	233,9	228,3	369,9	1 727,7	1 382,4		
Sept.	149,4	155,5	69,5	54,4	1,6	27,0	2,5	0,6	228,2	222,7	374,4	1 751,4	1 395,3		
Okt.	154,7	156,3	71,4	53,4	1,6	26,8	2,5	0,5	236,9	229,0	386,4	1 765,5	1 399,0		
Nov.	151,8	152,8	69,5	51,9	1,6	26,7	2,6	0,5	229,5	221,9	395,2	1 757,6	1 371,7		
Dez.	140,3	156,0	69,7	54,9	1,7	26,7	2,6	0,5	220,4	216,5	392,5	1 758,8	1 375,6		
2002 Jan.	150,0	157,3	74,1	51,4	1,7	27,0	2,5	0,5	219,7	214,9	411,3	1 774,1	1 374,3		
Febr.	156,3	155,7	75,1	49,4	1,7	26,6	2,5	0,5	224,5	219,2	422,6	1 777,0	1 379,5		
März	157,4	152,0	69,1	51,7	1,6	26,7	2,5	0,5	230,5	225,8	426,6	1 798,2	1 390,4		
Deutscher Beitrag (Mrd €) 2) X)															
2000 Dez.	69,9	81,6	14,6	39,6	1,3	23,4	2,0	0,8	0,4	0,4	19,3	793,3	673,7		
2001 Jan.	57,7	77,9	12,1	38,7	1,3	23,2	1,9	0,7	1,8	1,8	20,6	799,6	683,8		
Febr.	58,0	79,4	14,5	37,7	1,4	23,2	1,9	0,7	1,6	1,6	21,5	810,0	693,3		
März	57,7	76,9	12,9	36,9	1,4	23,2	1,8	0,6	0,9	0,9	22,7	811,6	692,2		
April	58,2	76,7	14,1	35,6	1,5	23,1	1,8	0,6	1,4	1,4	23,3	805,3	685,4		
Mai	59,1	79,5	13,4	39,0	1,5	23,2	1,8	0,6	1,8	1,7	23,4	807,2	687,0		
Juni	59,0	81,2	14,9	39,5	1,4	23,1	1,8	0,6	1,1	1,1	24,2	811,2	695,9		
Juli	59,9	78,3	13,1	38,8	1,1	23,1	1,7	0,6	1,7	1,7	25,0	810,1	701,2		
Aug.	60,0	77,2	13,3	37,6	1,0	23,1	1,7	0,6	4,6	4,6	26,5	811,4	705,5		
Sept.	57,0	78,5	15,4	36,9	1,0	23,0	1,7	0,6	2,8	2,8	28,0	815,5	709,0		
Okt.	55,4	77,1	15,3	35,8	1,0	22,8	1,7	0,5	9,4	9,4	29,6	813,4	707,5		
Nov.	56,6	73,6	14,7	33,0	1,0	22,7	1,7	0,5	4,0	4,0	30,7	792,9	678,1		
Dez.	49,1	75,9	14,6	35,2	1,2	22,7	1,7	0,5	4,9	4,9	33,1	791,9	676,0		
2002 Jan.	50,1	73,3	13,6	33,3	1,2	23,0	1,7	0,5	2,5	2,5	35,0	795,7	672,2		
Febr.	49,4	72,5	13,8	32,6	1,2	22,7	1,7	0,5	3,5	3,5	35,9	801,2	678,8		
März	49,4	70,6	12,6	32,0	1,2	22,8	1,6	0,5	3,7	3,7	35,8	810,4	686,8		
Deutscher Beitrag (Mrd DM) 2) X)															
2000 Dez.	136,6	159,7	28,5	77,4	2,5	45,9	3,8	1,5	0,7	0,7	37,8	1 551,5	1 317,7		
2001 Jan.	112,8	152,4	23,6	75,7	2,6	45,3	3,7	1,4	3,5	3,5	40,2	1 563,9	1 337,4		
Febr.	113,5	155,4	28,4	73,8	2,6	45,4	3,7	1,4	3,1	3,1	42,1	1 584,2	1 355,9		
März	112,8	150,3	25,2	72,2	2,6	45,4	3,5	1,3	1,8	1,8	44,3	1 587,3	1 353,8		
April	113,8	150,0	27,5	69,7	3,0	45,1	3,4	1,3	2,7	2,7	45,6	1 574,9	1 340,5		
Mai	115,5	155,4	26,2	76,2	3,0	45,3	3,4	1,2	3,6	3,4	45,7	1 578,8	1 343,6		
Juni	115,3	158,9	29,1	77,3	2,7	45,2	3,4	1,2	2,1	2,1	47,3	1 586,5	1 361,0		
Juli	117,1	153,2	25,6	75,9	2,1	45,2	3,3	1,1	3,2	3,2	48,8	1 584,4	1 371,4		
Aug.	117,3	151,0	26,0	73,5	2,0	45,1	3,3	1,1	8,9	8,9	51,8	1 586,9	1 379,9		
Sept.	111,5	153,6	30,1	72,1	2,0	45,0	3,3	1,1	5,6	5,6	54,7	1 595,1	1 386,7		
Okt.	108,4	150,8	30,0	70,0	2,0	44,5	3,3	1,0	18,3	18,3	57,8	1 590,9	1 383,8		
Nov.	110,6	144,0	28,7	64,5	2,0	44,4	3,4	1,0	7,9	7,9	60,0	1 550,7	1 326,2		
Dez.	96,1	148,5	28,6	68,9	2,3	44,4	3,4	1,0	9,7	9,6	64,8	1 548,9	1 322,2		
2002 Jan.	98,0	143,3	26,6	65,1	2,4	45,0	3,3	0,9	5,0	5,0	68,5	1 556,3	1 314,8		
Febr.	96,7	141,8	27,0	63,8	2,4	44,4	3,3	0,9	6,9	6,9	70,3	1 567,0	1 327,7		
März	96,6	138,1	24,6	62,6	2,4	44,5	3,2	0,9	7,2	7,2	70,0	1 584,9	1 343,3		

* Zu den Monetären Finanzinstituten (MFIs) zählen die Banken (einschl. Bausparkassen), Geldmarktfonds sowie die Europäische Zentralbank und die Zentralnotenbanken (Eurosystem). — 1 Quelle: EZB. — 2 Die Angaben sind mit den bis Ende 1998 für Deutschland veröffentlichten Zahlen wegen unterschiedlicher Positionsinhalte und abweichender Berichtskreise nicht vergleichbar. — 3 In Deutschland nur Spareinlagen. — 4 Ohne Bestände der MFIs; für deutschen Beitrag: abzüglich Bestände deutscher MFIs an von MFIs im Euro-Währungsgebiet emittierten Papieren. — 5 In Deutschland zählen Bankschuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu 1 Jahr zu den Geldmarktpapieren; diese wurden bis Monatsbericht Januar 2002 zusammen mit den Geldmarktfondsanteilen veröffentlicht. — 6 Unter Ausschaltung der

Papiere, die von Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets gehalten werden. — 7 Ohne Verbindlichkeiten aus begebenen Wertpapieren. — 8 Nach Abzug der Inter-MFI-Beteiligungen. — 9 Die deutschen Beiträge zu den monetären Aggregaten des Eurosystems sind keinesfalls als eigene nationale Geldmengenaggregate zu interpretieren und damit auch nicht mit den früheren deutschen Geldbeständen M1, M2 oder M3 vergleichbar. — 10 Bargeldumlauf (ab 2002 Euro-Bargeldumlauf zuzüglich noch im Umlauf befindlicher nationaler Banknoten und Münzen), täglich fällige Einlagen (ohne Einlagen von Zentralstaaten) und (für EWU) täglich fällige monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten, die in der Konsolidierten Bilanz nicht

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

1. Aktiva *)

Mrd €

Stand am Ausweisstichtag	Aktiva insgesamt	Gold und Goldforderungen	Forderungen in Fremdwährung an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets			Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro-Währungsgebiet	Forderungen in Euro an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets			
			insgesamt	Forderungen an den IWF	Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen, Auslandskredite und sonstige Auslandsaktiva		insgesamt	Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen und Kredite	Forderungen aus der Kreditfazitat im Rahmen des WKM II	
Eurosystem 1) X)										
2000 Dez.	835,1	117,1	258,7	26,7	232,0	15,8	3,7	3,7	–	
2001 Jan.	853,5	118,6	266,5	27,9	238,6	19,6	4,5	4,5	–	
Febr.	871,6	118,6	263,7	27,2	236,5	20,3	5,5	5,5	–	
März	848,0	118,5	271,6	27,5	244,1	20,1	5,4	5,4	–	
April	839,3	118,5	266,5	27,3	239,2	23,1	5,1	5,1	–	
Mai	825,4	118,5	267,7	28,1	239,6	23,0	5,4	5,4	–	
Juni	3) 862,8	3) 128,5	3) 279,0	3) 29,7	3) 249,4	3) 22,5	5,7	5,7	–	
Juli	862,1	128,4	279,8	29,9	249,8	24,0	5,6	5,6	–	
Aug.	833,4	128,3	275,4	29,8	245,6	24,8	5,3	5,3	–	
Sept.	3) 817,4	3) 128,2	3) 262,3	3) 32,4	3) 229,9	3) 22,1	5,2	5,2	–	
Okt.	810,0	128,2	265,0	31,5	233,5	21,5	5,6	5,6	–	
Nov.	810,7	128,2	264,2	31,0	233,2	21,9	6,0	6,0	–	
Dez.	3) 814,7	3) 126,8	3) 264,6	32,0	3) 232,6	3) 25,2	5,7	5,7	–	
2002 Jan.	839,7	126,8	269,5	32,0	237,5	22,2	6,3	6,3	–	
2002 Febr. 1.	810,1	126,8	267,8	32,0	235,8	21,9	6,5	6,5	–	
8.	796,9	126,8	267,9	32,5	235,4	20,9	6,2	6,2	–	
15.	796,8	126,8	269,6	32,6	237,0	21,6	5,9	5,9	–	
22.	777,4	126,8	267,7	32,6	235,2	21,0	5,3	5,3	–	
März 1.	790,2	126,8	266,0	32,6	233,5	22,0	5,4	5,4	–	
8.	786,3	126,8	267,9	32,5	235,4	21,2	5,1	5,1	–	
15.	779,0	126,9	269,6	32,5	237,1	22,2	5,2	5,2	–	
22.	781,8	126,8	269,4	32,5	237,0	22,4	5,1	5,1	–	
29.	3) 814,9	3) 139,8	3) 267,7	32,6	3) 235,1	3) 21,8	5,2	5,2	–	
April 5.	800,1	139,8	269,5	32,6	236,9	20,7	5,3	5,3	–	
12.	782,9	139,8	266,7	32,5	234,2	21,2	5,2	5,2	–	
19.	778,8	139,8	268,0	33,1	234,9	21,5	5,1	5,1	–	
26.	788,8	139,5	264,4	33,0	231,4	23,3	4,9	4,9	–	
Deutsche Bundesbank										
2000 Dez.	256,9	32,7	61,1	7,8	53,4	–	0,3	0,3	–	
2001 Jan.	243,5	32,7	59,9	7,9	52,0	–	0,3	0,3	–	
Febr.	255,2	32,7	58,7	7,6	51,1	–	0,3	0,3	–	
März	245,3	32,7	60,5	7,8	52,7	–	0,3	0,3	–	
April	239,1	32,7	59,4	7,7	51,7	–	0,3	0,3	–	
Mai	229,8	32,7	58,8	7,7	51,1	–	0,3	0,3	–	
Juni	3) 247,3	3) 35,5	3) 60,3	3) 8,2	3) 52,2	–	0,3	0,3	–	
Juli	241,0	35,4	60,4	8,2	52,3	–	0,3	0,3	–	
Aug.	238,4	35,4	60,0	8,1	51,9	–	0,3	0,3	–	
Sept.	3) 233,4	3) 35,4	3) 59,1	3) 9,0	3) 50,2	–	0,3	0,3	–	
Okt.	226,6	35,4	59,5	8,8	50,7	–	0,3	0,3	–	
Nov.	225,6	35,4	59,9	8,7	51,3	–	0,3	0,3	–	
Dez.	3) 239,9	3) 35,0	3) 58,2	3) 8,7	3) 49,5	–	0,3	0,3	–	
2002 Jan.	242,0	35,0	60,2	8,6	51,6	–	0,3	0,3	–	
2002 Febr. 1.	230,5	35,0	59,9	8,6	51,3	–	0,3	0,3	–	
8.	223,9	35,0	60,1	8,8	51,3	–	0,3	0,3	–	
15.	224,0	35,0	60,2	8,8	51,4	–	0,3	0,3	–	
22.	218,5	35,0	59,9	8,8	51,1	–	0,3	0,3	–	
März 1.	219,8	35,0	59,7	8,8	50,9	–	0,3	0,3	–	
8.	216,8	35,0	60,4	8,8	51,6	–	0,3	0,3	–	
15.	214,0	35,0	59,9	8,8	51,1	–	0,3	0,3	–	
22.	215,7	34,9	59,6	8,8	50,8	–	0,3	0,3	–	
29.	3) 227,4	3) 38,5	3) 59,6	3) 8,8	3) 50,8	–	0,3	0,3	–	
April 5.	218,3	38,5	59,0	8,8	50,2	–	0,3	0,3	–	
12.	214,8	38,5	58,4	8,8	49,6	–	0,3	0,3	–	
19.	210,7	38,5	59,0	9,1	50,0	–	0,3	0,3	–	
26.	207,9	38,5	59,1	9,0	50,1	–	0,3	0,3	–	

* Der konsolidierte Ausweis des Eurosystems umfasst den Ausweis der Europäischen Zentralbank (EZB) und die Ausweise der nationalen Zentralbanken der EU-Mitgliedstaaten (NZBen) des Euro-Währungsgebiets. — Die Ausweispositionen für Devisen, Wertpapiere, Gold und Finanzinstrumente werden

am Quartalsende zu Marktkursen und -preisen bewertet. — 1 Quelle: EZB. — 2 Zugang durch Kredite an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet auf Grund noch nicht belasteter vorzeitig abgegebener Euro-Banknoten. — 3 Veränderung überwiegend auf Grund der Neubewertung zum

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

Forderungen aus geldpolitischen Operationen in Euro an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet							Sonstige Forderungen in Euro an Kreditinstitute des Euro-Währungsgebiets 4)	Wertpapiere in Euro von Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	Forderungen an öffentliche Haushalte/Bund	Sonstige Aktiva	Stand am Ausweisstichtag
insgesamt 4)	Hauptfinanzierungsgeschäfte	Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	Feinsteuerope-rationen	Struktu- relle Ope- rationen	Spitzenre- finanzie- rungs- fazilität	Forderungen aus dem Margen- ausgleich					
Eurosystem 1) X)											
268,6	223,0	45,0	-	-	0,6	0,1	0,6	26,0	57,7	87,0	2000 Dez.
255,2	205,0	50,0	-	-	0,2	0,0	1,0	28,2	70,3	89,6	2001 Jan.
274,0	220,3	50,0	-	-	3,6	0,0	0,9	27,5	70,2	90,9	Febr.
244,3	185,0	59,1	-	-	0,1	0,1	0,6	27,9	70,2	89,5	März
236,2	177,0	59,1	-	-	0,1	0,1	0,5	27,8	70,2	91,5	April
221,2	162,0	59,1	-	-	0,1	0,0	0,4	27,8	70,2	91,3	Mai
236,2	176,0	60,0	-	-	0,2	0,0	0,5	27,7	70,2	92,5	Juni
233,0	173,0	60,0	-	-	0,0	0,0	0,3	28,1	70,2	92,7	Juli
213,5	153,0	60,0	-	-	0,4	0,0	0,3	28,4	70,2	87,3	Aug.
213,4	152,0	60,0	-	-	1,4	0,0	0,4	28,7	70,2	86,8	Sept.
203,1	143,0	60,0	-	-	0,1	0,0	0,4	28,4	70,2	87,7	Okt.
201,3	88,0	60,0	-	53,0	0,3	0,0	0,5	28,3	70,1	90,2	Nov.
203,6	142,0	60,0	-	-	1,6	0,0	0,5	28,0	68,7	91,5	Dez.
185,1	125,0	60,0	-	-	0,0	0,0	44,4	27,9	68,6	88,9	2002 Jan.
201,1	141,0	60,0	-	-	0,0	0,0	0,5	27,6	68,6	89,4	2002 Febr. 1.
189,0	129,0	60,0	-	-	0,0	0,0	0,5	27,9	68,6	89,1	8.
186,0	126,0	60,0	-	-	0,0	0,0	0,3	28,2	68,6	89,8	15.
169,7	107,0	60,0	-	-	2,7	0,0	0,2	29,0	68,6	88,9	22.
183,0	123,0	60,0	-	-	0,0	0,0	0,4	29,2	68,6	88,7	März 1.
178,0	118,0	60,0	-	-	0,0	0,0	0,4	29,5	68,6	88,8	8.
168,1	108,1	60,0	-	-	0,0	0,0	0,4	29,4	68,6	88,7	15.
170,6	110,1	60,0	-	-	0,5	0,0	0,3	29,3	68,6	89,3	22.
192,7	132,0	60,0	-	-	0,7	0,0	0,3	29,2	68,6	89,6	29.
178,0	118,0	60,0	-	-	0,0	0,0	0,3	29,1	68,6	88,9	April 5.
163,1	103,0	60,0	-	-	0,1	0,0	0,2	30,1	67,7	88,9	12.
157,0	97,0	60,0	-	-	0,0	0,0	0,2	30,3	67,7	89,2	19.
169,0	109,0	60,0	-	-	0,0	0,0	0,2	30,5	67,7	89,3	26.
Deutsche Bundesbank											
139,2	110,7	27,9	-	-	0,6	-	0,0	-	4,4	19,1	2000 Dez.
126,8	98,3	28,3	-	-	0,2	-	0,0	-	4,4	19,4	2001 Jan.
140,0	109,9	28,3	-	-	1,8	-	0,0	-	4,4	19,1	Febr.
119,3	81,2	38,0	-	-	0,1	-	0,0	-	4,4	28,0	März
124,0	86,3	37,7	-	-	0,0	-	0,0	-	4,4	18,2	April
115,1	77,3	37,7	-	-	0,1	-	0,0	-	4,4	18,4	Mai
128,2	91,2	36,9	-	-	0,1	-	0,0	-	4,4	18,6	Juni
121,8	83,5	38,3	-	-	0,0	-	0,0	-	4,4	18,7	Juli
114,0	74,5	39,1	-	-	0,4	-	0,0	-	4,4	24,2	Aug.
111,7	70,2	40,3	-	-	1,2	-	0,0	-	4,4	22,4	Sept.
108,2	69,8	38,4	-	-	0,1	-	0,0	-	4,4	18,7	Okt.
106,8	45,0	40,4	-	21,3	0,2	-	0,0	-	4,4	18,7	Nov.
123,0	80,5	41,1	-	-	1,4	-	0,0	-	4,4	18,9	Dez.
103,0	61,8	41,1	-	-	0,0	-	20,4	-	4,4	18,6	2002 Jan.
112,3	69,5	42,8	-	-	0,0	-	0,0	-	4,4	18,5	2002 Febr. 1.
105,8	62,9	42,8	-	-	0,0	-	0,0	-	4,4	18,4	8.
105,5	62,6	42,8	-	-	0,0	-	0,0	-	4,4	18,6	15.
100,7	56,9	42,8	-	-	1,0	-	0,0	-	4,4	18,2	22.
102,1	61,7	40,4	-	-	0,0	-	0,0	-	4,4	18,2	März 1.
98,6	58,2	40,4	-	-	0,0	-	0,0	-	4,4	18,1	8.
96,5	56,1	40,4	-	-	0,0	-	0,0	-	4,4	18,0	15.
98,4	57,8	40,4	-	-	0,3	-	0,0	-	4,4	18,0	22.
106,8	65,7	40,4	-	-	0,7	-	0,0	-	4,4	17,7	29.
98,4	58,0	40,4	-	-	0,0	-	0,0	-	4,4	17,6	April 5.
95,6	55,0	40,4	-	-	0,1	-	0,0	-	4,4	17,5	12.
90,9	50,5	40,4	-	-	0,0	-	0,0	-	4,4	17,5	19.
88,1	48,4	39,6	-	-	0,0	-	0,0	-	4,4	17,5	26.

Quartalsende. — 4 Bis 22. Dezember 2000 waren „Sonstige Forderungen“ in den „Forderungen aus geldpolitischen Operationen in Euro an Geschäftspart-ner im Euro-Währungsgebiet“ enthalten. Ab 29. Dezember 2000 werden

„Sonstige Forderungen in Euro an Kreditinstitute des Euro-Währungsgebiets“ als eigene Position gezeigt. — X Erweiterung des Euro-Währungsgebiets zum 1. Januar 2001 durch Beitritt Griechenlands.

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

2. Passiva *)

Mrd €

Stand am Ausweisstichtag	Passiva insgesamt	Banknotenumlauf 2) 4)	Verbindlichkeiten in Euro aus geldpolitischen Operationen gegenüber Kreditinstituten im Euro-Währungsgebiet					Sonstige Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Kreditinstituten des Euro-Währungsgebiets	Verbindlichkeiten aus der Begebung von Schuldverschreibungen	Verbindlichkeiten in Euro gegenüber sonstigen Ansässigen im Euro-Währungsgebiet		
			insgesamt	Einlagen auf Girokonten (einschl. Mindestreserveguthaben)	Einlagefazilität	Termin-einlagen	Verbindlichkeiten aus Geschäften mit Rücknahmevereinbarung			Einlagen aus dem Margenausgleich	insgesamt	Einlagen von öffentlichen Haushalten
Eurosystem 1) X)												
2000 Dez.	835,1	371,4	124,6	124,4	0,2	-	-	0,3	3,8	57,0	53,4	3,7
2001 Jan.	853,5	355,6	123,5	123,4	0,0	-	-	0,0	3,8	73,8	68,0	5,7
Febr.	871,6	352,0	144,5	143,7	0,8	-	-	-	3,8	74,0	68,0	6,0
März	848,0	351,7	126,9	126,7	0,1	-	-	-	3,8	60,5	54,6	5,9
April	839,3	352,7	133,2	133,1	0,0	-	-	0,0	3,8	53,9	48,1	5,8
Mai	825,4	350,2	121,1	121,0	0,1	-	-	0,0	3,8	52,9	47,2	5,7
Juni	3) 862,8	350,2	117,8	117,6	0,3	-	-	-	3,8	69,7	63,9	5,8
Juli	862,1	348,3	128,5	128,5	0,0	-	-	0,0	3,8	62,8	57,3	5,5
Aug.	833,4	337,7	118,8	118,7	0,1	-	-	0,0	3,8	62,8	57,3	5,5
Sept.	3) 817,4	327,9	131,7	131,7	0,0	-	-	0,0	3,8	55,9	50,5	5,4
Okt.	810,0	315,2	129,6	129,6	0,0	-	-	0,0	3,8	58,8	53,3	5,5
Nov.	810,7	300,1	131,7	131,6	0,2	-	-	0,0	2,9	54,4	48,1	6,4
Dez.	3) 814,7	278,1	142,6	142,1	0,5	-	-	0,0	2,9	50,9	44,9	6,0
2002 Jan.	839,7	325,8	130,8	130,8	0,0	-	-	0,0	2,9	61,3	55,6	5,8
2002 Febr. 1.	810,1	312,9	134,0	134,0	0,1	-	-	-	2,9	54,5	48,6	5,9
8.	796,9	305,4	128,4	128,4	0,0	-	-	-	2,9	55,6	49,6	6,0
15.	796,8	296,4	138,3	138,2	0,1	-	-	-	2,9	52,8	46,9	6,0
22.	777,4	287,7	132,3	131,8	0,5	-	-	-	2,9	49,7	43,9	5,7
März 1.	790,2	285,8	134,9	134,9	0,1	-	-	0,0	2,9	62,7	57,2	5,5
8.	786,3	284,6	132,9	132,8	0,0	-	-	0,0	2,9	61,8	56,3	5,5
15.	779,0	281,7	134,3	134,2	0,1	-	-	0,0	2,9	52,8	47,1	5,7
22.	781,8	280,2	133,9	133,1	0,8	-	-	0,0	2,9	57,1	51,4	5,7
29.	3) 814,9	287,5	131,4	131,3	0,1	-	-	0,0	2,9	74,6	68,5	6,1
April 5.	800,1	287,7	132,4	132,4	0,0	-	-	0,0	2,9	59,3	53,3	6,0
12.	782,9	285,8	134,0	133,0	1,0	-	-	0,0	2,9	56,0	50,2	5,8
19.	778,8	284,9	134,3	134,3	0,0	-	-	0,0	2,9	51,0	45,1	5,9
26.	788,8	286,5	132,2	132,1	0,1	-	-	-	2,9	63,6	57,7	5,9
Deutsche Bundesbank												
2000 Dez.	256,9	133,9	47,0	46,9	0,1	-	-	-	-	0,5	0,1	0,4
2001 Jan.	243,5	126,8	33,1	33,1	0,0	-	-	-	-	0,5	0,1	0,4
Febr.	255,2	126,2	46,1	45,8	0,3	-	-	-	-	0,5	0,1	0,4
März	245,3	125,3	45,1	45,0	0,1	-	-	-	-	0,6	0,1	0,5
April	239,1	125,0	40,8	40,8	0,0	-	-	-	-	0,5	0,1	0,4
Mai	229,8	124,1	32,6	32,5	0,1	-	-	-	-	0,5	0,1	0,4
Juni	3) 247,3	121,9	42,7	42,5	0,2	-	-	-	-	0,6	0,1	0,5
Juli	241,0	119,9	33,6	33,6	0,0	-	-	-	-	0,6	0,1	0,5
Aug.	238,4	116,5	48,0	48,0	0,0	-	-	-	-	0,5	0,1	0,4
Sept.	3) 233,4	112,0	48,3	48,2	0,0	-	-	-	-	0,6	0,1	0,5
Okt.	226,6	106,7	34,0	34,0	0,0	-	-	-	-	0,5	0,1	0,4
Nov.	225,6	99,0	49,9	49,8	0,1	-	-	-	-	0,6	0,1	0,5
Dez.	3) 239,9	76,5	57,5	57,4	0,1	-	-	-	-	1,0	0,1	1,0
2002 Jan.	242,0	75,3	34,4	34,4	0,0	-	-	-	-	0,7	0,0	0,6
2002 Febr. 1.	230,5	82,0	41,0	41,0	0,1	-	-	-	-	0,7	0,1	0,6
8.	223,9	80,9	37,1	37,0	0,0	-	-	-	-	0,6	0,1	0,6
15.	224,0	78,7	42,1	42,0	0,1	-	-	-	-	0,7	0,1	0,6
22.	218,5	77,0	35,8	35,7	0,1	-	-	-	-	0,6	0,0	0,5
März 1.	219,8	80,1	38,5	38,4	0,0	-	-	-	-	0,6	0,1	0,5
8.	216,8	80,7	36,2	36,1	0,0	-	-	-	-	0,6	0,0	0,5
15.	214,0	80,3	43,1	43,1	0,0	-	-	-	-	0,6	0,0	0,6
22.	215,7	80,6	35,2	35,0	0,2	-	-	-	-	0,6	0,1	0,5
29.	3) 227,4	80,5	42,0	42,0	0,1	-	-	-	-	0,6	0,1	0,5
April 5.	218,3	80,9	34,9	34,9	0,0	-	-	-	-	0,6	0,0	0,5
12.	214,8	80,8	40,0	39,0	1,0	-	-	-	-	0,5	0,1	0,5
19.	210,7	81,1	40,7	40,7	0,0	-	-	-	-	0,5	0,1	0,4
26.	207,9	81,5	35,8	35,7	0,1	-	-	-	-	0,5	0,1	0,5

* Der konsolidierte Ausweis des Eurosystems umfasst den Ausweis der Europäischen Zentralbank (EZB) und die Ausweise der nationalen Zentralbanken der EU-Mitgliedstaaten (NZBen) des Euro-Währungsgebiets. — Die Ausweispositionen für Devisen, Wertpapiere, Gold und Finanzinstrumente werden am Quartalsende zu Marktkursen und -preisen bewertet. — 1 Quelle: EZB. — 2 Ab 2002 Euro-Banknoten sowie noch im Umlauf befindliche, von

den nationalen Zentralbanken des Eurosystems ausgegebene Banknoten. — 3 Veränderungen überwiegend auf Grund der Neubewertung zum Quartalsende. — 4 Entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren für die Ausgabe von Euro-Banknoten wird der EZB auf monatlicher Basis ein Anteil von 8 % des Gesamtwerts des Euro-Banknotenumlaufs zugeteilt. Der Gegenposten dieser Berichtigung

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets			Ausgleichsposten für zugeteilte Sonderziehungsrechte	Sonstige Passiva	Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit aus der Begebung von Euro-Banknoten 4)	Neubewertungskonten	Grundkapital und Rücklage	Stand am Ausweisstichtag
		insgesamt	Einlagen, Guthaben und andere Verbindlichkeiten	Verbindlichkeiten aus der Kreditfazilität im Rahmen des WKM II						
Eurosystem ^{1) X)}										
10,8	0,8	12,4	12,4	–	6,7	73,5	.	117,7	56,1	2000 Dez.
11,1	5,1	13,0	13,0	–	7,2	78,9	.	119,3	54,4	2001 Jan.
10,2	5,0	14,5	14,5	–	7,2	78,4	.	119,3	55,4	Febr.
8,5	3,8	13,0	13,0	–	7,0	82,5	.	126,3	58,0	März
8,4	3,8	12,4	12,4	–	7,0	72,6	.	126,3	59,2	April
8,9	3,8	13,6	13,6	–	7,0	71,8	.	126,3	59,9	Mai
10,2	3,9	3) 17,0	3) 17,0	–	7,2	3) 75,0	.	3) 141,3	60,5	Juni
8,6	4,0	18,6	18,6	–	7,2	74,4	.	141,3	60,5	Juli
8,5	4,0	15,6	15,6	–	7,2	69,1	.	141,3	60,5	Aug.
8,5	2,5	3) 16,3	3) 16,3	–	6,9	3) 73,6	.	3) 125,0	60,5	Sept.
8,6	2,5	19,6	19,6	–	6,9	73,8	.	125,0	60,5	Okt.
8,6	2,5	21,2	21,2	–	6,9	75,8	.	125,0	60,5	Nov.
9,4	2,5	20,5	20,5	–	7,0	3) 78,1	.	125,3	3) 62,6	Dez.
8,5	2,6	23,4	23,4	–	7,0	76,5	–	125,3	63,1	2002 Jan.
8,7	2,7	21,3	21,3	–	7,0	75,5	–	125,3	63,1	2002 Febr. 1.
8,5	2,6	20,5	20,5	–	7,0	75,3	–	125,3	63,1	8.
8,5	2,6	21,5	21,5	–	7,0	76,2	–	125,3	63,1	15.
8,6	2,6	19,0	19,0	–	7,0	77,0	–	125,3	63,1	22.
8,4	2,8	17,9	17,9	–	7,0	76,6	–	125,3	63,1	März 1.
8,3	2,6	19,6	19,6	–	7,0	75,6	–	125,3	63,1	8.
8,7	2,7	22,4	22,4	–	7,0	75,6	–	125,3	63,1	15.
8,5	2,6	22,9	22,9	–	7,0	75,9	–	125,3	63,3	22.
8,7	1,8	22,1	22,1	–	7,0	3) 76,5	–	3) 136,9	63,4	29.
8,5	1,5	22,2	22,2	–	7,0	75,8	–	136,9	63,7	April 5.
8,5	1,5	20,0	20,0	–	7,0	64,2	–	136,9	63,7	12.
8,3	1,4	21,0	21,0	–	7,0	65,2	–	136,9	63,7	19.
8,4	1,4	19,1	19,1	–	7,0	64,8	–	136,9	63,7	26.
Deutsche Bundesbank										
6,6	0,0	0,0	0,0	–	1,7	22,9	.	39,2	5,1	2000 Dez.
6,7	0,0	0,0	0,0	–	1,7	30,4	.	39,2	5,1	2001 Jan.
6,9	0,0	0,0	0,0	–	1,7	29,5	.	39,2	5,1	Febr.
6,7	0,0	0,0	0,0	–	1,7	19,2	.	41,4	5,1	März
6,8	0,0	–	–	–	1,7	17,8	.	41,4	5,1	April
7,2	0,0	–	–	–	1,7	17,1	.	41,4	5,1	Mai
6,8	0,0	–	–	–	1,8	23,2	.	3) 45,2	5,1	Juni
6,8	0,0	–	–	–	1,8	28,0	.	45,2	5,1	Juli
6,8	0,0	–	–	–	1,8	14,4	.	45,2	5,1	Aug.
6,8	0,0	1,8	1,8	–	1,7	15,3	.	3) 41,8	5,1	Sept.
6,9	0,0	3,0	3,0	–	1,7	26,8	.	41,8	5,1	Okt.
6,9	0,0	4,1	4,1	–	1,7	16,4	.	41,8	5,1	Nov.
7,3	0,0	1,4	1,4	–	1,7	47,8	.	3) 41,6	5,1	Dez.
7,1	0,0	3,5	3,5	–	1,7	49,5	23,2	41,6	5,1	2002 Jan.
7,2	0,0	3,4	3,4	–	1,7	36,2	11,6	41,6	5,1	2002 Febr. 1.
7,0	0,0	3,6	3,6	–	1,7	34,7	11,6	41,6	5,1	8.
7,1	0,0	3,4	3,4	–	1,7	32,0	11,6	41,6	5,1	15.
7,2	0,0	3,1	3,1	–	1,7	34,8	11,6	41,6	5,1	22.
7,0	0,0	3,0	3,0	–	1,7	33,9	8,2	41,6	5,1	März 1.
7,0	0,0	3,7	3,7	–	1,7	32,1	8,2	41,6	5,1	8.
7,0	0,0	3,1	3,1	–	1,7	23,3	8,2	41,6	5,1	15.
7,0	0,0	2,8	2,8	–	1,7	32,9	8,2	41,6	5,1	22.
7,0	0,0	3) 3,0	3) 3,0	–	1,7	30,9	11,6	3) 44,8	5,1	29.
7,1	0,0	2,6	2,6	–	1,7	29,1	11,6	44,8	5,1	April 5.
7,0	0,0	2,1	2,1	–	1,7	21,1	11,6	44,8	5,1	12.
6,9	0,0	2,6	2,6	–	1,7	15,7	11,6	44,8	5,1	19.
7,0	0,0	2,7	2,7	–	1,7	17,0	11,6	44,8	5,1	26.

wird als „Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit aus der Begebung von Banknoten“ ausgewiesen. Die verbleibenden 92% des Werts an in Umlauf befindlichen Euro-Banknoten werden ebenfalls auf monatlicher Basis auf die NZBen aufgeteilt, wobei jede NZB in ihrer Bilanz den Anteil am Euro-Banknotenumlauf ausweist, der ihrem eingezahlten Anteil am Kapital der EZB entspricht. Die Differenz zwischen dem Wert der einer NZB

zugeteilten Euro-Banknoten gemäß dem oben erwähnten Rechnungslegungsverfahren und dem Wert der von dieser NZB in Umlauf gegebenen Euro-Banknoten wird ebenfalls als „Intra-Eurosystem-Forderung/Verbindlichkeit aus der Begebung von Banknoten“ ausgewiesen. — X Erweiterung des Euro-Währungsgebiets zum 1. Januar 2001 durch Beitritt Griechenlands.

IV. Banken

2. Wichtige Aktiva und Passiva der Banken (MFIs) in Deutschland nach Bankengruppen *)

Mrd €

Stand am Monatsende	Anzahl der berichtenden Institute	Bilanzsumme	Kassenbestand und Guthaben bei Zentralnotenbanken	Kredite an Banken (MFIs)			Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)				Beteiligungen	Sonstige Aktivpositionen	
				insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:		Wechsel			Wertpapiere von Nichtbanken
					Guthaben und Buchkredite	Wertpapiere von Banken		bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr				
Alle Bankengruppen													
2001 Okt.	2 531	6 354,8	69,0	2 268,8	1 589,6	666,4	3 553,9	466,3	2 552,4	6,3	514,4	138,5	324,6
Nov.	2 525	6 404,3	69,7	2 292,4	1 618,3	665,4	3 582,4	488,2	2 561,8	6,1	513,4	137,2	322,6
Dez.	2 521	6 386,1	71,1	2 272,1	1 600,5	665,1	3 584,4	477,5	2 568,3	5,7	519,4	143,5	315,0
2002 Jan.	2 510	6 336,5	77,0	2 219,0	1 548,7	663,5	3 589,4	472,1	2 571,1	5,3	529,3	136,8	314,2
Febr.	2 509	6 310,9	61,6	2 204,8	1 528,3	669,8	3 588,4	473,4	2 571,5	5,1	526,0	142,5	313,7
März	2 510	6 349,0	61,4	2 234,1	1 551,1	675,8	3 593,2	487,9	2 568,0	5,2	518,4	142,3	317,9
Kreditbanken ⁵⁾													
2002 Febr.	277	1 749,9	24,1	562,4	423,5	134,8	950,8	244,0	533,5	2,4	164,1	87,1	125,5
März	278	1 769,4	25,0	572,8	434,6	133,7	956,1	260,3	534,5	2,5	150,9	87,4	128,1
Großbanken ⁶⁾													
2002 Febr.	4	1 001,6	14,9	294,4	231,6	59,5	534,5	141,1	293,6	1,4	95,9	77,2	80,6
März	4	1 023,1	16,0	303,0	240,3	58,8	544,0	152,4	294,1	1,5	92,3	77,5	82,6
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken													
2002 Febr.	193	622,7	8,5	209,4	140,5	68,6	361,7	81,7	224,2	0,9	51,0	9,0	34,0
März	193	629,5	8,4	212,0	142,2	69,4	365,3	83,1	224,9	0,9	52,4	9,0	34,7
Zweigstellen ausländischer Banken													
2002 Febr.	80	125,5	0,6	58,6	51,4	6,7	54,5	21,3	15,6	0,1	17,2	0,8	11,0
März	81	116,8	0,6	57,7	52,0	5,4	46,8	24,7	15,5	0,1	6,2	0,8	10,8
Landesbanken													
2002 Febr.	13	1 265,5	2,2	608,9	482,1	125,1	568,4	72,7	405,8	0,4	85,9	25,8	60,2
März	13	1 277,8	3,7	622,2	493,7	126,9	562,7	66,3	404,4	0,4	87,8	25,8	63,4
Sparkassen													
2002 Febr.	527	967,4	19,6	222,9	60,7	162,1	687,5	78,1	515,1	1,5	92,3	11,8	25,6
März	527	969,4	18,6	225,1	61,6	163,4	688,4	79,7	513,8	1,5	92,9	11,8	25,5
Genossenschaftliche Zentralbanken													
2002 Febr.	2	202,7	1,4	126,5	86,8	39,7	58,3	12,9	27,9	0,1	17,2	9,0	7,4
März	2	200,3	0,4	125,1	85,0	40,1	58,9	12,8	25,9	0,1	19,8	9,1	6,9
Kreditgenossenschaften													
2002 Febr.	1 619	543,2	12,8	134,3	56,3	77,6	373,9	50,5	284,3	0,8	37,8	3,8	18,3
März	1 619	544,3	11,9	135,1	55,4	79,0	374,9	51,0	284,2	0,8	38,4	3,8	18,7
Realkreditinstitute													
2002 Febr.	28	919,9	1,1	242,6	164,2	78,1	648,0	8,6	543,0	-	96,1	2,3	25,9
März	28	918,5	1,2	242,5	162,4	79,8	649,2	9,8	543,3	-	95,9	1,8	23,8
Bausparkassen													
2002 Febr.	29	158,2	0,1	36,2	24,1	12,1	113,6	1,5	102,5	.	9,5	0,5	7,9
März	29	160,7	0,1	38,4	26,1	12,2	113,9	1,5	102,7	.	9,6	0,5	7,9
Banken mit Sonderaufgaben													
2002 Febr.	14	504,2	0,3	270,8	230,7	40,2	187,9	5,0	159,5	-	22,9	2,2	43,0
März	14	508,6	0,6	273,0	232,3	40,8	189,2	6,5	159,2	-	23,0	2,2	43,6
Nachrichtlich: Auslandsbanken ⁷⁾													
2002 Febr.	131	290,1	2,4	125,0	98,9	25,5	138,4	39,0	65,8	0,3	30,2	1,6	22,7
März	132	287,5	2,0	126,4	101,3	24,5	135,6	42,8	67,7	0,3	21,5	1,6	21,9
darunter Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken ⁸⁾													
2002 Febr.	51	164,6	1,8	66,4	47,5	18,7	83,9	17,7	50,2	0,2	13,1	0,8	11,7
März	51	170,7	1,4	68,6	49,3	19,1	88,8	18,1	52,2	0,2	15,4	0,8	11,0

* Für den Zeitraum bis Dezember 1998 werden im Abschnitt IV (mit Ausnahme der Tabelle IV. 1) Aktiva und Passiva der Banken (ohne Bausparkassen) in Deutschland gezeigt, ab Januar 1999 Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (MFIs) in Deutschland. Nicht enthalten sind Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen sowie der – ebenfalls zu den MFIs zählenden –

Geldmarktfonds und der Bundesbank. Für die Abgrenzung der Positionen siehe Anmerkungen zur Tabelle IV.3. — 1 Für „Bausparkassen“: Einschl. Bauspareinlagen; s. dazu Tab. IV.12. — 2 In den Termineinlagen enthalten. — 3 Ohne Bauspareinlagen; s. a. Anm. 1. — 4 Einschl. börsenfähiger nachrangig begebener Inhaberschuldverschreibungen; ohne nicht börsenfähige

IV. Banken

Einlagen und aufgenommene Kredite von Banken (MFIs)			Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken (Nicht-MFIs)									Inhaberschuldverschreibungen im Umlauf ⁴⁾	Kapital einschl. offener Rücklagen, Genussrechtskapital, Fonds für allgemeine Bankrisiken	Sonstige Passivpositionen	Stand am Monatsende
insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:					insgesamt	darunter mit dreimonatiger Kündigungsfrist	Sparbriefe				
	Sichteinlagen	Termin-einlagen		Sichteinlagen	Termineinlagen mit Befristung ¹⁾		Nachrichtlich: Verbindlichkeiten aus Repos ²⁾	Spareinlagen ³⁾							
				bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr ¹⁾										
Alle Bankengruppen															
1 814,7	257,9	1 556,5	2 354,0	520,7	371,5	778,5	49,0	568,0	451,2	115,3	1 514,7	273,2	398,2	2001 Okt.	
1 842,3	267,1	1 574,9	2 364,9	549,7	367,2	763,9	44,5	569,8	454,0	114,3	1 522,7	274,5	399,9	Nov.	
1 827,8	215,0	1 612,3	2 384,6	560,4	357,4	767,4	32,4	586,5	470,7	112,8	1 515,6	275,6	382,5	Dez.	
1 798,1	246,1	1 551,7	2 371,1	547,5	351,1	775,4	36,8	585,3	473,1	111,8	1 518,5	276,6	372,1	2002 Jan.	
1 765,2	242,6	1 522,3	2 368,2	545,9	352,4	774,6	42,0	583,8	472,6	111,5	1 531,1	278,1	368,3	Febr.	
1 792,0	248,0	1 543,6	2 369,8	544,2	354,0	777,5	39,5	582,5	472,5	111,6	1 545,1	279,9	362,3	März	
Kreditbanken ⁵⁾															
631,8	129,9	501,6	640,1	229,0	167,1	142,2	37,1	91,8	75,4	9,9	228,3	102,8	147,0	2002 Febr.	
662,2	140,0	521,9	639,6	223,8	171,4	142,9	32,4	91,6	75,5	9,8	229,9	103,6	134,1	März	
Großbanken ⁶⁾															
372,1	89,6	282,5	332,9	105,8	109,2	89,8	32,7	27,1	24,9	1,0	158,7	65,7	72,1	2002 Febr.	
392,7	98,0	294,7	333,3	101,0	114,2	90,2	28,5	26,9	24,7	1,0	159,1	66,8	71,1	März	
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken															
178,7	27,2	151,2	291,7	117,8	51,0	49,4	1,1	64,7	50,5	8,9	69,5	34,0	48,8	2002 Febr.	
184,9	33,0	151,6	290,8	117,2	50,4	49,7	1,1	64,7	50,8	8,8	70,7	33,9	49,2	März	
Zweigstellen ausländischer Banken															
81,0	13,1	67,9	15,5	5,5	7,0	3,0	3,3	0,0	0,0	0,0	0,1	3,0	26,0	2002 Febr.	
84,6	9,0	75,6	15,4	5,6	6,8	3,0	2,8	0,0	0,0	0,0	0,1	3,0	13,8	März	
Landesbanken															
458,3	61,4	396,8	304,6	38,8	41,3	209,2	2,9	14,7	13,4	0,7	391,3	54,8	56,5	2002 Febr.	
459,8	60,5	399,3	308,0	40,8	41,6	210,3	4,7	14,7	13,4	0,7	397,5	55,6	57,0	März	
Sparkassen															
220,6	5,6	215,0	618,5	167,6	66,2	10,3	-	302,9	238,8	71,6	46,6	42,8	38,8	2002 Febr.	
221,3	7,3	214,0	617,4	167,6	65,4	10,4	-	302,2	238,7	71,8	47,0	42,9	40,8	März	
Genossenschaftliche Zentralbanken															
114,3	35,2	79,1	31,5	7,0	4,9	19,6	1,2	0,0	0,0	0,0	39,8	9,4	7,7	2002 Febr.	
110,9	26,0	84,9	31,5	6,7	5,3	19,4	1,5	0,0	0,0	0,0	39,6	9,4	9,0	März	
Kreditgenossenschaften															
76,1	1,6	74,5	388,9	101,0	61,5	23,4	-	174,0	144,6	29,1	32,0	27,8	18,4	2002 Febr.	
76,0	2,4	73,7	389,0	101,9	61,1	23,4	-	173,6	144,6	29,0	32,5	27,9	18,9	März	
Realkreditinstitute															
111,3	4,0	107,2	143,0	1,1	3,9	137,8	0,8	0,1	0,0	0,2	623,0	18,2	24,5	2002 Febr.	
110,1	4,7	105,4	143,1	1,2	3,2	138,5	0,6	0,1	0,0	0,2	622,2	18,1	25,0	März	
Bausparkassen															
29,0	2,1	26,9	100,0	0,2	0,7	98,7	-	0,3	0,3	0,1	7,3	7,5	14,4	2002 Febr.	
29,8	3,0	26,8	100,5	0,3	0,7	99,1	-	0,3	0,3	0,1	8,0	7,5	14,9	März	
Banken mit Sonderaufgaben															
123,8	2,7	121,1	141,6	1,4	6,8	133,4	0,1	-	-	-	162,8	15,0	61,0	2002 Febr.	
121,8	4,1	117,7	140,8	1,8	5,3	133,6	0,2	-	-	-	168,5	15,0	62,6	März	
Nachrichtlich: Auslandsbanken ⁷⁾															
126,0	25,2	100,7	75,3	32,8	17,3	19,0	3,3	4,7	4,4	1,5	35,2	10,5	43,0	2002 Febr.	
134,7	23,5	111,1	74,4	31,8	17,1	19,3	2,9	4,7	4,4	1,5	36,5	10,3	31,6	März	
darunter Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken ⁸⁾															
45,1	12,0	32,9	59,9	27,3	10,3	16,0	0,1	4,7	4,4	1,5	35,1	7,5	17,0	2002 Febr.	
50,1	14,5	35,5	58,9	26,2	10,3	16,3	0,1	4,7	4,4	1,5	36,4	7,3	17,9	März	

Inhaberschuldverschreibungen. — ⁵ Die Kreditbanken umfassen die Untergruppen „Großbanken“, „Regionalbanken und sonstige Kreditbanken“ und „Zweigstellen ausländischer Banken“. — ⁶ Deutsche Bank AG, Dresdner Bank AG, Commerzbank AG und Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG. — ⁷ Summe der in anderen Bankengruppen enthaltenen Banken

im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken sowie der Gruppe (rechtlich unselbständiger) „Zweigstellen ausländischer Banken“. — ⁸ Ausgliederung der in den Bankengruppen „Regionalbanken und sonstige Kreditbanken“ und „Realkreditinstitute“ enthaltenen Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken.

IV. Banken

Nachrichtlich: Treuhandkredite 6)		Beteiligungen an ausländischen Banken und Unternehmen 7)		Einlagen und aufgenommene Kredite von ausländischen Banken (MFIs) 2)					Einlagen und aufgenommene Kredite von ausländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs) 2)					Zeit		
				insgesamt	Sichteinlagen 8)	Termineinlagen (einschl. Sparbriefe)			Nachrichtlich: Treuhandkredite 6)	insgesamt	Sichteinlagen 8)	Termineinlagen (einschl. Sparbriefe)			Nachrichtlich: Treuhandkredite 6)	
						zusammen 9)	kurzfristig 9)	mittel- und langfristige				zusammen 9)	kurzfristig 9)			mittel- und langfristige
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)																
14,8	25,8	297,0	66,7	219,7	119,2	100,5	10,5	125,8	15,8	103,6	34,4	69,2	6,4	1992		
15,5	30,1	328,1	82,9	236,0	122,5	113,5	9,2	162,8	16,9	139,2	39,1	100,1	6,7	1993		
17,3	34,0	402,3	111,6	283,7	150,8	132,9	7,1	181,5	20,6	155,3	41,7	113,6	5,6	1994		
16,7	38,8	463,7	116,9	339,7	191,6	148,2	7,0	224,4	22,1	198,0	45,3	152,6	4,4	1995		
12,7	45,8	486,5	147,1	335,7	172,0	163,7	3,8	273,5	34,3	237,2	50,0	187,2	2,1	1996		
15,7	54,7	670,3	226,0	440,2	254,3	185,9	4,0	333,9	43,5	285,7	63,0	222,7	4,8	1997		
22,9	62,9	875,7	309,5	562,5	359,1	203,4	3,7	390,3	51,3	329,6	71,8	257,8	9,5	1998		
13,6	33,9	483,6	65,6	418,0	332,3	85,6	2,0	284,4	23,8	260,6	64,9	195,7	5,8	1999		
13,9	47,4	586,0	113,7	472,2	382,9	89,3	1,7	314,9	35,4	279,5	62,5	217,0	5,6	2000		
13,8	47,6	622,7	91,9	530,8	434,5	96,3	1,4	350,6	34,0	316,6	97,6	219,0	5,3	2001		
14,5	40,4	579,5	127,3	452,3	358,8	93,5	1,9	329,9	34,8	295,1	69,6	225,5	6,5	2000 Okt.		
14,4	40,5	589,2	130,8	458,3	365,1	93,2	1,9	329,5	36,1	293,5	71,5	222,0	6,3	Nov.		
13,9	47,4	586,0	113,7	472,2	382,9	89,3	1,7	314,9	35,4	279,5	62,5	217,0	5,6	Dez.		
14,2	48,5	608,9	140,2	468,8	381,4	87,4	1,7	328,2	38,7	289,5	73,4	216,1	5,6	2001 Jan.		
14,5	47,8	631,6	150,3	481,3	396,0	85,3	1,7	335,3	37,9	297,4	76,3	221,1	5,6	Febr.		
14,5	48,6	700,4	163,9	536,5	453,4	83,1	1,8	347,0	41,3	305,7	80,0	225,7	5,9	März		
14,6	48,6	702,1	154,5	547,6	464,7	82,9	1,7	365,3	47,1	318,2	92,0	226,1	5,8	April		
14,9	49,1	704,1	155,0	549,1	462,0	87,1	1,7	385,0	53,9	331,1	96,3	234,8	6,1	Mai		
14,8	48,6	675,1	151,3	523,8	435,2	88,6	1,6	364,1	45,8	318,3	81,5	236,8	6,1	Juni		
14,7	49,3	635,4	132,5	502,8	414,1	88,7	1,5	367,1	42,0	325,2	91,5	233,6	6,0	Juli		
14,3	49,2	640,1	106,9	533,3	445,0	88,3	1,5	368,3	37,7	330,6	100,6	230,0	5,7	Aug.		
14,2	49,1	645,2	144,7	500,5	409,0	91,6	1,5	360,8	36,7	324,2	92,2	231,9	5,7	Sept.		
14,1	49,8	637,1	133,7	503,4	412,3	91,1	1,4	376,6	37,0	339,6	105,9	233,6	5,8	Okt.		
14,2	50,0	643,3	120,4	522,9	429,6	93,3	1,4	365,7	38,8	327,0	107,5	219,5	5,9	Nov.		
13,8	47,6	622,7	91,9	530,8	434,5	96,3	1,4	350,6	34,0	316,6	97,6	219,0	5,3	Dez.		
13,7	47,2	638,6	130,5	508,1	412,3	95,8	1,3	361,3	36,0	325,2	102,2	223,0	5,3	2002 Jan.		
14,0	47,4	616,5	122,8	493,7	396,3	97,4	1,3	360,4	34,6	325,8	105,0	220,8	5,1	Febr.		
14,1	47,0	627,0	122,0	505,0	406,5	98,4	1,3	363,2	35,0	328,2	106,4	221,8	5,1	März		
Veränderungen *)																
+ 0,2	+ 4,1	+ 23,8	+ 14,1	+ 11,1	- 0,4	+ 11,5	- 1,4	+ 34,3	+ 1,0	+ 33,2	+ 4,0	+ 29,1	+ 0,2	1993		
- 1,7	+ 4,2	+ 85,6	+ 31,3	+ 56,0	+ 33,9	+ 22,1	- 1,7	+ 23,1	+ 3,9	+ 19,8	+ 3,4	+ 16,4	- 0,7	1994		
- 0,2	+ 5,2	+ 71,0	+ 7,9	+ 64,6	+ 45,9	+ 18,7	- 1,5	+ 47,8	+ 2,2	+ 46,5	+ 4,1	+ 42,4	- 0,9	1995		
- 2,3	+ 5,9	+ 11,3	+ 27,1	- 13,9	- 26,6	+ 12,7	- 1,9	+ 44,7	+ 11,7	+ 35,0	+ 3,7	+ 31,3	- 2,0	1996		
+ 2,7	+ 7,9	+ 157,3	+ 67,7	+ 89,5	+ 71,8	+ 17,7	+ 0,1	+ 51,0	+ 5,4	+ 43,3	+ 11,4	+ 31,9	+ 2,3	1997		
+ 7,7	+ 8,8	+ 215,6	+ 87,7	+ 128,1	+ 108,1	+ 20,0	- 0,3	+ 64,7	+ 10,4	+ 48,9	+ 10,3	+ 38,6	+ 5,5	1998		
+ 1,1	+ 10,9	+ 37,4	- 9,2	+ 46,6	+ 47,6	- 1,0	- 0,0	+ 61,0	+ 7,2	+ 53,8	+ 15,9	+ 37,9	+ 0,1	1999		
- 0,2	+ 12,8	+ 90,0	+ 47,0	+ 43,0	+ 42,9	+ 0,1	- 0,4	+ 24,4	+ 11,1	+ 13,3	- 2,9	+ 16,2	- 0,8	2000		
- 0,5	- 0,5	+ 23,5	- 23,6	+ 47,0	+ 42,4	+ 4,6	- 0,4	+ 30,8	- 1,8	+ 32,6	+ 33,3	- 0,7	- 0,6	2001		
- 0,0	+ 1,3	- 7,5	- 6,1	- 1,4	- 0,8	- 0,6	- 0,2	+ 9,0	- 2,0	+ 11,0	+ 5,6	+ 5,3	- 0,2	2000 Okt.		
+ 0,1	+ 0,7	+ 16,7	+ 4,7	+ 12,0	+ 11,4	+ 0,7	- 0,0	+ 4,6	+ 1,5	+ 3,1	+ 2,6	+ 0,5	+ 0,1	Nov.		
- 0,1	+ 7,8	+ 11,9	- 15,0	+ 26,9	+ 28,8	- 1,9	- 0,1	- 8,1	+ 0,1	- 8,1	- 7,3	- 0,8	- 0,3	Dez.		
+ 0,3	+ 1,2	+ 23,4	+ 26,5	- 3,1	- 1,3	- 1,9	- 0,1	+ 13,9	+ 3,3	+ 10,6	+ 11,0	- 0,4	+ 0,0	2001 Jan.		
+ 0,2	- 0,7	+ 22,5	+ 10,1	+ 12,4	+ 14,6	- 2,2	- 0,0	+ 5,6	- 0,8	+ 6,4	+ 2,5	+ 3,9	+ 0,0	Febr.		
- 0,2	+ 0,1	+ 58,9	+ 11,9	+ 47,0	+ 50,2	- 3,2	+ 0,0	+ 6,8	+ 3,0	+ 3,8	+ 2,7	+ 1,1	- 0,1	März		
+ 0,0	+ 0,1	+ 2,7	- 9,3	+ 12,0	+ 12,2	- 0,1	- 0,1	+ 18,5	+ 5,8	+ 12,8	+ 12,2	+ 0,6	- 0,0	April		
- 0,0	- 0,3	- 11,9	- 1,2	- 10,8	- 12,6	+ 1,8	- 0,1	+ 14,0	+ 6,2	+ 7,8	+ 2,9	+ 4,9	- 0,0	Mai		
- 0,0	- 0,4	- 28,0	- 3,4	- 24,5	- 26,2	+ 1,7	- 0,1	- 20,0	- 8,1	- 11,9	- 14,7	+ 2,8	- 0,0	Juni		
+ 0,0	+ 1,1	- 32,2	- 17,6	- 14,6	- 15,5	+ 0,9	- 0,0	+ 7,6	- 3,3	+ 10,9	+ 10,8	+ 0,1	+ 0,1	Juli		
- 0,0	+ 0,5	+ 14,3	- 24,3	+ 38,7	+ 38,1	+ 0,5	- 0,0	+ 6,7	- 3,9	+ 10,6	+ 10,2	+ 0,3	+ 0,1	Aug.		
- 0,1	- 0,2	+ 3,4	+ 37,7	- 34,2	- 37,4	+ 3,1	- 0,0	- 8,4	- 1,1	- 7,4	- 8,7	+ 1,3	- 0,0	Sept.		
- 0,2	+ 0,5	- 10,3	- 11,4	+ 1,1	+ 1,7	- 0,6	- 0,1	+ 14,7	+ 0,3	+ 14,5	+ 13,4	+ 1,1	- 0,0	Okt.		
+ 0,0	+ 0,0	+ 3,1	- 13,8	+ 16,9	+ 15,1	+ 1,8	- 0,0	- 12,6	+ 1,6	- 14,2	+ 1,0	- 15,2	- 0,0	Nov.		
- 0,4	- 2,6	- 22,5	- 28,8	+ 6,3	+ 3,5	+ 2,8	+ 0,0	- 16,0	- 4,8	- 11,2	- 10,1	- 1,1	- 0,6	Dez.		
- 0,2	+ 0,4	+ 11,6	+ 38,3	- 26,8	- 25,7	- 1,0	- 0,1	+ 8,2	+ 1,9	+ 6,4	+ 3,9	+ 2,5	- 0,1	2002 Jan.		
+ 0,3	+ 0,2	- 21,7	- 7,7	- 14,0	- 15,7	+ 1,7	- 0,0	- 0,5	- 1,4	+ 0,9	+ 2,9	- 2,0	- 0,2	Febr.		
+ 0,2	- 0,3	+ 11,9	- 0,5	+ 12,4	+ 11,3	+ 1,2	+ 0,0	+ 3,6	+ 0,4	+ 3,2	+ 1,6	+ 1,7	- 0,0	März		

vor Verfall zum Einzugs versandte Wechsel). — 4 Bis November 1993 in den Wertpapieren enthalten; s. a. Anm. 5. — 5 Bis November 1993 einschl. börsenfähiger Geldmarktpapiere; ohne Namensschuldverschreibungen. — 6 Ab 1999 nicht mehr in die Kredite bzw. Einlagen einbezogen; s. a.

Anm. 2. — 7 Bis Dezember 1998 einschl. den Auslandsfilialen zur Verfügung gestelltes Betriebskapital. — 8 Bis Dezember 1998 einschl. Termineinlagen bis unter 1 Monat. — 9 Bis Dezember 1998 ohne Termineinlagen bis unter 1 Monat.

IV. Banken

5. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs)*)

Bis Ende 1998 Mrd DM, ab 1999 Mrd €

Zeit	Kredite an inländische Nichtbanken insgesamt 1) 2)		Kurzfristige Kredite							Mittel- und langfristige	
			an Unternehmen und Privatpersonen 1)			an öffentliche Haushalte				insgesamt	an Unter-
			insgesamt	zu-	Buchkredite und Wechsel 3) 4)	zu-	Buch-	Schatz-	insgesamt		
mit börsenfähige(n) Geld-	ohne börsenfähige(n) Wert-	insgesamt	insgesamt	insgesamt	insgesamt	insgesamt	insgesamt	insgesamt	insgesamt		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)											
1992	3 478,2	3 166,6	597,2	571,2	571,0	0,2	26,0	16,7	9,3	2 881,0	2 167,5
1993	3 826,4	3 417,8	563,2	544,2	540,8	3,4	19,0	16,8	2,2	3 263,2	2 441,8
1994	4 137,2	3 633,1	583,5	549,1	548,6	0,4	34,4	32,7	1,8	3 553,7	2 661,9
1995	4 436,9	3 936,9	615,2	584,0	583,3	0,7	31,3	30,5	0,8	3 821,7	2 785,5
1996	4 773,1	4 248,7	662,2	617,2	616,2	1,0	45,1	40,2	4,9	4 110,8	3 007,2
1997	5 058,4	4 506,2	667,8	625,8	624,8	1,0	41,9	40,1	1,9	4 390,6	3 223,4
1998	5 379,8	4 775,4	704,3	661,3	660,8	0,5	43,0	38,5	4,5	4 675,5	3 482,4
1999	2 904,5	2 576,5	355,3	328,9	328,7	0,2	26,4	23,6	2,8	2 549,2	1 943,6
2000	3 003,7	2 663,7	371,2	348,2	347,7	0,5	22,9	21,2	1,7	2 632,5	2 038,6
2001	3 014,1	2 704,2	387,9	356,7	355,2	1,5	31,2	28,2	2,9	2 626,2	2 070,2
2000 Okt.	2 982,9	2 649,9	372,9	349,0	348,5	0,5	23,9	22,0	1,9	2 610,0	2 019,2
Nov.	2 997,2	2 657,6	373,0	349,5	348,8	0,7	23,5	21,9	1,6	2 624,1	2 028,9
Dez.	3 003,7	2 663,7	371,2	348,2	347,7	0,5	22,9	21,2	1,7	2 632,5	2 038,6
2001 Jan.	2 998,4	2 670,8	379,9	350,6	349,8	0,8	29,3	27,7	1,6	2 618,6	2 041,7
Febr.	3 010,9	2 679,9	390,4	358,1	357,2	0,9	32,3	29,9	2,4	2 620,5	2 048,8
März	3 033,2	2 686,2	396,4	362,7	361,6	1,2	33,7	32,1	1,7	2 636,7	2 062,9
April	3 030,3	2 679,0	391,1	361,8	360,8	1,0	29,3	27,8	1,5	2 639,2	2 069,0
Mai	3 032,7	2 685,7	390,0	362,3	361,0	1,3	27,7	26,1	1,6	2 642,7	2 072,6
Juni	3 007,7	2 681,8	385,0	363,3	362,0	1,3	21,7	20,7	1,0	2 622,7	2 047,4
Juli	3 008,2	2 676,9	380,0	353,5	352,2	1,2	26,6	23,4	3,2	2 628,2	2 047,3
Aug.	2 995,3	2 676,6	371,3	345,9	344,6	1,4	25,4	23,1	2,3	2 624,0	2 052,4
Sept.	2 989,9	2 685,2	379,9	354,4	352,5	1,9	25,5	22,4	3,0	2 610,0	2 051,2
Okt.	2 992,5	2 687,1	376,7	350,1	348,7	1,4	26,6	23,6	3,0	2 615,8	2 058,9
Nov.	3 009,4	2 703,8	388,0	351,1	349,9	1,2	36,9	34,4	2,5	2 621,4	2 064,6
Dez.	3 014,1	2 704,2	387,9	356,7	355,2	1,5	31,2	28,2	2,9	2 626,2	2 070,2
2002 Jan.	3 011,2	2 694,8	377,4	345,5	344,6	0,9	31,8	29,8	2,1	2 633,8	2 078,2
Febr.	3 006,1	2 694,0	377,7	345,7	344,8	0,9	32,0	30,1	1,9	2 628,4	2 071,7
März	2 996,9	2 694,4	382,5	349,0	348,0	1,0	33,5	31,8	1,6	2 614,4	2 061,7
Veränderungen *)											
1993	+ 339,8	+ 253,7	- 15,1	- 9,2	- 11,9	+ 2,7	- 5,9	+ 1,2	- 7,2	+ 354,9	+ 251,7
1994	+ 320,5	+ 244,0	+ 13,2	+ 7,0	+ 9,9	- 2,9	+ 6,2	+ 6,6	- 0,4	+ 307,2	+ 249,1
1995	+ 312,8	+ 311,9	+ 35,9	+ 37,9	+ 37,7	+ 0,2	- 1,9	- 1,0	- 1,0	+ 276,9	+ 185,1
1996	+ 336,3	+ 312,9	+ 44,3	+ 32,6	+ 32,2	+ 0,4	+ 11,7	+ 7,4	+ 4,3	+ 292,0	+ 221,5
1997	+ 285,2	+ 256,9	+ 2,7	+ 5,9	+ 5,9	+ 0,0	- 3,2	- 0,1	- 3,0	+ 282,5	+ 219,9
1998	+ 335,3	+ 285,5	+ 51,7	+ 50,6	+ 51,2	- 0,6	+ 1,1	- 1,6	+ 2,7	+ 283,6	+ 258,3
1999	+ 156,1	+ 139,5	+ 9,6	+ 6,3	+ 6,4	- 0,0	+ 3,3	+ 2,9	+ 0,4	+ 146,4	+ 146,4
2000	+ 100,7	+ 83,2	+ 14,5	+ 18,1	+ 17,8	+ 0,3	- 3,6	- 2,5	- 1,1	+ 86,1	+ 93,8
2001	+ 11,9	+ 39,2	+ 15,3	+ 7,0	+ 5,9	+ 1,0	+ 8,4	+ 7,8	+ 0,6	- 3,4	+ 32,0
2000 Okt.	+ 9,5	+ 7,7	+ 4,8	- 2,5	- 2,3	- 0,1	+ 7,3	+ 7,0	+ 0,2	+ 4,7	+ 4,8
Nov.	+ 14,5	+ 8,0	+ 1,8	+ 2,2	+ 1,9	+ 0,2	- 0,4	- 0,0	- 0,3	+ 12,7	+ 8,3
Dez.	+ 10,1	+ 9,5	+ 1,4	+ 1,9	+ 2,1	- 0,2	- 0,6	- 0,7	+ 0,2	+ 8,7	+ 9,9
2001 Jan.	- 4,5	+ 7,3	+ 8,9	+ 2,6	+ 2,3	+ 0,2	+ 6,4	+ 6,5	- 0,1	- 13,4	+ 3,3
Febr.	+ 12,6	+ 9,2	+ 10,7	+ 7,7	+ 7,5	+ 0,1	+ 3,0	+ 2,2	+ 0,8	+ 1,9	+ 7,1
März	+ 21,1	+ 5,0	+ 4,7	+ 3,3	+ 3,0	+ 0,3	+ 1,4	+ 2,2	- 0,8	+ 16,4	+ 14,2
April	- 2,7	+ 7,0	- 5,2	- 0,7	- 0,6	- 0,2	- 4,4	- 4,3	- 0,1	+ 2,4	+ 6,1
Mai	- 0,1	+ 4,2	- 2,8	- 2,0	- 2,3	+ 0,3	- 0,9	- 0,9	+ 0,1	+ 2,8	+ 3,6
Juni	- 24,5	- 3,4	- 4,5	+ 1,5	+ 1,5	+ 0,0	- 6,0	- 5,4	- 0,6	- 20,0	- 25,1
Juli	+ 1,7	- 3,8	- 3,8	- 8,7	- 8,6	- 0,1	+ 4,9	+ 2,7	+ 2,2	+ 5,5	- 0,3
Aug.	- 9,6	+ 1,2	- 7,2	- 6,1	- 6,2	+ 0,1	- 1,2	- 0,3	- 0,9	- 2,4	+ 5,1
Sept.	- 6,3	+ 7,8	+ 7,1	+ 7,7	+ 7,1	+ 0,5	- 0,6	- 0,7	+ 0,1	- 13,4	- 1,2
Okt.	+ 2,4	+ 1,5	- 3,8	- 5,0	- 4,5	- 0,5	+ 1,2	+ 1,2	+ 0,0	+ 6,2	+ 8,1
Nov.	+ 16,1	+ 15,8	+ 10,8	+ 0,5	+ 0,7	- 0,2	+ 10,3	+ 10,8	- 0,5	+ 5,3	+ 5,2
Dez.	+ 5,8	+ 1,3	+ 0,5	+ 6,2	+ 5,9	+ 0,3	- 5,7	- 6,2	+ 0,4	+ 5,4	+ 5,9
2002 Jan.	- 3,4	- 10,2	- 11,3	- 11,9	- 11,4	- 0,6	+ 0,7	+ 1,6	- 0,9	+ 7,9	+ 8,1
Febr.	- 4,9	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,3	- 0,2	- 5,4	+ 6,5
März	- 9,0	+ 0,4	+ 4,9	+ 3,3	+ 3,2	+ 0,1	+ 1,5	+ 1,7	- 0,2	- 13,9	- 10,0

* S. Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. — 1 Bis Dezember 1998 einschl. Kredite an inländische Bauspar-

kassen. — 2 Bis Dezember 1998 einschl. Treuhandkredite; s. a. Anm. 9. — 3 Bis Dezember 1998 Wechselkredite (Wechselbestand zuzüglich Indossamentsverbindlichkeiten aus rediskontierten Wechseln und aus dem Wechselbestand vor Verfall zum Einzug versandte Wechsel). — 4 Ab 1999 einschl. geringer Beträge mittelfristiger Wechselserien. — 5 Ab Dezember 1993 einschl.

IV. Banken

Kredite 2) 6)														
nehmen und Privatpersonen 1) 2)						an öffentliche Haushalte 2)								Zeit
Buchkredite			Wert- papiere 6)	Nach- richtlich: Treuhand- kredite 9)	zu- sammen	Buchkredite			Wertpa- piere 6) 10)	Aus- gleichs- forde- rungen 11)	Nach- richtlich: Treuhand- kredite 9)			
zu- sammen	mittel- fristig 7)	lang- fristig 8)				zu- sammen	mittel- fristig 7)	lang- fristig 8)						
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
2 011,5	263,5	1 748,0	90,3	65,7	734,1	487,8	47,6	440,2	147,2	64,3	13,9	1992		
2 241,5	253,9	1 987,5	134,2	66,1	821,4	537,1	36,8	500,3	193,5	75,3	15,5	1993		
2 390,4	228,3	2 162,0	203,2	68,3	891,8	577,0	34,5	542,5	230,5	68,1	16,1	1994		
2 522,0	214,1	2 307,9	192,9	70,6	1 036,2	713,0	74,5	638,4	234,4	71,3	17,5	1995		
2 713,3	215,8	2 497,5	205,9	88,0	1 103,6	773,0	69,5	703,6	231,3	81,3	18,0	1996		
2 900,0	216,2	2 683,8	234,1	89,3	1 167,2	833,8	53,0	780,8	239,2	76,0	18,3	1997		
3 104,5	206,8	2 897,8	292,4	85,4	1 193,2	868,8	33,1	835,7	235,4	71,6	17,3	1998		
1 764,8	182,5	1 582,3	178,9	49,2	605,6	459,5	30,9	428,6	108,6	37,5	8,7	1999		
1 838,9	192,8	1 646,0	199,7	50,1	593,9	455,9	30,4	425,5	104,9	33,1	8,4	2000		
1 880,5	191,1	1 689,4	189,7	48,9	556,0	440,3	25,6	414,6	111,8	4,0	8,0	2001		
1 825,3	192,1	1 633,2	193,9	50,0	590,8	454,0	29,7	424,3	104,3	32,5	8,5	2000 Okt.		
1 832,4	193,0	1 639,4	196,5	50,2	595,2	454,5	30,7	423,8	108,4	32,3	8,5	Nov.		
1 838,9	192,8	1 646,0	199,7	50,1	593,9	455,9	30,4	425,5	104,9	33,1	8,4	Dez.		
1 837,8	191,7	1 646,1	203,9	49,8	576,9	455,6	30,6	425,0	116,6	4,7	8,5	2001 Jan.		
1 840,8	191,2	1 649,6	208,0	49,9	571,7	452,0	28,8	423,3	115,2	4,4	8,5	Febr.		
1 842,6	190,5	1 652,1	220,3	50,0	573,9	450,0	27,4	422,5	119,0	4,9	8,4	März		
1 841,5	188,2	1 653,3	227,5	50,0	570,2	449,0	27,1	421,9	116,4	4,9	8,4	April		
1 849,5	190,4	1 659,2	223,0	48,8	570,2	449,1	27,3	421,8	116,2	4,8	8,4	Mai		
1 850,8	189,4	1 661,4	196,6	48,5	575,3	448,3	26,8	421,5	122,1	4,9	8,3	Juni		
1 854,6	188,8	1 665,8	192,7	48,5	580,9	446,7	26,6	420,1	130,2	4,0	8,2	Juli		
1 862,7	189,7	1 672,9	189,7	49,4	571,6	446,2	26,6	419,7	121,4	4,0	8,2	Aug.		
1 866,1	190,0	1 676,1	185,1	49,2	558,8	444,1	25,7	418,4	110,7	4,0	8,2	Sept.		
1 870,9	189,8	1 681,1	188,0	49,1	556,9	443,9	25,5	418,4	109,0	4,0	8,1	Okt.		
1 876,6	190,0	1 686,6	188,0	48,8	556,8	442,9	25,6	417,3	110,0	4,0	8,1	Nov.		
1 880,5	191,1	1 689,4	189,7	48,9	556,0	440,3	25,6	414,6	111,8	4,0	8,0	Dez.		
1 880,9	189,1	1 691,8	197,3	48,7	555,7	439,6	26,7	412,9	112,2	3,9	8,0	2002 Jan.		
1 882,5	189,3	1 693,3	189,1	48,5	556,8	436,6	26,1	410,5	116,2	3,9	8,0	Febr.		
1 882,3	189,4	1 692,9	179,4	48,2	552,7	432,2	25,6	406,6	116,5	3,9	7,9	März		
Veränderungen *)														
+ 214,1	- 28,9	+ 243,0	+ 37,1	+ 0,5	+ 104,1	+ 48,2	- 10,8	+ 59,0	+ 65,1	- 11,4	+ 1,6	1993		
+ 198,7	- 29,2	+ 227,9	+ 48,5	+ 1,9	+ 58,2	+ 26,2	- 2,4	+ 28,5	+ 38,3	- 6,9	+ 0,7	1994		
+ 176,0	- 1,9	+ 177,9	+ 3,3	+ 5,9	+ 91,8	+ 91,8	+ 15,3	+ 76,6	- 0,4	- 1,2	+ 1,5	1995		
+ 204,4	+ 1,6	+ 202,8	+ 14,0	+ 3,1	+ 70,4	+ 65,7	- 5,5	+ 71,2	- 3,3	+ 8,0	+ 0,1	1996		
+ 189,0	+ 0,3	+ 188,7	+ 29,5	+ 1,4	+ 62,6	+ 60,6	- 18,0	+ 78,6	+ 7,0	- 5,3	+ 0,2	1997		
+ 205,7	- 8,9	+ 214,6	+ 56,5	- 3,9	+ 25,3	+ 35,0	- 20,0	+ 55,0	- 4,4	- 4,4	- 0,9	1998		
+ 121,8	+ 25,1	+ 96,8	+ 24,6	+ 0,3	+ 0,0	+ 8,5	+ 6,2	+ 2,3	- 7,8	- 0,6	- 0,1	1999		
+ 71,8	+ 6,9	+ 64,9	+ 22,1	+ 0,8	- 7,7	- 3,8	- 0,4	- 3,5	- 3,1	- 0,8	- 0,3	2000		
+ 41,9	- 2,8	+ 44,7	- 9,8	- 1,2	- 35,4	- 16,5	- 5,5	- 10,9	+ 10,1	- 29,1	- 0,4	2001		
+ 5,6	+ 0,0	+ 5,6	- 0,8	- 0,1	- 0,1	- 2,7	- 0,6	- 2,1	+ 2,6	- 0,0	- 0,1	2000 Okt.		
+ 5,6	- 0,1	+ 5,8	+ 2,6	+ 0,2	+ 4,4	+ 0,4	+ 1,0	- 0,5	+ 4,1	- 0,1	- 0,0	Nov.		
+ 6,7	+ 0,6	+ 6,0	+ 3,3	- 0,1	+ 1,2	+ 1,5	- 0,3	+ 1,8	- 3,4	+ 0,8	- 0,0	Dez.		
- 1,1	- 2,5	+ 1,3	+ 4,4	- 0,3	- 16,8	- 0,3	+ 0,2	- 0,6	+ 11,9	- 28,4	+ 0,0	2001 Jan.		
+ 3,0	- 0,5	+ 3,5	+ 4,1	- 0,0	- 5,2	- 3,6	- 1,8	- 1,7	- 1,3	- 0,3	- 0,0	Febr.		
+ 1,9	- 0,6	+ 2,5	+ 12,3	+ 0,1	+ 2,2	- 2,1	- 1,3	- 0,8	+ 3,7	+ 0,6	- 0,0	März		
- 1,1	- 2,3	+ 1,2	+ 7,2	- 0,1	- 3,6	- 1,0	- 0,3	- 0,6	- 2,6	- 0,1	- 0,0	April		
+ 8,0	+ 2,2	+ 5,9	- 4,5	- 1,2	- 0,8	- 0,6	- 0,6	- 0,1	- 0,1	- 0,0	- 0,0	Mai		
+ 1,3	- 1,0	+ 2,2	- 26,4	- 0,2	+ 5,1	- 0,8	- 0,5	- 0,3	+ 5,8	+ 0,1	- 0,1	Juni		
+ 3,8	- 0,6	+ 4,4	- 4,0	- 0,0	+ 5,8	- 1,6	- 0,2	- 1,4	+ 8,3	- 0,9	- 0,1	Juli		
+ 8,1	+ 0,9	+ 7,2	- 3,0	+ 0,9	- 7,4	- 0,4	- 0,0	- 0,4	- 7,0	+ 0,0	- 0,0	Aug.		
+ 3,4	+ 0,3	+ 3,1	- 4,6	- 0,1	- 12,2	- 2,1	- 0,8	- 1,3	- 10,1	+ 0,0	- 0,0	Sept.		
+ 5,1	+ 0,1	+ 5,0	+ 2,9	- 0,1	- 1,9	- 0,3	- 0,3	- 0,0	- 1,6	- 0,0	- 0,0	Okt.		
+ 5,3	- 0,1	+ 5,3	- 0,1	- 0,2	+ 0,1	- 1,0	+ 0,1	- 1,1	+ 1,1	+ 0,0	+ 0,0	Nov.		
+ 4,1	+ 1,2	+ 3,0	+ 1,8	+ 0,1	- 0,6	- 2,6	+ 0,1	- 2,7	+ 2,0	+ 0,0	- 0,1	Dez.		
+ 0,3	- 2,1	+ 2,4	+ 7,8	- 0,3	- 0,3	- 0,7	+ 1,0	- 1,7	+ 0,5	- 0,0	- 0,0	2002 Jan.		
+ 1,7	+ 0,2	+ 1,5	- 8,1	- 0,2	+ 1,1	- 3,0	- 0,6	- 2,4	+ 4,1	-	- 0,0	Febr.		
- 0,2	+ 0,1	- 0,3	- 9,8	- 0,2	- 3,9	- 4,4	- 0,5	- 3,9	+ 0,5	- 0,0	- 0,0	März		

sonstiger börsenfähiger Geldmarktpapiere; ohne Mobilisierungs- und Liquiditätspapiere. — 6 Ab 1999 Aufgliederung der Wertpapierkredite in mittel- und langfristig nicht mehr möglich. — 7 Bis Dezember 1998: Laufzeit oder Kündigungsfrist von über 1 Jahr bis unter 4 Jahre, ab 1999: über 1 Jahr bis 5 Jahre einschl. — 8 Bis Dezember 1998: Laufzeit oder Kündigungsfrist von 4

Jahren und darüber, ab 1999: von über 5 Jahren. — 9 Ab 1999 nicht mehr in die Kredite einbezogen; s. a. Anm. 2. — 10 Ohne Schuldverschreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen; s. a. Anm. 11. — 11 Einsch. Schuldverschreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen.

IV. Banken

6. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Unternehmen und Privatpersonen, Wohnungsbaukredite, Wirtschaftsbereiche *)

Bis Ende 1998 Mrd DM, ab 1999 Mrd €

Kredite an inländische Unternehmen und Privatpersonen (ohne Bestände an börsenfähigen Geldmarktpapieren und ohne Wertpapierbestände) 1)

Zeit	insgesamt		darunter:			Kredite an Unternehmen und Selbständige							Finanzierungs- institutionen 4) (ohne MFIs) und Versicherungs- gewerbe	
	insgesamt	Hypothekarkredite	zusammen	Hypothekarkredite auf Wohn- grundstücke	sonstige Kredite für den Wohn- nungsbau	zusammen	darunter Kredite für den Wohn- nungsbau	Verarbeiten- des Gewerbe	Energie- und Wasser- versorgung, Berg- bau 2)	Bau- gewerbe	Handel 3)	Land- und Forst- wirt- schaft, Fischerei und Fischzucht		Verkehr und Nach- richten- über- mittlung
Kredite insgesamt														Stand am Jahres- bzw. Quartalsende *)
1998	3 850,8	1 430,2	1 654,9	1 040,9	614,0	2 367,1	614,9	331,5	70,7	124,2	343,1	63,7	80,9	132,8
1999	2 094,2	899,3	991,3	691,5	299,9	1 209,0	332,0	166,2	33,7	67,1	173,0	31,1	47,2	27,5
2001 März	2 204,8	961,9	1 031,8	742,4	289,4	1 286,5	343,5	177,7	36,0	69,2	174,0	31,3	50,6	42,9
Juni	2 213,5	966,0	1 038,2	746,6	291,6	1 288,2	344,8	177,8	34,1	69,6	172,5	31,5	54,3	37,9
Sept.	2 219,3	974,2	1 047,8	754,0	293,9	1 284,7	345,6	175,9	34,8	69,4	172,3	31,9	49,3	38,2
Dez.	2 236,3	981,4	1 053,9	757,7	296,2	1 295,6	346,1	174,3	36,7	67,9	172,9	31,3	50,0	39,0
2002 März	2 230,8	983,7	1 055,7	759,9	295,7	1 291,7	345,8	173,8	38,1	68,5	169,3	31,6	51,7	39,0
Kurzfristige Kredite														
1998	660,8	-	36,7	-	36,7	561,3	27,9	120,6	8,8	36,1	133,9	8,8	12,1	28,5
1999	329,4	-	17,6	-	17,6	276,9	11,8	57,3	4,3	17,9	61,4	4,5	10,6	8,8
2001 März	362,2	-	15,6	-	15,6	310,8	10,6	64,0	5,8	18,7	64,0	4,4	11,0	19,9
Juni	362,7	-	16,1	-	16,1	310,6	10,8	63,9	4,4	19,2	63,3	4,5	13,5	15,9
Sept.	353,2	-	15,9	-	15,9	300,9	10,6	60,9	4,2	19,0	62,4	4,7	8,8	15,2
Dez.	355,8	-	15,9	-	15,9	304,1	10,6	59,6	5,5	17,8	63,5	4,1	9,3	14,2
2002 März	348,5	-	15,1	-	15,1	299,5	10,1	59,1	6,6	18,5	61,1	4,3	10,5	15,7
Mittelfristige Kredite 8)														
1998	206,8	-	39,3	-	39,3	132,2	17,4	16,1	1,5	9,3	16,1	4,5	6,8	17,3
1999	182,5	-	42,6	-	42,6	109,1	13,4	16,7	1,7	6,9	13,0	3,4	6,3	4,0
2001 März	190,5	-	38,5	-	38,5	118,1	12,6	18,3	1,5	6,8	13,2	3,2	7,0	7,9
Juni	189,4	-	38,0	-	38,0	116,8	12,4	18,2	1,3	6,7	13,0	3,2	8,1	6,5
Sept.	190,0	-	37,9	-	37,9	117,9	12,5	18,0	1,7	6,6	13,3	3,2	7,4	7,3
Dez.	191,1	-	37,1	-	37,1	120,1	12,0	18,5	1,9	6,5	13,4	3,2	7,2	7,7
2002 März	189,4	-	36,4	-	36,4	120,0	11,9	18,8	1,9	6,4	13,2	3,3	7,7	6,4
Langfristige Kredite 1) 9)														
1998	2 983,2	1 430,2	1 578,9	1 040,9	538,0	1 673,5	569,6	194,8	60,4	78,8	193,1	50,4	62,0	87,0
1999	1 582,3	899,3	931,1	691,5	239,7	823,0	306,8	92,3	27,7	42,2	98,7	23,3	30,3	14,7
2001 März	1 652,1	961,9	977,7	742,4	235,3	857,7	320,4	95,4	28,6	43,7	96,7	23,7	32,7	15,1
Juni	1 661,4	966,0	984,1	746,6	237,5	860,9	321,7	95,7	28,4	43,7	96,1	23,8	32,7	15,4
Sept.	1 676,1	974,2	994,0	754,0	240,0	865,9	322,6	96,9	28,9	43,8	96,6	24,0	33,1	15,8
Dez.	1 689,4	981,4	1 000,9	757,7	243,2	871,4	323,5	96,2	29,4	43,7	96,1	24,0	33,5	17,1
2002 März	1 692,9	983,7	1 004,1	759,9	244,2	872,3	323,8	95,9	29,5	43,5	94,9	24,1	33,5	17,0

Kredite insgesamt														Veränderungen im Vierteljahr *)
2001 2.Vj.	+ 6,9	+ 4,9	+ 6,4	+ 4,4	+ 2,0	- 0,1	+ 1,3	+ 0,1	- 1,7	+ 0,4	- 1,6	+ 0,2	+ 3,7	- 5,2
3.Vj.	+ 7,6	+ 7,1	+ 9,2	+ 6,8	+ 2,4	- 1,3	+ 0,9	- 1,9	+ 0,4	- 0,3	- 1,2	+ 0,5	- 5,3	+ 0,4
4.Vj.	+ 16,6	+ 5,8	+ 7,2	+ 4,7	+ 2,5	+ 10,6	+ 0,8	- 1,5	+ 2,0	- 1,4	+ 0,5	- 0,6	+ 0,7	+ 0,6
2002 1.Vj.	- 6,1	+ 1,6	+ 1,3	+ 1,4	- 0,2	- 4,4	- 0,4	- 0,3	+ 1,3	+ 0,5	- 3,7	+ 0,3	+ 1,7	+ 0,1
Kurzfristige Kredite														
2001 2.Vj.	- 1,3	-	+ 0,5	-	+ 0,5	- 2,1	+ 0,2	- 0,1	- 1,4	+ 0,5	- 0,7	+ 0,2	+ 2,5	- 3,9
3.Vj.	- 7,7	-	- 0,1	-	- 0,1	- 7,9	- 0,2	- 3,0	- 0,2	- 0,2	- 1,1	+ 0,2	- 4,8	- 0,9
4.Vj.	+ 2,0	-	- 0,2	-	- 0,2	+ 2,6	- 0,1	- 1,2	+ 1,3	- 1,2	+ 0,9	- 0,6	+ 0,5	- 1,0
2002 1.Vj.	- 7,8	-	- 0,8	-	- 0,8	- 5,2	- 0,6	- 0,5	+ 1,1	+ 0,7	- 2,4	+ 0,2	+ 1,2	+ 1,4
Mittelfristige Kredite 8)														
2001 2.Vj.	- 1,2	-	- 0,5	-	- 0,5	- 1,3	- 0,2	- 0,0	- 0,2	- 0,1	- 0,3	+ 0,0	+ 1,1	- 1,6
3.Vj.	+ 0,6	-	- 0,2	-	- 0,2	+ 1,1	- 0,0	- 0,3	+ 0,4	- 0,1	+ 0,2	+ 0,0	- 0,7	+ 0,9
4.Vj.	+ 1,2	-	- 0,9	-	- 0,9	+ 2,5	- 0,5	+ 0,5	+ 0,2	- 0,1	+ 0,1	- 0,0	- 0,2	+ 0,4
2002 1.Vj.	- 1,8	-	- 0,6	-	- 0,6	- 0,2	- 0,1	+ 0,3	+ 0,1	- 0,0	- 0,1	+ 0,1	+ 0,6	- 1,3
Langfristige Kredite 1) 9)														
2001 2.Vj.	+ 9,4	+ 4,9	+ 6,4	+ 4,4	+ 2,0	+ 3,3	+ 1,2	+ 0,2	- 0,2	+ 0,0	- 0,6	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,3
3.Vj.	+ 14,7	+ 7,1	+ 9,6	+ 6,8	+ 2,7	+ 5,4	+ 1,1	+ 1,3	+ 0,3	- 0,1	- 0,3	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,4
4.Vj.	+ 13,3	+ 5,8	+ 8,2	+ 4,7	+ 3,5	+ 5,5	+ 1,4	+ 0,7	+ 0,6	- 0,1	- 0,5	+ 0,0	+ 0,4	+ 1,2
2002 1.Vj.	+ 3,5	+ 1,6	+ 2,7	+ 1,4	+ 1,3	+ 0,9	+ 0,3	- 0,1	+ 0,2	- 0,2	- 1,2	+ 0,1	- 0,0	- 0,0

* Ohne Kredite der Auslandsfilialen. Bis Dezember 1998: Kredite der Banken (ohne Bausparkassen) in Deutschland; einschl. Kredite an Bausparkassen. Ab 1999: Kredite der Monetären Finanzinstitute (MFIs) in Deutschland; Aufgliederung der Kredite der Bausparkassen nach Bereichen und Branchen geschätzt. Statistisch bedingte Veränderungen sind bei den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als

vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders an- gemerkt. — 1 Bis Dezember 1998 einschl. Treuhandkredite; ab 1999 werden Treuhandkredite nicht mehr in die Kredite einbezogen. — 2 Einschl. Gewinn- nung von Steinen und Erden. — 3 Zuzgl. Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern. — 4 Bis Dezember 1998: ohne

IV. Banken

Dienstleistungsgewerbe (einschl. freier Berufe) 5)						Kredite an wirtschaftlich unselbständige und sonstige Privatpersonen				Kredite an Organisationen ohne Erwerbszweck		Zeit			
zusammen	darunter:			nachrichtlich:		zusammen	Kredite für den Wohnungsbau	sonstige Kredite			zusammen		darunter Kredite für den Wohnungsbau		
	Wohnungsunternehmen	Beteiligungsgesellschaften	Sonstiges Grundstückswesen	Kredite an Selbständige 6)	Kredite an das Handwerk			zusammen	Ratenkredite 7)	Debitsalden auf Lohn-, Gehalts-, Renten- und Pensionskonten					
Stand am Jahres- bzw. Quartalsende *)													Kredite insgesamt		
1 220,2	305,9	70,1	285,8	821,2	143,6	1 455,0	1 031,2	423,7	207,7	44,6	28,8	8,8	1998		
663,1	154,1	42,8	168,3	449,4	73,9	871,4	655,7	215,7	105,7	23,6	13,7	3,6	1999		
704,9	163,9	49,4	184,0	457,5	75,6	904,5	684,6	219,8	108,6	23,3	13,8	3,6	2001 März		
710,6	165,7	48,5	188,2	459,3	75,7	911,4	689,8	221,7	109,6	23,6	13,8	3,6	Juni		
712,9	168,7	49,0	190,3	458,5	75,5	920,6	698,6	222,0	110,3	23,9	13,9	3,6	Sept.		
723,3	169,4	50,3	194,3	458,6	74,7	926,7	704,3	222,4	110,7	22,9	14,1	3,5	Dez.		
719,7	168,9	49,2	195,6	455,5	75,1	925,4	706,4	219,0	109,5	22,3	13,8	3,5	2002 März		
													Kurzfristige Kredite		
212,6	41,5	26,6	54,2	106,6	32,3	97,0	8,8	88,2	4,4	44,6	2,5	0,0	1998		
112,2	18,6	17,1	27,5	55,9	15,6	51,1	5,7	45,4	2,5	23,6	1,3	0,0	1999		
123,0	19,6	20,1	29,8	56,0	17,1	50,3	5,0	45,3	2,5	23,3	1,1	0,0	2001 März		
125,8	20,5	19,1	31,4	56,8	17,1	50,9	5,3	45,7	2,6	23,6	1,2	0,0	Juni		
125,6	20,7	19,7	32,2	56,3	16,8	51,0	5,3	45,6	2,9	23,9	1,3	0,0	Sept.		
130,1	21,6	20,4	34,1	56,0	15,8	50,3	5,3	45,0	2,8	22,9	1,4	0,0	Dez.		
123,8	20,8	18,2	33,3	54,9	16,5	47,9	5,0	42,9	2,5	22,3	1,1	0,0	2002 März		
													Mittelfristige Kredite 8)		
60,5	10,0	5,3	12,5	36,8	6,4	74,0	21,8	52,2	37,6	-	0,6	0,1	1998		
57,0	7,1	4,0	12,3	33,3	5,6	72,7	29,2	43,5	31,0	-	0,7	0,1	1999		
60,2	6,9	6,1	13,7	32,6	5,5	71,9	25,8	46,1	33,4	-	0,6	0,1	2001 März		
59,7	6,8	6,3	13,9	32,4	5,5	72,0	25,6	46,4	33,9	-	0,6	0,1	Juni		
60,5	7,0	5,6	14,8	31,7	5,4	71,6	25,4	46,2	33,9	-	0,6	0,1	Sept.		
61,9	6,7	6,5	14,7	31,2	5,3	70,5	25,0	45,4	33,4	-	0,6	0,1	Dez.		
62,2	6,7	7,2	14,9	30,7	5,1	68,9	24,5	44,4	32,7	-	0,6	0,1	2002 März		
													Langfristige Kredite 1) 9)		
947,1	254,4	38,1	219,1	677,9	104,9	1 283,9	1 000,6	283,3	165,8	-	25,7	8,7	1998		
493,9	128,5	21,8	128,5	360,1	52,7	747,5	620,8	126,7	72,2	-	11,7	3,5	1999		
521,6	137,4	23,2	140,5	369,0	53,1	782,3	653,8	128,5	72,7	-	12,1	3,5	2001 März		
525,1	138,3	23,0	142,9	370,1	53,1	788,5	658,9	129,6	73,1	-	12,0	3,5	Juni		
526,8	141,0	23,7	143,4	370,4	53,3	798,1	667,9	130,2	73,5	-	12,1	3,5	Sept.		
531,3	141,1	23,4	145,6	371,3	53,7	806,0	674,0	132,0	74,4	-	12,1	3,5	Dez.		
533,7	141,4	23,8	147,4	369,8	53,4	808,6	676,9	131,7	74,4	-	12,1	3,4	2002 März		
Veränderungen im Vierteljahr *)													Kredite insgesamt		
+ 4,0	+ 2,2	- 1,0	+ 4,0	+ 1,8	+ 0,1	+ 6,9	+ 5,1	+ 1,8	+ 1,3	+ 0,3	+ 0,0	- 0,0	2001 2.Vj.		
+ 6,2	+ 2,0	+ 0,2	+ 2,4	- 0,8	- 0,2	+ 8,8	+ 8,3	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,0	3.Vj.		
+ 10,1	+ 0,8	+ 1,7	+ 4,0	+ 0,3	- 0,9	+ 5,8	+ 6,4	- 0,5	- 0,1	- 1,0	+ 0,1	- 0,0	4.Vj.		
- 4,4	- 0,5	- 1,1	+ 1,1	- 2,8	+ 0,3	- 1,3	+ 1,7	- 3,1	- 1,0	- 0,5	+ 0,3	- 0,0	2002 1.Vj.		
													Kurzfristige Kredite		
+ 1,0	+ 1,0	- 1,0	+ 1,7	+ 0,9	-	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,0	2001 2.Vj.		
+ 2,1	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,7	- 0,5	- 0,2	+ 0,1	+ 0,1	- 0,0	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,1	- 0,0	3.Vj.		
+ 3,9	+ 0,8	+ 0,7	+ 1,8	- 0,3	- 1,1	- 0,7	- 0,1	- 0,6	- 0,1	- 1,0	+ 0,1	- 0,0	4.Vj.		
- 7,0	- 0,7	- 2,2	- 0,8	- 1,1	+ 0,7	- 2,4	- 0,3	- 2,1	- 0,3	- 0,5	- 0,3	+ 0,0	2002 1.Vj.		
													Mittelfristige Kredite 8)		
- 0,3	- 0,1	+ 0,2	+ 0,2	- 0,3	- 0,0	+ 0,1	- 0,3	+ 0,4	+ 0,6	-	+ 0,0	- 0,0	2001 2.Vj.		
+ 0,7	+ 0,1	- 0,6	+ 0,8	- 0,6	- 0,1	- 0,5	- 0,2	- 0,3	- 0,1	-	- 0,1	- 0,0	3.Vj.		
+ 1,5	- 0,2	+ 0,9	+ 0,0	- 0,4	- 0,1	- 1,3	- 0,4	- 0,8	- 0,6	-	+ 0,0	- 0,0	4.Vj.		
+ 0,3	- 0,1	+ 0,7	+ 0,2	- 0,5	- 0,1	- 1,6	- 0,5	- 1,0	- 0,8	-	- 0,0	+ 0,0	2002 1.Vj.		
													Langfristige Kredite 1) 9)		
+ 3,4	+ 1,3	- 0,2	+ 2,1	+ 1,2	+ 0,1	+ 6,2	+ 5,1	+ 1,0	+ 0,6	-	- 0,1	- 0,0	2001 2.Vj.		
+ 3,4	+ 1,6	+ 0,3	+ 0,9	+ 0,3	+ 0,1	+ 9,2	+ 8,4	+ 0,8	+ 0,5	-	+ 0,1	+ 0,0	3.Vj.		
+ 4,7	+ 0,2	+ 0,1	+ 2,2	+ 1,0	+ 0,3	+ 7,8	+ 6,9	+ 0,9	+ 0,5	-	- 0,0	- 0,0	4.Vj.		
+ 2,2	+ 0,4	+ 0,5	+ 1,7	- 1,1	- 0,3	+ 2,6	+ 2,5	+ 0,1	+ 0,1	-	+ 0,0	- 0,1	2002 1.Vj.		

Kreditinstitute (mit Ausnahme der Bausparkassen), ab 1999: ohne Banken (MFIs) und ohne Institutionen für Finanzierungsleasing; s. a. Anm. 5. — 5 Ab 1999 einschl. Institutionen für Finanzierungsleasing. — 6 Ab 1999 einschl. Einzelkaufleute; bis Dezember 1998 wurden Einzelkaufleute den Unternehmen zugeordnet. — 7 Ohne Hypothekarkredite und ohne Kredite für

den Wohnungsbau, auch wenn sie in Form von Ratenkrediten gewährt werden sind. — 8 Bis Dezember 1998: Laufzeit oder Kündigungsfrist von über 1 Jahr bis unter 4 Jahre, ab 1999: über 1 Jahr bis 5 Jahre einschl. — 9 Bis Dezember 1998: Laufzeit oder Kündigungsfrist von 4 Jahren und darüber, ab 1999: von über 5 Jahren.

IV. Banken

7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)*)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen 1) 2)					Spareinlagen 3)	Sparbriefe 4)	Nachrichtlich:		
			insgesamt	mit Befristung bis 1 Jahr einschl.	mit Befristung von über 1 Jahr 2)					Treuhandkredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen)	in Termineinlagen enthalten: Verbindlichkeiten aus Repos
					zusammen	bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre					
Inländische Nichtbanken insgesamt												
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)												
1999	1 905,3	420,4	759,6	239,7	519,9	4,5	515,4	614,7	110,7	42,1	25,6	0,4
2000	1 945,8	443,4	819,9	274,7	545,2	9,0	536,2	573,5	109,0	42,1	25,9	-
2001	2 034,0	526,4	827,0	268,7	558,3	10,3	548,0	574,5	106,0	43,3	26,2	3,1
2001 April	1 938,3	451,9	813,8	263,8	550,0	10,5	539,5	562,7	109,8	42,7	25,9	0,1
Mai	1 944,0	454,9	819,2	266,3	552,9	10,5	542,4	559,9	110,0	42,9	26,0	0,2
Juni	1 953,3	465,0	819,8	266,0	553,8	10,3	543,4	558,8	109,8	42,7	25,9	0,1
Juli	1 948,4	461,4	821,0	268,0	553,1	10,3	542,8	556,4	109,7	42,7	25,9	0,0
Aug.	1 953,2	463,5	825,0	271,8	553,2	10,0	543,2	555,1	109,6	42,8	26,1	0,9
Sept.	1 971,0	480,2	826,1	272,1	554,0	10,2	543,9	555,4	109,3	42,7	26,2	0,5
Okt.	1 977,5	483,7	829,0	274,2	554,8	10,2	544,6	556,4	108,4	42,4	26,1	5,0
Nov.	1 999,2	511,0	822,5	268,3	554,2	10,3	543,9	558,2	107,6	42,5	26,2	2,5
Dez.	2 034,0	526,4	827,0	268,7	558,3	10,3	548,0	574,5	106,0	43,3	26,2	3,1
2002 Jan.	2 009,8	511,5	819,9	257,8	562,1	10,2	551,9	573,4	105,1	42,4	26,1	1,1
Febr.	2 007,8	511,3	819,7	256,3	563,5	8,6	554,8	572,0	104,8	42,2	26,2	1,2
März	2 006,6	509,2	821,7	256,4	565,3	8,5	556,8	570,8	104,9	42,1	26,3	1,5
Veränderungen *)												
2000	+ 41,3	+ 22,3	+ 61,1	+ 34,8	+ 26,2	+ 4,5	+ 21,8	- 40,5	- 1,7	- 0,0	+ 0,3	- 0,4
2001	+ 88,5	+ 82,3	+ 8,1	- 6,0	+ 14,1	+ 1,3	+ 12,8	+ 1,1	- 2,9	+ 1,0	+ 0,3	+ 3,1
2001 April	+ 2,9	+ 9,8	- 4,0	- 4,4	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,2	- 2,9	- 0,0	+ 0,1	+ 0,1	- 0,0
Mai	+ 5,0	+ 2,2	+ 5,4	+ 2,5	+ 2,8	+ 0,0	+ 2,8	- 2,8	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1
Juni	+ 9,4	+ 10,2	+ 0,6	- 0,3	+ 0,9	- 0,2	+ 1,1	- 1,2	- 0,1	- 0,2	- 0,1	- 0,0
Juli	- 4,4	- 3,1	+ 1,2	+ 1,9	- 0,7	- 0,0	- 0,7	- 2,4	- 0,1	+ 0,1	- 0,0	- 0,1
Aug.	+ 5,3	+ 2,7	+ 4,0	+ 3,9	+ 0,1	- 0,3	+ 0,4	- 1,2	- 0,1	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,8
Sept.	+ 17,8	+ 16,7	+ 1,2	+ 0,3	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,7	+ 0,2	- 0,3	+ 0,2	+ 0,1	- 0,4
Okt.	+ 6,3	+ 3,4	+ 2,9	+ 2,0	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,8	+ 1,0	- 0,9	- 0,2	- 0,1	+ 4,5
Nov.	+ 21,5	+ 27,1	- 6,6	- 5,8	- 0,8	+ 0,1	- 0,8	+ 1,8	- 0,8	+ 0,0	+ 0,1	- 2,5
Dez.	+ 34,7	+ 15,4	+ 4,5	+ 0,4	+ 4,1	+ 0,0	+ 4,1	+ 16,4	- 1,5	+ 0,8	- 0,1	+ 0,5
2002 Jan.	- 24,4	- 15,2	- 7,1	- 10,9	+ 3,9	- 0,1	+ 4,0	- 1,2	- 0,9	- 0,9	- 0,1	- 2,0
Febr.	- 2,0	- 0,2	- 0,1	- 1,5	+ 1,4	- 1,5	+ 2,9	- 1,4	- 0,3	- 0,2	+ 0,1	+ 0,2
März	- 1,2	- 2,0	+ 2,0	+ 0,1	+ 1,8	- 0,2	+ 2,0	- 1,2	+ 0,1	- 0,1	+ 0,1	+ 0,3
Inländische öffentliche Haushalte												
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)												
1999	124,4	14,7	104,4	42,0	62,4	0,4	61,9	3,2	2,0	35,9	1,2	-
2000	149,1	16,6	127,7	62,1	65,5	1,2	64,4	2,7	2,1	36,0	1,4	-
2001	122,7	16,1	102,3	37,7	64,5	1,2	63,3	2,3	2,1	36,6	1,4	-
2001 April	132,1	15,2	112,3	46,9	65,4	1,6	63,8	2,4	2,2	36,3	1,4	-
Mai	134,5	14,3	115,6	50,0	65,6	1,6	64,0	2,4	2,2	36,6	1,4	-
Juni	136,3	17,7	114,1	48,9	65,2	1,4	63,8	2,4	2,2	36,4	1,4	-
Juli	133,6	15,6	113,5	48,3	65,1	1,1	64,1	2,3	2,2	36,4	1,4	-
Aug.	131,6	14,9	112,3	47,0	65,3	1,1	64,2	2,3	2,1	36,6	1,4	-
Sept.	132,5	16,3	111,8	47,3	64,4	1,1	63,3	2,2	2,2	36,4	1,4	-
Okt.	128,9	16,4	108,1	43,9	64,2	1,1	63,1	2,2	2,1	36,1	1,4	-
Nov.	127,0	16,1	106,6	42,3	64,3	1,1	63,2	2,2	2,2	36,2	1,4	-
Dez.	122,7	16,1	102,3	37,7	64,5	1,2	63,3	2,3	2,1	36,6	1,4	-
2002 Jan.	120,6	14,1	102,3	36,0	66,4	1,2	65,2	2,2	2,0	35,9	1,3	-
Febr.	119,6	14,5	101,0	34,7	66,2	1,2	65,1	2,1	2,0	35,8	1,3	-
März	117,4	13,8	99,5	34,2	65,3	1,1	64,2	2,1	2,0	35,6	1,3	-
Veränderungen *)												
2000	+ 24,8	+ 1,9	+ 23,3	+ 20,1	+ 3,2	+ 0,8	+ 2,4	- 0,5	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,3	-
2001	- 26,4	- 0,6	- 25,4	- 24,4	- 1,0	+ 0,0	- 1,1	- 0,5	- 0,0	+ 0,7	- 0,0	-
2001 April	- 0,8	+ 1,0	- 1,7	- 2,2	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,3	- 0,1	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	-
Mai	+ 2,4	- 0,9	+ 3,3	+ 3,1	+ 0,2	- 0,0	+ 0,2	- 0,0	+ 0,0	+ 0,3	+ 0,0	-
Juni	+ 1,9	+ 3,3	- 1,5	- 1,1	- 0,4	- 0,2	- 0,2	- 0,0	- 0,0	- 0,2	- 0,0	-
Juli	- 2,8	- 2,0	- 0,7	- 0,6	- 0,1	- 0,3	+ 0,3	- 0,1	- 0,0	+ 0,0	- 0,1	-
Aug.	- 2,0	- 0,7	- 1,2	- 1,4	+ 0,2	- 0,0	+ 0,2	- 0,0	- 0,0	+ 0,2	+ 0,0	-
Sept.	+ 0,9	+ 1,4	- 0,6	+ 0,4	- 0,9	- 0,0	- 0,9	- 0,0	+ 0,0	- 0,2	-	-
Okt.	- 3,5	+ 0,1	- 3,6	- 3,4	- 0,2	- 0,0	- 0,2	- 0,0	- 0,0	- 0,3	+ 0,0	-
Nov.	- 1,9	- 0,4	- 1,6	- 1,7	+ 0,1	- 0,0	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	- 0,0	-
Dez.	- 4,3	+ 0,0	- 4,3	- 4,5	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,0	- 0,0	+ 0,5	+ 0,0	-
2002 Jan.	- 2,1	- 2,0	+ 0,1	- 1,8	+ 1,9	- 0,0	+ 1,9	- 0,1	- 0,1	- 0,7	- 0,1	-
Febr.	- 0,9	+ 0,5	- 1,4	- 1,2	- 0,1	- 0,0	- 0,1	- 0,0	- 0,0	- 0,2	- 0,0	-
März	- 2,3	- 0,8	- 1,5	- 0,6	- 0,9	- 0,0	- 0,9	- 0,1	+ 0,0	- 0,2	- 0,0	-

* S. Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vor-

läufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders ange-

IV. Banken

noch: 7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland
von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)*)

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen 1) 2)					Spareinlagen 3)	Sparbriefe 4)	Nachrichtlich:				
			insgesamt	mit Befristung bis 1 Jahr einschl.	mit Befristung von über 1 Jahr 2)					Treuhandskredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen)	in Termineinlagen enthalten: Verbindlichkeiten aus Repos		
					zusammen	bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre							
Inländische Unternehmen und Privatpersonen													Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
1999	1 781,0	405,7	655,2	197,6	457,6	4,1	453,5	611,4	108,7	6,2	24,5	0,4		
2000	1 796,7	426,8	692,2	212,6	479,6	7,8	471,8	570,8	106,9	6,1	24,5	-		
2001	1 911,3	510,4	724,7	231,0	493,7	9,1	484,6	572,3	103,9	6,6	24,8	3,1		
2001 April	1 806,1	436,7	701,5	216,9	484,6	8,9	475,7	560,3	107,6	6,3	24,5	0,1		
Mai	1 809,5	440,5	703,6	216,3	487,3	8,9	478,4	557,6	107,8	6,3	24,6	0,2		
Juni	1 817,0	447,3	705,7	217,1	488,6	8,9	479,7	556,4	107,7	6,3	24,5	0,1		
Juli	1 814,9	445,7	707,5	219,6	487,9	9,2	478,7	554,1	107,5	6,3	24,5	0,0		
Aug.	1 821,6	448,6	712,7	224,8	487,9	8,9	478,9	552,9	107,4	6,2	24,7	0,9		
Sept.	1 838,6	463,9	714,4	224,8	489,6	9,1	480,5	553,1	107,2	6,2	24,9	0,5		
Okt.	1 848,5	467,3	720,9	230,2	490,6	9,1	481,5	554,2	106,3	6,3	24,7	5,0		
Nov.	1 872,2	494,9	715,9	226,1	489,9	9,2	480,7	555,9	105,4	6,3	24,9	2,5		
Dez.	1 911,3	510,4	724,7	231,0	493,7	9,1	484,6	572,3	103,9	6,6	24,8	3,1		
2002 Jan.	1 889,3	497,4	717,5	221,8	495,7	9,0	486,7	571,2	103,1	6,4	24,8	1,1		
Febr.	1 888,2	496,7	718,8	221,6	497,2	7,5	489,7	569,8	102,8	6,4	24,9	1,2		
März	1 889,2	495,4	722,2	222,2	500,0	7,3	492,6	568,7	102,8	6,5	25,0	1,5		
Veränderungen *)														
2000	+ 16,5	+ 20,4	+ 37,8	+ 14,8	+ 23,1	+ 3,7	+ 19,3	- 40,0	- 1,8	- 0,1	+ 0,0	+ 0,4		
2001	+ 115,0	+ 82,9	+ 33,5	+ 18,4	+ 15,1	+ 1,3	+ 13,8	+ 1,5	- 2,9	+ 0,3	+ 0,3	+ 3,1		
2001 April	+ 3,7	+ 8,8	- 2,2	- 2,2	- 0,1	- 0,0	- 0,0	- 2,8	- 0,0	+ 0,0	+ 0,0	- 0,0		
Mai	+ 2,7	+ 3,1	+ 2,1	- 0,6	+ 2,7	+ 0,0	+ 2,6	- 2,7	+ 0,2	- 0,1	+ 0,1	+ 0,1		
Juni	+ 7,6	+ 6,8	+ 2,0	+ 0,8	+ 1,3	- 0,0	+ 1,3	- 1,2	- 0,1	+ 0,0	- 0,1	- 0,0		
Juli	- 1,7	- 1,1	+ 1,9	+ 2,5	- 0,6	+ 0,3	- 1,0	- 2,3	- 0,1	+ 0,0	+ 0,0	- 0,1		
Aug.	+ 7,2	+ 3,4	+ 5,1	+ 5,2	- 0,1	- 0,3	+ 0,2	- 1,2	- 0,1	- 0,0	+ 0,2	+ 0,8		
Sept.	+ 16,9	+ 15,2	+ 1,7	- 0,0	+ 1,8	+ 0,1	+ 1,6	+ 0,3	- 0,3	+ 0,0	+ 0,1	- 0,4		
Okt.	+ 9,9	+ 3,3	+ 6,5	+ 5,5	+ 1,0	+ 0,1	+ 0,9	+ 1,0	- 0,9	+ 0,0	- 0,1	+ 4,5		
Nov.	+ 23,5	+ 27,5	- 5,0	- 4,2	- 0,8	+ 0,1	- 0,9	+ 1,8	- 0,8	+ 0,0	+ 0,1	- 2,5		
Dez.	+ 39,0	+ 15,4	+ 8,8	+ 4,9	+ 3,9	- 0,1	+ 4,0	+ 16,4	- 1,5	+ 0,3	- 0,1	+ 0,5		
2002 Jan.	- 22,2	- 13,2	- 7,2	- 9,1	+ 2,0	- 0,1	+ 2,1	- 1,1	- 0,8	- 0,2	+ 0,0	- 2,0		
Febr.	- 1,1	- 0,6	+ 1,2	- 0,3	+ 1,5	- 1,5	+ 3,0	- 1,4	- 0,3	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,2		
März	+ 1,1	- 1,2	+ 3,4	+ 0,7	+ 2,7	- 0,1	+ 2,9	- 1,1	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,3		
darunter inländische Unternehmen													Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
1999	593,2	142,1	421,8	82,3	339,5	1,5	338,0	5,5	23,7	6,1	13,7	0,4		
2000	635,1	158,1	447,6	89,0	358,5	2,7	355,8	5,2	24,2	5,9	14,1	-		
2001	668,4	180,0	461,3	91,7	369,6	2,9	366,8	4,3	22,8	6,4	14,3	3,1		
2001 April	631,8	155,4	447,5	84,2	363,3	3,2	360,1	5,0	23,9	6,1	14,1	0,1		
Mai	633,6	155,4	449,2	82,9	366,3	3,2	363,1	5,1	23,9	6,1	14,1	0,2		
Juni	635,1	156,0	450,2	82,7	367,6	3,1	364,5	5,0	23,8	6,1	14,1	0,1		
Juli	633,1	153,6	450,8	83,4	367,5	3,3	364,1	5,0	23,7	6,1	14,1	0,0		
Aug.	637,2	154,6	453,8	86,4	367,4	2,9	364,4	5,0	23,7	6,0	14,3	0,9		
Sept.	645,9	162,3	455,2	86,3	368,9	3,0	365,9	4,8	23,6	6,0	14,4	0,5		
Okt.	653,8	164,8	461,1	90,8	370,3	3,0	367,4	4,4	23,5	6,0	14,3	5,0		
Nov.	653,5	169,1	456,6	87,5	369,2	2,9	366,2	4,3	23,4	6,1	14,3	2,5		
Dez.	668,4	180,0	461,3	91,7	369,6	2,9	366,8	4,3	22,8	6,4	14,3	3,1		
2002 Jan.	654,1	171,4	455,7	84,1	371,7	2,9	368,8	4,3	22,7	6,2	14,3	1,1		
Febr.	649,7	164,4	458,4	85,1	373,3	1,4	371,9	4,3	22,6	6,2	14,4	1,2		
März	650,0	160,1	462,9	87,3	375,6	1,4	374,3	4,3	22,6	6,3	14,4	1,5		
Veränderungen *)														
2000	+ 42,8	+ 15,3	+ 27,3	+ 6,7	+ 20,5	+ 1,2	+ 19,3	- 0,3	+ 0,5	- 0,1	+ 0,4	- 0,4		
2001	+ 33,6	+ 21,2	+ 14,7	+ 2,6	+ 12,1	+ 0,1	+ 11,9	- 0,9	- 1,3	+ 0,3	+ 0,2	+ 3,1		
2001 April	+ 1,9	+ 5,1	- 3,1	- 3,3	+ 0,2	- 0,1	+ 0,3	- 0,1	- 0,1	+ 0,0	+ 0,0	- 0,0		
Mai	+ 1,1	+ 0,8	+ 1,8	- 1,2	+ 3,0	- 0,0	+ 3,0	+ 0,1	- 0,0	- 0,1	+ 0,0	+ 0,1		
Juni	+ 1,5	+ 0,7	+ 1,0	- 0,3	+ 1,3	- 0,1	+ 1,4	- 0,1	- 0,1	+ 0,0	-	- 0,0		
Juli	- 1,5	- 2,0	+ 0,6	+ 0,7	- 0,1	+ 0,3	- 0,4	- 0,0	- 0,1	+ 0,0	+ 0,0	- 0,1		
Aug.	+ 4,6	+ 1,6	+ 3,0	+ 3,1	- 0,1	- 0,4	+ 0,3	+ 0,0	- 0,0	- 0,0	+ 0,2	+ 0,8		
Sept.	+ 8,6	+ 7,6	+ 1,4	- 0,2	+ 1,6	+ 0,1	+ 1,5	- 0,2	- 0,1	+ 0,0	+ 0,1	- 0,4		
Okt.	+ 7,9	+ 2,4	+ 5,9	+ 4,5	+ 1,4	- 0,1	+ 1,5	- 0,4	- 0,1	+ 0,0	- 0,1	+ 4,5		
Nov.	- 0,5	+ 4,2	- 4,6	- 3,3	- 1,3	- 0,0	- 1,3	- 0,1	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,1	- 2,5		
Dez.	+ 14,8	+ 10,8	+ 4,7	+ 4,2	+ 0,5	- 0,1	+ 0,5	- 0,0	- 0,6	+ 0,3	- 0,0	+ 0,5		
2002 Jan.	- 14,5	- 8,9	- 5,5	- 7,6	+ 2,1	+ 0,0	+ 2,0	- 0,0	- 0,1	- 0,2	+ 0,0	- 2,0		
Febr.	- 4,5	- 6,9	+ 2,5	+ 1,0	+ 1,4	- 1,5	+ 2,9	+ 0,0	- 0,2	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,2		
März	+ 0,4	- 4,2	+ 4,6	+ 2,2	+ 2,4	- 0,0	+ 2,4	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,3		

merkt. — 1 Einschl. nachrangiger Verbindlichkeiten und Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen. — 2 Einschl. Bauspareinlagen; s. dazu

Tab. IV.12. — 3 Ohne Bauspareinlagen; s. a. Anm. 2. — 4 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

IV. Banken

8. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Privatpersonen und Organisationen ohne Erwerbszweck *)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Privatpersonen und Organisationen insgesamt	Sichteinlagen						Termineinlagen 1) 2)					
		insgesamt	nach Gläubigergruppen					insgesamt	nach Gläubigergruppen				
			inländische Privatpersonen						inländische Organisationen ohne Erwerbszweck				
			zu-sammen	Selb-ständige	wirt-schaftlich Unselb-ständige	sonstige Privat-personen			zu-sammen	Selb-ständige	wirt-schaftlich Unselb-ständige	sonstige Privat-personen	
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
1999	1 187,8	263,5	254,6	50,2	170,3	34,1	9,0	233,4	216,6	35,2	161,6	19,9	
2000	1 161,5	268,7	259,3	47,7	176,0	35,6	9,4	244,6	225,5	34,9	168,9	21,7	
2001	1 242,9	330,4	320,1	55,8	220,9	43,4	10,2	263,4	242,9	36,3	182,4	24,2	
2001 Okt.	1 194,7	302,5	292,1	53,2	199,0	39,9	10,4	259,7	239,6	36,5	179,0	24,1	
Nov.	1 218,7	325,8	315,5	56,6	216,1	42,8	10,3	259,3	239,7	36,1	179,3	24,3	
Dez.	1 242,9	330,4	320,1	55,8	220,9	43,4	10,2	263,4	242,9	36,3	182,4	24,2	
2002 Jan.	1 235,2	326,1	315,4	56,1	216,5	42,8	10,6	261,8	242,0	36,5	182,0	23,5	
Febr.	1 238,5	332,3	321,6	56,3	221,3	44,0	10,7	260,4	240,2	36,1	180,9	23,3	
März	1 239,2	335,3	325,0	55,2	225,1	44,6	10,3	259,3	238,9	35,7	180,4	22,9	
Veränderungen *)													
2000	- 26,3	+ 5,2	+ 4,7	- 2,5	+ 5,7	+ 1,5	+ 0,4	+ 10,6	+ 8,2	- 0,2	+ 6,8	+ 1,7	
2001	+ 81,3	+ 61,7	+ 60,8	+ 8,1	+ 45,0	+ 7,8	+ 0,8	+ 18,8	+ 17,4	+ 1,4	+ 13,5	+ 2,5	
2001 Okt.	+ 2,0	+ 0,9	+ 2,1	+ 2,1	+ 0,0	-	- 1,2	+ 0,6	- 0,8	- 0,5	+ 0,3	- 0,6	
Nov.	+ 24,0	+ 23,3	+ 23,3	+ 3,4	+ 17,0	+ 2,9	- 0,0	+ 0,4	+ 0,1	- 0,4	+ 0,3	+ 0,2	
Dez.	+ 24,2	+ 4,6	+ 4,7	- 0,8	+ 4,9	+ 0,6	- 0,1	+ 4,1	+ 3,1	+ 0,2	+ 3,1	- 0,1	
2002 Jan.	- 7,7	- 4,3	- 4,7	+ 0,4	- 4,4	- 0,6	+ 0,4	- 1,6	- 0,9	+ 0,2	- 0,4	- 0,6	
Febr.	+ 3,5	+ 6,2	+ 6,2	+ 0,1	+ 4,8	+ 1,2	+ 0,0	- 1,2	- 1,7	- 0,3	- 1,1	- 0,3	
März	+ 0,7	+ 3,0	+ 3,4	- 1,1	+ 3,8	+ 0,7	- 0,4	- 1,2	- 1,2	- 0,4	- 0,5	- 0,4	

* S. Tab. IV. 2, Anm. *; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. — 1 Einschl. nachrangiger Verbindlichkeiten und Verbindlichkeiten aus

9. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen öffentlichen Haushalten nach Gläubigergruppen *)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite														
	inländische öffentliche Haushalte insgesamt	Bund und seine Sondervermögen 1)						Länder							
		zu-sammen	Sicht-einlagen	Termineinlagen			Spar-einlagen und Spar-briefe 2)	Nach-richtlich: Treuhand-kredite	zu-sammen	Sicht-einlagen	Termineinlagen			Spar-einlagen und Spar-briefe 2)	Nach-richtlich: Treuhand-kredite
				bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr						bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr			
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)															
1999	124,4	45,9	1,0	4,6	40,3	0,0	12,7	21,0	2,8	4,2	14,0	0,1	23,1		
2000	149,1	67,6	2,1	22,6	42,8	0,0	12,5	20,3	3,1	2,1	15,0	0,1	23,3		
2001	122,7	46,9	1,6	2,7	42,7	0,0	13,2	19,2	2,7	1,8	14,6	0,1	23,2		
2001 Okt.	128,9	53,4	1,2	9,7	42,5	0,0	12,5	22,7	4,9	3,1	14,6	0,1	23,4		
Nov.	127,0	53,6	1,5	9,5	42,6	0,0	12,5	19,5	2,9	2,1	14,4	0,1	23,4		
Dez.	122,7	46,9	1,6	2,7	42,7	0,0	13,2	19,2	2,7	1,8	14,6	0,1	23,2		
2002 Jan.	120,6	47,4	0,6	2,8	44,1	0,0	12,6	20,8	3,1	2,6	14,9	0,1	23,1		
Febr.	119,6	47,3	0,8	2,2	44,2	0,0	12,6	20,1	2,2	2,9	14,9	0,1	22,9		
März	117,4	46,9	1,3	2,3	43,3	0,0	12,6	20,3	2,1	3,2	14,8	0,1	22,8		
Veränderungen *)															
2000	+ 24,8	+ 21,6	+ 1,2	+ 18,0	+ 2,5	- 0,0	- 0,2	+ 0,5	+ 0,3	- 0,9	+ 1,1	+ 0,0	+ 0,2		
2001	- 26,4	- 20,4	- 0,4	- 19,9	- 0,1	- 0,0	+ 0,5	- 1,2	- 0,6	- 0,2	- 0,4	+ 0,0	+ 0,1		
2001 Okt.	- 3,5	- 0,6	+ 0,2	- 0,8	+ 0,1	- 0,0	- 0,3	- 0,6	+ 0,0	- 0,6	- 0,0	+ 0,0	+ 0,0		
Nov.	- 1,9	+ 0,1	+ 0,2	- 0,3	+ 0,2	-	+ 0,0	- 3,2	- 2,0	- 1,0	- 0,2	- 0,0	+ 0,0		
Dez.	- 4,3	- 6,7	+ 0,1	- 6,8	+ 0,0	-	+ 0,7	- 0,3	- 0,3	- 0,3	+ 0,2	- 0,0	- 0,2		
2002 Jan.	- 2,1	+ 0,5	- 1,0	+ 0,1	+ 1,4	- 0,0	- 0,6	+ 1,5	+ 0,5	+ 0,8	+ 0,3	- 0,0	- 0,1		
Febr.	- 0,9	- 0,2	+ 0,3	- 0,6	+ 0,1	-	+ 0,0	- 0,6	- 0,9	+ 0,3	- 0,0	- 0,0	- 0,2		
März	- 2,3	- 0,3	+ 0,5	+ 0,1	- 0,9	-	- 0,0	+ 0,1	- 0,1	+ 0,3	- 0,1	- 0,0	- 0,2		

* S. Tab. IV. 2, Anm. *; ohne Einlagen und aufgenommene Kredite der Treuhandanstalt und ihrer Nachfolgeorganisationen sowie von Bundesbahn, Reichsbahn und Bundespost bzw. ab 1995 Deutsche Bahn AG, Deutsche Post AG und Deutsche Telekom AG sowie Eigen- und Regiebetriebe der öffent-

IV. Banken

nach Befristung					Spareinlagen 3)			Nachrichtlich:					Zeit
inländische Organisationen ohne Erwerbszweck	bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr 2)		insgesamt	inländische Privatpersonen	inländische Organisationen ohne Erwerbszweck	Sparbriefe 4)	Treuhandkredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen) 5)	in Termineinlagen enthalten: Verbindlichkeiten aus Repos			
		zusammen	darunter:								bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre	
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
16,8	115,4	118,0	2,5	115,5	605,9	595,5	10,4	85,0	0,2	10,8	-	1999	
19,2	123,6	121,1	5,1	116,0	565,5	555,8	9,7	82,7	0,2	10,4	-	2000	
20,6	139,3	124,1	6,2	117,9	568,0	558,6	9,4	81,1	0,2	10,5	-	2001	
20,1	139,5	120,3	6,2	114,1	549,7	540,4	9,3	82,7	0,2	10,5	-	2001 Okt.	
19,6	138,6	120,7	6,3	114,4	551,6	542,5	9,1	81,9	0,2	10,5	-	Nov.	
20,6	139,3	124,1	6,2	117,9	568,0	558,6	9,4	81,1	0,2	10,5	-	Dez.	
19,8	137,8	124,0	6,1	117,9	567,0	557,7	9,2	80,3	0,2	10,5	-	2002 Jan.	
20,2	136,5	124,0	6,1	117,9	565,5	556,3	9,2	80,2	0,2	10,5	-	Febr.	
20,3	134,9	124,3	6,0	118,4	564,4	555,2	9,2	80,3	0,2	10,5	-	März	
Veränderungen *)													
+ 2,4	+ 8,0	+ 2,5	+ 2,5	+ 0,0	- 39,7	- 39,0	- 0,7	- 2,3	+ 0,0	- 0,4	-	2000	
+ 1,4	+ 15,8	+ 3,0	+ 1,1	+ 1,9	+ 2,5	+ 2,8	- 0,3	- 1,6	+ 0,0	+ 0,0	± 0,0	2001	
+ 1,3	+ 0,9	- 0,4	+ 0,1	- 0,5	+ 1,4	+ 1,4	- 0,0	- 0,8	+ 0,0	+ 0,0	-	2001 Okt.	
- 0,5	- 0,9	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,3	+ 1,9	+ 2,1	- 0,2	- 0,8	+ 0,0	+ 0,1	-	Nov.	
+ 1,0	+ 0,7	+ 3,4	- 0,1	+ 3,4	+ 16,4	+ 16,1	+ 0,3	- 0,8	+ 0,0	- 0,1	-	Dez.	
- 0,7	- 1,6	- 0,1	- 0,1	+ 0,0	- 1,0	- 0,9	- 0,1	- 0,8	+ 0,0	-	-	2002 Jan.	
+ 0,4	- 1,3	+ 0,1	- 0,1	+ 0,1	- 1,4	- 1,4	- 0,0	- 0,1	-	+ 0,0	-	Febr.	
+ 0,1	- 1,5	+ 0,4	- 0,1	+ 0,5	- 1,1	- 1,1	- 0,0	+ 0,0	- 0,0	+ 0,0	-	März	

Namenschuldverschreibungen. — 2 Einschl. Bauspareinlagen; s. dazu Tab. IV.12. — 3 Ohne Bauspareinlagen; s. a. Anm. 2. — 4 Einschl. Verbindlich-

keiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen. — 5 In den Termineinlagen enthalten.

Gemeinden und Gemeindeverbände (einschl. kommunaler Zweckverbände)					Sozialversicherung							Zeit
zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen 3)		Spareinlagen und Sparbriefe 2) 4)	Nachrichtlich: Treuhandkredite	zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen		Spareinlagen und Sparbriefe 2)	Nachrichtlich: Treuhandkredite	
		bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr					bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr			
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)												
28,5	8,2	14,4	2,2	3,7	0,1	28,9	2,8	18,9	5,8	1,4	0,1	1999
30,2	8,9	15,7	2,0	3,6	0,1	31,1	2,5	21,7	5,7	1,2	0,1	2000
27,8	9,2	13,8	1,8	3,1	0,2	28,7	2,7	19,5	5,4	1,1	0,1	2001
26,8	7,9	14,1	1,7	3,1	0,1	26,0	2,5	17,1	5,4	1,1	0,1	2001 Okt.
27,7	8,9	13,8	1,8	3,1	0,1	26,2	2,7	16,9	5,5	1,1	0,1	Nov.
27,8	9,2	13,8	1,8	3,1	0,2	28,7	2,7	19,5	5,4	1,1	0,1	Dez.
25,4	7,6	12,9	1,8	3,0	0,1	27,0	2,7	17,7	5,5	1,1	0,1	2002 Jan.
26,0	8,7	12,6	1,8	3,0	0,2	26,2	2,8	17,1	5,3	1,1	0,1	Febr.
25,5	8,2	12,5	1,9	2,9	0,2	24,7	2,2	16,1	5,3	1,1	0,1	März
Veränderungen *)												
+ 1,7	+ 0,8	+ 1,3	- 0,2	- 0,2	+ 0,0	+ 1,0	- 0,3	+ 1,7	- 0,1	- 0,2	- 0,0	2000
- 2,4	+ 0,2	- 2,0	- 0,2	- 0,4	+ 0,0	- 2,4	+ 0,2	- 2,3	- 0,3	- 0,0	- 0,0	2001
- 1,4	- 0,1	- 1,1	- 0,1	- 0,1	+ 0,0	- 1,0	- 0,0	- 0,9	- 0,1	+ 0,0	-	2001 Okt.
+ 0,9	+ 1,1	- 0,2	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,2	+ 0,3	- 0,1	+ 0,1	- 0,0	- 0,0	Nov.
+ 0,1	+ 0,2	- 0,1	+ 0,0	- 0,0	+ 0,0	+ 2,5	- 0,0	+ 2,6	- 0,0	+ 0,0	-	Dez.
- 2,5	- 1,5	- 0,8	+ 0,0	- 0,1	- 0,0	- 1,7	+ 0,0	- 1,8	+ 0,1	- 0,0	-	2002 Jan.
+ 0,7	+ 1,1	- 0,4	- 0,0	- 0,0	+ 0,0	- 0,8	+ 0,1	- 0,6	- 0,2	- 0,0	-	Febr.
- 0,5	- 0,5	- 0,0	+ 0,1	- 0,0	- 0,0	- 1,6	- 0,6	- 0,9	- 0,0	- 0,0	- 0,0	März

nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. — 1 Bundeseisenbahnvermögen, Entschädigungsfonds, Erblastenteilungsfonds, ERP-Sondervermögen, Fonds

„Deutsche Einheit“, Lastenausgleichsfonds. — 2 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen. — 3 Einschl. Bauspareinlagen. — 4 Ohne Bauspareinlagen; s. a. Anm. 3.

IV. Banken

10. Spareinlagen und an Nichtbanken (Nicht-MFIs) abgegebene Sparbriefe der Banken (MFIs) in Deutschland *)

Mrd €

Zeit	Spareinlagen 1)									Sparbriefe 3), abgegeben an				
	ins- gesamt	von Inländern				von Ausländern				Nach- richtlich: Zinsgut- schriften auf Spar- einlagen	Nicht- banken ins- gesamt	inländische Nichtbanken		auslän- dische Nicht- banken
		zu- sammen	mit dreimonatiger Kündigungsfrist		mit Kündigungsfrist von über 3 Monaten		zu- sammen	darunter mit drei- monatiger Kündi- gungs- frist	zu- sammen			zu- sammen	darunter mit Laufzeit von über 2 Jahren	
			darunter Sonder- spar- formen 2)	zu- sammen	darunter Sonder- spar- formen 2)	zu- sammen								
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
1999	626,6	614,7	504,4	338,8	110,2	88,3	11,9	9,1	20,0	116,4	110,7	101,8	5,7	
2000	585,2	573,5	450,5	309,0	123,0	104,4	11,7	8,3	19,3	115,9	109,0	94,4	6,8	
2001	586,5	574,5	461,9	327,2	112,7	97,2	12,0	8,8	19,9	112,8	106,0	87,2	6,8	
2001 Nov.	569,8	558,2	445,6	316,1	112,6	97,3	11,7	8,4	0,7	114,3	107,6	88,7	6,8	
2001 Dez.	586,5	574,5	461,9	327,2	112,7	97,2	12,0	8,8	13,6	112,8	106,0	87,2	6,8	
2002 Jan.	585,3	573,4	464,3	328,9	109,1	95,2	11,9	8,8	0,7	111,8	105,1	86,6	6,7	
2002 Febr.	583,8	572,0	463,9	329,4	108,1	94,3	11,8	8,7	0,5	111,5	104,8	86,4	6,7	
2002 März	582,5	570,8	463,8	330,1	107,0	93,3	11,7	8,7	0,5	111,6	104,9	86,5	6,7	
Veränderungen *)														
2000	- 40,7	- 40,5	- 53,6	- 31,1	+ 13,1	+ 15,8	- 0,2	- 0,8	.	- 0,5	- 1,7	- 7,4	+ 1,1	
2001	+ 1,3	+ 1,1	+ 11,4	+ 15,5	- 10,4	- 7,2	+ 0,3	+ 0,5	.	- 2,9	- 2,9	- 7,1	- 0,0	
2001 Nov.	+ 1,8	+ 1,8	+ 2,8	+ 3,2	- 1,0	- 1,1	+ 0,0	+ 0,1	.	- 0,8	- 0,8	- 0,4	- 0,0	
2001 Dez.	+ 16,7	+ 16,4	+ 16,3	+ 8,6	+ 0,1	- 0,1	+ 0,3	+ 0,3	.	- 1,5	- 1,5	- 1,4	+ 0,0	
2002 Jan.	- 1,3	- 1,2	+ 2,4	+ 1,7	- 3,6	- 2,0	- 0,1	- 0,0	.	- 1,0	- 0,9	- 0,6	- 0,0	
2002 Febr.	- 1,5	- 1,4	+ 0,4	+ 0,6	- 1,0	- 0,9	- 0,1	- 0,1	.	- 0,3	- 0,3	- 0,2	- 0,0	
2002 März	- 1,3	- 1,2	- 0,1	+ 0,6	- 1,1	- 1,0	- 0,1	- 0,0	.	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,1	- 0,0	

* S. Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders ange-

merkt. — 1 Ohne Bauspareinlagen, die den Termineinlagen zugeordnet werden. — 2 Spareinlagen mit einer über die Mindest-/Grundverzinsung hinausgehenden Verzinsung. — 3 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

11. Begebene Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere der Banken (MFIs) in Deutschland *)

Mrd €

Zeit	Börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen und Geldmarktpapiere								Nicht börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen und Geldmarktpapiere 5)			Nachrangig begebene		
	ins- gesamt	darunter:							ins- gesamt	darunter mit Laufzeit:		börsen- fähige Schuld- verschrei- bungen	nicht börsen- fähige Schuld- verschrei- bungen	
		variabel verzins- liche Anlei- hen 1)	Null- Kupon- Anlei- hen 1) 2)	Fremd- wäh- rungs- anlei- hen 3) 4)	Certi- ficates of Deposit	mit Laufzeit:				bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr bis 2 Jahre einschl.			über 2 Jahre
						bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre						
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
1999	1 310,3	208,2	14,7	98,7	13,1	73,6	47,0	1 189,8	2,6	0,5	0,8	1,3	32,7	2,5
2000	1 412,5	283,1	22,1	128,2	19,7	87,9	62,7	1 261,9	2,7	0,4	1,0	1,3	38,3	2,4
2001	1 472,3	324,0	16,3	144,1	17,6	46,5	124,9	1 300,9	5,8	3,7	1,0	1,2	43,3	2,4
2001 Nov.	1 480,0	323,1	18,0	144,4	18,7	52,7	118,8	1 308,5	2,9	0,7	1,0	1,2	42,8	2,4
2001 Dez.	1 472,3	324,0	16,3	144,1	17,6	46,5	124,9	1 300,9	5,8	3,7	1,0	1,2	43,3	2,4
2002 Jan.	1 474,7	325,5	17,3	146,9	17,1	50,6	111,4	1 312,6	8,4	6,3	0,9	1,1	43,8	2,4
2002 Febr.	1 486,8	332,7	16,4	147,7	18,7	50,4	114,0	1 322,4	9,0	7,0	0,9	1,1	44,3	2,4
2002 März	1 500,6	337,0	16,2	149,0	18,6	50,7	116,1	1 333,7	9,7	7,6	0,9	1,2	44,5	2,4
Veränderungen *)														
2000	+ 102,0	+ 65,5	+ 7,0	+ 26,6	+ 6,4	+ 14,1	+ 15,8	+ 72,1	+ 0,2	+ 0,0	+ 0,2	+ 0,0	+ 5,6	- 0,1
2001	+ 56,2	+ 33,3	- 5,5	+ 15,9	- 2,1	- 41,4	+ 61,7	+ 35,9	+ 3,2	+ 3,4	- 0,1	- 0,1	+ 5,0	± 0,0
2001 Nov.	+ 7,2	- 3,2	- 0,5	+ 14,4	- 1,7	- 4,3	+ 3,9	+ 7,6	- 0,3	- 0,2	- 0,0	- 0,0	+ 0,7	+ 0,0
2001 Dez.	- 7,7	+ 1,0	- 1,6	- 0,3	- 1,1	- 6,2	+ 6,1	- 7,6	+ 2,9	+ 3,0	- 0,0	- 0,1	+ 0,5	- 0,0
2002 Jan.	+ 2,4	+ 1,5	+ 0,9	+ 2,8	- 0,5	+ 2,2	- 6,8	+ 7,0	+ 2,6	+ 2,6	- 0,0	- 0,0	+ 0,6	- 0,0
2002 Febr.	+ 12,1	+ 7,2	- 0,8	+ 0,9	+ 1,5	- 0,3	+ 2,6	+ 9,8	+ 0,6	+ 0,6	- 0,0	+ 0,0	+ 0,5	- 0,0
2002 März	+ 13,8	+ 4,3	- 0,2	+ 1,3	- 0,1	+ 0,3	+ 2,1	+ 11,3	+ 0,7	+ 0,7	- 0,0	+ 0,0	+ 0,1	- 0,0

* S. Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders ange-

merkt. — 1 Einschl. auf Fremdwährung lautender Anleihen. — 2 Emissionswert bei Auflegung. — 3 Einschl. auf Fremdwährung lautender variabel verzinslicher Anleihen und Null-Kupon-Anleihen. — 4 Anleihen auf Nicht-Eurowährungen. — 5 Nicht börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen werden den Sparbriefen zugeordnet s. a. Tab. IV. 10, Anm. 3.

IV. Banken

12. Bausparkassen (MFIs) in Deutschland *)
Zwischenbilanzen

Mrd €

Stand am Jahres- bzw. Monats- ende	Anzahl der Insti- tute	Bilanz- summe	Kredite an Banken (MFIs)			Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)				Einlagen und aufgenommene Kredite von Banken (MFIs) 5)		Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken (Nicht-MFIs)		Inhaber- schuld- ver- schrei- bungen im Umlauf	Kapital (ein- schl. offener Rück- lagen) 7)	Nach- richtlich: Im Jahr bzw. Monat neu abge- schlos- sene Verträge 8)
			Gut- haben und Dar- lehen (ohne Baudar- lehen) 1)	Baudar- lehen 2)	Bank- schuld- ver- schrei- bungen 3)	Baudarlehen			Wert- papiere (ein- schl. Schatz- wechsel und U- Schätze) 4)	Bauspar- einlagen	Sicht- und Termin- gelder	Bauspar- einlagen	Sicht- und Termin- gelder 6)			
						Bauspar- darlehen	Vor- und Zwi- schen- finan- zie- rungs- kredite	sonstige Baudar- lehen								
Alle Bausparkassen																
2001	29	158,4	23,8	0,2	11,8	42,7	54,3	7,2	9,7	0,5	29,3	96,6	3,1	6,9	7,5	75,7
2002 Jan.	29	158,2	24,1	0,2	12,1	42,6	54,4	7,2	9,3	0,5	28,7	96,7	3,1	7,3	7,6	6,1
Febr.	29	158,2	23,9	0,2	12,1	42,2	54,6	7,3	9,5	0,5	28,6	96,9	3,1	7,3	7,5	5,8
März	29	160,7	26,0	0,2	12,2	42,1	55,0	7,3	9,6	0,4	29,4	97,4	3,1	8,0	7,5	6,5
Private Bausparkassen																
2002 Jan.	18	113,8	19,8	0,1	6,8	27,8	38,2	6,7	6,8	0,3	20,9	65,9	3,1	7,3	4,7	4,1
Febr.	18	113,7	19,6	0,1	6,7	27,4	38,4	6,7	7,1	0,3	20,8	66,1	3,1	7,3	4,6	3,8
März	18	115,9	21,4	0,1	6,7	27,4	38,7	6,7	7,1	0,3	21,6	66,3	3,1	8,0	4,6	4,3
Öffentliche Bausparkassen																
2002 Jan.	11	44,4	4,3	0,1	5,3	14,9	16,2	0,5	2,4	0,2	7,8	30,8	0,0	-	2,9	2,1
Febr.	11	44,5	4,3	0,1	5,4	14,7	16,2	0,5	2,4	0,2	7,8	30,8	0,0	-	2,9	2,0
März	11	44,8	4,6	0,1	5,5	14,7	16,3	0,5	2,5	0,2	7,7	31,1	0,0	-	2,9	2,3

Entwicklung des Bauspargeschäfts

Mrd €

Zeit	Umsätze im Sparverkehr			Kapitalzusagen		Kapitalauszahlungen					Noch bestehen- de Zahlungs- verpflichtungen am Ende des Zeitraumes		Zins- und Tilgungseingänge auf Bauspar- darlehen 10)		Nach- richtlich: Einge- gangene Wohn- ungs- bau- prämien 12)	
	eingezahlte Bauspar- beträge 9)	Zinsgut- schriften auf Bauspar- einlagen	Rückzah- lungen von Bauspar- einlagen aus nicht zuge- teilten Ver- trägen	ins- gesamt	darunter Netto- Zutei- lungen 11)	ins- gesamt	Zuteilungen			neu ge- währte Vor- und Zwi- schen- finan- zie- rungs- kredite und sonstige Bau- darlehen	ins- gesamt	dar- unter aus Zutei- lungen	ins- gesamt	darunter Til- gungen im Quartal		
							Bauspareinlagen	Bauspardarlehen 9)	darunter zur Ablö- sung von Vor- und Zwi- schen- finan- zie- rungs- kredit- en							
Alle Bausparkassen																
2001	22,0	2,7	4,5	46,5	32,7	44,2	19,7	4,3	10,7	3,4	13,8	10,4	7,7	14,7	11,8	0,5
2002 Jan.	1,9	0,0	0,3	3,6	2,6	3,4	1,5	0,4	0,8	0,3	1,1	10,3	7,6	1,1		0,0
Febr.	1,7	0,0	0,4	3,3	2,3	2,8	1,2	0,3	0,6	0,2	1,0	10,6	7,9	1,2		0,0
März	2,3	0,0	0,4	3,7	2,6	3,3	1,5	0,3	0,8	0,3	1,0	10,7	7,9	1,3		0,0
Private Bausparkassen																
2002 Jan.	1,2	0,0	0,2	2,6	1,7	2,4	1,0	0,3	0,5	0,2	0,8	6,1	3,9	0,7		0,0
Febr.	1,2	0,0	0,2	2,2	1,4	1,9	0,8	0,2	0,4	0,1	0,7	6,3	4,0	0,8		0,0
März	1,5	0,0	0,2	2,7	1,8	2,5	1,1	0,2	0,5	0,2	0,8	6,4	4,1	0,9		0,0
Öffentliche Bausparkassen																
2002 Jan.	0,6	-	0,1	1,1	0,8	1,0	0,4	0,1	0,3	0,1	0,2	4,2	3,7	0,3		0,0
Febr.	0,6	0,0	0,1	1,1	0,8	0,8	0,4	0,1	0,2	0,1	0,2	4,3	3,8	0,4		0,0
März	0,8	0,0	0,1	1,0	0,8	0,9	0,4	0,1	0,3	0,1	0,2	4,3	3,8	0,4		0,0

* Ohne Aktiva und Passiva bzw. Geschäfte der Auslandsfilialen. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. — 1 Einschl. Postgiroguthaben, Forderungen an Bausparkassen, Forderungen aus Namensschuldverschreibungen und Guthaben bei Zentralnotenbanken. — 2 Bauspardarlehen sowie Vor- und Zwischenfinanzierungskredite. — 3 Einschl. Geldmarktpapiere sowie geringer Beträge anderer Wertpapiere von Banken. — 4 Einschl. Ausgleichsforderungen. — 5 Einschl. Verbindlichkeiten gegenüber Bausparkassen. — 6 Einschl. geringer Beträge von Spareinlagen. — 7 Einschl.

Genussrechtskapital; ab Dezember 1993 einschl. Fonds für allgemeine Bankrisiken. — 8 Bausparsumme; nur Neuabschlüsse, bei denen die Abschlussgebühr voll eingezahlt ist. Vertragserhöhungen gelten als Neuabschlüsse. — 9 Auszahlungen von Bauspareinlagen aus zugeleiteten Verträgen s. unter Kapitalauszahlungen. — 10 Einschl. gutgeschriebener Wohnungsbauprämien. — 11 Nur die von den Berechtigten angenommenen Zuteilungen; einschl. Zuteilungen zur Ablösung von Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten. — 12 Soweit den Konten der Bausparer oder Darlehensnehmer bereits gutgeschrieben, auch in „Eingezahlte Bausparbeträge“ und „Zins- und Tilgungseingänge auf Bauspardarlehen“ enthalten.

IV. Banken

Einlagen und aufgenommene Kredite												Geldmarktpapiere und Schuldverschreibungen im Umlauf 5)	Betriebskapital bzw. Eigenkapital	Sonstige Passivpositionen 6)	Zeit	
insgesamt	von Banken (MFIs)			von Nichtbanken (Nicht-MFIs)												
	zusammen	deutsche Banken	ausländische Banken	insgesamt	deutsche Nichtbanken 4)				ausländische Nichtbanken							
					zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristig									
					darunter Unternehmen und Privatpersonen		darunter Unternehmen und Privatpersonen									
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														Auslandsfilialen		
988,6	671,8	148,3	523,6	316,7	60,7	57,9	52,8	2,8	2,7	256,0	234,4	14,0	75,0	1999		
1 186,1	799,5	158,2	641,4	386,5	60,9	58,4	51,6	2,5	2,4	325,7	272,3	22,0	77,9	2000		
1 271,3	855,3	194,0	661,2	416,0	57,4	54,2	51,2	3,2	3,0	358,6	316,8	24,0	77,2	2001		
1 389,3	923,8	166,1	757,7	465,5	55,9	53,2	50,1	2,7	2,6	409,6	312,7	23,7	74,1	2001 Mai		
1 333,8	909,9	176,3	733,6	423,9	54,7	52,0	49,2	2,7	2,5	369,2	299,3	23,7	66,3	Juni		
1 318,1	890,0	151,8	738,2	428,1	57,6	55,0	52,3	2,7	2,5	370,5	299,0	23,5	58,6	Juli		
1 318,8	904,4	165,6	738,8	414,4	57,9	55,2	52,1	2,7	2,5	356,5	291,3	23,8	64,3	Aug.		
1 327,8	899,1	174,3	724,9	428,7	55,4	52,7	50,1	2,7	2,5	373,3	290,6	23,8	75,5	Sept.		
1 323,4	895,9	178,1	717,8	427,4	57,1	54,4	52,2	2,7	2,5	370,4	308,5	23,9	73,7	Okt.		
1 357,3	925,2	182,5	742,7	432,0	60,1	56,7	54,6	3,4	3,2	372,0	329,6	24,1	75,0	Nov.		
1 271,3	855,3	194,0	661,2	416,0	57,4	54,2	51,2	3,2	3,0	358,6	316,8	24,0	77,2	Dez.		
1 314,8	896,7	192,4	704,3	418,1	65,8	62,7	60,4	3,2	3,0	352,3	334,3	24,3	81,8	2002 Jan.		
1 323,0	883,6	190,0	693,6	439,4	65,8	62,6	60,2	3,2	3,0	373,6	303,9	24,3	84,1	Febr.		
Veränderungen *)																
+ 170,8	+ 108,8	+ 9,1	+ 99,6	+ 62,0	- 0,0	+ 0,4	- 1,3	- 0,4	- 0,4	+ 62,0	+ 37,9	+ 8,0	- 2,7	2000		
+ 53,8	+ 36,3	+ 35,2	+ 1,1	+ 17,5	- 3,7	- 4,4	- 0,6	+ 0,7	+ 0,6	+ 21,2	+ 44,6	+ 2,1	- 1,3	2001		
- 9,0	- 6,1	+ 0,3	- 6,4	+ 15,1	- 3,4	- 3,4	- 3,8	+ 0,0	+ 0,0	+ 18,5	+ 18,0	+ 0,5	- 5,0	2001 Mai		
- 49,0	- 9,6	+ 10,3	- 19,9	- 39,5	- 1,2	- 1,2	- 0,8	- 0,0	- 0,0	- 38,2	- 13,4	+ 0,1	- 6,3	Juni		
+ 10,4	- 2,3	- 24,2	+ 21,8	+ 12,7	+ 3,0	+ 3,0	+ 3,2	- 0,0	- 0,0	+ 9,7	- 0,3	- 0,3	- 2,4	Juli		
+ 31,8	+ 35,3	+ 14,2	+ 21,1	- 3,5	+ 0,4	+ 0,4	- 0,1	- 0,0	- 0,0	- 3,9	- 7,7	+ 0,3	+ 10,9	Aug.		
+ 5,2	- 7,8	+ 8,5	- 16,3	+ 13,0	- 2,5	- 2,5	- 2,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 15,5	- 0,6	- 0,0	+ 11,1	Sept.		
- 9,7	- 6,6	+ 3,8	- 10,4	- 3,1	+ 1,6	+ 1,6	+ 2,1	+ 0,0	+ 0,0	- 4,7	+ 17,9	+ 0,2	- 2,1	Okt.		
+ 24,8	+ 23,2	+ 4,3	+ 18,9	+ 1,6	+ 3,0	+ 2,3	+ 2,4	+ 0,7	+ 0,7	- 1,4	+ 21,1	+ 0,1	- 0,7	Nov.		
- 92,0	- 73,1	+ 11,4	- 84,5	- 18,9	- 2,8	- 2,6	- 3,5	- 0,2	- 0,2	- 16,2	- 12,8	- 0,0	+ 2,7	Dez.		
+ 31,6	+ 33,6	- 1,8	+ 35,4	- 2,0	+ 8,4	+ 8,4	+ 9,2	- 0,0	- 0,0	- 10,4	+ 17,4	+ 0,2	+ 1,7	2002 Jan.		
+ 9,7	- 11,9	- 2,4	- 9,5	+ 21,7	- 0,0	- 0,0	- 0,2	+ 0,0	+ 0,0	+ 21,7	- 30,4	- 0,0	+ 3,1	Febr.		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														Auslandstöchter		
383,4	250,7	56,9	193,8	132,7	21,6	19,8	18,3	1,7	1,7	111,1	51,5	29,0	66,7	1999		
414,6	267,9	61,0	207,0	146,7	32,5	29,2	21,9	3,2	3,2	114,2	56,3	34,7	74,9	2000		
576,5	362,5	79,2	283,3	214,0	36,4	32,5	23,9	3,9	3,8	177,6	99,8	47,3	87,9	2001		
547,2	347,1	66,7	280,4	200,2	30,0	26,0	23,0	4,0	4,0	170,2	86,2	48,2	91,8	2001 Mai		
556,7	356,4	74,9	281,5	200,3	26,8	22,7	21,7	4,1	4,1	173,5	92,7	47,9	88,0	Juni		
552,6	352,1	73,8	278,2	200,6	32,0	28,1	27,1	3,8	3,8	168,6	93,0	47,4	85,2	Juli		
534,2	341,3	62,3	279,0	192,9	28,0	23,6	22,8	4,3	4,3	164,9	90,6	46,5	80,5	Aug.		
548,1	343,7	66,5	277,1	204,5	27,8	24,1	23,0	3,7	3,7	176,6	90,4	46,1	82,7	Sept.		
549,3	348,4	65,3	283,1	200,9	27,4	23,5	22,4	3,9	3,9	173,4	91,5	46,5	84,0	Okt.		
557,8	356,3	67,4	288,8	201,5	28,5	22,8	21,8	5,7	5,7	173,1	95,1	46,8	85,0	Nov.		
576,5	362,5	79,2	283,3	214,0	36,4	32,5	23,9	3,9	3,8	177,6	99,8	47,3	87,9	Dez.		
580,0	369,6	70,1	299,5	210,4	35,0	31,2	25,7	3,8	3,8	175,4	98,4	48,0	88,6	2002 Jan.		
568,8	361,3	61,9	299,4	207,5	33,0	29,2	24,1	3,8	3,8	174,5	98,9	48,3	87,5	Febr.		
Veränderungen *)																
+ 20,6	+ 9,9	+ 2,9	+ 7,0	+ 10,7	+ 10,9	+ 9,4	+ 3,6	+ 1,5	+ 1,5	- 0,3	+ 4,8	+ 5,4	+ 7,6	2000		
+ 160,9	+ 94,6	+ 18,2	+ 76,3	+ 66,4	+ 3,9	+ 3,3	+ 2,0	+ 0,6	+ 0,6	+ 62,5	+ 43,6	+ 13,7	+ 11,7	2001		
- 0,8	- 7,0	+ 3,2	- 10,2	+ 6,2	+ 2,8	+ 2,8	+ 2,9	+ 0,1	+ 0,1	+ 3,4	+ 2,9	+ 1,4	+ 3,2	2001 Mai		
+ 10,6	+ 10,3	+ 8,2	+ 2,1	+ 0,4	- 3,2	- 3,3	- 1,3	+ 0,1	+ 0,1	+ 3,6	+ 6,5	- 0,2	- 3,6	Juni		
+ 2,2	+ 0,1	- 1,1	+ 1,2	+ 2,2	+ 5,2	+ 5,5	+ 5,4	- 0,3	- 0,3	- 3,0	+ 0,3	- 0,5	- 1,6	Juli		
- 10,9	- 5,8	- 11,5	+ 5,7	- 5,1	- 4,0	- 4,5	- 4,4	+ 0,5	+ 0,5	- 1,1	- 2,4	- 0,9	- 3,0	Aug.		
+ 16,8	+ 4,3	+ 4,2	+ 0,1	+ 12,5	- 0,1	+ 0,5	+ 0,2	- 0,6	- 0,6	+ 12,6	- 0,3	+ 0,7	+ 2,1	Sept.		
- 0,3	+ 3,9	- 1,2	+ 5,1	- 4,2	- 0,4	- 0,6	- 0,5	+ 0,2	+ 0,2	- 3,8	+ 1,2	+ 0,4	+ 1,0	Okt.		
+ 6,1	+ 6,2	+ 2,1	+ 4,1	- 0,1	+ 1,0	- 0,7	- 0,7	+ 1,8	+ 1,8	- 1,1	+ 3,6	+ 0,4	+ 0,5	Nov.		
+ 17,6	+ 5,9	+ 11,8	- 5,9	+ 11,7	+ 7,9	+ 9,8	+ 2,2	- 1,8	- 1,8	+ 3,8	+ 4,8	+ 0,5	+ 2,9	Dez.		
- 0,0	+ 4,7	- 9,1	+ 13,8	- 4,7	- 1,4	- 1,4	+ 1,8	- 0,0	- 0,0	- 3,4	- 1,4	+ 0,7	+ 0,2	2002 Jan.		
- 10,7	- 7,9	- 8,2	+ 0,3	- 2,9	- 2,0	- 2,0	- 1,6	- 0,0	- 0,0	- 0,8	+ 0,5	+ 0,3	- 1,0	Febr.		

angemerkt. — 1 Mehrere Filialen in einem Sitzland zählen als eine Filiale. — 2 Schatzwechsel, U-Schätze und sonstige Geldmarktpapiere, Anleihen und Schuldverschreibungen. — 3 Einschl. eigener Schuldverschreibungen. — 4 Ohne nachrangige Verbindlichkeiten und nicht börsen-

fähige Schuldverschreibungen. — 5 Begebene börsenfähige und nicht börsenfähige Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere. — 6 Einschl. nachrangiger Verbindlichkeiten.

V. Mindestreserven

1. Reservesätze Deutschland

% der reservspflichtigen Verbindlichkeiten

Gültig ab:	Sicht- verbindlichkeiten	befristete Verbindlichkeiten	Spareinlagen
1995 1. August	2	2	1,5

Europäische Währungsunion

% der Reservebasis 1)

Gültig ab:	Satz
1999 1. Januar	2

1 Art. 3 der Verordnung der Europäischen Zentralbank vom 1. Dezember 1998 über die Auferlegung einer Mindestreservepflicht (ohne die Verbindlichkeiten, für die gemäß Art. 4 Abs. 1 ein Reservesatz von 0 % gilt).

2. Reservehaltung in Deutschland bis Ende 1998

– gemäß der Anweisung der Deutschen Bundesbank über Mindestreserven (AMR) –

Mio DM

Durchschnitt
im Monat 1)

	Reservspflichtige Verbindlichkeiten				Reserve-Soll 2)	Ist-Reserve 3)	Überschussreserven 4)		Summe der Unterschreitungen des Reserve-Solls
	insgesamt	Sichtverbind- lichkeiten	befristete Verbind- lichkeiten	Spareinlagen			Betrag	in % des Reserve-Solls	
1995 Dez.	2 066 565	579 337	519 456	967 772	36 492	37 337	845	2,3	3
1996 Dez.	2 201 464	655 483	474 342	1 071 639	38 671	39 522	851	2,2	4
1997 Dez.	2 327 879	734 986	476 417	1 116 477	40 975	41 721	745	1,8	3
1998 Dez.	2 576 889	865 444	564 878	1 146 567	45 805	46 432	627	1,4	4

1 Gemäß §§ 5 bis 7 der Anweisung der Deutschen Bundesbank über Mindestreserven (AMR). — 2 Betrag nach Anwendung der Reservesätze auf die reservspflichtigen Verbindlichkeiten (§ 5 Abs. 1 AMR). — 3 Durchschnittliche

Guthaben der reservspflichtigen Kreditinstitute auf Girokonten bei der Deutschen Bundesbank. — 4 Ist-Reserve abzüglich Reserve-Soll.

3. Reservehaltung in der Europäischen Währungsunion

– ab 1999 gemäß der EZB-Verordnung über Mindestreserven nach Art. 19.1 EZB/ESZB-Statut –

Erfüllungs-
periode
beginnend
im Monat 1)

	Reservebasis 2)	Reserve-Soll vor Abzug des Freibetrages 3)	Freibetrag 4)	Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages	Ist-Reserve 5)	Überschuss- reserven 6)	Summe der Unterschrei- tungen des Reserve-Solls 7)
Europäische Währungsunion (Mrd Euro)							
2001 Juli 8)	6 390,0	127,8	0,6	127,2	127,7	0,5	0,0
Aug. 8)	6 294,7	125,9	0,6	125,3	126,0	0,7	0,0
Sept. 8)	6 250,7	125,0	0,6	124,4	125,0	0,5	0,0
Okt. 8)	6 335,5	126,7	0,6	126,1	126,6	0,5	0,0
Nov. 8)	6 349,6	127,0	0,6	126,4	127,3	0,8	0,0
Dez. 8)	6 463,7	129,3	0,6	128,7	130,1	1,4	0,0
2002 Jan. 8)	6 615,8	132,3	0,6	131,7	132,4	0,6	0,0
Febr. 8) r)	6 592,1	131,8	0,6	131,3	132,0	0,7	0,0
März 8) p)	6 557,0	131,1	0,6	130,6	131,1	0,5	0,0
Darunter: Deutschland (Mio Euro)							
2001 Juli	1 892 993	37 860	256	37 604	37 777	173	2
Aug.	1 853 167	37 063	252	36 812	37 067	255	2
Sept.	1 862 074	37 241	249	36 993	37 254	262	2
Okt.	1 898 696	37 974	248	37 726	37 915	188	12
Nov.	1 881 102	37 622	247	37 375	37 788	413	9
Dez.	1 906 707	38 134	247	37 887	38 875	988	6
2002 Jan.	1 925 319	38 506	246	38 260	38 534	273	5
Febr.	1 908 714	38 174	246	37 928	38 242	314	8
März p)	1 891 284	37 826	246	37 580	37 812	232	6

1 Die Mindestreserveerfüllungsperiode des ESZB-Mindestreservesystems beginnt am 24. eines jeden Monats und endet am 23. des Folgemonats (Dauer der ersten Mindestreserveerfüllungsperiode vom 1. Januar 1999 bis 23. Februar 1999). — 2 Art. 3 der Verordnung der Europäischen Zentralbank vom 1. Dezember 1998 über die Auferlegung einer Mindestreservepflicht (ohne die Verbindlichkeiten, für die gemäß Art. 4 Abs. 1 ein Reservesatz von 0 % gilt). — 3 Betrag nach Anwendung der Reservesätze auf die Reservebasis. — 4 Art. 5 Abs. 2 der Verordnung der Europäischen Zentralbank vom 1. Dezem-

ber 1998 über die Auferlegung einer Mindestreservepflicht. — 5 Durchschnittliche Guthaben der reservspflichtigen Kreditinstitute, die Reserveguthaben unterhalten müssen, auf Reservekonten bei der jeweiligen nationalen Zentralbank. — 6 Ist-Reserve abzüglich Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages. — 7 Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages. — 8 Im Hinblick auf die Einführung des Euro in Griechenland am 1. Januar 2001 einschl. der in Griechenland ansässigen Kreditinstitute.

VI. Zinssätze

1. EZB-Zinssätze

% p.a.			
Gültig ab	Einlage- fazilität	Hauptrefinanzierungs- geschäfte 1)	Spitzenrefinanzierungs- fazilität
1999 1. Jan.	2,00	3,00	4,50
4. Jan.	2,75	3,00	3,25
22. Jan.	2,00	3,00	4,50
9. April	1,50	2,50	3,50
5. Nov.	2,00	3,00	4,00
2000 4. Febr.	2,25	3,25	4,25
17. März	2,50	3,50	4,50
28. April	2,75	3,75	4,75
9. Juni	3,25	4,25	5,25
1. Sept.	3,50	4,50	5,50
6. Okt.	3,75	4,75	5,75
2001 11. Mai	3,50	4,50	5,50
31. Aug.	3,25	4,25	5,25
18. Sept.	2,75	3,75	4,75
9. Nov.	2,25	3,25	4,25

2. Diskont- und Lombardsatz
der Deutschen Bundesbank

% p.a.		
Gültig ab	Diskontsatz	Lombard- satz 2) 4) 5)
1994 18. Febr.	5 1/4	6 3/4
15. April	5	6 1/2
13. Mai	4 1/2	6
1995 31. März	4	6
25. Aug.	3 1/2	5 1/2
15. Dez.	3	5
1996 19. April	2 1/2	4 1/2
bis		
1998 31. Dez.		

3. Basiszinssätze

% p.a.	
Gültig ab	Basiszinssatz gemäß DÜG 3) 4) 5)
1999 1. Jan.	2,50
1. Mai	1,95
2000 1. Jan.	2,68
1. Mai	3,42
1. Sept.	4,26
2001 1. Sept.	3,62
2002 1. Jan. bis 3. April	2,71
	Basiszinssatz gemäß BGB 6)
2002 1. Jan.	2,57

1 Bis 21. Juni 2000 Mengentender, ab 28. Juni 2000 Zinstender zum Mindestbietungssatz. — 2 Ab 1. August 1990 bis 31. Dezember 1993 zugleich Zinssatz für Kassenkredite; ab 1. Januar 1994 wurden keine Kassenkredite mehr gewährt. Wird in einem Gesetz auf den Zinssatz für Kassenkredite des Bundes Bezug genommen, tritt an dessen Stelle der um 1,5 Prozentpunkte erhöhte Basiszinssatz gemäß DÜG (s. a. Anm. 4 a und 5). Gemäß DÜG i.V. mit der Lombardsatz-Überleitungs-Verordnung wird ab 1. Januar 1999 der Lombardsatz, soweit er als Bezugsgröße für Zinsen und andere Leistungen verwendet wird, durch den Zinssatz der Europäischen Zentralbank (EZB) für die Spitzenrefinanzierungsfazilität (SRF-Satz) ersetzt (s. a. Anm. 4 b und 5). — 3 Er ersetzt gemäß Diskontsatz-Überleitungs-Gesetz (DÜG) i.V. mit der Basiszinssatz-Bezugsgrößen-Verordnung ab 1. Januar 1999 den Diskontsatz, soweit dieser in Verträgen und Vorschriften als Bezugsgröße für Zinsen und andere Leistungen verwendet wird. Dieser Basiszinssatz ist der am 31. Dezember 1998 geltende Diskontsatz der Deutschen Bundesbank. Er verändert sich mit Beginn des 1. Januar, 1. Mai und 1. September eines jeden Jahres, erstmals mit Beginn des 1. Mai 1999, und zwar dann, wenn sich der Zinssatz der EZB für längerfristige Refinanzierungsgeschäfte (marginaler LRG-Satz) um mindestens 0,5 Prozentpunkte verändert hat (s. a. Anm. 4 c und 5). — 4 Soweit die nachstehend genannten Zinssätze als Bezugsgröße für Zinsen

und andere Leistungen in Rechtsvorschriften des Bundes auf dem Gebiet des Bürgerlichen Rechts und des Verfahrensrechts der Gerichte, in nach dem Einführungsgesetz zum BGB (EGBGB) vorbehaltenem Landesrecht und in Vollstreckungstiteln und Verträgen auf Grund solcher Vorschriften verwendet werden, treten mit Wirkung vom 1. Januar 2002: a) an die Stelle des Zinssatzes für Kassenkredite des Bundes der um 1,5 Prozentpunkte erhöhte Basiszinssatz des BGB, b) an die Stelle des Lombardsatzes der SRF-Satz der EZB, c) an die Stelle des Basiszinssatzes des DÜG der Basiszinssatz gemäß § 247 BGB (s. a. Anm. 5). — 5 Gemäß Versicherungskapitalanlagen-Bewertungsgesetz (VersKapAG) Artikel 4 § 1 werden das DÜG, die Basiszinssatz-Bezugsgrößen-Verordnung und die Lombardsatz-Überleitungsverordnung aufgehoben. Nach Artikel 4 § 2 VersKapAG treten ab 4. April 2002 an Stelle des Diskontsatzes und des Basiszinssatzes gemäß DÜG der Basiszinssatz gemäß § 247 BGB, an Stelle des Lombardsatzes der SRF-Satz der EZB und an Stelle des Zinssatzes für Kassenkredite des Bundes der um 1,5 Prozentpunkte erhöhte Basiszinssatz gemäß § 247 BGB. — 6 Er beträgt 3,62 % und verändert sich zum 1. Januar und 1. Juli eines jeden Jahres (erstmalig zum 1. Januar 2002) um die Prozentpunkte, um welche die Bezugsgröße (jüngste Hauptrefinanzierungsoperation der EZB, marginaler Satz) seit der letzten Veränderung des Basiszinssatzes gestiegen oder gefallen ist.

4. Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems (Tenderverfahren) *)

Gebote Betrag	Zuteilung Betrag	Mengentender		Zinstender		Laufzeit	
		Festsatz	% p.a.	Mindest- bietungssatz	marginale Satz 1)		gewichteter Durchschnittssatz
Gutschriftstag	Mio €		% p.a.			Tage	
Hauptrefinanzierungsgeschäfte							
2002 6. März	127 212	67 000	—	3,25	3,29	3,30	12
13. März	90 424	41 000	—	3,25	3,27	3,28	14
18. März	107 575	69 000	—	3,25	3,28	3,29	17
27. März	121 842	63 000	—	3,25	3,33	3,34	14
4. April	112 796	55 000	—	3,25	3,30	3,31	13
10. April	112 847	48 000	—	3,25	3,29	3,29	14
17. April	102 694	49 000	—	3,25	3,27	3,28	13
24. April	115 604	60 000	—	3,25	3,30	3,31	14
30. April	106 166	49 000	—	3,25	3,30	3,31	15
8. Mai	108 472	66 000	—	3,25	3,29	3,30	14
15. Mai	108 733	43 000	—	3,25	3,30	3,30	14
Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte							
2002 31. Jan.	44 547	20 000	—	—	3,31	3,33	84
28. Febr.	47 001	20 000	—	—	3,32	3,33	91
28. März	39 976	20 000	—	—	3,40	3,42	91
25. April	40 580	20 000	—	—	3,35	3,36	91
Sonstige Tendergeschäfte							
2002 4. Jan.	57 644	25 000	—	3,25	3,30	3,32	3
10. Jan.	59 377	40 000	—	3,25	3,28	3,30	1

Quelle: EZB. — * Erweiterung des Euro-Währungsgebiets zum 1. Januar 2001 um Griechenland. — 1 Niedrigster bzw. höchster Zinssatz, zu dem Mit-

tel noch zuteilt bzw. hereingenommen werden.

VI. Zinssätze

5. Geldmarktsätze nach Monaten

% p.a.

Geldmarktsätze am Frankfurter Bankplatz 1)		EURIBOR 3)										
		EONIA 2)	Wochengeld	Monatsgeld	Drei-monatsgeld	Sechs-monatsgeld	Neun-monatsgeld	Zwölf-monatsgeld				
Tagesgeld		Dreimonatsgeld		Monatsdurchschnitte								
Monats-durch-schnitte	Niedrigst- und Höchstätze	Monats-durch-schnitte	Niedrigst- und Höchstätze		Wochengeld	Monatsgeld	Drei-monatsgeld	Sechs-monatsgeld	Neun-monatsgeld	Zwölf-monatsgeld		
Zeit												
2000 April	3,67	3,00 – 4,00	3,90	3,79 – 4,09	3,69	3,73	3,79	3,93	4,08	4,25	4,36	4,36
Mai	3,92	2,85 – 4,23	4,34	4,06 – 4,48	3,92	4,05	4,16	4,36	4,54	4,72	4,85	4,85
Juni	4,28	4,02 – 4,85	4,48	4,37 – 4,55	4,29	4,31	4,37	4,50	4,68	4,85	4,96	4,96
Juli	4,30	3,80 – 4,51	4,56	4,50 – 4,64	4,31	4,36	4,41	4,58	4,84	4,98	5,11	5,11
Aug.	4,40	3,85 – 4,80	4,76	4,60 – 4,92	4,42	4,48	4,57	4,78	5,01	5,14	5,25	5,25
Sept.	4,58	4,00 – 4,99	4,83	4,77 – 5,00	4,59	4,64	4,70	4,85	5,04	5,14	5,22	5,22
Okt.	4,75	4,50 – 5,02	5,02	4,95 – 5,14	4,76	4,80	4,85	5,04	5,10	5,16	5,22	5,22
Nov.	4,82	4,70 – 4,98	5,07	5,00 – 5,14	4,83	4,86	4,92	5,09	5,13	5,16	5,19	5,19
Dez.	4,82	4) 4,69 – 5,40	4,92	4,81 – 5,02	4,83	4,86	4,95	4,94	4,92	4,90	4,88	4,88
2001 Jan.	4,75	4,15 – 4,88	4,75	4,65 – 4,84	4,76	4,81	4,80	4,77	4,68	4,60	4,57	4,57
Febr.	4,98	4,73 – 5,75	4,74	4,67 – 4,81	4,99	4,83	4,80	4,76	4,67	4,61	4,59	4,59
März	4,77	4,20 – 4,93	4,69	4,52 – 4,78	4,78	4,82	4,78	4,71	4,58	4,49	4,47	4,47
April	5,04	4,71 – 5,80	4,66	4,52 – 4,80	5,06	4,88	4,78	4,68	4,57	4,50	4,48	4,48
Mai	4,64	4,41 – 4,90	4,62	4,49 – 4,81	4,65	4,66	4,66	4,64	4,56	4,53	4,52	4,52
Juni	4,53	4,30 – 4,85	4,43	4,37 – 4,50	4,54	4,56	4,53	4,45	4,35	4,33	4,31	4,31
Juli	4,51	4,25 – 4,63	4,45	4,38 – 4,50	4,51	4,54	4,52	4,47	4,39	4,33	4,31	4,31
Aug.	4,49	4,35 – 4,53	4,33	4,21 – 4,43	4,49	4,51	4,46	4,35	4,22	4,14	4,11	4,11
Sept.	3,97	2,95 – 5,50	3,96	3,60 – 4,27	3,99	4,08	4,05	3,98	3,88	3,80	3,77	3,77
Okt.	3,96	3,65 – 4,76	3,58	3,48 – 3,65	3,97	3,83	3,72	3,60	3,46	3,39	3,37	3,37
Nov.	3,51	3,15 – 4,20	3,37	3,28 – 3,50	3,51	3,48	3,43	3,39	3,26	3,20	3,20	3,20
Dez.	3,32	5) 2,90 – 4,05	3,33	3,26 – 3,36	3,34	3,38	3,42	3,34	3,26	3,24	3,20	3,20
2002 Jan.	3,29	2,45 – 3,57	3,32	3,24 – 3,38	3,29	3,35	3,35	3,34	3,34	3,39	3,48	3,48
Febr.	3,27	2,90 – 3,35	3,34	3,31 – 3,38	3,28	3,32	3,34	3,36	3,40	3,48	3,59	3,59
März	3,25	2,90 – 3,45	3,37	3,33 – 3,45	3,26	3,33	3,35	3,39	3,50	3,65	3,82	3,82
April	3,30	3,11 – 3,75	3,39	3,35 – 3,45	3,32	3,32	3,34	3,41	3,54	3,70	3,86	3,86

1 Geldmarktsätze werden nicht offiziell festgesetzt oder notiert; die aus den täglichen Angaben errechneten Monatsdurchschnitte sind ungewichtet. — 2 Euro OverNight Index Average: Seit 4. Januar 1999 von der Europäischen Zentralbank auf der Basis effektiver Umsätze nach der Zinsmethode act/360 berechneter gewichteter Durchschnittssatz für Tagesgelder im In-

terbankengeschäft, der über Bridge Telerate veröffentlicht wird. — 3 Euro Interbank Offered Rate: Seit 30. Dezember 1998 von Bridge Telerate nach der Zinsmethode act/360 berechneter ungewichteter Durchschnittssatz. — 4 Ultimogeld 5,00%-5,40%. — 5 Ultimogeld 3,50%-4,05%.

6. Zinssätze im Kundengeschäft der Banken im Euro-Währungsgebiet *) o)

% p.a.; Durchschnittssätze der Berichtszeiträume

Zeit	Einlagenzinsen					Kreditzinsen				
	täglich fällig	mit vereinbarter Laufzeit			mit vereinbarter Kündigungsfrist		für Unternehmenskredite		für private Haushalte	
		bis zu 1 Jahr	bis zu 2 Jahren	mehr als 2 Jahre	bis zu 3 Monaten	mehr als 3 Monate	bis zu 1 Jahr	mehr als 1 Jahr	Konsumenten- kredite	Wohnungsbau- kredite
1999	0,65	2,44	2,45	3,57	2,15	2,76	5,65	5,10	9,40	5,29
2000	0,85	3,45	3,45	4,52	2,25	3,79	6,60	6,23	9,87	6,34
2001 1)	0,94	3,49	3,49	4,12	2,40	3,59	6,83	6,15	10,12	5,97
2001 März	1,02	3,82	3,82	4,32	2,50	3,99	7,04	6,32	10,22	6,18
April	1,03	3,76	3,76	4,26	2,50	3,91	7,07	6,34	10,25	6,14
Mai	1,01	3,75	3,74	4,27	2,48	3,91	7,03	6,34	10,22	6,17
Juni	0,98	3,65	3,65	4,25	2,45	3,85	6,97	6,25	10,17	6,13
Juli	0,97	3,65	3,65	4,22	2,44	3,80	6,90	6,20	10,11	6,05
Aug.	0,96	3,59	3,59	4,14	2,40	3,68	6,89	6,19	10,16	5,96
Sept.	0,91	3,28	3,28	3,98	2,36	3,33	6,71	6,07	10,08	5,86
Okt.	0,84	3,06	3,06	3,84	2,29	3,01	6,46	5,82	9,99	5,65
Nov.	0,78	2,84	2,83	3,65	2,19	2,75	6,31	5,71	9,87	5,48
Dez.	0,74	2,79	2,78	3,77	2,17	2,79	6,24	5,69	9,81	5,52
2002 Jan.	0,73	2,77	2,77	3,83	2,18	2,80	6,16	5,63	9,78	5,53
Febr.	0,74	2,78	2,79	3,95	2,16	2,91	6,14	5,76	9,81	5,61
März	0,74	2,82	2,83	4,07	2,16	3,00	6,07	5,85	9,79	5,74

* Diese Zinssätze im Kundengeschäft der Banken im Euro-Währungsgebiet sollten mit Vorsicht und nur für statistische Zwecke verwendet werden. Sie dienen in erster Linie der Analyse ihrer Entwicklung im Zeitablauf und weniger der Beobachtung der Zinshöhe. Sie werden als gewichteter Durchschnitt der von den nationalen Zentralbanken angegebenen nationalen Zinssätze berechnet. Bei den nationalen Sätzen handelt es sich um derzeit vorhandene Daten aus nationalen Quellen, die am ehesten den in der Tabelle dargestellten Standardkategorien entsprechen. Diese nationalen Zinssätze wurden aggregiert, um daraus Informationen für das Euro-Währungsgebiet zu gewinnen. Dabei wurden teilweise – auf Grund der Heterogenität der nationalen Finanzinstrumente innerhalb der WU-Mitgliedstaaten – Näherungs-

werte und Arbeitsannahmen verwendet. Überdies sind die nationalen Zinssätze hinsichtlich ihrer Bezugsbasis (Neugeschäft und/oder Bestand), der Art der Daten (Nominal- oder Effektivzinssatz) und der Erhebungsmethode nicht harmonisiert. Die Gewichte der einzelnen Länder für die Zinssätze im Kundengeschäft der Banken im Euro-Währungsgebiet werden aus der Bilanzstatistik der MFIs oder aus vergleichbaren Quellen abgeleitet. Die Gewichte geben die länderspezifischen Anteile der jeweiligen Instrumente im Euro-Währungsgebiet, gemessen anhand der Bestände, wieder. Die Gewichte werden monatlich angepasst, sodass sich die Zinssätze und Gewichte immer auf denselben Monat beziehen. — 1 Erweiterung des Euro-Währungsgebiets zum 1. Januar 2001 um Griechenland.

o Tabelle und Erläuterungen sind von der EZB übernommen worden.

VI. Zinssätze

7. Soll- und Habenzinsen der Banken (MFIs) in Deutschland *) o)
Sollzinsen

% p.a.

Erhebungs- zeitraum 1)	Kontokorrentkredite						Wechseldiskontkredite	
	unter 100 000 €		von 100 000 € bis unter 500 000 €		von 500 000 € bis unter 2,5 Mio €		bundesbankfähige Abschnitte bis unter 50 000 €	
	durch- schnittlicher Zinssatz	Streubreite	durch- schnittlicher Zinssatz	Streubreite	durch- schnittlicher Zinssatz	Streubreite	durch- schnittlicher Zinssatz	Streubreite
2001 Juni	11,21	6,50 – 13,25	10,13	6,50 – 12,95	8,79	5,50 – 12,00	6,91	5,42 – 10,00
Juli	11,12	6,50 – 13,25	9,99	6,00 – 12,95	8,73	5,50 – 12,00	6,91	5,43 – 10,00
Aug.	11,11	6,20 – 13,25	10,03	6,00 – 12,95	8,79	5,50 – 12,10	6,84	5,18 – 10,00
Sept.	11,06	6,00 – 13,25	9,98	6,00 – 12,75	8,75	5,50 – 12,10	6,69	5,00 – 10,00
Okt.	10,97	5,50 – 13,25	9,93	5,50 – 12,75	8,57	5,00 – 12,00	6,57	4,55 – 10,25
Nov.	10,87	5,50 – 13,00	9,77	5,00 – 12,75	8,49	4,90 – 12,00	6,43	4,36 – 10,25
Dez.	10,66	6,00 – 13,00	9,64	5,50 – 12,75	8,44	4,90 – 12,00	6,23	3,46 – 10,00
2002 Jan. o)	10,86	6,00 – 13,00	9,62	5,50 – 12,75	8,40	4,50 – 12,00	6,34	4,30 – 10,25
Febr.	10,84	6,00 – 13,00	9,58	6,00 – 12,75	8,42	5,50 – 12,00	6,36	4,35 – 10,25
März	10,88	6,45 – 13,00	9,64	6,00 – 12,60	8,39	4,50 – 12,00	6,28	4,25 – 10,00
April	10,90	6,00 – 13,00	9,69	6,00 – 12,75	8,49	5,00 – 12,00	6,34	4,30 – 10,25

Erhebungs- zeitraum 1)	Dispositionskredite (eingeräumte Überziehungskredite) an Privatkunden						Langfristige Festzinskredite an Unternehmen und Selbständige (ohne Kredite für den Wohnungsbau) 5)			
	Ratenkredite von 5 000 € bis 15 000 € einschl. 2)						von 100 000 € bis unter 500 000 €		von 500 000 € bis unter 5 Mio €	
	Monatssatz 3)		jährliche Effektivverzinsung 4)		Effektivverzinsung					
	durch- schnittlicher Zinssatz	Streubreite	durch- schnittlicher Zinssatz	Streubreite	durch- schnittlicher Zinssatz	Streubreite	durch- schnittlicher Zinssatz	Streubreite	durch- schnittlicher Zinssatz	Streubreite
2001 Juni	12,68	11,50 – 13,50	0,41	0,34 – 0,49	10,76	8,76 – 12,89	6,82	5,81 – 8,66	6,62	5,75 – 8,20
Juli	12,68	11,25 – 13,50	0,41	0,35 – 0,49	10,78	8,92 – 12,91	6,82	5,85 – 8,63	6,60	5,70 – 8,30
Aug.	12,66	11,25 – 13,50	0,41	0,35 – 0,49	10,80	8,89 – 12,76	6,74	5,63 – 8,60	6,52	5,50 – 8,30
Sept.	12,66	11,25 – 13,50	0,41	0,35 – 0,49	10,80	8,95 – 12,89	6,64	5,49 – 8,50	6,43	5,38 – 8,25
Okt.	12,61	11,25 – 13,50	0,41	0,35 – 0,49	10,76	8,80 – 12,95	6,44	5,26 – 8,50	6,21	5,17 – 8,17
Nov.	12,54	11,25 – 13,50	0,41	0,34 – 0,49	10,65	8,68 – 12,86	6,28	5,15 – 8,50	6,05	5,04 – 8,12
Dez.	12,48	11,00 – 13,50	0,41	0,34 – 0,49	10,64	8,78 – 12,63	6,40	5,36 – 8,50	6,16	5,25 – 8,05
2002 Jan. o)	12,47	11,25 – 13,50	0,41	0,33 – 0,49	10,65	8,62 – 12,68	6,48	5,50 – 8,55	6,23	5,28 – 8,25
Febr.	12,47	11,00 – 13,50	0,41	0,34 – 0,49	10,73	8,87 – 12,77	6,57	5,55 – 8,60	6,36	5,41 – 8,50
März	12,44	11,00 – 13,50	0,41	0,34 – 0,49	10,71	8,87 – 12,68	6,77	5,80 – 8,80	6,55	5,41 – 8,55
April	12,44	10,51 – 13,50	0,41	0,34 – 0,49	10,68	8,76 – 12,80	6,82	5,80 – 8,80	6,63	5,70 – 8,45

Erhebungs- zeitraum 1)	Hypothekarkredite auf Wohngrundstücke							
	zu Festzinsen (Effektivverzinsung) 6)						zu Gleitzinsen (Effektivverzinsung) 6)	
	auf 2 Jahre		auf 5 Jahre		auf 10 Jahre			
	durch- schnittlicher Zinssatz	Streubreite	durch- schnittlicher Zinssatz	Streubreite	durch- schnittlicher Zinssatz	Streubreite	durch- schnittlicher Zinssatz	Streubreite
2001 Juni	5,80	5,27 – 6,54	5,84	5,54 – 6,33	6,22	5,85 – 6,59	6,64	5,48 – 8,03
Juli	5,78	5,22 – 6,45	5,85	5,54 – 6,37	6,24	5,77 – 6,59	6,64	5,43 – 8,03
Aug.	5,62	5,06 – 6,35	5,69	5,43 – 6,22	6,13	5,88 – 6,54	6,57	5,43 – 8,03
Sept.	5,41	4,75 – 6,22	5,57	5,22 – 6,22	6,08	5,85 – 6,43	6,45	5,38 – 7,82
Okt.	5,12	4,49 – 5,96	5,36	5,01 – 6,03	5,91	5,64 – 6,43	6,30	4,96 – 7,73
Nov.	4,95	4,33 – 5,79	5,20	4,75 – 5,75	5,70	5,38 – 6,14	6,12	4,80 – 7,71
Dez.	5,13	4,59 – 5,90	5,42	4,90 – 5,90	5,87	5,20 – 6,22	6,15	4,85 – 7,60
2002 Jan.	5,19	4,65 – 5,91	5,52	5,10 – 6,06	5,95	5,36 – 6,27	6,13	4,85 – 7,50
Febr.	5,38	4,85 – 6,11	5,66	5,32 – 6,17	6,05	5,62 – 6,42	6,14	4,80 – 7,50
März	5,61	5,12 – 6,27	5,89	5,54 – 6,33	6,26	5,84 – 6,61	6,16	4,70 – 7,50
April	5,70	5,22 – 6,38	5,96	5,56 – 6,43	6,30	6,00 – 6,69	6,26	5,10 – 7,60

* Die Durchschnittssätze sind als ungewichtetes arithmetisches Mittel aus den innerhalb der Streubreite liegenden Zinsmeldungen errechnet. Die Streubreite wird ermittelt, indem jeweils 5% der Meldungen mit den höchsten und den niedrigsten Zinssätzen ausgesondert werden. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. — o Die Umstellung der Bertragskategorien von D-Mark auf Euro ab Januar 2002 erfolgt aus Gründen der Praktikabilität mittels Halbierung. — 1 Jeweils die beiden mittleren Wochen der angegebenen Monate. — 2 Mit Laufzeit von 36 Monaten bis 60 Monate einschl. — 3 Zinssätze in % p.M. vom ursprünglich in Anspruch genommenen Kreditbetrag. Neben der Verzinsung wird von den meisten Banken eine einmalige Bearbeitungsgebühr (im Allgemeinen 2% der Darlehens-

summe, zum Teil auch 3%) berechnet. — 4 Berechnet aus den gemeldeten p.M.-Sätzen (s. Anm. 3) und den gemeldeten p.a.-Sätzen auf den jeweils geschuldeten Betrag sowie den zugehörigen Bearbeitungsgebühren unter Berücksichtigung der gemeldeten Laufzeiten. — 5 Unternehmenskredite (mit vereinbarter Laufzeit von über 5 Jahren), für die eine Zinsbindungsfrist von über 5 Jahren vereinbart worden ist. — 6 Die Angaben beziehen sich auf den Zeitpunkt des Vertragsabschlusses und nicht auf die Gesamtlaufzeit der Verträge. Bei Errechnung der Effektivverzinsung wird von einer jährlichen Grundtilgung von 1% zuzüglich ersparter Zinsen ausgegangen unter Berücksichtigung der von den beteiligten Instituten jeweils vereinbarten Rückzahlungsmodalitäten (zurzeit überwiegend monatliche Zahlung und Anrechnung).

VI. Zinssätze

noch: 7. Soll- und Habenzinsen der Banken (MFIs) in Deutschland *) o)
Habenzinsen

% p.a.

Erhebungs- zeitraum 1)	Festgelder mit vereinbarter Laufzeit											
	Sichteinlagen von Privatkunden mit höherer Verzinsung 7)								von 1 Monat		von 3 Monaten	
	unter 50 000 €		von 50 000 € bis unter 500 000 €		von 500 000 € bis unter 2,5 Mio €		von 50 000 € bis unter 500 000 €					
	durch- schnittlicher Zinssatz	Streb- breite	durch- schnittlicher Zinssatz	Streb- breite	durch- schnittlicher Zinssatz	Streb- breite	durch- schnittlicher Zinssatz	Streb- breite	durch- schnittlicher Zinssatz	Streb- breite		
2001 Juni	2,42	0,50 – 3,90	3,34	2,50 – 4,00	3,73	3,10 – 4,25	4,07	3,50 – 4,44	3,84	3,15 – 4,35		
Juli	2,41	0,50 – 3,88	3,34	2,50 – 4,00	3,73	3,10 – 4,20	4,08	3,50 – 4,50	3,83	3,20 – 4,41		
Aug.	2,39	0,50 – 3,75	3,31	2,50 – 4,00	3,70	3,00 – 4,20	4,05	3,40 – 4,45	3,76	3,10 – 4,30		
Sept.	2,26	0,50 – 3,50	3,00	2,20 – 3,85	3,38	2,70 – 4,00	3,66	2,95 – 4,15	3,47	2,60 – 4,00		
Okt.	2,10	0,50 – 3,24	2,69	2,00 – 3,40	3,07	2,40 – 3,50	3,36	2,75 – 3,75	3,12	2,40 – 3,65		
Nov.	1,96	0,50 – 2,96	2,42	1,75 – 3,00	2,77	2,20 – 3,15	3,00	2,50 – 3,30	2,83	2,17 – 3,45		
Dez.	1,92	0,50 – 2,95	2,41	1,75 – 3,00	2,76	2,23 – 3,15	3,03	2,50 – 3,40	2,78	2,20 – 3,15		
2002 Jan. o)	1,90	0,50 – 2,85	2,37	1,70 – 3,00	2,73	2,20 – 3,10	3,00	2,50 – 3,30	2,76	2,20 – 3,11		
Febr.	1,86	0,50 – 2,85	2,30	1,65 – 3,00	2,66	2,09 – 3,05	2,89	2,45 – 3,23	2,75	2,20 – 3,13		
März	1,88	0,50 – 2,80	2,34	1,70 – 3,00	2,70	2,20 – 3,10	2,94	2,40 – 3,25	2,77	2,25 – 3,17		
April	1,87	0,50 – 3,00	2,34	1,70 – 3,00	2,69	2,25 – 3,05	2,94	2,50 – 3,25	2,78	2,22 – 3,20		

Erhebungs- zeitraum 1)	Spareinlagen									
	Sparbriefe mit laufender Zinszahlung					mit höherer Verzinsung 9) (ohne Vereinbarung einer Vertragsdauer)				
	mit Mindest-/ Grundverzinsung 8)					bei vereinbarter Kündigungsfrist von 3 Monaten				
	vierjährige Laufzeit					unter 5 000 €		von 5 000 € bis unter 10 000 €		von 10 000 € bis unter 25 000 €
durch- schnittlicher Zinssatz	Streb- breite	durch- schnittlicher Zinssatz	Streb- breite	durch- schnittlicher Zinssatz	Streb- breite	durch- schnittlicher Zinssatz	Streb- breite	durch- schnittlicher Zinssatz	Streb- breite	
2001 Juni	4,31	3,95 – 4,60	1,21	1,00 – 2,00	2,29	1,50 – 3,66	2,87	1,75 – 4,00	3,09	2,00 – 4,00
Juli	4,26	3,90 – 4,60	1,20	1,00 – 2,00	2,26	1,50 – 3,50	2,85	1,75 – 4,00	3,07	2,00 – 4,00
Aug.	4,16	3,75 – 4,50	1,18	1,00 – 1,75	2,20	1,50 – 3,35	2,77	1,75 – 3,75	3,02	2,00 – 4,00
Sept.	3,99	3,60 – 4,35	1,16	1,00 – 1,75	2,11	1,35 – 3,25	2,63	1,60 – 3,50	2,88	1,85 – 3,90
Okt.	3,77	3,40 – 4,20	1,14	1,00 – 1,75	2,01	1,25 – 3,05	2,47	1,50 – 3,50	2,69	1,85 – 3,50
Nov.	3,48	3,00 – 4,00	1,11	0,75 – 1,50	1,86	1,25 – 2,75	2,25	1,50 – 3,00	2,49	1,75 – 3,20
Dez.	3,65	3,10 – 4,00	1,08	0,75 – 1,50	1,81	1,25 – 2,75	2,18	1,50 – 3,00	2,42	1,75 – 3,00
2002 Jan. o)	3,73	3,25 – 4,10	1,07	0,75 – 1,50	1,78	1,25 – 2,75	2,15	1,50 – 2,75	2,40	1,70 – 3,00
Febr.	3,90	3,25 – 4,25	1,06	0,75 – 1,50	1,78	1,25 – 2,70	2,14	1,50 – 2,75	2,37	1,60 – 3,00
März	4,07	3,30 – 4,50	1,05	0,75 – 1,50	1,79	1,25 – 2,75	2,14	1,50 – 2,80	2,38	1,60 – 3,00
April	4,15	3,30 – 4,50	1,04	0,75 – 1,50	1,78	1,25 – 2,60	2,15	1,50 – 2,80	2,38	1,60 – 3,00

Erhebungs- zeitraum 1)	Spareinlagen mit höherer Verzinsung 9) und Vereinbarung einer Vertragsdauer von 10 000 € bis unter 25 000 € (Gesamtverzinsung) 10)									
	bei vereinbarter Kündigungsfrist von 3 Monaten und einer Vertragsdauer					bei vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten und einer Vertragsdauer				
	bis 1 Jahr einschl.		von über 1 Jahr bis 4 Jahre einschl.		von über 4 Jahren		bis 1 Jahr einschl.		von über 4 Jahren	
	durch- schnittlicher Zinssatz	Streb- breite	durch- schnittlicher Zinssatz	Streb- breite	durch- schnittlicher Zinssatz	Streb- breite	durch- schnittlicher Zinssatz	Streb- breite	durch- schnittlicher Zinssatz	Streb- breite
2001 Juni	3,67	2,80 – 4,20	3,93	3,25 – 4,30	4,48	3,64 – 5,22	3,85	2,50 – 4,25	4,35	3,90 – 4,78
Juli	3,64	2,80 – 4,15	3,91	3,25 – 4,45	4,48	3,64 – 5,25	3,80	2,50 – 4,05	4,33	3,90 – 4,75
Aug.	3,52	2,60 – 4,00	3,83	3,20 – 4,30	4,42	3,60 – 5,40	3,68	2,50 – 4,00	4,22	3,84 – 4,73
Sept.	3,32	2,40 – 3,90	3,62	2,61 – 4,25	4,32	3,36 – 5,42	3,33	2,50 – 3,65	4,06	3,72 – 4,73
Okt.	2,94	2,25 – 3,45	3,36	2,60 – 3,88	4,17	3,00 – 5,40	3,01	2,50 – 3,50	3,85	3,50 – 4,50
Nov.	2,64	2,00 – 3,25	3,09	2,48 – 3,50	4,01	2,66 – 5,40	2,75	2,00 – 3,50	3,53	2,93 – 4,30
Dez.	2,63	1,75 – 3,10	3,14	2,48 – 4,00	3,98	2,88 – 5,40	2,79	2,20 – 3,20	3,63	3,00 – 4,30
2002 Jan. o)	2,67	2,00 – 3,10	3,23	2,50 – 4,25	3,98	2,91 – 5,08	2,80	2,00 – 3,20	3,74	3,25 – 4,25
Febr.	2,76	2,00 – 3,25	3,32	2,60 – 4,00	4,07	2,91 – 5,13	2,91	2,20 – 3,50	3,84	3,25 – 4,20
März	2,84	2,10 – 3,30	3,45	2,50 – 4,25	4,15	3,13 – 5,13	3,00	2,40 – 3,50	3,96	3,25 – 4,40
April	2,89	2,10 – 3,40	3,50	2,25 – 4,25	4,17	2,91 – 5,13	3,07	2,50 – 3,70	3,97	3,25 – 4,44

Anmerkungen *, o, 1 bis 6 s. S. 45*. — 7 Es werden nur Zinssätze berücksichtigt, die über der jeweiligen Standardkondition der in die Erhebung einbezogenen Banken liegen. — 8 Es wird lediglich eine Mindest-/Grundverzinsung, aber keine Prämie bzw. kein Bonus gewährt. — 9 Es wird ein über

der Mindest-/Grundverzinsung liegender Zinssatz und/oder eine Prämie bzw. ein Bonus gewährt. — 10 Verzinsung, die beim „Durchhalten“ der Sparpläne bzw. Erreichen der Sparziele gewährt wird.

VI. Zinssätze

8. Ausgewählte Notenbankzinsen im Ausland

Land/Zinssatz	Neuer Satz		Vorheriger Satz		Land/Zinssatz	Neuer Satz		Vorheriger Satz	
	% p.a.	gültig ab	% p.a.	gültig ab		% p.a.	gültig ab	% p.a.	gültig ab
1. EU-Länder 1)					3. Außereuropäische Länder				
Dänemark					Japan				
Diskontsatz	3 1/4	9.11.01	3 3/4	17. 9.01	Diskontsatz	0,10	19. 9.01	0,25	1. 3.01
Repo-/CD-Abgabesatz	3,55	1. 2.02	3,60	9.11.01	Kanada 3)				
Großbritannien					Diskontsatz	2 1/2	16. 4.02	2 1/4	15. 1.02
Repo-Satz 2)	4	8.11.01	4 1/2	4.10.01	Vereinigte Staaten				
Schweden					Federal Funds Ziel 4)	1 3/4	11.12.01	2	6.11.01
Einlagenzins	3 1/2	26. 4.02	3 1/4	19. 3.02					
Repo-Satz	4 1/4	26. 4.02	4	19. 3.02					
Lombardsatz	5	26. 4.02	4 3/4	19. 3.02					
2. Schweiz									
3-Monat-Libor-Zielband	3/4 - 1 3/4	2. 5.02	1 1/4 - 2 1/4	7.12.01					

1 Nur die vorerst nicht an der Euro-Währung beteiligten Mitgliedstaaten. — 2 Leitzins der Bank of England. — 3 Obergrenze des Zinsbandes der Bank of

Canada für Call-Geld. — 4 Für den Interbankenhandel mit Zentralbankgeld angesteuerter Satz.

9. Geldmarktsätze im Ausland

Monats- bzw. Wochendurchschnitte aus täglichen Angaben 1)
% p.a.

Monat bzw. Woche	London		New York		Tokio		Zürich	Hongkong		Euro-Dollar-Markt			Nachrichtlich: Swap-Sätze am freien Markt	
	Tagesgeld 2)	Schatzwechsel (3 Monate) Emissions-satz 3)	Federal Funds 4)	Schatzwechsel (3 Monate) Emissions-satz 3)	Tagesgeld	Gen-saki Rate (3 Monate)	Drei-monats-geld 5)	Tages-geld 6)	Exchange Fund Bills 7)	Tages-geld	Monats-geld	Drei-monats-geld	€/US-\$	€/£
1999 Juli	4,92	4,76	4,99	4,60	0,03	0,03	0,51	5,51	5,47	5,05	5,18	5,31	+ 2,67	+ 2,39
Aug.	4,84	4,85	5,07	4,76	0,03	0,03	0,51	5,55	5,80	5,12	5,29	5,45	+ 2,82	+ 2,47
Sept.	4,89	5,08	5,22	4,73	0,03	0,02	1,14	5,12	5,68	5,29	5,38	5,57	+ 2,85	+ 2,60
Okt.	5,01	5,24	5,20	4,88	0,02	0,02	1,38	5,37	5,49	5,25	5,41	6,18	+ 2,86	+ 2,55
Nov.	5,18	5,24	5,42	5,07	0,03	0,03	1,34	5,01	5,11	5,40	5,56	6,10	+ 2,68	+ 2,34
Dez.	5,01	5,46	5,30	5,23	0,02	0,04	1,24	3,58	4,65	5,45	6,40	6,13	+ 2,75	+ 2,48
2000 Jan.	5,28	5,78	5,45	5,34	0,02	0,03	3,33	5,18	5,18	5,55	5,81	6,04	+ 2,70	+ 2,66
Febr.	5,77	5,92	5,73	5,57	0,03	0,03	1,78	5,37	5,64	5,73	5,89	6,10	+ 2,54	+ 2,54
März	5,69	5,93	5,85	5,72	0,02	0,03	2,26	5,41	5,65	5,87	6,05	6,20	+ 2,47	+ 2,36
April	5,82	6,01	6,02	5,67	0,02	0,03	2,76	6,32	6,06	6,03	6,15	6,31	+ 2,42	+ 2,22
Mai	5,87	6,00	6,27	5,92	0,02	0,02	2,55	6,04	6,63	6,30	6,55	6,76	+ 2,44	+ 1,83
Juni	5,88	5,95	6,53	5,74	0,02	0,03	3,05	5,95	6,36	6,55	6,65	6,79	+ 2,31	+ 1,60
Juli	5,85	5,92	6,55	5,92	0,02	0,04	3,04	5,86	6,12	6,55	6,63	6,73	+ 2,17	+ 1,48
Aug.	5,81	5,90	6,50	6,11	0,16	0,14	3,12	5,49	5,76	6,47	6,62	6,69	+ 1,92	+ 1,33
Sept.	6,10	5,88	6,52	5,99	0,25	0,24	3,00	6,88	6,04	6,50	6,62	6,67	+ 1,79	+ 1,20
Okt.	5,79	5,83	6,51	6,10	0,25	0,27	3,00	5,32	5,82	6,48	6,62	6,78	+ 1,71	+ 1,01
Nov.	5,94	5,78	6,51	6,19	0,25	0,27	3,00	5,16	5,66	6,51	6,64	6,75	+ 1,65	+ 0,89
Dez.	5,70	5,71	6,40	5,90	0,24	0,29	2,88	6,44	5,73	6,52	6,69	6,55	+ 1,57	+ 0,92
2001 Jan.	5,95	5,62	5,98	5,27	0,25	0,28	3,09	5,57	5,14	6,03	5,87	5,70	+ 0,90	+ 0,95
Febr.	5,86	5,51	5,49	4,93	0,25	0,27	2,86	5,22	4,92	5,52	5,52	5,35	+ 0,56	+ 0,86
März	5,41	5,32	5,31	4,50	0,11	0,09	2,96	5,05	4,71	5,36	5,13	4,96	+ 0,26	+ 0,74
April	5,31	5,15	4,80	3,92	0,02	0,03	2,60	4,49	4,46	4,82	4,80	4,61	- 0,07	+ 0,64
Mai	5,53	5,04	4,21	3,68	0,02	0,01	2,59	3,88	3,63	4,21	4,16	4,10	- 0,58	+ 0,50
Juni	4,74	5,04	3,97	3,51	0,02	0,01	2,62	3,99	3,47	3,96	3,91	3,83	- 0,67	+ 0,74
Juli	5,26	5,05	3,77	3,54	0,01	0,01	2,84	3,69	3,45	3,79	3,82	3,75	- 0,76	+ 0,70
Aug.	4,69	4,78	3,65	3,39	0,01	0,01	2,76	3,48	3,26	3,66	3,64	3,57	- 0,83	+ 0,57
Sept.	4,89	4,48	3,05	2,87	0,01	0,01	1,90	3,11	2,76	3,19	3,15	3,03	- 0,96	+ 0,68
Okt.	4,56	4,20	2,49	2,22	0,00	0,01	1,74	2,11	1,99	2,53	2,48	2,40	- 1,25	+ 0,76
Nov.	3,56	3,82	2,10	1,93	0,00	0,01	1,67	2,20	1,70	2,11	2,13	2,10	- 1,33	+ 0,58
Dez.	4,54	3,87	1,82	1,72	0,00	0,01	1,51	1,82	1,61	1,86	1,96	1,93	- 1,43	+ 0,61
2002 Jan.	3,70	3,86	1,73	1,64	0,00	0,01	1,56	1,83	1,60	1,78	1,80	1,82	- 1,55	+ 0,64
Febr.	4,04	3,90	1,74	1,73	0,00	0,00	1,42	1,94	1,69	1,79	1,85	1,90	- 1,49	+ 0,61
März	3,98	3,97	1,73	1,80	0,00	0,00	1,28	2,00	1,93	1,78	1,89	1,99	- 1,48	+ 0,67
April 1)	3,79	4,01	1,75	1,72	0,00	0,00	1,27	1,85	1,82	1,77	1,86	1,97	- 1,49	+ 0,69
Woche endend 1)														
2002 März 28.	3,83	3,94	1,70	1,82	0,00	0,00	1,28	1,97	2,00	1,82	1,89	2,04	- 1,46	+ 0,72
April 5.	3,65	4,04	1,77	1,79	0,00	0,00	-	1,94	1,97	1,78	1,87	2,02	- 1,45	+ 0,72
12.	3,66	4,02	1,71	1,71	0,00	0,00	-	1,79	1,85	1,76	1,86	1,98	- 1,48	+ 0,69
19.	3,51	4,00	1,78	1,68	0,00	0,00	-	1,82	1,79	1,80	1,86	1,96	- 1,49	+ 0,70
26.	3,83	3,98	1,70	1,69	0,00	0,00	1,27	1,85	1,75	1,75	1,85	1,93	- 1,52	+ 0,68

1 Soweit nicht anders vermerkt. — 2 Overnight money am Interbankenmarkt. — 3 Monate: Durchschnitt aus den bei den wöchentlichen Schatzwechselauktionen erzielten Emissionssätzen; Wochen: Durchschnitt aus den am Ausgabetag erzielten Emissionssätzen. — 4 Wochendurchschnitt: jeweils Donnerstag bis Mittwoch. — 5 Dreimonatsdepot bei Großbanken in Zürich;

Monate: Durchschnitt der Ultimowerte. Wert in der vierten Woche jeweils Stichtag Ultimo. — 6 Hongkong-Dollar Interbank Offered Rates (HIBOR). — 7 Von der Hongkong Monetary Authority regelmäßig emittierte Geldmarktpapiere; Laufzeit 91 Tage.

VII. Kapitalmarkt

1. Absatz und Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren und Aktien in Deutschland *)

Festverzinsliche Wertpapiere											
Zeit	Absatz						Erwerb				
	Absatz = Erwerb insgesamt	inländische Schuldverschreibungen 1)				aus- ländische Schuldver- schrei- bungen 3)	Inländer				Aus- länder 7)
		zu- sammen	Bank- schul- ver- schrei- bungen	Indus- trie- obliga- tionen	Anleihen der öffent- lichen Hand 2)		zu- sammen 4)	Kredit- institute einschließlich Bauspar- kassen 5)	Nicht- banken 6)	Offen- markt- operati- onen der Bundes- bank 5)	
Mio DM											
1986	103 497	87 485	29 509	200	57 774	16 012	45 927	31 192	13 667	1 068	57 570
1987	112 285	88 190	28 448	27	59 768	24 095	78 193	45 305	33 599	711	34 093
1988	88 425	35 100	11 029	100	46 228	53 325	86 657	36 838	49 417	402	1 769
1989	118 285	78 409	52 418	344	25 649	39 876	96 073	20 311	76 448	686	22 212
1990	244 827	220 340	136 799	67	83 609	24 487	225 066	91 833	133 266	33	19 763
1991	231 965	219 346	131 670	667	87 011	12 619	173 099	45 095	127 310	694	58 866
1992	291 762	284 054	106 857	175	177 376	7 708	170 873	132 236	37 368	1 269	120 887
1993	395 110	382 571	151 812	200	230 560	12 539	183 195	164 436	20 095	1 336	211 915
1994	303 339	276 058	117 185	65	158 939	27 281	279 989	126 808	154 738	1 557	23 349
1995	227 099	203 029	162 538	350	40 839	24 070	141 282	49 193	94 409	2 320	85 815
1996	254 359	233 519	191 341	649	41 529	20 840	148 250	117 352	31 751	853	106 109
1997	332 655	250 688	184 911	1 563	64 214	81 967	204 378	144 177	60 201	—	128 276
1998	418 841	308 201	254 367	3 143	50 691	110 640	245 802	203 342	42 460	—	173 038
Mio €											
1999	292 727	198 068	156 399	2 184	39 485	94 659	155 808	74 728	81 080	—	136 920
2000	229 167	157 994	120 154	12 605	25 234	71 173	156 532	91 447	65 085	—	72 635
2001	180 377	86 656	55 918	14 473	16 262	93 721	157 471	35 848	121 623	—	22 906
2002 Jan.	23 224	19 581	6 474	6 615	6 492	3 643	22 067	610	21 457	—	1 157
Febr.	17 699	11 699	13 103	3 434	2 031	6 000	21 822	10 467	11 355	—	4 123
März	26 749	16 995	15 551	2 894	4 338	9 754	22 851	11 244	11 607	—	3 898

Aktien							
Zeit	Absatz			Erwerb			
	Absatz = Erwerb insgesamt	inländische Aktien 8)	ausländische Aktien 9)	Inländer			Ausländer 12)
				zu- sammen 10)	Kredit- institute 5) 11)	Nicht- banken 6)	
Mio DM							
1986	32 371	16 394	15 976	17 195	5 022	12 173	15 174
1987	15 845	11 889	3 955	16 439	2 153	14 286	594
1988	21 390	7 528	13 862	18 436	1 177	17 259	2 953
1989	35 511	19 365	16 147	10 231	4 913	5 318	25 277
1990	50 070	28 021	22 048	52 631	7 215	45 416	2 561
1991	33 478	13 317	20 161	32 247	2 466	29 781	1 230
1992	32 595	17 226	15 370	40 651	2 984	37 667	8 055
1993	39 355	19 512	19 843	30 871	4 133	26 738	8 485
1994	55 125	29 160	25 966	54 466	1 622	52 844	659
1995	46 422	23 600	22 822	49 354	11 945	37 409	2 931
1996	72 491	34 212	38 280	55 962	12 627	43 335	16 529
1997	119 522	22 239	97 280	96 844	8 547	88 297	22 677
1998	249 504	48 796	200 708	149 151	20 252	128 899	100 352
Mio €							
1999	149 980	36 010	113 969	103 487	18 637	84 850	46 493
2000	138 535	22 733	115 802	156 274	23 293	132 981	17 738
2001	80 107	17 575	62 532	6 663	14 714	8 051	86 769
2002 Jan.	7 158	1 538	5 620	4 397	5 904	1 507	2 761
Febr.	5 454	665	4 789	5 370	6 605	11 975	84
März	6 562	1 445	5 117	486	7 857	8 343	6 076

* Festverzinsliche Wertpapiere umfassen bis Ende 1999 Rentenwerte und Geldmarktpapiere inländischer Banken, ab Januar 2000 alle Schuldverschreibungen. Investmentzertifikate siehe Tabelle VII. 6. — 1 Netto-Absatz zu Kurswerten plus/minus Eigenbestandsveränderungen bei den Emittenten. — 2 Einschließlich Bundeseisenbahnvermögen, Bundespost und Treuhandanstalt. — 3 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Schuldverschreibungen durch Inländer; Transaktionswerte. — 4 In- und ausländische Schuldverschreibungen. — 5 Buchwerte; statistisch bereinigt. — 6 Als Rest errechnet; enthält auch den Erwerb in- und ausländischer Wertpapiere durch inländische Investmentfonds. — 7 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung

(-) inländischer Schuldverschreibungen durch Ausländer; Transaktionswerte. — 8 Zu Emissionskursen. — 9 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Aktien (einschließlich Direktinvestitionen) durch Inländer; Transaktionswerte. — 10 In- und ausländische Aktien. — 11 Bis einschließlich 1998 ohne Aktien mit Konsortialbindung. — 12 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) inländischer Aktien (einschließlich Direktinvestitionen) – vor 1989 auch inländische Investmentzertifikate – durch Ausländer; Transaktionswerte. — Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind vorläufig, Korrekturen werden nicht besonders angemerkt.

VII. Kapitalmarkt

2. Absatz festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland *)

Bis Ende 1998 Mio DM, ab 1999 Mio € Nominalwert

Zeit	Bankschuldverschreibungen 1)						Industrieobligationen 2)	Anleihen der öffentlichen Hand 3)	Nachrichtlich: DM-/Euro-Auslandsanleihen unter inländ. Konsortialführung begeben
	Insgesamt	zusammen	Hypothekendarfandbriefe	Öffentliche Darfandbriefe	Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten	Sonstige Bankschuldverschreibungen			
Brutto-Absatz 4)									
1990	428 698	286 709	14 923	70 701	89 755	111 326	—	141 990	35 168
1991	442 089	292 092	19 478	91 489	80 738	100 386	707	149 288	32 832
1992	572 767	318 522	33 633	134 363	49 195	101 333	—	254 244	57 282
1993	733 126	434 829	49 691	218 496	34 028	132 616	457	297 841	87 309
1994	627 331	412 585	44 913	150 115	39 807	177 750	486	214 261	61 465
1995	620 120	470 583	43 287	208 844	41 571	176 877	200	149 338	102 719
1996	731 992	563 076	41 439	246 546	53 508	221 582	1 742	167 173	112 370
1997	846 567	621 683	53 168	276 755	54 829	236 933	1 915	222 972	114 813
1998	1 030 827	789 035	71 371	344 609	72 140	300 920	3 392	238 400	149 542
Mio €									
1999	571 269	448 216	27 597	187 661	59 760	173 200	2 570	120 483	57 202
2000	659 148	500 895	34 528	143 107	94 556	228 703	8 114	150 137	31 597
2001	687 988	505 646	34 782	112 594	106 166	252 103	11 328	171 012	10 605
2001 Okt.	64 443	45 971	5 638	10 174	11 994	18 165	303	18 169	2 350
Nov.	67 261	58 089	2 680	13 391	19 777	22 241	125	9 047	—
Dez.	47 009	33 971	858	7 534	4 614	20 965	1 300	11 738	702
2002 Jan.	84 962	49 684	3 952	12 328	8 083	25 322	3 351	31 927	633
Febr.	62 884	49 272	3 141	16 096	4 303	25 732	732	12 881	—
März	62 601	50 006	7 334	7 444	12 006	23 222	64	12 531	1 000
darunter Schuldverschreibungen mit Laufzeit von über 4 Jahren 5)									
1990	272 642	133 347	10 904	43 250	26 767	52 425	—	139 295	29 791
1991	303 326	172 171	11 911	65 642	54 878	39 741	707	130 448	22 772
1992	430 479	211 775	28 594	99 627	40 267	43 286	—	218 703	51 939
1993	571 533	296 779	43 365	160 055	26 431	66 923	230	274 524	82 049
1994	429 369	244 806	36 397	109 732	29 168	69 508	306	184 255	53 351
1995	409 469	271 763	30 454	141 629	28 711	70 972	200	137 503	85 221
1996	473 560	322 720	27 901	167 811	35 522	91 487	1 702	149 139	92 582
1997	563 333	380 470	41 189	211 007	41 053	87 220	1 820	181 047	98 413
1998	694 414	496 444	59 893	288 619	54 385	93 551	2 847	195 122	139 645
Mio €									
1999	324 888	226 993	16 715	124 067	37 778	48 435	2 565	95 331	44 013
2000	319 330	209 187	20 724	102 664	25 753	60 049	6 727	103 418	27 008
2001	299 751	202 337	16 619	76 341	42 277	67 099	7 479	89 933	6 480
2001 Okt.	19 945	13 343	1 801	6 596	2 224	2 721	—	6 602	100
Nov.	37 440	29 446	1 263	7 516	15 766	4 901	3	7 991	—
Dez.	12 277	10 430	583	3 842	1 498	4 507	535	1 311	702
2002 Jan.	45 313	19 598	2 091	8 276	2 118	7 113	1 960	23 756	633
Febr.	28 013	16 078	1 032	10 533	436	4 077	605	11 330	—
März	23 134	18 818	4 131	1 787	7 741	5 159	—	4 316	1 000
Netto-Absatz 6)									
1990	226 707	140 327	— 3 922	— 72	73 287	71 036	— 67	86 449	21 717
1991	227 822	139 396	4 729	22 290	65 985	46 390	558	87 868	18 583
1992	304 751	115 786	13 104	58 235	19 585	24 864	— 175	189 142	34 114
1993	403 212	159 982	22 496	122 917	— 13 156	27 721	— 180	243 049	43 701
1994	270 088	116 519	18 184	54 316	— 6 897	50 914	— 62	153 630	21 634
1995	205 482	173 797	18 260	96 125	3 072	56 342	— 354	32 039	61 020
1996	238 427	195 058	11 909	121 929	6 020	55 199	585	42 788	69 951
1997	257 521	188 525	16 471	115 970	12 476	43 607	1 560	67 437	63 181
1998	327 991	264 627	22 538	162 519	18 461	61 111	3 118	60 243	84 308
Mio €									
1999	209 096	170 069	2 845	80 230	31 754	55 238	2 185	36 840	22 728
2000	155 615	122 774	5 937	29 999	30 089	56 751	7 320	25 522	— 16 705
2001	84 122	60 905	6 932	— 9 254	28 808	34 416	8 739	14 479	— 30 657
2001 Okt.	16 872	6 587	2 946	— 1 217	6 043	— 1 186	— 232	10 053	— 502
Nov.	3 361	5 143	— 711	— 5 219	14 199	— 3 126	— 125	1 657	— 3 161
Dez.	492	— 6 159	— 2 514	— 2 814	— 2 307	1 476	266	6 385	— 4 827
2002 Jan.	17 348	4 572	1 096	— 5 401	— 2 178	6 700	3 275	9 501	— 2 045
Febr.	18 355	15 899	1 167	— 9 450	— 1 742	7 026	678	1 778	— 5 726
März	16 766	13 848	5 254	— 5 507	5 956	8 146	— 205	3 123	— 231

* Begriffsabgrenzungen siehe Erläuterungen im Statistischen Beiheft zum Monatsbericht 2, Kapitalmarktstatistik. — 1 Ohne Bank-Namenschuldverschreibungen. — 2 Schuldverschreibungen von Wirtschaftsunternehmen. — 3 Einschließlich Bundeseisenbahnvermögen, Bundespost und Treuhandan-

stalt. — 4 Brutto-Absatz ist nur der Erstabsatz neu aufgelegter Wertpapiere. — 5 Längste Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen. — 6 Brutto-Absatz minus Tilgung.

VII. Kapitalmarkt

3. Umlauf festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland *)

Bis Ende 1998 Mio DM, ab 1999 Mio € Nominalwert

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Bankschuldverschreibungen 1)						Industrie- obligationen	Anleihen der öffent- lichen Hand	Nachrichtlich: DM-/Euro-Aus- landsanleihen unter inländ. Konsortialfüh- rung begeben
	Insgesamt	zusammen	Hypotheken- pfandbriefe	Öffentliche Pfandbriefe	Schuldver- schreibungen von Spezial- kreditinstituten	Sonstige Bankschuld- verschreibungen			
Mio DM									
1990	1 458 943	900 977	138 025	369 901	155 045	238 005	2 604	555 362	223 176
1991	1 686 765	1 040 374	142 757	392 190	221 031	284 396	3 161	643 230	241 760
1992	1 991 515	1 156 162	155 862	450 424	240 616	309 259	2 983	832 370	275 873
1993	2 394 728	1 316 142	178 357	573 341	227 463	336 981	3 163	1 075 422	319 575
1994	2 664 814	1 432 661	196 541	627 657	219 214	389 249	3 101	1 229 053	341 210
1995	2 870 295	1 606 459	214 803	723 781	222 286	445 589	2 746	1 261 090	402 229
1996	3 108 724	1 801 517	226 711	845 710	228 306	500 790	3 331	1 303 877	472 180
1997	3 366 245	1 990 041	243 183	961 679	240 782	544 397	4 891	1 371 313	535 359
1998	3 694 234	2 254 668	265 721	1 124 198	259 243	605 507	8 009	1 431 558	619 668
Mio €									
1999	2 097 926	1 322 863	134 814	655 024	163 284	369 741	6 280	768 783	339 560
2000	2 265 121	1 445 736	140 751	685 122	157 374	462 488	13 599	805 786	322 856
2001	2 349 243	1 506 640	147 684	675 868	201 721	481 366	22 339	820 264	292 199
2002 Jan.	2 366 592	1 511 212	148 780	670 468	203 899	488 065	25 614	829 766	290 155
Febr.	2 384 946	1 527 111	149 947	679 917	202 156	495 091	26 292	831 543	284 428
März	2 401 713	1 540 959	155 201	674 410	208 112	503 237	26 087	834 667	284 198

Aufgliederung nach Restlaufzeiten 2)

Stand Ende März 2002

Laufzeit in Jahren	886 472	618 526	61 210	236 944	68 207	252 166	4 137	263 810	98 328
bis unter 2	886 472	618 526	61 210	236 944	68 207	252 166	4 137	263 810	98 328
2 bis unter 4	573 066	392 644	33 326	193 309	47 586	118 422	8 219	172 206	61 717
4 bis unter 6	347 588	236 264	28 636	117 653	36 029	53 947	5 274	106 050	41 537
6 bis unter 8	240 098	136 310	14 701	69 645	19 084	32 881	1 508	102 280	51 811
8 bis unter 10	200 535	92 611	13 750	43 216	13 181	22 464	6 142	101 781	14 789
10 bis unter 15	42 420	33 593	3 570	9 015	10 436	10 571	360	8 468	8 042
15 bis unter 20	19 828	13 141	9	2 716	6 615	3 800	422	6 265	4 004
20 und darüber	91 706	17 872	-	1 914	6 971	8 988	25	73 808	3 970

* Einschließlich der zeitweilig im Bestand der Emittenten befindlichen Schuldverschreibungen. — 1 Ohne dem Treuhänder zur zeitweiligen Verwahrung übergebene Stücke. — 2 Gerechnet vom Berichtsmonat bis zur Endfälligkeit

bei gesamt-fälligen Schuldverschreibungen, bis zur mittleren Fälligkeit des restlichen Umlaufbetrages bei nicht gesamt-fälligen Schuldverschreibungen.

4. Umlauf von Aktien in Deutschland ansässiger Emittenten

Bis Ende 1998 Mio DM, ab 1999 Mio € Nominalwert

Zeit	Aktienkapital = Umlauf Stand am Ende des Berichts- zeitraums	Nettozugang bzw. Nettoabgang (-) im Berichts- zeitraum	Veränderung des Kapitals inländischer Aktiengesellschaften auf Grund von						
			Bareinzahlung und Umtausch von Wandel- schuldverschrei- bungen 1)	Ausgabe von Kapitalberich- tigungsaktien	Einbringung von Forderungen und sonstigen Sachwerten	Einbringung von Aktien, Kuxen, GmbH-Anteilen u.Ä.	Verschmelzung und Vermögens- übertragung	Umwandlung in eine oder aus einer anderen Rechtsform	Kapital- herabsetzung und Auflösung
Mio DM									
1990	144 686	12 650	7 362	751	3 715	1 049	- 43	1 284	- 1 466
1991	151 618	6 932	3 656	610	2 416	407	- 182	411	- 386
1992	160 813	9 198	4 295	728	1 743	1 073	- 732	3 030	- 942
1993	168 005	7 190	5 224	772	387	876	10	707	- 783
1994	190 012	14 237	6 114	1 446	1 521	1 883	- 447	5 086	- 1 367
1995	211 231	21 217	5 894	1 498	1 421	1 421	- 623	13 739	- 2 133
1996	216 461	7 131	8 353	1 355	396	1 684	- 3 056	833	- 2 432
1997	221 575	5 115	4 164	2 722	370	1 767	- 2 423	197	- 1 678
1998	238 156	16 578	6 086	2 566	658	8 607	- 4 055	3 905	- 1 188
Mio €									
1999	133 513	11 747	5 519	2 008	190	1 075	2 099	1 560	- 708
2000	147 629	14 115	3 620	3 694	618	8 089	- 1 986	1 827	- 1 745
2001	166 187	18 561	7 987	4 057	1 106	8 448	1 018	- 905	- 3 152
2002 Jan.	166 361	174	744	144	26	134	- 307	- 149	- 418
Febr.	166 303	- 59	447	132	148	76	- 110	- 479	- 272
März	166 566	263	670	131	34	47	- 259	- 241	- 118

o Ab Januar 1994 einschließlich Aktien ostdeutscher Gesellschaften (dadurch bedingte Zunahme des Umlaufs: 7771 Mio DM). — 1 Einschließlich der Aus-

gabe von Aktien aus Gesellschaftsgewinn. — 2 Bestand durch Revision um 1902 Mio DM reduziert.

VII. Kapitalmarkt

5. Renditen und Indizes deutscher Wertpapiere

Zeit	Umlaufrenditen festverzinslicher Wertpapiere inländischer Emittenten 1)									Indizes 2) 3)		
	Anleihen der öffentlichen Hand					Bank-schuldverschreibungen			nach-richtlich: DM-/Euro- Auslandsanl. unter inländ. Konsortial- führung begeben 1) 5)	Renten		Aktien
	insgesamt	zusammen	börsennotierte Bundeswertpapiere		zusammen	mit Restlaufzeit über 9 bis 10 Jahre 4)	zusammen	mit Restlaufzeit über 9 bis 10 Jahre		Indus- trieobli- gationen	Deutscher Renten- index (REX)	CDAX- Kursindex
			zusammen	mit Restlaufzeit über 9 bis 10 Jahre 4)					Tagesdurchschnittskurs			
% p.a.												
1990	8,9	8,8	8,8	8,7	9,0	8,9	9,0	9,2	93,50	145,00	1 398,23	
1991	8,7	8,6	8,6	8,5	8,9	8,6	8,9	9,2	96,35	148,16	1 577,98	
1992	8,1	8,0	8,0	7,8	8,3	8,1	8,7	8,8	101,54	134,92	1 545,05	
1993	6,4	6,3	6,3	6,5	6,5	6,8	6,9	6,8	109,36	191,13	2 266,68	
1994	6,7	6,7	6,7	6,9	6,8	7,2	7,0	6,9	99,90	176,87	2 106,58	
1995	6,5	6,5	6,5	6,9	6,5	7,2	6,9	6,8	109,18	181,47	2 253,88	
1996	5,6	5,6	5,6	6,2	5,5	6,4	5,8	5,8	110,37	217,47	2 888,69	
1997	5,1	5,1	5,1	5,6	5,0	5,9	5,2	5,5	111,01	301,47	4 249,69	
1998	4,5	4,4	4,4	4,6	4,5	4,9	5,0	5,3	118,18	343,64	5 002,39	
1999	4,3	4,3	4,3	4,5	4,3	4,9	5,0	5,4	110,60	445,95	6 958,14	
2000	5,4	5,3	5,2	5,3	5,6	5,8	6,2	6,3	112,48	396,59	6 433,61	
2001	4,8	4,7	4,7	4,8	4,9	5,3	5,9	6,2	113,12	319,38	5 160,10	
2002 Jan.	4,8	4,7	4,7	4,9	4,8	5,1	6,4	5,9	112,77	321,06	5 107,61	
Febr.	4,8	4,8	4,8	4,9	4,9	5,2	6,4	6,0	112,62	317,59	5 039,08	
März	5,1	5,0	5,0	5,2	5,1	5,4	5,9	6,0	111,22	334,21	5 397,29	
April	5,1	5,0	5,0	5,2	5,1	5,4	5,9	5,9	111,82	316,38	5 041,20	

1 Inhaberschuldverschreibungen mit einer längsten Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen von über 4 Jahren, soweit ihre mittlere Restlaufzeit mehr als 3 Jahre beträgt. Außer Betracht bleiben Wandelschuldverschreibungen u.Ä., Schuldverschreibungen mit unplanmäßiger Tilgung, Null-Kupon-Anleihen, variabel verzinsliche Anleihen und Anleihen, die nicht in DM oder Euro denominiert sind. Die Gruppenrenditen für die Wertpapierarten sind gewogen mit den Umlaufbeträgen der in die Berechnung einbezogenen Schuld-

verschreibungen. Die Monatszahlen werden aus den Renditen aller Geschäftstage eines Monats errechnet. Die Jahreszahlen sind ungewogene Mittel der Monatszahlen. — 2 Stand am Jahres- bzw. Monatsende. — 3 Quelle: Deutsche Börse AG. — 4 Einbezogen sind nur futurefähige Anleihen; als ungewogener Durchschnitt ermittelt. — 5 Soweit an deutschen Börsen notiert.

6. Absatz und Erwerb von Investmentzertifikaten in Deutschland

Zeit	Absatz von Zertifikaten									Erwerb				
	inländischer Fonds (Mittelaufkommen)								Inländer					Ausländer 4)
	Absatz = Erwerb insgesamt	zu- sammen	Publikumsfonds		Spezial- fonds	aus- ländi- scher Fonds 3)	Kreditinstitute 1) einschl. Bausparkassen		Nichtbanken 2)					
			zu- sammen	Geld- markt- fonds			Wert- papier- fonds	Offene Immo- bilien- fonds	zu- sammen	zu- sammen	darunter auslän- dische Zerti- ficate	zu- sammen	darunter auslän- dische Zerti- ficate	
darunter														
Mio DM	zu- sammen	zu- sammen	Geld- markt- fonds	Wert- papier- fonds	Offene Immo- bilien- fonds	Spezial- fonds	aus- ländi- scher Fonds 3)	zu- sammen	zu- sammen	darunter auslän- dische Zerti- ficate	zu- sammen	darunter auslän- dische Zerti- ficate	Aus- länder 4)	
1990	25 788	26 857	7 904	-	8 032	- 128	18 952	- 1 069	25 766	4 296	- 362	21 470	- 707	22
1991	50 064	37 492	13 738	-	11 599	2 144	23 754	12 572	49 890	8 594	- 5	41 296	12 577	174
1992	81 514	20 474	- 3 102	-	9 189	6 087	23 575	61 040	81 518	10 495	2 152	71 023	58 888	- 4
1993	80 259	61 672	20 791	-	6 075	14 716	40 881	18 587	76 258	16 982	- 2 476	59 276	16 111	4 001
1994	130 995	108 914	63 263	31 180	24 385	7 698	45 650	22 081	125 943	9 849	- 689	116 094	22 770	5 052
1995	55 246	54 071	16 777	6 147	3 709	6 921	37 294	1 175	56 295	12 172	188	44 123	987	- 1 049
1996	83 386	79 110	16 517	- 4 706	7 273	13 950	62 592	4 276	85 704	19 924	1 685	65 780	2 591	- 2 318
1997	145 805	138 945	31 501	- 5 001	30 066	6 436	107 445	6 860	149 977	35 924	340	114 053	6 520	- 4 172
1998	187 641	169 748	38 998	5 772	27 814	4 690	130 750	17 893	190 416	43 937	961	146 479	16 507	- 2 775
1999	111 253	97 197	37 684	3 347	23 269	7 395	59 513	14 056	105 492	19 862	- 637	85 630	14 693	5 761
2000	117 688	85 160	39 712	- 2 188	36 818	- 2 824	45 448	32 528	106 749	14 454	92	92 295	32 436	10 939
2001	95 937	76 811	35 522	12 410	9 195	10 159	41 289	19 126	94 815	10 251	2 703	84 564	16 423	1 122
2002 Jan.	14 615	11 453	7 069	1 581	1 754	3 462	4 384	3 162	14 925	313	- 651	14 612	2 511	- 310
Febr.	9 331	6 411	3 993	801	1 260	1 811	2 417	2 920	8 329	402	- 23	7 927	2 943	1 002
März	2 117	797	2 592	- 14	1 045	1 561	- 1 795	1 320	1 735	- 4 019	82	5 754	1 238	382
Mio €														

1 Buchwerte. — 2 Als Rest errechnet. — 3 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Investmentzertifikate durch Inländer; Transaktionswerte. — 4 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) inländischer

Investmentzertifikate durch Ausländer; Transaktionswerte (bis einschließlich 1988 unter Aktien erfasst). — Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind vorläufig, Korrekturen werden nicht besonders angemerkt.

VIII. Öffentliche Finanzen in Deutschland

1. Finanzielle Entwicklung der öffentlichen Haushalte *)

Bis Ende 1998 Mrd DM / ab 1999 Mrd €

Zeit	Gebietskörperschaften 1)										Sozialversicherungen 2)			Öffentliche Haushalte insgesamt			
	Einnahmen					Ausgaben					Saldo der Einnahmen und Ausgaben	Einnahmen 6)	Ausgaben	Saldo der Einnahmen und Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Saldo der Einnahmen und Ausgaben
	insgesamt	darunter Steuern 3)	insgesamt 4)	darunter:													
			Personal- ausgaben	Laufen- der Sach- aufwand	Laufen- de Zu- schüsse	Zins- ausgaben	Sach- investitionen	Finanzierungs- hilfen 5)									
1992	904,1	731,7	1 013,9	285,7	134,0	304,8	100,6	101,1	86,1	-109,8	609,1	617,4	- 8,3	1 436,0	1 554,2	- 118,1	
1993	928,7	749,1	1 060,2	296,8	136,0	340,5	102,1	97,0	87,3	-131,5	660,8	658,7	+ 2,1	1 492,1	1 621,5	- 129,4	
1994	995,2	786,2	1 102,2	315,5	137,3	353,4	114,0	93,2	86,5	-106,9	694,1	693,7	+ 0,4	1 596,4	1 702,9	- 106,5	
1995	1 026,4	814,2	1 136,4	324,8	135,5	367,2	129,0	90,1	86,3	-110,1	731,2	743,8	- 12,5	1 664,9	1 787,5	- 122,6	
1996	1 000,3	800,0	1 121,8	326,2	137,0	362,2	130,7	83,9	80,1	-121,5	769,4	784,0	- 14,6	1 665,6	1 801,6	- 136,1	
1997	1 014,3	797,2	1 108,9	325,0	135,7	356,3	132,1	80,1	79,2	- 94,5	797,3	794,5	+ 2,9	1 705,3	1 797,0	- 91,7	
1998 p)	1 072,1	833,0	1 128,8	325,4	137,4	373,7	133,7	79,7	79,8	- 56,7	812,2	808,9	+ 3,3	1 766,0	1 819,3	- 53,3	
1999 p)	566,0	453,1	592,9	168,7	72,4	202,7	69,8	40,8	38,0	- 26,9	429,1	425,7	+ 3,5	925,4	948,8	- 23,4	
2000 ts)	613,3	467,3	594,9	169,0	73,6	205,5	67,5	40,6	38,1	+ 18,4	433,6	433,8	- 0,3	975,5	957,1	+ 18,4	
2001 ts)	553,5	446,2	601,3	169,7	70,0	213,7	66,7	40,4	39,6	- 47,8	443,5	447,6	- 4,1	920,1	972,2	- 52,2	
2000 1.Vj.	125,7	104,9	144,1	39,2	17,2	52,9	21,0	6,6	7,4	- 18,4	106,4	106,5	- 0,1	211,3	229,9	- 18,5	
2.Vj.	141,9	118,4	135,7	39,6	16,6	50,3	13,0	8,3	7,3	+ 6,3	106,8	107,7	- 0,9	230,6	225,2	+ 5,4	
3.Vj.	185,5	113,9	144,3	39,4	17,2	50,1	18,5	10,1	9,1	+ 41,2	107,6	108,1	- 0,5	275,8	235,2	+ 40,6	
4.Vj.	156,3	130,0	168,1	49,5	22,2	52,9	14,9	14,5	14,1	- 11,8	113,5	111,5	+ 1,9	254,7	264,6	- 9,9	
2001 1.Vj. 7)	126,7	105,1	147,8	39,5	16,4	55,5	22,0	6,5	7,8	- 21,1	108,8	109,7	- 0,9	213,5	235,5	- 22,0	
2.Vj.	139,4	110,9	136,7	39,3	15,8	54,0	12,6	8,0	6,4	+ 2,6	110,1	111,8	- 1,7	229,6	228,7	+ 0,9	
3.Vj.	136,3	109,5	146,2	40,1	15,6	52,2	19,0	10,0	9,3	- 9,9	109,6	111,9	- 2,3	227,4	239,5	- 12,2	
4.Vj. p)	149,3	121,3	167,7	49,5	21,8	52,4	12,7	14,5	16,0	- 18,4	115,2	114,6	+ 0,6	248,4	266,2	- 17,8	

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. — * Die hier verwendete haushaltsmäßige Abgrenzung weicht von der Systematik des Staatskontos der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und bei den Vierteljahresdaten in einigen Punkten auch von der Finanzstatistik ab. — 1 Einschl. Nebenhaushalte. Die Vierteljahresdaten enthalten im Gegensatz zu den auf den jährlichen Rechnungsstatistiken des Statistischen Bundesamtes basierenden Jahreszahlen nicht die kommunalen Zweckverbände und verschiedene Sonderrechnungen. Zu den Einnahmen aus dem Bundesbankgewinn vgl. Anmerkung 1 zu Tab. VIII. 2. — 2 Die Jahresergebnisse weichen von der Summe der Vierteljahreszahlen ab, da es

sich bei diesen stets um vorläufige Angaben handelt. Vierteljahresangaben bei einzelnen Versicherungszweigen geschätzt. — 3 Die hier entsprechend der Haushaltstatistik ausgewiesenen Steuereinnahmen können von den in Tab. VIII. 4 enthaltenen Angaben gemäß der Steuerstatistik abweichen. — 4 Einschl. Differenzen im Verrechnungsverkehr zwischen den Gebietskörperschaften. — 5 Ausgaben für Investitionszuschüsse und Darlehen sowie Beteiligungserwerb. — 6 Einschl. der Liquiditätshilfen des Bundes an die Bundesanstalt für Arbeit. — 7 Durch Umstellungen der Gruppierungsübersicht insbes. Verschiebungen zwischen lfd. Sachaufwand und lfd. Zuschüssen.

2. Finanzielle Entwicklung von Bund, Ländern und Gemeinden *)

Bis Ende 1998 Mrd DM / ab 1999 Mrd €

Zeit	Bund		Länder				Gemeinden			
	Einnahmen 1)	Ausgaben	West 2) 3)		Ost 3)		West 3)		Ost 3)	
			Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben
1992	398,4	431,7	318,2	336,3	73,0	86,0	212,6	221,6	50,3	57,5
1993	401,6	462,5	326,5	352,8	76,4	92,5	222,5	230,9	54,4	59,0
1994	439,6	478,9	328,8	357,0	79,3	95,9	228,9	235,1	53,9	59,2
1995	439,3	489,9	338,6	370,2	88,4	101,5	225,6	237,9	58,7	60,8
1996	411,9	490,4	344,8	379,7	93,7	105,5	227,7	232,9	55,0	57,7
1997	416,8	480,3	349,2	376,5	94,3	105,2	222,9	226,9	52,6	54,2
1998	439,0	495,6	360,5	380,3	96,4	104,7	231,4	226,3	51,5	52,4
1999 p)	240,3	266,5	191,6	196,6	50,0	53,3	119,8	117,5	26,1	26,3
2000 ts)	291,4	264,6	195,6	200,4	50,5	53,9	121,4	119,9	25,6	25,6
2001 ts)	261,0	261,0	184,1	208,1	49,6	52,9	118,9	123,0	25,1	25,6
2000 1.Vj.	50,5	65,6	44,6	48,4	11,7	11,4	25,6	27,6	5,3	5,5
2.Vj.	61,3	60,0	49,3	46,8	11,7	11,6	29,1	28,2	6,2	5,9
3.Vj.	4) 109,4	66,9	45,5	46,6	12,8	12,8	30,2	29,4	6,2	6,3
4.Vj.	70,2	72,0	53,2	58,2	14,4	17,3	36,6	34,6	7,7	7,7
2001 1.Vj.	50,8	66,4	44,8	49,8	12,0	11,6	25,5	28,8	5,2	5,5
2.Vj.	57,6	59,9	46,3	47,5	11,5	11,8	28,8	28,1	5,8	5,8
3.Vj.	62,3	66,3	44,6	49,4	11,7	12,5	29,6	29,9	6,1	6,2
4.Vj. p)	69,1	68,3	47,5	60,3	14,1	16,3	35,4	36,0	7,5	7,7

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. — * Vgl. die entsprechende Anmerkung zu Tab. VIII. 1. — 1 Die Gewinnabführung der Bundesbank ist bis 1994 in voller Höhe und ab 1995 nur bis zu dem im Haushalt veranschlagten Betrag von 7 Mrd DM berücksichtigt. Überplanmäßige Einnahmen fließen seitdem di-

rekt dem Erblastentilgungsfonds zu. — 2 Einschl. Stadtstaaten. Einschl. Berlin (Ost). — 3 Die Vierteljahresdaten enthalten im Gegensatz zu den auf den jährlichen Rechnungsstatistiken des Statistischen Bundesamtes basierenden Jahreszahlen keine Sonderrechnungen. — 4 Einschl. Erlöse aus der Versteigerung von UMTS-Lizenzen.

VIII. Öffentliche Finanzen in Deutschland

3. Finanzielle Entwicklung des Staates in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen *)

Bis Ende 1998 Mrd DM / ab 1999 Mrd €

Position	1994	1995 1)	1996	1997	1998	1999	2000 2)	2001 3)
Einnahmen	1 608,6	1 647,8	1 704,0	1 726,8	1 776,3	943,5	963,5	952,1
darunter:								
Steuern	807,9	825,8	850,0	856,9	897,4	490,4	511,8	488,7
Sozialbeiträge	632,4	662,5	696,7	720,1	727,6	375,7	378,4	383,6
Ausgaben	1 690,2	1 764,9	1 826,6	1 826,5	1 859,5	974,1	990,4	1 008,4
darunter:								
Vorleistungen	140,7	143,2	142,7	140,2	144,4	77,3	79,1	81,5
Arbeitnehmerentgelte	306,9	315,9	319,6	319,0	319,3	165,1	164,6	165,3
Zinsen	113,4	128,9	131,7	133,2	136,0	70,0	68,1	66,5
Sozialleistungen 3)	849,1	902,8	970,7	984,7	998,4	522,9	532,8	548,3
Bruttoinvestitionen	90,0	80,5	76,4	69,4	69,7	37,5	37,7	36,1
Finanzierungssaldo	- 81,6	- 117,1	- 122,7	- 99,7	- 83,2	- 30,6	- 26,9	- 56,3
in % des Bruttoinlandsproduktes	- 2,4	- 3,3	- 3,4	- 2,7	- 2,2	- 1,6	- 1,3	- 2,7
Nachrichtlich:								
Defizit der Treuhandanstalt	- 37,1
Verschuldung gemäß Maastricht-Vertrag in % des Bruttoinlandsproduktes	49,4	57,1	59,8	61,0	60,9	61,3	60,3	59,8

Quelle: Statistisches Bundesamt. — * Ergebnisse gemäß ESVG'95. Abweichend vom Ausweis des Statistischen Bundesamts saldenneutrale Einbeziehung der Zölle, des Anteils der EU am Mehrwertsteueraufkommen und der Subventionen der EU. — 1 Bereinigt um den Saldo fiktiver Vermögensübertragungen zwischen dem Staat und dem Unternehmenssektor vor allem im Zusammenhang mit der Auflösung der Treuhandanstalt. Unberei-

net betrug das Defizit 9,8% des BIP. — 2 Bereinigt um Erlöse aus der Versteigerung von UMTS-Lizenzen. Im Ausweis des Statistischen Bundesamts werden diese Erlöse (50,85 Mrd €) beim Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgütern erfasst, so dass die staatlichen Ausgaben niedriger ausfallen und ein Überschuss (24,0 Mrd € bzw. 1,2% des BIP) ausgewiesen wird. — 3 Monetäre Sozialleistungen und soziale Sachleistungen.

4. Steuereinnahmen der Gebietskörperschaften

Bis Ende 1998 Mio DM / ab 1999 Mio €

Zeit	Bund, Länder und Europäische Union						Gemeinden 4)		Saldo nicht verrechneter Steueranteile 5)
	Insgesamt	Bund, Länder und Europäische Union		Länder		Europäische Union 3)	zusammen	darunter in den neuen Bundesländern	
		zusammen 1)	Bund 2)	zusammen	darunter neue Bundesländer				
1991	661 920	577 150	321 334	224 321	19 139	31 495	84 633	2 540	+ 137
1992	731 738	638 423	356 849	247 372	23 807	34 203	93 374	4 034	- 58
1993	749 119	653 015	360 250	256 131	27 542	36 634	95 809	5 863	+ 295
1994	786 162	688 785	386 145	261 947	32 052	40 692	97 116	7 677	+ 260
1995	814 190	719 332	390 807	288 520	.	40 005	94 498	8 460	+ 359
1996	799 998	706 071	372 390	294 232	.	39 449	94 641	7 175	- 714
1997	797 154	700 739	368 244	290 771	.	41 724	96 531	7 703	- 117
1998	833 013	727 888	379 491	306 127	.	42 271	104 960	8 841	+ 164
1999	453 068	396 734	211 727	164 724	.	20 284	56 333	4 810	+ 1
2000	467 253	410 117	219 034	169 249	.	21 833	57 241	4 895	- 104
2001	446 248	392 189	213 342	159 115	.	19 732	54 047	4 590	+ 12
2001 4. Vj.	120 705	107 615	61 714	41 415	.	4 487	17 379	1 391	- 4 289
2002 1. Vj. p)	.	86 571	44 750	36 251	.	5 570	.	.	.
2001 Nov.	.	26 578	14 298	10 585	.	1 695	.	.	.
Dez. r)	.	53 586	32 360	20 169	.	1 057	.	.	.
2002 Jan.	.	30 954	14 800	14 321	.	1 832	.	.	.
Febr.	.	26 946	14 216	10 867	.	1 862	.	.	.
März p)	.	28 672	15 734	11 063	.	1 875	.	.	.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen. — 1 Einschl. der Erträge aus den Lastenausgleichsabgaben. — 2 Vor Abzug der an die Länder überwiesenen Bundesergänzungszuweisungen und Anteile am Mineralölsteueraufkommen. — 3 Einschl. der zu Lasten der Steuererträge des Bundes ab 1988 der EU zustehenden weiteren Einnahmenquelle, deren Bezugsgröße das Brutto-

sozialprodukt ist. — 4 Einschl. Gemeindesteuern der Stadtstaaten. — 5 Differenz zwischen dem in der betreffenden Periode bei den Länderkassen eingegangenen Gemeindeanteil an den Einkommensteuern (s. Tab. VIII. 5) und den im gleichen Zeitraum an die Gemeinden weitergeleiteten Beträgen.

VIII. Öffentliche Finanzen in Deutschland

7. Verschuldung der öffentlichen Haushalte *)

Bis Ende 1998 Mio DM / ab 1999 Mio €

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Ins- gesamt	Buch- kredite der Bundes- bank	Unver- zinsliche Schatz- anwei- sungen 1)	Obliga- tionen/ Schatz- anwei- sungen 2) 3)	Bundes- obliga- tionen 2)	Bundes- schatz- briefe	Anleihen 2)	Direkt- auslei- hungen der Kredit- institute 4)	Darlehen von Nichtbanken		Altschulden		
									Sozial- versiche- rungen	sonstige 4)	ver- einigungs- bedingte 5)	Aus- gleichs- forde- rungen	sonstige 6)
Öffentliche Haushalte													
1995	1 993 476	-	8 072	240 514	170 719	78 456	586 573	764 875	1 263	40 621	15 106	87 079	198
1996	2 126 320	-	27 609	231 102	176 164	96 391	618 262	836 582	770	39 450	9 960	89 826	203
1997	2 215 893	-	26 336	249 507	177 721	99 317	662 516	879 021	663	29 907	1 315	89 376	216
1998	2 280 154	-	25 631	227 536	199 774	92 698	723 403	894 456	550	26 073	1 249	88 582	202
1999	1 199 975	-	12 594	102 364	120 998	41 621	416 051	450 111	281	10 200	476	45 175	105
2000	1 211 439	-	11 616	109 951	126 276	35 991	438 888	433 443	211	10 524	285	44 146	108
2001 März	1 200 555	-	11 798	118 818	127 739	34 560	443 726	443 378	203	9 882	238	10 103	111
Juni	1 194 812	-	13 746	124 493	129 892	30 245	445 785	429 114	185	10 876	238	10 125	113
Sept.	1 210 399	-	19 049	137 717	130 959	28 823	446 120	427 313	182	10 911	226	8 992	107
Dez. ts)	1 223 346	-	22 537	151 901	130 045	26 395	448 148	422 749	194	12 198	85	8 986	108
Bund 7) 8)													
1995	756 834	-	8 072	52 354	170 719	78 456	402 307	26 572	15	8 119	1 360	8 684	176
1996	839 883	-	26 789	55 289	176 164	96 391	434 295	32 988	5	7 766	1 330	8 684	183
1997	905 691	-	25 286	78 848	177 721	99 317	481 619	31 845	5	870	1 300	8 684	197
1998	957 983	-	24 666	84 760	199 274	92 698	519 718	24 125	-	2 603	1 270	8 684	186
1999	714 069	-	11 553	44 335	120 498	41 621	379 808	67 872	60	2 568	476	45 175	104
2000	715 819	-	11 516	44 678	123 642	35 991	400 490	52 836	29	2 099	285	44 146	107
2001 März	699 682	-	11 798	45 431	121 605	34 560	409 855	64 045	29	1 908	238	10 103	110
Juni	691 437	-	13 656	48 966	123 758	30 245	411 401	51 182	29	1 725	238	10 125	113
Sept.	698 268	-	17 799	53 517	120 825	28 823	414 102	52 312	26	1 541	226	8 992	107
Dez.	701 077	-	21 136	59 643	119 911	26 395	416 195	47 111	26	1 481	85	8 986	107
2002 März	721 619	-	16 917	59 622	123 287	22 648	429 270	59 356	12	1 365	49	8 986	108
Westdeutsche Länder													
1995	442 536	-	-	91 152	.	.	.	339 084	358	11 940	.	.	2
1996	477 361	-	320	91 969	.	.	.	372 449	54	12 567	.	.	2
1997	505 297	-	350	86 639	.	.	.	406 499	47	11 760	.	.	2
1998	525 380	-	520	83 390	.	.	.	430 709	43	10 716	.	.	2
1999	274 208	-	150	43 033	.	.	.	226 022	23	4 979	.	.	1
2000	282 431	-	-	48 702	.	.	.	227 914	22	5 792	.	.	1
2001 März	285 738	-	-	52 396	.	.	.	227 800	23	5 518	.	.	1
Juni	288 048	-	-	54 295	.	.	.	227 395	10	6 347	.	.	1
Sept.	295 470	-	1 250	60 491	.	.	.	227 609	10	6 108	.	.	1
Dez. p)	305 811	-	1 300	68 221	.	.	.	228 881	23	7 385	.	.	1
2002 März p)	310 210	-	300	74 344	.	.	.	225 475	58	10 032	.	.	1
Ostdeutsche Länder													
1995	69 151	-	-	25 345	.	.	.	43 328	17	461	.	.	.
1996	80 985	-	500	26 820	.	.	.	53 483	-	182	.	.	.
1997	90 174	-	700	27 540	.	.	.	61 697	15	222	.	.	.
1998	98 192	-	445	27 228	.	.	.	70 289	-	230	.	.	.
1999	53 200	-	891	14 517	.	.	.	37 602	-	189	.	.	.
2000	55 712	-	100	16 092	.	.	.	39 339	-	182	.	.	.
2001 März	56 030	-	-	17 011	.	.	.	38 908	-	111	.	.	.
Juni	56 184	-	90	17 303	.	.	.	38 360	-	432	.	.	.
Sept.	57 550	-	-	19 780	.	.	.	36 889	-	880	.	.	.
Dez. p)	58 771	-	100	20 135	.	.	.	37 676	-	860	.	.	.
2002 März p)	59 143	-	100	21 328	.	.	.	36 256	-	1 460	.	.	.
Westdeutsche Gemeinden 9)													
1995	157 271	.	.	-	.	.	1 000	151 127	283	4 861	.	.	.
1996	158 613	.	.	200	.	.	1 280	152 311	174	4 648	.	.	.
1997	160 162	.	.	300	.	.	1 330	154 145	149	4 238	.	.	.
1998	158 960	.	.	300	.	.	1 330	153 208	119	4 003	.	.	.
1999	81 511	.	.	153	.	.	680	78 726	53	1 898	.	.	.
2000	81 414	.	.	153	.	.	680	78 656	33	1 891	.	.	.
2001 März	81 935	.	.	153	.	.	680	79 184	26	1 892	.	.	.
Juni	82 676	.	.	153	.	.	680	79 925	26	1 892	.	.	.
Sept.	82 216	.	.	153	.	.	680	79 465	26	1 892	.	.	.
Dez. ts)	81 807	.	.	153	.	.	629	79 107	26	1 892	.	.	.
Ostdeutsche Gemeinden 9)													
1995	36 830	.	.	225	.	.	400	35 427	347	431	.	.	.
1996	38 976	.	.	225	.	.	400	37 922	308	121	.	.	.
1997	38 688	.	.	225	.	.	400	37 623	273	167	.	.	.
1998	39 873	.	.	225	.	.	460	38 777	255	156	.	.	.
1999	20 726	.	.	51	.	.	335	20 138	124	78	.	.	.
2000	17 048	.	.	51	.	.	335	16 497	114	50	.	.	.
2001 März	16 873	.	.	51	.	.	335	16 323	113	51	.	.	.
Juni	16 796	.	.	-	.	.	335	16 297	113	51	.	.	.
Sept.	16 796	.	.	-	.	.	335	16 297	113	51	.	.	.
Dez. ts)	16 796	.	.	-	.	.	284	16 348	113	51	.	.	.

Anmerkungen s. Ende der Tabelle.

VIII. Öffentliche Finanzen in Deutschland

noch: 7. Verschuldung der öffentlichen Haushalte *)

Bis Ende 1998 Mio DM / ab 1999 Mio €

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Ins- gesamt	Buch- kredite der Bundes- bank	Unver- zinsliche Schatz- anwei- sungen 1)	Obliga- tionen/ Schatz- anwei- sungen 2) 3)	Bundes- obliga- tionen 2)	Bundes- schatz- briefe	Anleihen 2)	Direkt- auslei- hungen der Kredit- institute 4)	Darlehen von Nichtbanken		Altschulden		
									Sozial- versiche- rungen	sonstige 4)	ver- einigungs- be- dingte 5)	Aus- gleichs- forde- rungen	sonstige 6)
Fonds „Deutsche Einheit“ / Entschädigungsfonds 7)													
1995	87 146	.	–	8 891	–	.	44 398	31 925	5	1 927	.	.	.
1996	83 556	.	–	–	–	.	44 321	38 020	5	1 210	.	.	.
1997	79 717	.	–	–	–	.	44 347	34 720	5	645	.	.	.
1998	79 413	.	–	–	–	.	47 998	30 975	–	440	.	.	.
1999	40 234	.	–	275	500	.	28 978	10 292	–	189	.	.	.
2000	40 629	.	–	275	2 634	.	29 797	7 790	–	133	.	.	.
2001 März	41 398	.	–	3 775	6 134	.	24 883	6 529	–	77	.	.	.
Juni	40 681	.	–	3 775	6 134	.	24 949	5 746	–	77	.	.	.
Sept.	40 660	.	–	3 775	10 134	.	21 562	5 113	–	77	.	.	.
Dez.	39 923	.	–	3 748	10 134	.	21 577	4 315	–	149	.	.	.
2002 März	40 728	.	–	3 748	10 134	.	21 732	5 037	–	77	.	.	.
ERP-Sondervermögen 7)													
1995	34 200	10 745	23 455	–	–	.	.	.
1996	34 135	10 750	23 385	–	–	.	.	.
1997	33 650	10 810	22 840	–	–	.	.	.
1998	34 159	11 944	20 988	–	1 227	.	.	.
1999	16 028	6 250	9 458	21	299	.	.	.
2000	18 386	7 585	10 411	13	377	.	.	.
2001 März	18 899	7 972	10 588	13	326	.	.	.
Juni	18 990	8 420	10 210	8	353	.	.	.
Sept.	19 440	9 442	9 627	8	363	.	.	.
Dez.	19 161	9 462	9 310	8	381	.	.	.
2002 März	19 098	9 701	9 039	8	350	.	.	.
Bundeseisenbahnvermögen 7) 8)													
1995	78 400	.	.	3 848	–	.	28 992	39 005	140	6 415	.	.	.
1996	77 785	.	.	1 882	–	.	28 749	41 537	130	5 489	.	.	.
1997	77 254	.	.	1 927	–	.	25 634	44 807	115	4 772	.	.	.
1998	77 246	.	.	–	500	.	31 648	42 488	79	2 531	.	.	.
1999 Juni	39 231	.	.	–	1 023	.	16 805	20 401	34	968	.	.	.
Kreditabwicklungsfonds / Erblastentilgungsfonds 7) 8)													
1995	328 888	.	–	58 699	–	.	98 731	72 732	98	6 468	13 745	78 395	21
1996	331 918	.	–	54 718	–	.	98 468	81 380	95	7 468	8 630	81 142	19
1997	322 032	.	–	54 028	–	.	98 377	81 616	54	7 233	15	80 692	17
1998	304 978	.	–	31 633	–	.	110 006	79 226	54	4 167	–20	79 899	15
1999 Juni	151 097	.	–	11 127	2 000	.	58 897	36 133	27	2 015	–9	40 902	4
Ausgleichsfonds Steinkohleneinsatz 7) 8)													
1995	2 220	–	2 220	–	–	.	.	.
1996	3 108	–	3 108	–	–	.	.	.
1997	3 229	–	3 229	–	–	.	.	.
1998	3 971	300	3 671	–	–	.	.	.
1999 Juni	2 302	153	2 148	–	–	.	.	.

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. — * Ohne Verschuldung der Haushalte untereinander. — 1 Zum überwiegenden Teil Unverzinsliche Schatzanweisungen. — 2 Ohne den Eigenbestand der Emittenten. — 3 Die Länderschatzanweisungen decken auch den langfristigen Laufzeitbereich ab. — 4 Im wesentlichen Schuldscheindarlehen. Einschl. der bei ausländischen Stellen aufgenommenen Darlehen. Sonstige Darlehen von Nichtbanken einschl. Darlehen von öffentlichen Zusatzversorgungskassen und der Verbindlichkeiten aus der Investitionshilfeabgabe. — 5 Wohnungsbau-Altverbindlichkeiten sowie NVA- und WGS-Wohnungsbauverbindlichkeiten. — 6 Hauptsächlich auf fremde Währung lautende Altschulden gemäß Londoner Schuldenabkom-

men; ohne im eigenen Bestand befindliche Stücke. — 7 Die durch die gemeinsame Emission von Bundeswertpapieren aufgenommenen Schulden sind hier – im Gegensatz zur Kapitalmarktstatistik – entsprechend dem vereinbarten Aufteilungsverhältnis beim Bund und den Sondervermögen nachgewiesen. — 8 Zum 1. Juli 1999 erfolgte eine Mitübernahme der Schulden des Erblastentilgungsfonds, des Bundeseisenbahnvermögens sowie des Ausgleichsfonds „Steinkohleneinsatz“ durch den Bund. Die genannten Sondervermögen werden ab Juli nur noch beim Bund ausgewiesen. — 9 Angaben für andere Termine als Jahresende geschätzt. Einschl. Verschuldung der kommunalen Zweckverbände.

VIII. Öffentliche Finanzen in Deutschland

8. Entwicklung der öffentlichen Verschuldung *)

Position	Stand Ende		Nettokreditaufnahme 1)								
	2000	2001 ts)	2000				2001				
			insgesamt	1.Hj.	3.Vj.	4.Vj.	insgesamt ts)	1.Hj.	3.Vj.	4.Vj. ts)	
	Mio €										
Kreditnehmer											
Bund 2)	715 819	701 077	+ 1 755	+ 9 123	+ 7 227	- 14 594	- 14 908	- 24 393	+ 6 820	+ 2 665	
Fonds „Deutsche Einheit“	40 425	39 638	+ 323	+ 775	+ 128	- 580	- 787	+ 9	- 41	- 754	
ERP- Sondervermögen	18 386	19 161	+ 2 358	+ 348	+ 1 385	+ 625	+ 775	+ 604	+ 449	- 278	
Entschädigungsfonds	204	285	+ 72	+ 32	+ 20	+ 20	+ 81	+ 43	+ 21	+ 17	
Westdeutsche Länder	282 431	305 811	+ 8 223	+ 1 647	- 400	+ 6 976	+ 23 379	+ 5 617	+ 7 422	+ 10 341	
Ostdeutsche Länder	55 712	58 771	+ 2 513	- 243	+ 817	+ 1 940	+ 3 059	+ 472	+ 1 365	+ 1 222	
Westdeutsche Gemeinden 3)	81 414	81 807	+ 701	+ 897	- 26	- 170	+ 2 490	+ 1 250	- 460	+ 1 701	
Ostdeutsche Gemeinden 3)	17 048	16 796	+ 109	+ 99	- 77	+ 87	+ 131	- 124	-	+ 256	
Insgesamt	1 211 439	1 223 346	+ 16 055	+ 12 676	+ 9 074	- 5 695	+ 14 219	- 16 524	+ 15 576	+ 15 167	
Schuldarten											
Unverzinsliche Schatzanweisungen 4)	11 616	22 536	- 978	- 865	+ 121	- 233	+ 10 920	+ 2 129	+ 5 303	+ 3 488	
Obligationen/Schatzanweisungen 5)	109 951	151 901	+ 7 587	+ 1 796	+ 2 149	+ 3 643	+ 41 949	+ 14 542	+ 13 224	+ 14 183	
Bundessobligationen 5)	126 276	130 045	+ 5 278	+ 2 095	+ 143	+ 3 041	+ 3 770	+ 3 616	+ 1 067	- 913	
Bundesschatzbriefe	35 991	26 395	- 5 630	- 2 421	- 1 069	- 2 140	- 9 596	- 5 746	- 1 422	- 2 428	
Anleihen 5)	438 887	448 148	+ 22 837	+ 10 620	+ 3 463	+ 8 754	+ 9 260	+ 6 897	+ 336	+ 2 027	
Direktausleihungen der Kreditinstitute 6)	433 443	422 749	- 12 082	+ 1 795	+ 5 472	- 19 349	- 8 213	- 4 213	- 1 802	- 2 199	
Darlehen von Sozialversicherungen	211	194	- 70	+ 0	- 1	- 70	- 17	- 26	- 3	+ 13	
Sonstige Darlehen 6)	10 484	12 157	+ 324	- 391	- 90	+ 805	+ 1 674	+ 351	+ 36	+ 1 286	
Altschulden 7)	393	193	- 188	- 55	+ 22	- 155	- 200	- 43	- 17	- 140	
Ausgleichsforderungen	44 146	8 986	- 1 024	+ 101	- 1 135	+ 10	- 35 328	- 34 033	- 1 144	- 150	
Investitionshilfeabgabe	40	40	- 0	- 0	- 0	- 0	- 0	- 0	- 0	- 0	
Insgesamt	1 211 439	1 223 346	+ 16 055	+ 12 676	+ 9 074	- 5 695	+ 14 219	- 16 524	+ 15 576	+ 15 167	
Gläubiger											
Bankensystem											
Bundesbank	4 440	4 440	-	-	-	-	-	-	-	-	
Kreditinstitute	565 438	534 760	- 25 933	- 6 085	- 3 401	- 16 446	- 28 366	- 15 083	- 11 350	- 1 922	
Inländische Nichtbanken											
Sozialversicherungen	205	194	- 77	- 0	- 0	- 77	- 10	- 5	- 20	+ 15	
Sonstige 8)	200 674	242 246	+ 20 846	+ 5 162	+ 3 834	+ 11 850	+ 41 572	+ 10 988	+ 12 017	+ 18 556	
Ausland ts)	440 682	441 705	+ 21 219	+ 13 601	+ 8 641	- 1 023	+ 1 023	- 12 424	+ 14 930	- 1 483	
Insgesamt	1 211 439	1 223 346	+ 16 055	+ 12 676	+ 9 074	- 5 695	+ 14 219	- 16 524	+ 15 576	+ 15 167	

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. — * Ohne Verschuldung der Haushalte untereinander. — 1 Die Nettokreditaufnahme weicht von der Veränderung des Schuldenstandes ab, die auch die Übernahme und den Abgang von Schulden einschließt. — 2 Siehe Tab. VIII. 7, Fußnote 8. — 3 Angaben für andere Termine als Jahresende geschätzt. Einschl. Verschuldung der kommunalen

Zweckverbände. — 4 Ohne Mobilisierungs- und Liquiditätspapiere. Zum überwiegenden Teil Unverzinsliche Schatzanweisungen. — 5 Ohne den Eigenbestand der Emittenten. — 6 Einschl. der bei ausländischen Stellen aufgenommenen Darlehen. — 7 Wohnungsbau-Altverbindlichkeiten, NVA- und WGS-Wohnungsbau-Verbindlichkeiten sowie Altschulden gemäß Londoner Schuldenabkommen. — 8 Als Differenz ermittelt.

9. Von öffentlichen Stellen aufgenommene Schuldscheindarlehen

Bis Ende 1998 Mio DM / ab 1999 Mio €

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Insgesamt 1)	Bund 2) 3)	Fonds „Deutsche Einheit“	ERP- Sondervermögen	Länder	Gemeinden 4) 5)	Bundes-eisenbahn- vermögen 3)	Erblasten- tilgungs- fonds 3)	Ausgleichs- fonds Stein- kohle 3)
1997	883 260	25 914	35 370	22 840	471 224	186 087	49 694	88 902	3 229
1998	898 030	23 094	31 415	22 215	504 148	184 942	45 098	83 447	3 671
1999	444 031	64 704	10 481	9 778	264 158	94 909	-	-	-
2000	431 364	54 731	7 178	10 801	268 362	90 292	-	-	-
2001 März	423 714	49 333	5 184	10 927	268 760	89 510	-	-	-
Juni	422 367	48 818	5 159	10 570	268 552	89 267	-	-	-
Sept.	418 633	47 487	4 418	9 998	267 602	89 129	-	-	-
Dez. ts)	415 146	44 791	4 464	9 699	267 988	88 205	-	-	-

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. — 1 Ohne Schuldbuchforderungen und Kassenverstärkungs- bzw. Kassenkredite. Einschl. geringer Beträge an Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden sowie Restkaufgeldern. — 2 Einschl. Lastenaus-

gleichsfonds. — 3 Siehe Tab. VIII. 7, Fußnote 8. — 4 Angaben für andere Termine als Jahresende geschätzt. Einschl. kommunaler Zweckverbände. — 5 Einschl. Vertragsdarlehen.

VIII. Öffentliche Finanzen in Deutschland

10. Verschuldung des Bundes

Bis Ende 1998 Mio DM / ab 1999 Mio €

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Ins- gesamt	Unverzinsliche Schatzanweisungen 1)		Bundes- schatz- anwei- sungen/ Obliga- tionen 2)	Bundes- obliga- tionen 2)	Bundes- schatz- briefe	Anleihen 2)	Direkt- auslei- hungen der Kredit- institute 3) 4)	Schulden bei Nichtbanken		Altschulden		
		zu- sammen	darunter Finanzie- rungs- schätze						Sozial- versi- cherungen	sonstige 3) 5) 6)	vereini- gungsbe- dingte 7)	Aus- gleichs- forde- rungen	sonstige 8)
1996	839 883	26 789	7 166	55 289	176 164	96 391	434 295	32 988	5	7 766	1 330	8 684	183
1997	905 691	25 286	5 221	78 848	177 721	99 317	481 619	31 845	5	870	1 300	8 684	197
1998	957 983	24 666	4 558	84 760	199 274	92 698	519 718	24 125	-	2 603	1 270	8 684	186
1999 9)	714 069	11 553	1 584	44 335	120 498	41 621	379 808	67 872	60	2 568	476	45 175	104
2000	715 819	11 516	1 805	44 678	123 642	35 991	400 490	52 836	29	2 099	285	44 146	107
2001	701 077	21 136	1 658	59 643	119 911	26 395	416 195	47 111	26	1 481	85	8 986	107
2001 April	694 836	13 697	1 936	46 075	121 646	33 637	409 536	58 003	29	1 743	237	10 125	110
Mai	695 854	13 667	1 907	46 884	122 904	32 585	410 081	57 476	29	1 752	236	10 127	113
Juni	691 437	13 656	1 896	48 966	123 758	30 245	411 401	51 182	29	1 725	238	10 125	113
Juli	699 506	17 884	1 851	49 421	124 059	30 319	415 815	51 226	29	1 418	231	8 994	111
Aug.	698 468	17 830	1 791	49 614	119 537	30 339	416 439	53 932	29	1 418	232	8 992	108
Sept.	698 268	17 799	1 760	53 517	120 825	28 823	414 102	52 312	26	1 541	226	8 992	107
Okt.	702 389	21 192	1 714	54 448	121 162	28 266	416 241	50 174	26	1 541	229	9 004	106
Nov.	708 895	21 141	1 663	55 031	119 746	26 384	416 428	59 295	26	1 507	227	9 004	106
Dez.	701 077	21 136	1 658	59 643	119 911	26 395	416 195	47 111	26	1 481	85	8 986	107
2002 Jan.	713 928	16 852	1 658	58 910	119 373	24 779	427 130	56 198	26	1 481	85	8 986	109
Febr.	716 611	16 886	1 693	59 226	122 524	24 752	428 296	54 242	26	1 481	85	8 986	108
März	721 619	16 917	1 724	59 622	123 287	22 648	429 270	59 356	12	1 365	49	8 986	108
April p)	713 988	11 689	1 768	64 533	123 500	22 644	431 935	49 165	12	1 365	49	8 986	108

1 Ohne Mobilisierungs- und Liquiditätspapiere. Im Nov. 1999 einschl. Kassenscheine. — 2 Ohne den Eigenbestand des Emittenten — 3 Einschl. der bei ausländischen Stellen aufgenommenen Darlehen. — 4 Einschl. Geldmarktkredite. — 5 Einschl. Darlehen von Zusatzversorgungskassen des öffentlichen Dienstes. — 6 Einschl. Verbindlichkeiten aus der Investitionshilfeabgabe. — 7 Übernahme von NVA- und WGS-Wohnungsbau-Verbindlichkeiten. — 8 Ab-

lösungs- und Entschädigungsschuld sowie hauptsächlich auf fremde Währung lautende Altschulden. — 9 Zum 1. Juli 1999 erfolgte eine Mitübernahme der Schulden des Erblastenteilungsfonds, des Bundeseisenbahnvermögens sowie des Ausgleichsfonds „Steinkohleneinsatz“ durch den Bund. Die genannten Sondervermögen werden hier ab Juli 1999 dem Bund zugerechnet.

11. Marktmäßige Kreditaufnahme des Bundes

Bis Ende 1998 Mio DM / ab 1999 Mio €

Zeit	Neuverschuldung, gesamt		darunter:									Verän- derung der Geldmarkt- einlagen
			Anleihen		Bundesobligationen		Sonstige Wertpapiere 2)		Schuldschein- darlehen		Geld- markt- kredite	
	brutto 1)	netto	brutto 1)	netto	brutto 1)	netto	brutto 1)	netto	brutto	netto		
1996	+ 185 696	+ 83 049	+ 54 038	+ 31 988	+ 45 445	+ 5 445	+ 67 015	+ 39 586	+ 15 050	+ 1 906	+ 4 148	+ 6 548
1997	+ 250 074	+ 65 808	+ 79 323	+ 47 323	+ 59 557	+ 1 557	+ 98 275	+ 24 983	+ 12 950	- 8 009	- 30	- 3 304
1998	+ 228 050	+ 52 292	+ 78 304	+ 38 099	+ 55 078	+ 21 553	+ 85 706	- 1 327	+ 12 023	- 2 927	- 3 065	- 5 440
1999	+ 139 865	+ 31 631	+ 53 931	+ 114 080	+ 22 229	+ 18 610	+ 44 904	- 5 836	+ 14 861	+ 52 897	+ 3 937	+ 1 832
2000	+ 122 725	+ 1 750	+ 49 395	+ 20 682	+ 26 342	+ 3 144	+ 45 278	- 5 323	+ 7 273	- 9 973	- 5 563	- 940
2001	+ 135 018	- 14 741	+ 36 511	+ 15 705	+ 19 603	- 3 730	+ 69 971	+ 14 989	+ 5 337	- 9 941	+ 3 595	- 1 495
2001 Jan.-Apr.	+ 47 962	- 20 983	+ 13 977	+ 9 047	+ 2 953	- 1 996	+ 18 715	+ 1 223	+ 1 858	- 5 647	+ 10 458	- 296
2002 Jan.-Apr. p)	+ 55 364	+ 12 911	+ 15 740	+ 15 740	+ 10 107	+ 3 589	+ 22 172	- 8 307	+ 2 059	- 3 360	+ 5 285	+ 415
2001 April	+ 1 271	- 4 846	- 319	- 319	+ 41	+ 41	+ 7 394	+ 1 619	+ 114	- 249	- 5 958	- 293
Mai	+ 11 835	+ 1 018	+ 5 447	+ 545	+ 5 134	+ 1 258	+ 1 000	- 272	+ 562	- 210	- 308	- 273
Juni	+ 5 202	- 4 417	+ 1 320	+ 1 320	+ 854	+ 854	+ 9 181	- 269	+ 113	- 56	- 6 266	+ 1 238
Juli	+ 17 120	+ 8 069	+ 6 323	+ 4 414	+ 301	+ 301	+ 9 809	+ 4 757	+ 643	- 307	+ 44	+ 225
Aug.	+ 6 015	- 1 039	+ 624	+ 624	+ 1 948	- 4 522	+ 555	+ 158	+ 179	- 2	+ 2 708	- 1 262
Sept.	+ 17 190	- 200	+ 6 728	- 2 337	+ 1 287	+ 1 287	+ 9 032	+ 2 357	+ 621	- 1 022	- 478	- 345
Okt.	+ 11 937	+ 4 120	+ 2 139	+ 2 139	+ 338	+ 338	+ 11 294	+ 3 768	+ 219	- 85	- 2 053	- 263
Nov.	+ 18 764	+ 6 506	+ 188	+ 188	+ 6 622	- 1 417	+ 1 002	- 1 350	+ 570	- 1 295	+ 10 382	- 177
Dez.	- 1 007	- 7 817	- 233	- 233	+ 166	+ 166	+ 9 383	+ 4 618	+ 571	- 1 317	- 10 893	- 342
2002 Jan.	+ 25 679	+ 12 851	+ 10 935	+ 10 935	- 539	- 539	+ 4 961	- 6 634	+ 686	- 549	+ 9 635	+ 630
Febr.	+ 10 575	+ 2 683	+ 1 165	+ 1 165	+ 9 669	+ 3 151	+ 572	+ 323	+ 117	- 1 009	- 948	+ 83
März	+ 15 492	+ 5 009	+ 975	+ 975	+ 763	+ 763	+ 6 740	- 1 677	+ 548	- 1 482	+ 6 467	+ 9
April p)	+ 3 618	- 7 631	+ 2 665	+ 2 665	+ 214	+ 214	+ 9 900	- 319	+ 708	- 321	- 9 870	- 307

1 Nach Abzug der Rückkäufe. — 2 Bundesschatzanweisungen, Bundesschatzbriefe, Unverzinsliche Schatzanweisungen und Finanzierungsschätze.

VIII. Öffentliche Finanzen in Deutschland

12. Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben sowie des Vermögens der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten

Bis Ende 1998 Mio DM / ab 1999 Mio €

Zeit	Einnahmen 1)			Ausgaben 1)			Saldo der Einnahmen und Ausgaben	Vermögen 5)					Nachrichtlich: Verwaltungsvermögen
	insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:			insgesamt	Einlagen 6)	Wertpapiere	Darlehen und Hypotheken 7)	Grundstücke	
		Beiträge 2)	Zahlungen des Bundes		Renten 3)	Krankenversicherung der Rentner 4)							
Westdeutschland													
1995	276 302	225 324	47 979	279 226	230 222	15 923	- 2 924	21 756	16 801	3 948	746	262	7 800
1996 8)	288 761	236 036	50 478	288 716	237 464	16 809	+ 45	14 456	9 608	2 119	2 500	229	8 863
1997	305 606	248 463	54 896	295 635	246 011	17 892	+ 9 971	14 659	10 179	1 878	2 372	230	9 261
1998	317 340	250 063	65 191	304 155	254 783	18 636	+ 13 185	18 194	14 201	1 493	2 274	226	9 573
1999	169 124	128 191	39 884	159 819	134 536	9 910	+ 9 305	13 623	11 559	824	1 127	114	4 904
2000 9)	173 020	128 057	43 638	166 569	139 189	10 253	+ 6 451	14 350	11 459	1 676	1 105	110	4 889
2001 9)	177 771	130 003	46 324	171 839	144 074	10 607	+ 5 932	13 967	10 645	1 516	1 701	106	4 973
2001 1.Vj.	42 472	30 565	11 548	42 251	35 634	2 608	+ 221	13 807	10 385	1 601	1 711	109	4 917
2.Vj.	43 823	31 800	11 657	42 420	35 572	2 610	+ 1 403	13 315	10 098	1 406	1 709	102	4 956
3.Vj.	44 023	32 123	11 530	43 229	36 469	2 688	+ 794	11 543	8 201	1 532	1 704	106	4 973
4.Vj.	47 452	35 514	11 588	43 530	36 400	2 701	+ 3 922	13 967	10 645	1 516	1 701	106	4 973
2002 1.Vj.	43 411	30 893	12 212	43 792	36 898	2 719	- 381	11 943	8 712	1 427	1 698	106	4 933
Ostdeutschland													
1995	70 774	44 970	16 408	77 780	63 812	4 362	- 7 006
1996	74 790	46 580	17 910	83 830	68 316	4 851	- 9 040
1997	79 351	48 939	20 065	87 424	70 500	5 388	- 8 073
1998	81 072	47 764	23 564	90 863	73 040	5 757	- 9 791
1999	43 214	24 015	14 744	47 641	38 383	3 040	- 4 427
2000 9)	43 513	22 655	15 224	49 385	39 414	3 112	- 5 872
2001 9)	43 689	21 981	16 378	50 740	40 451	3 143	- 7 051
2001 1.Vj.	10 748	5 284	4 084	12 489	10 000	782	- 1 741
2.Vj.	10 954	5 465	4 117	12 512	9 989	777	- 1 558
3.Vj.	10 540	5 372	4 070	12 881	10 240	796	- 2 341
4.Vj.	11 446	5 860	4 107	12 857	10 221	788	- 1 411
2002 1.Vj.	11 070	5 157	4 410	13 106	10 373	793	- 2 036

Quelle: Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung und Verband Deutscher Rentenversicherungsträger. — 1 Die Jahresergebnisse weichen von der Summe der Vierteljahreswerte ab, da es sich bei diesen stets um vorläufige Angaben handelt. Ab 1993 einschl. Finanzausgleichsleistungen. — 2 Einschl. Beiträge für Empfänger öffentlicher Geldleistungen. — 3 Die Zahlungen der Rentenversicherungsträger an die Krankenkassen nach

§ 50 SGB V wurden von den Renten abgesetzt. — 4 Ab 1995 einschl. Pflegeversicherung der Rentner. — 5 Entspricht im Wesentlichen der Schwankungsreserve. Stand am Jahres- bzw. Vierteljahresende. Ab 1992 gesamtdeutsche Werte. — 6 Einschl. Barmittel. — 7 Ohne Darlehen an andere Sozialversicherungsträger; einschl. Beteiligungen. — 8 Ohne Einnahmen aus der Höherbewertung von Beteiligungen.

13. Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit

Bis Ende 1998 Mio DM / ab 1999 Mio €

Zeit	Einnahmen			Ausgaben							Saldo der Einnahmen und Ausgaben	Zuschuss bzw. Betriebsmittel-darlehen des Bundes	
	insgesamt 1)	darunter:		insgesamt	Arbeitslosenunterstützungen 3) 4)	davon:		berufliche Förderung 4) 5)	davon:				Winterbau-förderung
		Beiträge	Umlagen 2)			Westdeutschland	Ostdeutschland		Westdeutschland	Ostdeutschland			
Gesamtdeutschland													
1995	90 211	84 354	2 957	97 103	49 254	36 161	13 094	34 441	16 745	17 696	1 586	- 6 892	6 887
1996	91 825	85 073	3 346	105 588	57 123	40 186	16 938	36 478	18 368	18 111	903	- 13 763	13 756
1997	93 149	85 793	2 959	102 723	60 273	40 309	19 964	31 418	16 117	15 301	443	- 9 574	9 574
1998	91 088	86 165	2 868	98 852	53 483	35 128	18 355	34 279	16 784	17 496	471	- 7 764	7 719
1999	47 954	45 141	1 467	51 694	25 177	16 604	8 573	20 558	10 480	10 078	279	- 3 740	3 739
2000	49 606	46 359	1 403	50 473	23 946	15 615	8 331	20 324	10 534	9 790	294	- 868	867
2001	50 682	47 337	1 640	52 613	25 036	16 743	8 294	20 713	11 094	9 619	268	- 1 931	1 931
2001 1.Vj.	11 470	11 092	57	12 842	6 304	4 139	2 165	4 860	2 633	2 226	150	- 1 372	3 508
2.Vj.	12 201	11 452	375	13 356	6 513	4 265	2 248	5 192	2 824	2 368	106	- 1 155	1 194
3.Vj.	12 692	11 748	437	12 549	5 899	3 974	1 926	5 024	2 664	2 361	8	+ 143	0
4.Vj.	14 319	13 045	770	13 866	6 321	4 366	1 955	5 637	2 973	2 664	3	+ 453	- 2 771
2002 1.Vj.	11 502	11 188	51	13 093	6 587	4 608	1 979	4 665	2 523	2 142	139	- 1 591	3 720

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit. — 1 Ohne Liquiditätshilfen des Bundes. — 2 Umlagen für die Winterbauförderung und für Konkursausfallgeld. — 3 Arbeitslosengeld, Kurzarbeitergeld. Einschl. des an Aus- und Übersiedler als Ersatz für das Arbeitslosengeld gezahlten Eingliederungsgeldes. —

4 Einschl. Kranken- und Rentenversicherungsbeiträge. — 5 Berufliche Bildung, Förderung der Arbeitsaufnahme, Rehabilitation und Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung.

IX. Konjunkturlage

1. Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts, Verteilung des Volkseinkommens Deutschland

Position	1997	1998	1999	2000	2001	1998	1999	2000	2001	1998	1999	2000	2001
	Mrd DM		Mrd €			Veränderung gegen Vorjahr in %				Anteil in %			
in Preisen von 1995													
I. Entstehung des Inlandsprodukts													
Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	838,3	851,5	429,7	453,1	452,4	1,6	- 1,3	5,4	- 0,1	23,2	22,5	23,0	22,9
Baugewerbe	210,9	206,8	105,4	102,6	95,8	- 2,0	- 0,3	- 2,7	- 6,6	5,6	5,5	5,2	4,8
Handel, Gastgewerbe und Verkehr 1)	598,5	613,0	332,5	347,7	355,8	2,4	6,1	4,5	2,3	16,7	17,4	17,7	18,0
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister 2)	983,7	1 032,5	548,6	574,2	590,7	5,0	3,9	4,7	2,9	28,1	28,7	29,2	29,8
Öffentliche und private Dienst- leister 3)	731,0	736,6	378,3	383,2	384,7	0,8	0,4	1,3	0,4	20,1	19,8	19,5	19,4
Alle Wirtschaftsbereiche	3 407,2	3 486,4	1 818,8	1 884,9	1 903,9	2,3	2,0	3,6	1,0	95,0	95,2	95,8	96,2
Nachr.: Unternehmenssektor	2 960,7	3 041,2	1 591,6	1 657,6	1 676,6	2,7	2,4	4,1	1,1	82,9	83,3	84,2	84,7
Wirtschaftsbereiche bereinigt 4)	3 253,9	3 319,7	1 726,3	1 785,7	1 799,2	2,0	1,7	3,4	0,8	90,5	90,3	90,7	90,9
Bruttoinlandsprodukt	3 599,5	3 669,9	1 911,1	1 968,5	1 979,6	2,0	1,8	3,0	0,6	100	100	100	100
II. Verwendung des Inlandsprodukts													
Private Konsumausgaben 5)	2 036,4	2 072,2	1 092,4	1 108,2	1 120,9	1,8	3,1	1,4	1,1	56,5	57,2	56,3	56,6
Konsumausgaben des Staates	712,9	721,3	374,7	379,3	385,6	1,2	1,6	1,2	1,7	19,7	19,6	19,3	19,5
Ausrüstungen	268,0	292,5	160,4	174,3	165,5	9,2	7,2	8,7	- 5,0	8,0	8,4	8,9	8,4
Bauten	484,3	479,5	248,8	242,6	228,5	- 1,0	1,5	- 2,5	- 5,8	13,1	13,0	12,3	11,5
Sonstige Anlagen 6)	36,1	40,0	23,2	25,3	26,8	10,7	13,7	8,9	6,0	1,1	1,2	1,3	1,4
Vorratsveränderungen 7)	- 9,0	8,0	- 4,1	3,1	- 14,1	0,2	- 0,2	0,2	- 0,7
Inländische Verwendung	3 528,7	3 613,6	1 895,5	1 932,7	1 913,2	2,4	2,6	2,0	- 1,0	98,5	99,2	98,2	96,6
Außenbeitrag	70,8	56,4	15,6	35,8	66,4	1,5	0,8	1,8	3,4
Exporte	1 008,4	1 077,3	581,8	658,8	689,9	6,8	5,6	13,2	4,7	29,4	30,4	33,5	34,9
Importe	937,6	1 020,9	566,2	623,0	623,5	8,9	8,5	10,0	0,1	27,8	29,6	31,6	31,5
Bruttoinlandsprodukt	3 599,5	3 669,9	1 911,1	1 968,5	1 979,6	2,0	1,8	3,0	0,6	100	100	100	100
in jeweiligen Preisen													
III. Verwendung des Inlandsprodukts													
Private Konsumausgaben 5)	2 111,8	2 172,8	1 149,6	1 182,8	1 218,1	2,9	3,5	2,9	3,0	57,6	58,2	58,4	59,0
Konsumausgaben des Staates	712,8	722,7	378,4	384,5	393,2	1,4	2,4	1,6	2,3	19,2	19,2	19,0	19,1
Ausrüstungen	268,4	293,5	159,4	174,8	167,2	9,4	6,2	9,7	- 4,3	7,8	8,1	8,6	8,1
Bauten	481,1	475,3	245,3	240,6	227,0	- 1,2	0,9	- 1,9	- 5,7	12,6	12,4	11,9	11,0
Sonstige Anlagen 6)	35,1	38,1	21,4	22,7	23,6	8,7	9,7	5,9	4,2	1,0	1,1	1,1	1,1
Vorratsveränderungen 7)	1,1	16,2	3,5	12,1	- 5,2	0,4	0,2	0,6	- 0,3
Inländische Verwendung	3 610,3	3 718,7	1 957,5	2 017,5	2 023,9	3,0	3,0	3,1	0,3	98,5	99,1	99,6	98,1
Außenbeitrag	50,2	54,9	16,8	8,0	39,1	1,5	0,9	0,4	1,9
Exporte	1 022,0	1 094,6	586,6	683,3	721,4	7,1	4,8	16,5	5,6	29,0	29,7	33,7	35,0
Importe	971,8	1 039,7	569,8	675,3	682,3	7,0	7,2	18,5	1,0	27,6	28,9	33,3	33,1
Bruttoinlandsprodukt	3 660,5	3 773,6	1 974,3	2 025,5	2 063,0	3,1	2,3	2,6	1,9	100	100	100	100
IV. Preise (1995=100)													
Privater Konsum	103,7	104,9	105,2	106,7	108,7	1,1	0,4	1,4	1,8
Bruttoinlandsprodukt	101,7	102,8	103,3	102,9	104,2	1,1	0,5	- 0,4	1,3
Terms of Trade	97,8	99,8	100,2	95,7	95,5	2,0	0,4	- 4,5	- 0,1
V. Verteilung des Volkseinkommens													
Arbeitnehmerentgelt	1 973,9	2 015,2	1 058,3	1 089,2	1 109,7	2,1	2,7	2,9	1,9	71,5	72,3	72,3	72,5
Unternehmens- und Vermögens- einkommen	773,4	805,0	405,9	416,6	421,4	4,1	- 1,4	2,6	1,2	28,5	27,7	27,7	27,5
Volkseinkommen	2 747,2	2 820,2	1 464,2	1 505,8	1 531,1	2,7	1,5	2,8	1,7	100	100	100	100
Nachr.: Bruttonationaleinkommen (Bruttosozialprodukt)	3 642,7	3 746,5	1 962,0	2 017,9	2 054,6	2,8	2,4	2,8	1,8

Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: Februar 2002. — 1 Einschl. Nachrichtenübermittlung. — 2 Kredit- und Versicherungsgewerbe, Grundstücksbesitz, Vermietung und Unternehmensdienstleister. — 3 Einschl. Häusliche Dienste. — 4 Bruttowertschöpfung nach Abzug unterstellter Bankge-

bühr, jedoch ohne Gütersteuern (saldiert mit Gütersubventionen). — 5 Einschl. Private Organisationen ohne Erwerbszweck. — 6 Immaterielle Anlageinvestitionen (u. a. EDV-Software, Urheberrechte) sowie Nutztiere und -pflanzen. — 7 Einschl. Nettozugang an Wertsachen.

IX. Konjunkturlage

2. Produktion im Produzierenden Gewerbe

Arbeitstäglich bereinigt )

Zeit	Produzierendes Gewerbe		davon:								Energie 5)		Bauhauptgewerbe	
	Veränderung gegen Vorjahr %	zusammen	Industrie 1)		Vorleistungsgüterproduzenten 2)		Investitionsgüterproduzenten 3)		Konsumgüterproduzenten 4)		Veränderung gegen Vorjahr %		Veränderung gegen Vorjahr %	
			1995 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	1995 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	1995 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	1995 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %				
Deutschland														
1998	106,2	+ 3,3	109,6	+ 4,6	108,7	+ 3,0	116,2	+ 8,8	101,6	+ 1,2	100,4	- 1,3	87,2	- 3,2
1999	107,7	+ 1,4	111,5	+ 1,7	110,7	+ 1,8	117,9	+ 1,5	103,3	+ 1,7	100,0	- 0,4	87,9	+ 0,8
2000	113,4	+ 5,3	119,1	+ 6,8	116,9	+ 5,6	130,9	+ 11,0	105,6	+ 2,2	99,7	- 0,3	84,9	- 3,4
2001	113,2	- 0,2	119,9	+ 0,7	116,1	- 0,7	134,3	+ 2,6	105,2	- 0,4	98,1	- 1,6	78,9	- 7,1
2001 April	113,1	+ 0,1	119,5	+ 1,5	117,1	+ 0,3	133,0	+ 4,2	104,0	- 0,6	98,4	+ 0,5	80,7	- 11,9
Mai	112,6	- 0,4	118,6	+ 0,3	117,5	- 0,4	130,8	+ 2,3	102,7	- 1,2	92,3	+ 1,1	85,7	- 9,2
Juni	117,7	+ 1,6	125,3	+ 2,5	121,6	+ 1,8	142,6	+ 4,4	106,5	+ 0,6	85,6	- 1,5	89,5	- 4,2
Juli	113,1	- 2,1	118,8	- 1,6	118,0	- 2,6	130,7	- 0,5	103,1	- 1,5	89,0	- 5,6	90,9	- 4,9
Aug.	105,5	- 0,2	110,5	+ 0,5	110,4	- 1,7	117,2	+ 1,9	100,7	+ 1,6	87,9	- 2,1	84,2	- 4,8
Sept.	119,9	- 1,7	126,9	- 1,6	121,1	- 2,2	144,7	- 0,6	110,5	- 2,1	92,0	- 1,7	93,3	- 3,3
Okt.	118,7	- 2,7	124,5	- 2,9	121,1	- 3,4	135,9	- 2,3	113,3	- 3,4	98,4	- 3,7	94,3	+ 0,2
Nov.	117,2	- 4,1	123,3	- 4,2	117,5	- 4,9	138,7	- 3,7	110,6	- 3,9	105,4	- 1,0	84,7	- 5,3
Dez.	105,4	- 4,4	111,3	- 5,2	96,9	- 8,3	136,7	- 4,1	98,7	- 1,6	111,7	+ 4,6	60,9	- 6,7
2002 Jan. p) +)	100,4	- 4,7	106,9	- 5,1	107,3	- 4,7	112,6	- 6,9	97,9	- 2,5	111,2	- 0,8	48,4	- 5,3
Febr. p) +)	103,5	- 5,2	110,8	- 5,7	110,5	- 3,7	119,7	- 8,8	98,5	- 3,2	98,9	- 1,5	57,6	- 2,4
März p) +)	116,2	- 4,0	123,8	- 4,8	122,5	- 2,1	136,0	- 8,7	108,1	- 2,2	102,0	- 1,9	75,6	+ 3,8
Westdeutschland														
1998	105,9	+ 3,3	108,7	+ 4,4	107,6	+ 2,5	115,8	+ 8,7	99,9	+ 1,0	101,2	- 1,2	87,7	- 1,9
1999	107,1	+ 1,1	110,0	+ 1,2	109,0	+ 1,3	117,1	+ 1,1	101,1	+ 1,2	100,6	- 0,6	88,9	+ 1,4
2000	112,7	+ 5,2	117,1	+ 6,5	114,3	+ 4,9	129,8	+ 10,8	102,8	+ 1,7	99,8	- 0,8	87,5	- 1,6
2001	112,4	- 0,3	117,5	+ 0,3	113,2	- 1,0	132,9	+ 2,4	101,9	- 0,9	97,9	- 1,9	82,2	- 6,1
2001 April	112,5	+ 0,3	117,4	+ 1,5	114,3	+ 0,1	132,2	+ 4,5	100,7	- 1,2	98,3	+ 0,2	84,8	- 10,9
Mai	111,6	- 0,5	116,2	+ 0,1	114,5	- 0,8	129,5	+ 2,0	99,0	- 1,9	91,9	+ 0,4	89,7	- 8,2
Juni	116,8	+ 1,6	122,9	+ 2,2	118,4	+ 1,4	141,3	+ 4,1	103,1	+ 0,3	85,3	- 1,8	93,1	- 3,1
Juli	112,1	- 2,2	116,5	- 1,9	114,9	- 3,0	129,5	- 0,7	99,9	- 1,9	88,8	- 5,9	94,6	- 3,3
Aug.	103,7	- 0,7	107,5	- 0,3	106,9	- 2,5	115,2	+ 1,3	96,9	+ 0,9	87,5	- 2,5	85,8	- 4,0
Sept.	118,9	- 1,9	124,4	- 1,9	117,7	- 2,5	143,4	- 1,0	107,3	- 2,5	91,8	- 1,9	96,8	- 2,4
Okt.	117,5	- 3,1	121,8	- 3,4	117,7	- 3,8	134,5	- 2,7	109,6	- 4,1	98,2	- 3,9	98,7	+ 1,1
Nov.	115,9	- 4,3	120,4	- 4,5	114,2	- 5,1	136,5	- 4,0	106,9	- 4,2	105,3	- 1,3	87,9	- 4,4
Dez.	104,7	- 4,7	109,1	- 5,5	94,4	- 8,6	135,0	- 4,5	95,3	- 2,0	111,4	+ 4,3	63,4	- 6,1
2002 Jan. p) +)	99,8	- 4,9	104,7	- 5,3	104,8	- 4,8	111,3	- 7,2	94,6	- 2,9	111,0	- 1,0	50,8	- 3,2
Febr. p) +)	103,0	- 5,6	108,6	- 6,1	107,9	- 4,1	118,4	- 9,2	95,1	- 3,9	98,8	- 1,7	60,8	- 2,4
März p) +)	115,5	- 4,4	121,2	- 5,2	119,6	- 2,5	134,4	- 8,9	104,1	- 2,9	101,8	- 2,0	80,9	+ 5,3
Ostdeutschland														
1998	109,2	+ 3,0	126,2	+ 9,2	125,9	+ 11,3	126,3	+ 11,6	126,5	+ 3,8	94,0	- 2,3	85,1	- 8,3
1999	114,4	+ 4,8	135,8	+ 7,6	137,1	+ 8,9	135,6	+ 7,4	134,0	+ 5,9	95,1	+ 1,2	84,2	- 1,1
2000	121,5	+ 6,2	152,8	+ 12,5	157,0	+ 14,5	153,2	+ 13,0	145,7	+ 8,7	98,3	+ 3,4	75,6	- 10,2
2001	123,0	+ 1,2	160,0	+ 4,7	162,6	+ 3,6	163,6	+ 6,8	152,5	+ 4,7	99,5	+ 1,2	67,1	- 11,2
2001 April	119,8	- 1,6	155,0	+ 2,2	160,9	+ 3,5	150,9	- 2,0	150,2	+ 4,9	99,0	+ 2,8	65,9	- 16,3
Mai	123,8	+ 0,7	160,0	+ 4,5	165,0	+ 3,3	157,7	+ 5,1	154,5	+ 5,7	95,1	+ 5,7	71,3	- 13,5
Juni	128,3	+ 3,0	166,5	+ 6,7	171,8	+ 7,0	170,7	+ 9,6	154,1	+ 3,1	88,2	+ 1,7	76,4	- 8,8
Juli	124,4	- 1,4	158,5	+ 2,1	166,6	+ 1,3	156,8	+ 3,6	147,7	+ 1,9	90,5	- 2,8	77,4	- 11,5
Aug.	125,8	+ 4,1	160,4	+ 8,5	165,2	+ 7,1	159,4	+ 10,8	154,2	+ 8,4	90,8	+ 0,3	78,4	- 7,7
Sept.	131,9	+ 0,7	169,3	+ 3,2	175,6	+ 2,0	173,6	+ 6,4	155,4	+ 1,7	93,8	+ 0,0	80,5	- 7,4
Okt.	132,0	+ 1,1	169,3	+ 2,9	174,4	+ 1,3	165,2	+ 4,4	165,4	+ 4,0	100,4	- 1,8	78,5	- 3,7
Nov.	132,8	- 1,8	172,6	- 0,2	170,2	- 1,4	186,8	+ 2,9	162,4	- 1,4	106,6	+ 1,4	73,2	- 9,1
Dez.	113,8	- 1,3	149,2	- 0,8	135,8	- 5,4	173,2	+ 3,1	146,1	+ 1,9	114,3	+ 7,4	51,9	- 9,6
2002 Jan. p) +)	107,1	- 2,5	144,5	- 1,0	146,8	- 3,1	140,5	- 0,5	144,9	+ 1,7	113,2	+ 1,2	39,7	- 13,7
Febr. p) +)	109,9	+ 0,1	148,6	+ 0,3	151,0	+ 0,1	147,2	- 2,7	146,2	+ 4,0	99,6	+ 0,3	46,1	- 1,9
März p) +)	124,4	+ 0,5	167,8	+ 1,5	168,2	+ 2,9	169,8	- 3,7	165,2	+ 5,0	103,4	- 1,1	56,4	- 3,4

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. —  Mit Hilfe des Verfahrens Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8. — 1 Verarbeitendes Gewerbe, soweit nicht der Hauptgruppe Energie zugeordnet, sowie Erzbergbau, Gewinnung von Steinen und Erden. — 2 Einschließlich Erzbergbau, Gewinnung von Steinen und Erden. — 3 Einschließlich Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen. — 4 Einschließlich Druckgewerbe. — 5 Energieversor-

gung sowie insbesondere Kohlenbergbau, Gewinnung von Erdöl und Erdgas, Mineralölverarbeitung. — + Vom Statistischen Bundesamt schätzungsweise vorab angepasst an die Ergebnisse der Vierteljährlichen Produktionserhebung für das I. Quartal (Industrie in Deutschland: durchschnittlich + 0,2%).

IX. Konjunkturlage

3. Auftragseingang in der Industrie *)

Arbeitstäglich bereinigt )

Zeit	Industrie insgesamt		davon:				davon:					
			Inland		Ausland		Vorleistungsgüter- produzenten		Investitionsgüter- produzenten 1)		Konsumgüter- produzenten 2)	
	1995=100	Verände- rung gegen Vorjahr %	1995=100	Verände- rung gegen Vorjahr %	1995=100	Verände- rung gegen Vorjahr %	1995=100	Verände- rung gegen Vorjahr %	1995=100	Verände- rung gegen Vorjahr %	1995=100	Verände- rung gegen Vorjahr %
Deutschland												
1998	110,9	+ 3,6	102,9	+ 4,0	125,4	+ 3,1	105,3	- 0,4	119,9	+ 8,0	100,1	+ 0,8
1999	113,3	+ 2,2	102,8	- 0,1	132,4	+ 5,6	106,4	+ 1,0	124,0	+ 3,4	101,0	+ 0,9
2000	129,0	+ 13,9	111,2	+ 8,2	161,1	+ 21,7	121,4	+ 14,1	144,2	+ 16,3	105,2	+ 4,2
2001	126,8	- 1,7	108,6	- 2,3	159,7	- 0,9	116,4	- 4,1	143,4	- 0,6	106,8	+ 1,5
2001 März	142,3	+ 2,4	123,3	+ 3,8	176,6	+ 0,9	129,5	+ 0,5	161,3	+ 4,3	121,7	+ 1,4
April	124,0	- 1,8	107,3	- 2,8	154,0	- 0,6	115,8	- 3,0	139,3	- 1,6	101,5	+ 1,6
Mai	127,0	+ 0,7	107,4	- 3,3	162,0	+ 6,0	118,0	- 3,4	144,6	+ 3,7	99,4	+ 2,6
Juni	132,0	- 1,1	108,6	- 5,2	174,1	+ 3,9	122,1	- 3,0	151,2	- 0,7	102,9	+ 4,6
Juli	125,6	- 3,7	108,5	- 4,1	156,3	- 3,2	116,5	- 6,7	141,3	- 3,0	104,1	+ 3,2
Aug.	117,1	- 3,8	104,4	- 2,5	140,2	- 5,2	108,0	- 7,8	128,8	- 1,9	108,5	+ 2,1
Sept.	127,2	- 6,6	110,4	- 5,2	157,8	- 8,3	116,1	- 10,1	142,2	- 4,6	114,5	- 3,5
Okt.	123,5	- 8,5	107,0	- 6,2	153,4	- 11,0	115,4	- 9,6	135,7	- 9,5	110,4	- 0,5
Nov.	122,9	- 8,7	105,6	- 8,4	154,3	- 8,8	111,4	- 10,4	140,1	- 8,7	104,4	- 2,2
Dez.	121,1	- 5,8	99,7	- 4,6	159,8	- 7,0	103,0	- 8,2	147,9	- 4,6	92,5	- 2,6
2002 Jan.	122,6	- 4,3	103,7	- 5,0	156,6	- 3,4	112,6	- 7,3	138,1	- 2,3	104,5	- 2,4
Febr.	123,2	- 5,9	102,7	- 7,7	159,9	- 3,8	114,7	- 4,4	135,6	- 7,5	109,7	- 4,0
März )	137,7	- 3,2	112,1	- 9,1	183,4	+ 3,9	125,3	- 3,2	155,5	- 3,6	119,4	- 1,9
Westdeutschland												
1998	110,2	+ 3,0	102,4	+ 3,6	123,5	+ 1,9	104,0	- 0,9	119,8	+ 7,0	99,0	+ 0,5
1999	112,3	+ 1,9	101,9	- 0,5	130,3	+ 5,5	104,6	+ 0,6	124,0	+ 3,5	99,7	+ 0,7
2000	127,5	+ 13,5	109,7	+ 7,7	158,1	+ 21,3	118,8	+ 13,6	144,1	+ 16,2	103,2	+ 3,5
2001	124,8	- 2,1	106,6	- 2,8	155,9	- 1,4	112,9	- 5,0	143,0	- 0,8	104,4	+ 1,2
2001 März	140,2	+ 2,0	121,4	+ 3,1	172,4	+ 0,8	126,1	- 0,2	160,6	+ 4,0	119,4	+ 0,9
April	121,7	- 2,3	105,1	- 3,1	150,2	- 1,5	112,4	- 4,0	138,2	- 2,1	98,8	+ 1,4
Mai	124,7	+ 0,2	105,3	- 4,0	157,6	+ 5,2	114,7	- 3,9	143,5	+ 2,9	96,8	+ 1,9
Juni	130,1	+ 1,1	107,0	- 5,5	169,8	+ 3,9	118,5	- 4,0	151,4	- 0,1	100,3	+ 3,9
Juli	123,7	- 3,9	106,6	- 4,4	153,1	- 3,3	113,0	- 7,4	141,2	- 2,8	102,0	+ 2,9
Aug.	115,2	- 4,6	102,7	- 3,0	136,6	- 6,4	104,2	- 8,8	128,5	- 2,7	106,5	+ 1,5
Sept.	125,0	- 7,5	108,0	- 6,2	153,8	- 9,3	112,0	- 11,3	141,5	- 5,7	112,1	- 4,0
Okt.	121,4	- 9,1	104,8	- 6,8	149,9	- 11,6	111,6	- 10,5	135,5	- 10,0	107,8	- 0,6
Nov.	120,9	- 8,8	103,6	- 8,7	150,9	- 8,6	108,1	- 10,8	139,7	- 8,7	101,8	- 2,0
Dez.	118,8	- 5,6	97,4	- 4,4	155,8	- 6,7	99,6	- 9,2	146,9	- 3,7	90,2	- 2,5
2002 Jan.	120,6	- 4,7	101,8	- 5,6	152,9	- 3,7	108,5	- 8,6	138,2	- 2,3	102,1	- 2,7
Febr.	121,1	- 6,1	100,8	- 8,3	155,8	- 3,5	111,2	- 4,1	135,1	- 8,0	107,5	- 4,2
Marz )	133,5	- 4,8	110,0	- 9,4	173,4	+ 0,6	120,3	- 4,6	151,5	- 5,7	116,9	- 2,1
Ostdeutschland												
1998	124,2	+ 15,6	109,8	+ 8,2	196,7	+ 43,5	126,8	+ 7,6	121,6	+ 28,0	124,4	+ 5,9
1999	130,2	+ 4,8	114,2	+ 4,0	210,6	+ 7,1	135,0	+ 6,5	125,3	+ 3,0	131,8	+ 5,9
2000	153,7	+ 18,0	130,0	+ 13,8	273,1	+ 29,7	163,1	+ 20,8	145,4	+ 16,0	151,7	+ 15,1
2001	161,3	+ 4,9	133,1	+ 2,4	303,6	+ 11,2	173,1	+ 6,1	150,1	+ 3,2	161,0	+ 6,1
2001 März	178,0	+ 8,9	147,0	+ 11,8	334,1	+ 3,2	184,1	+ 9,3	173,2	+ 8,9	174,1	+ 6,7
April	162,5	+ 5,6	136,3	+ 0,7	293,7	+ 19,0	168,8	+ 7,9	156,8	+ 4,0	161,5	+ 2,5
Mai	165,1	+ 9,3	133,3	+ 3,7	325,7	+ 23,2	170,2	+ 2,5	161,8	+ 16,2	158,9	+ 12,4
Juni	164,0	+ 1,2	130,1	- 0,3	334,9	+ 4,3	180,3	+ 8,6	149,2	- 8,6	160,6	+ 13,1
Juli	156,4	- 1,9	133,0	- 2,1	274,8	- 1,2	174,0	+ 2,5	141,0	- 8,1	150,8	+ 4,9
Aug.	151,5	+ 8,6	127,1	+ 2,6	274,5	+ 26,1	168,5	+ 4,4	134,4	+ 12,9	155,2	+ 12,0
Sept.	167,9	+ 8,7	140,1	+ 5,1	307,7	+ 18,0	180,5	+ 2,4	155,6	+ 18,2	169,4	+ 3,7
Okt.	158,0	+ 0,3	133,3	- 0,7	283,2	+ 3,4	174,8	- 0,2	139,2	+ 0,4	170,0	+ 2,0
Nov.	157,2	- 6,8	132,2	- 4,6	283,1	- 11,4	166,2	- 4,6	146,6	- 10,0	165,5	- 2,9
Dez.	159,1	- 7,2	130,2	- 5,0	304,7	- 11,7	158,0	+ 4,2	163,3	- 16,3	145,7	- 3,6
2002 Jan.	155,5	+ 1,3	128,7	+ 1,7	290,9	+ 0,5	177,3	+ 6,2	133,3	- 4,6	161,1	+ 2,4
Febr.	156,6	- 3,6	126,4	- 1,2	308,6	- 8,4	171,0	- 7,7	142,1	+ 0,9	160,0	- 1,5
März )	208,9	+ 17,4	140,2	- 4,6	555,0	+ 66,1	205,3	+ 11,5	219,9	+ 27,0	177,1	+ 1,7

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. — * Wirtschaftszweige des Verarbeitenden Gewerbes, insbesondere ohne Ernahrungsgewerbe, Tabakverarbeitung und Mineralölverarbeitung; Ergebnisse für fachliche

Betriebsteile; Werte ohne Mehrwertsteuer. —  Eigene Berechnung. — 1 Einschließlich Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagen teilen. — 2 Einsiclielich Druckgewerbe.

IX. Konjunkturlage

4. Auftragseingang im Bauhauptgewerbe *)

Arbeitstäglich bereinigt o)

Zeit	Deutschland					Westdeutschland					Ostdeutschland				
	insgesamt	davon:				insgesamt	davon:				insgesamt	davon:			
		Wohnungsbau	gewerblicher Bau 1)	öffentlicher-Bau			Wohnungsbau	gewerblicher Bau 1)	öffentlicher-Bau			Wohnungsbau	gewerblicher Bau 1)	öffentlicher-Bau	
	1995 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	1995 = 100			1995 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	1995 = 100			1995 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	1995 = 100		
1998	83,9	- 0,6	82,4	79,9	90,1	86,6	+ 0,6	83,3	86,7	88,8	77,7	- 3,4	80,4	64,7	93,8
1999	82,2	- 2,0	78,2	80,2	87,6	87,3	+ 0,8	84,1	88,7	88,1	70,0	- 9,9	66,3	61,2	86,2
2000	75,1	- 8,6	65,4	75,6	82,1	81,2	- 7,0	73,3	84,9	82,7	60,5	- 13,6	49,2	54,4	80,3
2001	71,0	- 5,5	54,2	73,3	81,3	79,2	- 2,5	64,2	84,9	83,3	51,6	- 14,7	33,6	47,0	75,6
2001 Febr.	57,2	- 7,9	49,0	58,2	62,4	65,1	- 3,7	57,6	67,2	67,9	38,6	- 21,1	31,3	38,0	46,7
März	79,6	- 11,2	67,3	82,6	85,7	89,1	- 7,6	81,7	93,4	89,3	57,3	- 22,0	37,7	58,0	75,4
April	75,1	- 5,3	59,1	77,2	85,2	85,9	+ 0,2	70,9	91,6	90,0	49,6	- 22,7	34,9	44,6	71,4
Mai	80,6	- 2,7	62,1	79,6	96,4	89,5	- 0,7	71,5	93,1	93,1	59,6	- 9,0	42,8	49,0	91,3
Juni	90,2	+ 3,2	71,6	84,0	112,2	98,3	+ 7,7	83,0	95,7	112,3	70,9	- 9,2	48,4	57,6	112,0
Juli	74,5	- 7,1	52,9	76,5	88,9	81,8	- 6,2	62,3	87,3	89,3	57,2	- 10,1	33,5	52,2	87,6
Aug.	74,8	+ 2,0	52,9	75,8	90,6	81,7	+ 6,5	61,0	87,1	90,2	58,4	- 10,7	36,3	50,2	91,7
Sept.	78,4	- 7,1	58,2	81,1	90,8	87,6	- 5,5	69,6	95,2	91,8	56,5	- 12,7	35,0	49,2	88,1
Okt.	69,2	- 5,6	50,5	67,5	85,7	77,0	- 4,9	59,3	77,6	88,9	50,6	- 8,2	32,4	44,7	76,8
Nov.	61,1	- 3,3	39,9	69,3	67,7	66,6	- 2,8	47,1	79,7	65,6	48,2	- 4,7	25,3	46,1	73,6
Dez.	59,7	- 14,0	39,4	67,0	66,7	69,1	- 10,5	48,5	80,6	70,6	37,5	- 26,2	20,9	36,1	55,7
2002 Jan.	47,1	- 8,0	38,0	51,8	48,4	53,5	- 8,4	47,2	59,7	51,0	31,7	- 7,6	19,1	34,1	40,7
Febr.	55,6	- 2,8	40,9	62,8	58,1	60,1	- 7,7	49,7	66,9	59,7	44,8	+ 16,1	23,0	53,6	53,7

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. — * Werte ohne Mehrwertsteuer. Die Ergebnisse beziehen sich auf die Wirtschaftszweige „Vorbereitende Baustellenarbeiten“ sowie „Hoch- und Tiefbau“. — o Eigene Berechnung. — 1 Einschließlich Bahn und Post.

reitende Baustellenarbeiten“ sowie „Hoch- und Tiefbau“. — o Eigene Berechnung. — 1 Einschließlich Bahn und Post.

5. Einzelhandelsumsätze *)
Deutschland

Zeit	Einzelhandel insgesamt						darunter nach dem Sortimentsschwerpunkt der Unternehmen:									
	einschließlich Einzelhandel mit Kraftfahrzeugen und Tankstellen			ohne Einzelhandel mit Kraftfahrzeugen und Tankstellen			Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren 2)		medizinische, kosmetische Artikel; Apotheken 2)		Bekleidung, Schuhe, Lederwaren 2)		Einrichtungsgegenstände 2)		Kraftwagen 3)	
	Veränderung gegen Vorjahr in %		1995 = 100	Veränderung gegen Vorjahr in %		1995 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	Veränderung gegen Vorjahr %	Veränderung gegen Vorjahr %	Veränderung gegen Vorjahr %	Veränderung gegen Vorjahr %	Veränderung gegen Vorjahr %	Veränderung gegen Vorjahr %	Veränderung gegen Vorjahr %	Veränderung gegen Vorjahr %	
	nicht bereinigt	preisbereinigt 1)		nicht bereinigt	preisbereinigt 1)											
1998	102,7	+ 1,8	+ 1,6	100,1	+ 1,1	+ 1,1	99,9	+ 1,3	111,9	+ 5,8	96,1	- 1,1	99,6	+ 4,0	115,1	+ 5,5
1999	103,8	+ 1,1	+ 0,7	100,8	+ 0,7	+ 0,4	100,8	+ 0,9	120,0	+ 7,2	96,1	± 0,0	97,4	- 2,2	119,3	+ 3,6
2000	105,1	+ 1,3	± 0,0	103,0	+ 2,2	+ 1,1	102,8	+ 2,0	126,8	+ 5,7	95,7	- 0,4	95,0	- 2,5	115,9	- 2,8
2001	107,4	+ 2,2	+ 0,8	105,8	+ 2,7	+ 1,1	107,9	+ 5,0	138,7	+ 9,4	96,7	+ 1,0	93,9	- 1,2	117,3	+ 1,2
2000 Okt.	105,3	- 0,8	- 2,4	104,6	- 0,1	- 1,8	101,1	+ 0,6	128,7	+ 7,6	105,7	- 7,0	99,8	- 4,3	110,9	- 3,8
Nov.	111,3	+ 1,2	- 0,5	111,0	+ 2,1	+ 0,6	107,2	+ 2,7	132,9	+ 7,8	103,5	- 2,2	109,9	- 0,9	115,5	- 3,3
Dez.	123,0	- 2,3	- 3,5	127,2	- 1,4	- 2,5	121,7	- 0,6	146,0	+ 3,8	123,2	- 0,1	116,4	- 6,6	108,7	- 7,1
2001 Jan.	97,6	+ 6,9	+ 5,8	97,8	+ 7,2	+ 6,0	96,6	+ 5,9	137,1	+ 12,9	84,9	+ 8,3	89,2	+ 9,0	99,9	+ 5,7
Febr.	92,7	- 4,2	- 5,2	90,9	- 3,6	- 4,6	93,3	- 1,4	123,7	+ 3,3	73,9	- 6,6	88,3	- 7,2	103,0	- 6,1
März	113,4	+ 2,3	+ 1,2	108,6	+ 3,7	+ 2,5	111,3	+ 3,5	137,9	+ 9,4	96,2	+ 5,8	104,4	+ 1,3	138,7	- 0,1
April	107,7	+ 2,4	+ 0,7	104,8	+ 2,8	+ 0,9	108,4	+ 4,5	132,6	+ 11,8	99,8	- 3,9	92,4	+ 1,0	122,7	+ 2,2
Mai	112,9	+ 0,1	- 2,1	109,0	+ 1,6	- 0,8	112,6	+ 4,1	141,9	+ 6,5	104,9	+ 1,4	91,3	- 4,9	131,8	- 4,3
Juni	104,5	+ 4,8	+ 2,5	101,0	+ 6,0	+ 3,3	107,7	+ 7,0	135,1	+ 10,6	85,5	+ 3,8	85,2	+ 2,8	122,0	+ 2,0
Juli	105,4	+ 3,8	+ 1,6	102,3	+ 4,2	+ 1,7	105,5	+ 7,1	139,2	+ 11,8	90,7	+ 1,2	84,2	- 5,1	121,3	+ 3,3
Aug.	104,3	+ 3,1	+ 1,3	103,0	+ 3,6	+ 1,7	108,4	+ 8,4	138,8	+ 11,2	86,7	- 2,5	83,5	- 0,4	111,5	+ 1,3
Sept.	101,4	- 0,7	- 1,8	100,4	- 0,9	- 2,0	100,2	+ 1,4	129,1	+ 4,5	107,5	+ 7,8	87,0	- 4,6	108,1	+ 0,7
Okt.	110,2	+ 4,7	+ 3,3	108,2	+ 3,4	+ 2,1	109,1	+ 7,9	142,2	+ 10,5	101,7	- 3,8	100,6	+ 0,8	122,4	+ 10,4
Nov.	115,4	+ 3,7	+ 2,7	115,0	+ 3,6	+ 2,5	114,7	+ 7,0	146,7	+ 10,4	106,7	+ 3,1	108,9	- 0,9	121,8	+ 5,5
Dez.	123,7	+ 0,6	- 0,5	128,7	+ 1,2	+ 0,1	126,6	+ 4,0	160,0	+ 9,6	121,9	- 1,1	111,2	- 4,5	104,5	- 3,9
2002 Jan.	96,1	- 1,5	- 3,3	95,5	- 2,4	- 4,0	98,8	+ 2,3	139,5	+ 1,8	80,8	- 4,8	81,5	- 8,6	101,8	+ 1,9
Febr.	92,0	- 0,8	- 2,4	89,5	- 1,5	- 3,1	95,7	+ 2,6	129,7	+ 4,9	70,0	- 5,3	81,2	- 8,0	106,5	+ 3,4
März	108,6	- 4,2	- 5,6	105,1	- 3,2	- 4,5	112,4	+ 1,0	137,3	- 0,4	93,7	- 2,6	89,5	- 14,3	128,3	- 7,5

Quelle: Statistisches Bundesamt. — * Ohne Mehrwertsteuer; Angaben ab 2001 vorläufig, teilweise revidiert und in den jüngsten Monaten erfahrungs-

gemäß besonders unsicher. — 1 In Preisen von 1995. — 2 Einzelhandel in Verkaufsräumen. — 3 Einschl. Kraftwagenteil und Zubehör.

IX. Konjunkturlage

6. Arbeitsmarkt *)

Zeit	Erwerbstätige 1) 2)			Arbeitnehmer 1)		Beschäftigte 3)		Kurz- arbeiter	Beschäftigte in Beschäftigung- schaffenden Maß- nahmen 5)	Personen in be- ruflicher Weiter- bildung	Arbeitslose		Arbeits- losen- quote 6) %	Offene Stellen Tsd		
	Tsd	Veränderung gegen Vorjahr		Tsd	Ver- änderung gegen Vorjahr %	Tsd	Bergbau und Verar- beiten- des Ge- werbe				Bau- haupt- gewerbe 4)	Tsd			Ver- änderung gegen Vorjahr Tsd	%
		%	Tsd													
Deutschland																
1999	38 083	+ 1,3	+ 475	34 131	+ 1,5	6 370	1 111	119	430	358	4 099	- 180	10,5	456		
2000	38 704	+ 1,6	+ 621	34 718	+ 1,7	6 373	1 053	86	316	352	3 889	- 211	9,6	514		
2001	38 771	+ 0,2	+ 67	34 804	+ 0,2	6 395	958	123	243	345	3 852	- 37	9,4	506		
2001 April	38 644	+ 0,3	+ 117			6 387	961	119	246	365	3 868	- 118	9,5	580		
Mai	38 703	+ 0,2	+ 66	34 743	+ 0,3	6 388	969	111	248	368	3 721	- 68	9,0	559		
Juni	38 769	+ 0,1	+ 30			6 396	969	109	245	354	3 694	- 30	8,9	542		
Juli	38 794	+ 0,1	+ 29			6 416	968	103	242	324	3 799	- 5	9,2	522		
Aug.	38 902	+ 0,1	+ 44			6 437	971	92	240	322	3 789	+ 8	9,2	508		
Sept.	39 125	+ 0,0	+ 8	34 976	+ 0,1	6 425	968	114	233	329	3 743	+ 58	9,0	485		
Okt.	39 192	- 0,1	- 48			6 397	959	140	230	329	3 725	+ 114	9,0	443		
Nov.	39 073	- 0,2	- 78			6 377	948	169	227	329	3 789	+ 144	9,2	408		
Dez.	38 891	- 0,2	- 97	35 084	- 0,2	6 336	921	176	215	319	3 789	+ 155	9,6	389		
2002 Jan.	38 209	- 0,3	- 128			6 272	864	212	198	317	4 290	+ 197	10,4	422		
Febr.	○ 38 178	○ - 0,4	○ - 146			6 247	840	246	192	326	4 296	+ 184	10,4	487		
März	258	187	335	4 156	+ 156	10,0	527		
April	245	185	345	4 024	+ 156	9,7	537		
Westdeutschland																
1999	5 775	775	92	82	215	2 756	- 149	8,8	386		
2000	5 761	749	62	70	212	2 529	- 226	7,8	452		
2001	5 769	696	96	61	209	2 478	- 51	7,4	440		
2001 April	5 764	700	8) 88	8) 64	225	2 474	8) - 112	8) 7,5	8) 505		
Mai	5 763	705	84	65	226	2 385	- 74	7,1	485		
Juni	5 771	704	83	63	215	2 380	- 46	7,1	469		
Juli	5 787	703	80	62	196	2 445	- 21	7,3	453		
Aug.	5 803	705	70	60	194	2 447	+ 3	7,3	440		
Sept.	5 791	703	90	58	199	2 422	+ 39	7,2	417		
Okt.	5 764	698	9) 114	9) 57	197	2 413	9) + 70	9) 7,2	9) 380		
Nov.	5 745	691	142	56	195	2 468	+ 108	7,4	348		
Dez.	5 708	674	147	54	189	2 584	+ 130	7,7	334		
2002 Jan.	5 649	640	179	52	190	2 791	+ 169	8,3	367		
Febr.	5 626	624	207	51	197	2 789	+ 166	8,3	419		
März	217	50	204	2 683	+ 144	8,0	449		
April	205	50	212	2 603	+ 129	7,8	457		
Ostdeutschland																
1999	595	336	27	348	143	1 344	- 31	17,6	70		
2000	612	305	24	246	140	1 359	+ 16	17,4	62		
2001	626	262	27	182	136	1 374	+ 14	17,5	66		
2001 April	623	261	8) 30	8) 181	140	1 394	8) - 6	8) 17,7	8) 75		
Mai	625	265	28	183	142	1 336	+ 6	7) 17,0	74		
Juni	625	264	25	182	139	1 314	+ 16	16,8	73		
Juli	629	265	23	180	128	1 354	+ 16	17,3	69		
Aug.	634	266	23	180	129	1 342	+ 5	17,1	68		
Sept.	635	265	24	175	130	1 321	+ 19	16,9	68		
Okt.	633	261	9) 26	9) 173	132	1 313	9) + 44	9) 16,8	9) 63		
Nov.	632	257	28	171	134	1 321	+ 36	16,9	59		
Dez.	628	247	29	161	130	1 380	+ 24	17,6	55		
2002 Jan.	623	224	33	147	128	1 499	+ 28	19,1	56		
Febr.	622	215	39	141	129	1 507	+ 17	19,2	68		
März	41	137	131	1 473	+ 13	18,8	78		
April	40	136	133	1 421	+ 27	18,1	80		

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesanstalt für Arbeit. — * Monatswerte: Endstände; Erwerbstätige und Arbeitnehmer: Durchschnitt; Kurzarbeiter: Stand Monatsmitte; Jahres- und Quartalswerte: Durchschnitt. — 1 Inlandskonzept. — 2 Jahreswerte: Eigene Berechnung; die Abweichungen zu den amtlichen Werten sind rundungsbedingt. — 3 Einschl. tätiger Inhaber. — 4 Die Ergebnisse beziehen sich auf die Wirtschaftszweige „Vorbereitende Baustellenarbeiten“ sowie „Hoch- und Tiefbau“. — 5 Beschäftigte in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) und Strukturanpassungsmaßnahmen (SAM).

— 6 Gemessen an allen zivilen Erwerbspersonen. — 7 Ab Mai 2001 berechnet auf Basis neuer Erwerbspersonenzahlen. — 8 Veränderung gegen Vorperiode durch Neugliederung der Arbeitsamtsbezirke in Berlin ab April 2001 für Westdeutschland überhöht, für Ostdeutschland unterzeichnet. — 9 Veränderung gegen Vorperiode durch Neugliederung der Arbeitsamtsbezirke in Berlin ab Oktober 2001 für Westdeutschland unterzeichnet, für Ostdeutschland überhöht. — ○ Erste vorläufige Schätzung.

IX. Konjunkturlage

7. Preise
Deutschland

Zeit	Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte							Gesamt- wirt- schaft- liches Baupreis- niveau 1)	Index der Erzeuger- preise gewerb- licher Produkte im Inlands- absatz 2)	Index der Erzeuger- preise landwirt- schaft- licher Produkte 2)	Indizes der Preise im Außenhandel		Index der Welt- markt- preise für Roh- stoffe 3)
	insgesamt	nach Gebieten		nach Gütergruppen			Ausfuhr				Einfuhr		
		West- deutschland	Ost- deutschland	Nah- rungs- mittel	andere Ver- und Ge- brauchs- güter	Dienstlei- stungen ohne Wohnungs- mieten 1)						Wohn- ungs- mieten	
	1995 = 100												
	Indexstand												
1998	104,3	104,1	105,3	103,0	101,9	106,1	108,0	98,8	99,5	95,6	101,4	100,7	97,0
1999	104,9	104,8	105,7	101,9	102,8	106,4	109,2	98,5	98,5	89,9	100,9	100,2	113,4
2000	106,9	106,9	107,5	101,5	106,1	108,0	110,6	99,2	101,8	95,4	104,4	111,4	172,2
2001	109,6	109,4	110,6	106,8	108,3	111,2	112,0	99,4	104,9	100,9	105,4	112,1	157,5
2000 Juni	106,9	106,8	107,5	102,2	105,9	107,9	110,6		101,3	96,5	104,3	110,7	170,2
Juli	107,4	107,3	107,9	101,8	106,1	109,4	110,7		102,0	97,2	104,6	111,1	167,7
Aug.	107,2	107,2	107,8	101,0	106,1	109,2	110,8	99,3	102,3	97,5	105,0	112,7	179,2
Sept.	107,7	107,6	108,0	100,7	107,6	108,3	110,9		103,2	97,7	105,6	115,3	197,6
Okt.	107,5	107,4	107,8	100,6	107,4	107,7	111,0		103,7	99,1	105,9	115,8	198,2
Nov.	107,7	107,7	108,3	101,1	107,8	108,1	111,0	99,5	103,9	100,2	105,9	116,4	201,1
Dez.	107,8	107,7	108,3	101,8	107,5	108,4	111,1		103,6	98,8	105,5	113,8	165,2
2001 Jan.	108,3	108,2	109,1	103,5	107,3	109,8	111,4		104,4	96,2	105,3	112,9	158,9
Febr.	109,0	108,9	109,8	103,9	108,1	111,0	111,5	99,5	104,7	98,5	105,4	113,6	167,4
März	109,1	109,0	110,0	105,1	108,2	110,7	111,6		104,9	102,7	105,6	113,3	161,3
April	109,5	109,3	110,4	107,0	108,5	110,4	111,7		105,4	103,0	105,7	113,9	166,4
Mai	110,0	109,8	111,1	109,0	109,2	110,3	111,8	99,5	105,6	103,7	106,0	115,0	175,4
Juni	110,2	110,0	111,2	109,3	109,0	111,2	111,9		105,7	100,3	106,0	114,7	176,0
Juli	110,2	110,0	111,3	108,7	108,4	112,7	112,0		105,2	100,5	105,8	113,0	166,0
Aug.	110,0	109,8	111,0	107,3	108,4	112,5	112,1	99,4	105,1	101,9	105,4	111,7	160,7
Sept.	110,0	109,8	111,0	107,1	108,9	111,7	112,2		105,2	102,8	105,3	111,1	157,2
Okt.	109,7	109,5	110,7	107,2	108,2	111,2	112,3		104,3	101,0	105,0	109,3	138,9
Nov.	109,5	109,3	110,5	106,6	107,9	111,1	112,4	99,3	104,0	100,7	104,9	108,7	131,9
Dez.	109,6	109,4	110,7	107,2	107,8	111,4	112,5		103,7	99,9	104,8	108,5	130,2
2002 Jan.	110,6	110,4	111,7	110,4	108,7	112,2	112,9		104,3	98,4	104,9	109,1	135,2
Febr.	110,9	110,7	111,9	109,8	108,9	113,0	113,0	99,4	104,4 p)	99,4	104,9	109,6	141,2
März	111,1	110,9	112,0	109,6	109,4	113,0	113,2		104,7	...	105,2	110,5	157,6
April	111,2	111,0	112,1	109,5	109,8	112,6	113,3		163,0
	Veränderung gegen Vorjahr in %												
1998	+ 1,0	+ 0,9	+ 1,1	+ 0,9	+ 0,1	+ 1,9	+ 1,6	- 0,2	- 0,4	- 4,9	- 0,1	- 3,2	- 21,0
1999	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,4	- 1,1	+ 0,9	+ 0,3	+ 1,1	- 0,3	- 1,0	- 6,0	- 0,5	- 0,5	+ 16,9
2000	+ 1,9	+ 2,0	+ 1,7	- 0,4	+ 3,2	+ 1,5	+ 1,3	+ 0,7	+ 3,4	+ 6,1	+ 3,5	+ 11,2	+ 51,9
2001	+ 2,5	+ 2,3	+ 2,9	+ 5,2	+ 2,1	+ 3,0	+ 1,3	+ 0,2	+ 3,0	+ 5,8	+ 1,0	+ 0,6	- 8,5
2000 Juni	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,7	- 0,7	+ 3,1	+ 1,6	+ 1,4		+ 2,9	+ 3,3	+ 3,6	+ 11,5	+ 55,0
Juli	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,7	- 0,1	+ 3,0	+ 1,5	+ 1,3		+ 3,3	+ 6,2	+ 3,7	+ 10,9	+ 42,0
Aug.	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,8	+ 0,2	+ 2,7	+ 1,3	+ 1,4	+ 0,8	+ 3,5	+ 6,4	+ 4,0	+ 11,9	+ 47,6
Sept.	+ 2,5	+ 2,5	+ 2,1	+ 0,5	+ 4,0	+ 1,5	+ 1,4		+ 4,3	+ 7,2	+ 4,2	+ 13,4	+ 50,5
Okt.	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,0	+ 0,7	+ 3,7	+ 1,4	+ 1,4		+ 4,6	+ 9,9	+ 4,3	+ 13,4	+ 56,8
Nov.	+ 2,4	+ 2,5	+ 2,4	+ 1,0	+ 4,0	+ 1,6	+ 1,2	+ 0,8	+ 4,7	+ 9,6	+ 4,1	+ 12,5	+ 45,6
Dez.	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,2	+ 1,4	+ 3,3	+ 1,3	+ 1,3		+ 4,2	+ 7,5	+ 3,3	+ 8,2	+ 13,8
2001 Jan.	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,5	+ 2,2	+ 2,7	+ 2,7	+ 1,3		+ 4,6	+ 5,7	+ 2,8	+ 6,5	+ 8,2
Febr.	+ 2,6	+ 2,6	+ 2,7	+ 1,9	+ 3,2	+ 3,2	+ 1,2	+ 0,6	+ 4,7	+ 5,7	+ 2,5	+ 5,4	+ 6,5
März	+ 2,5	+ 2,5	+ 2,8	+ 3,8	+ 2,8	+ 3,1	+ 1,2		+ 4,9	+ 8,7	+ 2,4	+ 4,2	- 0,1
April	+ 2,9	+ 2,8	+ 3,2	+ 5,0	+ 3,4	+ 2,5	+ 1,2		+ 5,0	+ 9,1	+ 2,0	+ 5,1	+ 11,0
Mai	+ 3,5	+ 3,4	+ 3,8	+ 6,7	+ 3,9	+ 3,1	+ 1,2	+ 0,3	+ 4,6	+ 9,0	+ 1,6	+ 4,0	+ 1,9
Juni	+ 3,1	+ 3,0	+ 3,4	+ 6,9	+ 2,9	+ 3,1	+ 1,2		+ 4,3	+ 3,9	+ 1,6	+ 3,6	+ 3,4
Juli	+ 2,6	+ 2,5	+ 3,2	+ 6,8	+ 2,2	+ 3,0	+ 1,2		+ 3,1	+ 3,4	+ 1,1	+ 1,7	- 1,0
Aug.	+ 2,6	+ 2,4	+ 3,0	+ 6,2	+ 2,2	+ 3,0	+ 1,2	+ 0,1	+ 2,7	+ 4,5	+ 0,4	- 0,9	- 10,3
Sept.	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,8	+ 6,4	+ 1,2	+ 3,1	+ 1,2		+ 1,9	+ 5,2	- 0,3	- 3,6	- 20,4
Okt.	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,7	+ 6,6	+ 0,7	+ 3,2	+ 1,2		+ 0,6	+ 1,9	- 0,8	- 5,6	- 29,9
Nov.	+ 1,7	+ 1,5	+ 2,0	+ 5,4	+ 0,1	+ 2,8	+ 1,3	- 0,2	+ 0,1	+ 0,5	- 0,9	- 6,6	- 34,4
Dez.	+ 1,7	+ 1,6	+ 2,2	+ 5,3	+ 0,3	+ 2,8	+ 1,3		+ 0,1	+ 1,1	- 0,7	- 4,7	- 21,2
2002 Jan.	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,4	+ 6,7	+ 1,3	+ 2,2	+ 1,3		- 0,1	+ 2,3	- 0,4	- 3,4	- 14,9
Febr.	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,9	+ 5,7	+ 0,7	+ 1,8	+ 1,3	- 0,1	- 0,3 p)	+ 0,9	- 0,5	- 3,5	- 15,7
März	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,8	+ 4,3	+ 1,1	+ 2,1	+ 1,4		- 0,2	...	- 0,4	- 2,5	- 2,3
April	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,5	+ 2,3	+ 1,2	+ 2,0	+ 1,4		- 2,0

Quelle: Statistisches Bundesamt; für den Index der Weltmarktpreise: HWWA-Institut. — 1 Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statis-

tischen Bundesamtes. — 2 Ohne Mehrwertsteuer. — 3 HWWA-Index der Rohstoffpreise, auf Euro-Basis (bis 1998 auf DM-Basis).

IX. Konjunkturlage

8. Einkommen der privaten Haushalte *) Deutschland

Bis Ende 1998 Mrd DM, ab 1999 Mrd €

Zeit	Bruttolöhne und -gehälter 1)		Nettolöhne und -gehälter 2)		Empfangene monetäre Sozialleistungen 3)		Masseneinkommen 4)		Verfügbares Einkommen 5)		Sparen 6)		Sparquote 7)
	DM / €	Veränderung gegen Vorjahr %	DM / €	Veränderung gegen Vorjahr %	DM / €	Veränderung gegen Vorjahr %	DM / €	Veränderung gegen Vorjahr %	DM / €	Veränderung gegen Vorjahr %	DM / €	Veränderung gegen Vorjahr %	%
1991	1 355,4	.	941,4	.	426,2	.	1 367,6	.	1 917,5	.	250,1	.	13,0
1992	1 467,3	8,3	1 003,0	6,5	473,9	11,2	1 476,9	8,0	2 054,3	7,1	266,1	6,4	13,0
1993	1 505,9	2,6	1 032,7	3,0	511,2	7,9	1 543,9	4,5	2 120,6	3,2	261,3	- 1,8	12,3
1994	1 528,1	1,5	1 029,3	- 0,3	529,4	3,6	1 558,6	1,0	2 181,9	2,9	254,0	- 2,8	11,6
1995	1 577,1	3,2	1 037,9	0,8	553,7	4,6	1 591,7	2,1	2 256,4	3,4	252,1	- 0,7	11,2
1996	1 594,0	1,1	1 032,7	- 0,5	595,7	7,6	1 628,3	2,3	2 307,5	2,3	249,5	- 1,0	10,8
1997	1 591,3	- 0,2	1 015,9	- 1,6	609,6	2,3	1 625,5	- 0,2	2 356,5	2,1	244,7	- 1,9	10,4
1998	1 624,0	2,1	1 038,5	2,2	621,5	2,0	1 660,0	2,1	2 422,6	2,8	249,8	- 2,1	10,3
1999	854,6	2,9	548,5	3,3	327,9	3,2	876,4	3,3	1 275,3	3,0	125,7	- 1,5	9,9
2000	882,9	3,3	570,0	3,9	336,7	2,7	906,6	3,4	1 310,7	2,8	127,9	1,7	9,8
2001	901,3	2,1	589,5	3,4	345,5	2,6	935,0	3,1	1 356,3	3,5	138,2	8,1	10,2
2000 3.Vj.	221,2	3,5	147,0	3,8	83,5	2,3	230,5	3,2	322,4	2,8	26,1	0,0	8,1
4.Vj.	248,4	2,9	157,5	3,6	85,0	2,2	242,5	3,1	336,9	1,1	28,9	- 3,0	8,6
2001 1.Vj.	208,1	3,1	136,7	4,0	86,5	2,1	223,3	3,3	338,0	3,6	46,0	6,1	13,6
2.Vj.	216,1	2,2	138,9	3,6	85,4	2,4	224,3	3,2	338,5	4,1	32,4	10,0	9,6
3.Vj.	224,9	1,7	151,5	3,1	86,0	3,0	237,5	3,1	332,8	3,2	29,0	11,2	8,7
4.Vj.	252,1	1,5	162,4	3,1	87,5	2,9	249,9	3,0	347,0	3,0	30,8	6,3	8,9

Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: Februar 2002. — * Private Haushalte einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck. — 1 Inländerkonzept. — 2 Nach Abzug der von den Bruttolöhnen und -gehältern zu entrichtenden Lohnsteuer sowie den Sozialbeiträgen der Arbeitnehmer. — 3 Geldleistungen der Sozialversicherungen, Gebietskörperschaften und des Auslands, Pensionen (netto), Sozialleistungen aus privaten Sicherungssystemen, abzüglich Sozialabgaben auf Sozialleistungen, verbrauchsnahe Steuern und staatliche Gebühren. — 4 Nettolöhne und -gehälter zuzüglich emp-

fangene monetäre Sozialleistungen. — 5 Masseneinkommen zuzüglich Betriebsüberschuss, Selbständigeneinkommen, Vermögenseinkommen (netto), übrige empfangene laufende Transfers, Einkommen der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck, abzüglich Steuern (ohne Lohnsteuer und verbrauchsnahe Steuern) und übriger geleisteter laufender Transfers. Einschl. der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. — 6 Einschl. der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. — 7 Sparen in % des Verfügbaren Einkommens.

9. Tarif- und Effektivverdienste Deutschland

Zeit	Gesamtwirtschaft						Produzierendes Gewerbe (einschl. Baugewerbe)					
	Tariflohn- und -gehaltsniveau 1)				Löhne und Gehälter je Arbeitnehmer (Inlandskonzept) 2)		Tariflohn- und -gehaltsniveau 1)				Löhne und Gehälter je Beschäftigten (Inlandskonzept) 3)	
	auf Stundenbasis		auf Monatsbasis				auf Stundenbasis		auf Monatsbasis			
	1995=100	% gegen Vorjahr	1995=100	% gegen Vorjahr	1995=100	% gegen Vorjahr	1995=100	% gegen Vorjahr	1995=100	% gegen Vorjahr	1995=100	% gegen Vorjahr
1991	76,7	.	78,6	.	82,4	.	73,4	.	76,9	.	77,6	.
1992	85,8	11,9	87,2	11,0	91,0	10,4	82,9	12,9	85,9	11,7	88,4	13,9
1993	92,2	7,5	92,9	6,5	95,0	4,4	90,6	9,3	92,0	7,1	92,3	4,4
1994	95,3	3,4	95,6	2,9	96,9	2,0	94,3	4,1	94,8	3,0	96,1	4,1
1995	100,0	4,9	100,0	4,6	100,0	3,2	100,0	6,1	100,0	5,5	100,0	4,1
1996	102,6	2,6	102,4	2,4	101,4	1,4	103,8	3,8	102,9	2,9	102,9	2,9
1997	104,1	1,5	103,9	1,5	101,7	0,3	105,8	1,9	104,6	1,7	104,7	1,7
1998	106,2	1,9	105,8	1,8	102,7	1,0	107,7	1,8	106,4	1,7	106,4	1,6
1999	109,2	2,9	108,7	2,7	104,2	1,4	110,9	3,0	109,4	2,9	108,3	1,8
2000	111,4	2,0	110,8	2,0	105,8	1,6	113,1	2,0	111,6	2,0	111,2	2,7
2001	113,6	2,0	113,0	2,0	107,8	1,8	115,1	1,8	113,6	1,8	113,7	2,2
2000 3.Vj.	115,1	2,0	114,5	2,0	105,6	1,9	121,1	2,1	119,5	2,1	107,1	2,5
4.Vj.	125,9	2,1	125,3	2,1	117,7	1,5	125,2	2,3	123,5	2,3	120,6	2,5
2001 1.Vj.	103,8	2,1	103,2	2,1	100,6	2,4	104,1	1,6	102,6	1,6	107,2	3,1
2.Vj.	104,8	1,8	104,2	1,8	103,6	1,9	105,3	1,4	103,9	1,4	115,6	2,4
3.Vj.	117,3	2,0	116,7	1,9	107,2	1,5	123,5	2,0	121,8	2,0	109,2	2,0
4.Vj.	128,6	2,2	127,9	2,1	119,6	1,7	127,7	2,0	125,9	2,0	122,6	1,7
2002 1.Vj.	106,3	2,4	105,7	2,4	.	.	106,2	2,1	104,8	2,1	.	.
2001 Sept.	105,7	2,3	105,1	2,3	.	.	105,9	1,9	104,5	1,9	106,6	0,9
Okt.	105,8	2,3	105,2	2,3	.	.	106,0	2,0	104,6	2,0	111,8	2,7
Nov.	174,4	2,1	173,4	2,0	.	.	171,0	2,2	168,6	2,2	142,7	1,1
Dez.	105,8	2,2	105,2	2,1	.	.	106,1	1,7	104,6	1,7	113,4	1,5
2002 Jan.	106,2	2,4	105,6	2,3	.	.	106,1	1,9	104,7	1,9	110,2	0,5
Febr.	106,3	2,4	105,7	2,4	.	.	106,2	2,1	104,7	2,1	105,3	1,6
März	106,3	2,4	105,7	2,4	.	.	106,3	2,2	104,9	2,2	.	.

1 Aktuelle Angaben werden in der Regel noch auf Grund von Nachmeldungen nach oben korrigiert. — 2 Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: Februar 2002. — 3 Produzierendes Gewerbe ohne Energieversorgung

sowie ohne Ausbaugewerbe. Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamts nach alter und neuer Systematik der Wirtschaftszweige.

X. Außenwirtschaft

1. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz für die Europäische Währungsunion *)

Mio €

Position	1999	2000	2001 1)	2001 1)				2002	
				2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	Dez.	Jan.	Febr.
A. Leistungsbilanz	- 18 261	- 59 865	+ 1 971	- 9 869	+ 7 413	+ 14 957	+ 4 366	- 1 463	+ 2 099
1. Außenhandel									
Ausfuhr (fob) einschl. Ergänzungen	818 126	986 841	1 039 775	262 659	255 111	267 528	81 980	76 347	80 591
Einfuhr (fob) einschl. Ergänzungen	742 493	951 265	957 943	246 767	230 279	231 879	69 991	74 232	72 417
Saldo	+ 75 633	+ 35 576	+ 81 835	+ 15 895	+ 24 832	+ 35 649	+ 11 989	+ 2 115	+ 8 174
2. Dienstleistungen									
Einnahmen	244 523	279 546	317 833	82 954	85 953	80 208	28 023	23 588	21 620
Ausgaben	256 420	295 654	313 722	76 474	83 226	80 276	27 878	26 300	23 981
Saldo	- 11 900	- 16 108	+ 4 108	+ 6 477	+ 2 727	- 68	+ 145	- 2 713	- 2 362
3. Erwerbs- und Vermögenseinkommen (Saldo)	- 35 682	- 26 698	- 35 791	- 15 085	- 7 923	- 3 688	- 1 542	- 6 705	- 115
4. laufende Übertragungen									
fremde Leistungen	64 819	67 249	74 550	15 023	14 667	15 269	5 909	17 335	6 902
eigene Leistungen	111 134	119 887	122 734	32 182	26 890	32 208	12 136	11 495	10 501
Saldo	- 46 315	- 52 635	- 48 181	- 17 159	- 12 223	- 16 936	- 6 226	+ 5 840	- 3 599
B. Saldo der Vermögensübertragungen	+ 12 861	+ 9 679	+ 8 461	+ 3 492	+ 1 032	+ 992	+ 600	+ 2 524	+ 239
C. Kapitalbilanz (Nettokapitalexport: -)	+ 10 933	+ 93 427	- 69 932	- 11 992	- 55 161	- 33 350	+ 3 990	- 37 605	+ 5 761
1. Direktinvestitionen	- 118 132	+ 17 619	- 104 651	- 51 699	- 22 447	+ 10 142	+ 1 960	+ 4 347	- 9 911
Anlagen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	- 315 645	- 382 370	- 227 754	- 80 588	- 46 556	- 35 241	- 22 042	- 4 835	- 19 988
ausländische Anlagen im Euro-Währungsgebiet	+ 197 510	+ 399 992	+ 123 106	+ 28 889	+ 24 112	+ 45 383	+ 24 002	+ 9 182	+ 10 077
2. Wertpapieranlagen	- 45 652	- 111 538	+ 36 542	+ 25 729	+ 49 636	- 340	- 15 403	- 41 294	- 9 864
Anlagen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	- 311 403	- 412 782	- 266 724	- 75 526	- 24 023	- 84 301	- 10 707	- 28 998	- 11 262
Dividendenwerte	- 156 328	- 288 479	- 95 407	- 42 504	- 1 030	- 22 788	- 6 259	- 14 033	- 6 117
festverzinsliche Wertpapiere	- 154 392	- 102 742	- 152 851	- 46 623	- 18 231	- 50 767	- 14 324	- 5 719	+ 309
Geldmarktpapiere	- 683	- 21 564	- 18 466	+ 13 601	- 4 762	- 10 746	+ 9 876	- 9 246	- 5 454
ausländische Anlagen im Euro-Währungsgebiet	+ 265 748	+ 301 247	+ 303 260	+ 101 255	+ 73 656	+ 83 958	- 4 697	- 12 296	+ 1 399
Dividendenwerte	+ 92 366	+ 44 930	+ 238 261	+ 108 743	+ 53 410	+ 57 424	+ 12 530	+ 8 876	+ 6 791
festverzinsliche Wertpapiere	+ 117 435	+ 229 621	+ 78 047	- 1 581	+ 29 770	+ 25 320	- 19 426	- 7 810	- 1 263
Geldmarktpapiere	+ 55 947	+ 26 702	- 13 045	- 5 907	- 9 521	+ 1 214	+ 2 199	- 13 362	- 4 129
3. Finanzderivate	+ 4 469	- 1 719	- 20 724	+ 666	- 12 044	- 7 313	- 1 562	+ 637	+ 1 293
4. Kreditverkehr und sonstige Anlagen (Saldo)	+ 160 114	+ 171 512	+ 1 065	+ 10 775	- 72 801	- 39 106	+ 13 137	+ 4 037	+ 21 704
Eurosistem	+ 4 587	- 217	+ 5 034	+ 3 473	+ 26	+ 3 365	- 2 674	+ 1 912	- 3 916
öffentliche Stellen	- 9 707	- 1 494	+ 2 619	+ 2 474	- 74	+ 6 066	- 130	- 9 594	- 160
Kreditinstitute	+ 179 187	+ 158 298	+ 9 729	+ 2 883	- 83 076	- 36 792	+ 9 397	+ 16 284	+ 17 409
langfristig	+ 6 597	+ 3 741	- 20 917	+ 6 780	+ 3 383	- 25 486	- 588	+ 5 228	- 4 573
kurzfristig	+ 172 598	+ 154 556	+ 30 652	- 3 897	- 86 459	- 11 303	+ 9 986	+ 11 056	+ 21 982
Unternehmen und Privatpersonen	- 13 959	+ 14 925	- 16 320	+ 1 945	+ 10 323	- 11 745	+ 6 544	- 4 565	+ 8 371
5. Veränderung der Währungsreserven des Eurosystems (Zunahme: -)	+ 10 128	+ 17 559	+ 17 833	+ 2 537	+ 2 492	+ 3 270	+ 5 859	- 5 333	+ 2 538
D. Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen	- 5 530	- 43 244	+ 59 500	+ 18 369	+ 46 716	+ 17 401	- 8 956	+ 36 545	- 8 098

* Quelle: Europäische Zentralbank. — 1 Ab Januar 2001 einschl. Griechenland.

X. Außenwirtschaft

2. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Zeit		Leistungsbilanz						Vermögensübertragungen und Kauf/Verkauf von immateriellen nichtproduzierten Vermögensgütern 7)	Kapitalbilanz 7)	Veränderung der Währungsreserven zu Transaktionswerten 8)	Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen	Nachrichtlich: Veränderung der Nettoauslandsaktiva der Bundesbank zu Transaktionswerten 8)
		Saldo der Leistungsbilanz 1)	Außenhandel 1) 2) 3)	Ergänzungen zum Warenhandel 4) 5)	Dienstleistungen 6)	Erwerbs- und Vermögens-einkommen	laufende Übertragungen					
Mio DM												
	1989	+ 107 346	+ 134 576	- 4 107	- 15 210	+ 26 872	- 34 784	- 2 064	- 110 286	- 5 405	+ 10 409	+ 18 997
	1990 o)	+ 79 475	+ 105 382	- 3 833	- 19 664	+ 32 859	- 35 269	- 4 975	- 89 497	- 11 611	+ 26 608	- 10 976
	1991	- 30 416	+ 21 899	- 2 804	- 24 842	+ 33 144	- 57 812	- 4 565	+ 12 614	+ 9 605	+ 12 762	- 319
	1992	- 22 924	+ 33 656	- 1 426	- 37 894	+ 33 962	- 51 222	- 1 963	+ 69 792	- 52 888	+ 7 983	- 68 745
	1993	- 16 155	+ 60 304	- 3 038	- 45 080	+ 27 373	- 55 714	- 1 915	+ 21 442	+ 22 795	- 26 167	+ 35 766
	1994	- 38 805	+ 71 762	- 1 104	- 54 374	+ 4 852	- 59 940	- 2 637	+ 57 871	+ 2 846	- 19 276	- 12 242
	1995	- 29 671	+ 85 303	- 4 722	- 54 720	+ 178	- 55 710	- 3 845	+ 63 647	- 10 355	- 19 776	- 17 754
	1996	- 11 959	+ 98 538	- 5 264	- 55 330	+ 1 391	- 51 294	- 3 283	+ 23 613	+ 1 882	- 10 253	+ 1 610
	1997	- 4 727	+ 116 467	- 7 360	- 58 715	- 2 376	- 52 742	+ 52	- 76	+ 6 640	- 1 889	+ 8 468
	1998	- 10 905	+ 126 970	- 5 934	- 65 301	- 13 337	- 53 304	+ 1 289	+ 17 042	- 7 128	- 298	- 8 231
	1999	- 34 991	+ 127 542	- 13 643	- 81 088	- 17 535	- 50 266	- 301	- 51 015	+ 24 517	+ 61 790	- 72 364
	2000	- 44 207	+ 115 664	- 13 390	- 86 887	- 6 503	- 53 089	+ 13 351	+ 67 177	+ 11 429	- 47 750	+ 94 329
	2001	+ 5 185	+ 184 229	- 9 559	- 92 671	- 24 660	- 52 153	- 1 892	- 90 133	+ 11 797	+ 75 043	+ 63 911
	2001 2.Vj.	- 8 558	+ 42 229	- 2 967	- 23 792	- 8 425	- 15 603	- 1 168	- 3 242	+ 3 988	+ 8 979	+ 41 266
	3.Vj.	+ 1 784	+ 49 379	- 2 743	- 26 219	- 6 864	- 11 769	- 871	- 17 650	- 4 233	+ 20 971	- 26 131
	4.Vj.	+ 13 884	+ 49 490	- 1 085	- 17 990	- 2 481	- 14 049	- 932	- 63 149	+ 4 078	+ 46 119	+ 71 755
	2001 Juli	- 5 260	+ 18 325	- 770	- 9 682	- 8 048	- 5 084	- 443	+ 1 886	- 295	+ 4 112	- 20 709
	Aug.	+ 5 984	+ 17 263	- 1 142	- 9 393	+ 2 122	- 2 865	- 337	+ 4 418	+ 900	- 10 966	- 8 307
	Sept.	+ 1 059	+ 13 791	- 830	- 7 144	- 939	- 3 820	- 92	- 23 954	- 4 838	+ 27 825	+ 2 886
	Okt.	+ 8 165	+ 18 843	- 192	- 7 531	+ 2 507	- 5 462	- 274	- 3 689	- 1 958	- 2 245	- 2 557
	Nov.	+ 3 013	+ 14 350	- 556	- 5 499	+ 104	- 5 386	- 353	- 34 080	+ 399	+ 31 021	+ 13 417
	Dez.	+ 2 707	+ 16 297	- 337	- 4 961	- 5 092	- 3 201	- 305	- 25 380	+ 5 636	+ 17 342	+ 60 895
Mio €												
	1999	- 17 891	+ 65 211	- 6 976	- 41 460	- 8 966	- 25 701	- 154	- 26 084	+ 12 535	+ 31 593	- 36 999
	2000	- 22 602	+ 59 138	- 6 846	- 44 425	- 3 325	- 27 144	+ 6 826	+ 34 347	+ 5 844	- 24 414	+ 48 230
	2001	+ 2 651	+ 94 195	- 4 887	- 47 382	- 12 609	- 26 665	- 967	- 46 084	+ 6 032	+ 38 369	+ 32 677
	2001 1.Vj.	- 1 229	+ 16 374	- 1 368	- 10 011	- 788	- 5 436	+ 160	+ 38 650	- 751	- 36 830	+ 32 016
	2.Vj.	- 2 843	+ 16 408	- 1 272	- 11 559	+ 121	- 6 542	- 330	+ 28 540	+ 2 388	- 27 755	- 23 447
	3.Vj.	- 11 687	+ 13 119	- 1 745	- 12 778	- 3 122	- 7 161	+ 7 412	- 14 904	+ 2 155	+ 17 024	+ 22 523
	4.Vj.	- 6 844	+ 13 237	- 2 462	- 10 077	+ 464	- 8 005	- 416	- 17 939	+ 2 052	+ 23 148	+ 17 137
	2001 1.Vj.	- 984	+ 22 052	- 1 413	- 12 613	- 3 523	- 5 487	+ 552	- 3 115	+ 4 072	- 525	- 11 749
	2.Vj.	- 4 376	+ 21 592	- 1 517	- 12 165	- 4 307	- 7 978	- 597	- 1 657	+ 2 039	+ 4 591	+ 21 099
	3.Vj.	+ 912	+ 25 247	- 1 402	- 13 406	- 3 510	- 6 017	- 446	- 9 024	- 2 165	+ 10 722	- 13 360
	4.Vj.	+ 7 099	+ 25 304	- 555	- 9 198	- 1 269	- 7 183	- 476	- 32 288	+ 2 085	+ 23 580	+ 36 688
	2002 1.Vj. p)	+ 10 971	+ 32 525	- 1 332	- 10 749	- 4 402	- 5 071	+ 160	- 28 959	- 1 352	+ 19 180	- 18 496
	2000 März	+ 4 357	+ 6 131	- 378	- 3 027	+ 3 339	- 1 708	+ 134	+ 26 737	- 271	- 30 956	+ 7 766
	April	- 744	+ 5 297	- 406	- 3 334	+ 239	- 2 540	+ 194	+ 3 535	+ 1 354	- 4 338	- 9 302
	Mai	- 2 394	+ 4 503	- 558	- 3 952	+ 691	- 1 696	- 22	+ 21 552	+ 171	- 19 307	+ 2 657
	Juni	+ 295	+ 6 608	- 308	- 4 273	+ 573	- 2 306	- 502	+ 3 454	+ 863	- 4 110	- 16 802
	Juli	- 2 794	+ 5 943	- 422	- 3 251	- 2 018	- 3 046	+ 105	+ 2 542	+ 1 180	- 1 032	+ 23 600
	Aug.	- 5 726	+ 2 921	- 808	- 4 870	- 349	- 2 620	+ 7 766	- 11 981	+ 345	+ 9 596	+ 11 758
	Sept.	- 3 166	+ 4 255	- 515	- 4 657	- 755	- 1 494	- 458	- 5 465	+ 630	+ 8 460	- 12 834
	Okt.	- 1 121	+ 6 795	- 955	- 4 531	+ 556	- 2 985	- 125	- 4 453	+ 538	+ 5 161	+ 19 591
	Nov.	- 2 588	+ 4 766	- 395	- 3 112	+ 990	- 2 857	- 143	- 4 991	+ 466	+ 7 255	+ 5 015
	Dez.	- 3 135	+ 1 676	- 1 111	- 2 435	+ 898	- 2 164	- 149	- 8 495	+ 1 047	+ 10 732	- 7 468
	2001 Jan.	- 5 671	+ 5 497	- 565	- 4 749	- 5 357	- 497	+ 515	- 6 239	+ 1 400	+ 9 995	- 5 988
	Febr.	+ 1 203	+ 7 059	- 522	- 2 793	- 295	- 2 246	+ 119	- 2 756	+ 1 180	+ 254	- 3 873
	März	+ 3 484	+ 9 496	- 326	- 5 071	+ 2 129	- 2 744	- 83	+ 5 881	+ 1 492	- 10 774	- 1 888
	April	+ 1 087	+ 6 041	- 650	- 2 941	+ 868	- 2 231	- 149	- 1 210	+ 1 205	- 933	+ 9 404
	Mai	- 448	+ 8 054	- 465	- 4 065	- 1 320	- 2 652	- 732	+ 17 441	+ 508	- 16 769	- 53
	Juni	- 5 015	+ 7 496	- 402	- 5 159	- 3 856	- 3 094	+ 284	- 17 888	+ 326	+ 22 293	+ 11 749
	Juli	- 2 689	+ 9 369	- 394	- 4 950	- 4 115	- 2 599	- 226	+ 964	- 151	+ 2 102	- 10 589
	Aug.	+ 3 060	+ 8 826	- 584	- 4 803	+ 1 085	- 1 465	- 172	+ 2 259	+ 460	- 5 607	- 4 247
	Sept.	+ 541	+ 7 051	- 424	- 3 653	- 480	- 1 953	- 47	- 12 248	- 2 474	+ 14 227	+ 1 476
	Okt.	+ 4 175	+ 9 634	- 98	- 3 850	+ 1 282	- 2 793	- 140	- 1 886	- 1 001	- 1 148	- 1 307
	Nov.	+ 1 540	+ 7 337	- 284	- 2 811	+ 53	- 2 754	- 180	- 17 425	+ 204	+ 15 861	+ 6 860
	Dez.	+ 1 384	+ 8 333	- 172	- 2 536	- 2 603	- 1 637	- 156	- 12 977	+ 2 882	+ 8 867	+ 31 135
	2002 Jan.	+ 510	+ 10 076	- 448	- 4 081	- 5 760	+ 724	+ 477	- 1 698	- 1 747	+ 2 458	- 17 916
	Febr.	+ 3 009	+ 10 008	- 387	- 3 237	- 360	- 3 015	- 155	- 17 109	+ 67	+ 14 187	+ 1 535
	März p)	+ 7 452	+ 12 441	- 497	- 3 431	+ 1 719	- 2 780	- 162	- 10 153	+ 328	+ 2 535	- 2 116

o) Ab Juli 1990 einschl. Transaktionen der ehemaligen DDR mit dem Ausland. — 1 Ergebnisse ab Anfang 1993 durch Änderung in der Erfassung des Außenhandels mit größerer Unsicherheit behaftet. — 2 Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik: Einfuhr cif, Ausfuhr fob. — 3 Ab Januar 1993 einschließlich der Zuschätzungen für nicht meldepflichtigen Außenhandelsposten.

Benhandel, die bis Dezember 1992 in den Ergänzungen zum Warenverkehr enthalten sind. — 4 hauptsächlich Lagerverkehr auf inländische Rechnung und Absetzung der Rückwaren. — 5 Siehe Fußnote 3). — 6 Ohne die im cif-Wert der Einfuhr enthaltenen Ausgaben für Fracht- und Versicherungskosten. — 7 Kapalexport: - . — 8 Zunahme: - .

X. Außenwirtschaft

3. Außenhandel (Spezialhandel) der Bundesrepublik Deutschland
nach Ländergruppen und Ländern *)

Mio €

Ländergruppe/Land		1999	2000	2001 1)	2001 1)			2002		
					Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März 2)
Alle Länder 2)	Ausfuhr	510 008	597 481	637 333	57 225	54 873	48 374	50 116	51 574	54 662
	Einfuhr	444 797	538 343	543 138	47 591	47 536	40 042	40 040	41 566	42 221
	Saldo	+ 65 211	+ 59 138	+ 94 195	+ 9 634	+ 7 337	+ 8 333	+ 10 076	+ 10 008	+ 12 441
I. Industrialisierte Länder	Ausfuhr	395 748	460 075	480 964	42 730	40 891	35 953	37 968	39 118	...
	Einfuhr	332 891	389 761	398 997	34 801	34 485	28 681	28 418	29 864	...
	Saldo	+ 62 857	+ 70 314	+ 81 967	+ 7 928	+ 6 406	+ 7 272	+ 9 550	+ 9 254	...
1. EU-Länder	Ausfuhr	293 377	337 385	351 495	30 952	30 250	26 201	28 237	28 605	...
	Einfuhr	239 652	273 961	286 855	25 262	24 685	20 844	20 445	21 862	...
	Saldo	+ 53 725	+ 63 424	+ 64 641	+ 5 689	+ 5 565	+ 5 356	+ 7 792	+ 6 742	...
darunter:										
EWU-Länder	Ausfuhr	229 837	264 877	274 947	24 202	23 484	20 413	22 062	22 166	...
	Einfuhr	193 146	217 953	230 426	20 040	19 899	16 664	16 446	17 958	...
	Saldo	+ 36 691	+ 46 924	+ 44 521	+ 4 161	+ 3 585	+ 3 749	+ 5 615	+ 4 208	...
darunter:										
Belgien und Luxemburg	Ausfuhr	28 821	32 730	34 173	2 871	2 871	2 511	2 845	2 767	...
	Einfuhr	22 880	26 230	30 279	2 830	2 430	2 175	2 233	2 256	...
	Saldo	+ 5 942	+ 6 500	+ 3 894	+ 41	+ 440	+ 336	+ 612	+ 512	...
Frankreich	Ausfuhr	58 578	67 418	70 672	6 221	6 099	4 966	5 668	5 794	...
	Einfuhr	45 559	50 863	51 671	4 164	5 063	3 731	3 835	4 231	...
	Saldo	+ 13 019	+ 16 555	+ 19 002	+ 2 057	+ 1 036	+ 1 235	+ 1 833	+ 1 564	...
Italien	Ausfuhr	38 335	45 012	47 516	4 235	4 095	3 537	3 776	3 768	...
	Einfuhr	33 107	35 778	35 677	3 432	3 017	2 645	2 575	2 701	...
	Saldo	+ 5 229	+ 9 234	+ 11 839	+ 803	+ 1 078	+ 892	+ 1 201	+ 1 067	...
Niederlande	Ausfuhr	34 355	38 994	39 297	3 545	3 284	2 953	3 041	3 127	...
	Einfuhr	36 089	44 740	46 280	3 992	3 796	3 628	3 442	3 517	...
	Saldo	- 1 734	- 5 746	- 6 983	- 447	- 512	- 675	- 401	- 391	...
Österreich	Ausfuhr	28 295	32 437	32 644	2 957	2 861	2 502	2 556	2 611	...
	Einfuhr	18 288	20 498	20 755	1 840	1 764	1 614	1 515	1 616	...
	Saldo	+ 10 007	+ 11 939	+ 11 890	+ 1 117	+ 1 097	+ 888	+ 1 041	+ 995	...
Spanien	Ausfuhr	22 684	26 733	28 388	2 422	2 396	2 147	2 270	2 278	...
	Einfuhr	14 666	16 088	15 618	1 256	1 247	1 143	1 293	1 353	...
	Saldo	+ 8 018	+ 10 645	+ 12 770	+ 1 166	+ 1 149	+ 1 004	+ 977	+ 925	...
Schweden	Ausfuhr	11 657	13 525	12 932	1 173	1 201	1 007	1 067	1 068	...
	Einfuhr	8 305	10 202	9 116	702	730	663	679	630	...
	Saldo	+ 3 352	+ 3 323	+ 3 816	+ 471	+ 471	+ 345	+ 387	+ 437	...
Vereinigtes Königreich	Ausfuhr	43 124	49 377	53 271	4 723	4 608	4 014	4 260	4 534	...
	Einfuhr	30 757	36 925	38 204	3 622	3 297	2 768	2 613	2 567	...
	Saldo	+ 12 367	+ 12 453	+ 15 067	+ 1 100	+ 1 311	+ 1 246	+ 1 647	+ 1 967	...
2. Andere europäische Industrieländer	Ausfuhr	33 504	39 585	39 785	3 471	3 340	3 109	2 753	3 511	...
	Einfuhr	30 588	36 618	38 952	3 640	3 770	2 975	3 072	3 095	...
	Saldo	+ 2 916	+ 2 967	+ 833	- 169	- 430	+ 133	- 319	+ 417	...
darunter:										
Schweiz	Ausfuhr	22 808	25 596	27 611	2 383	2 315	2 248	1 936	2 178	...
	Einfuhr	17 070	18 798	19 793	1 819	1 940	1 506	1 539	1 546	...
	Saldo	+ 5 738	+ 6 798	+ 7 818	+ 563	+ 374	+ 742	+ 398	+ 632	...
3. Außereuropäische Industrieländer	Ausfuhr	68 867	83 105	89 684	8 307	7 301	6 644	6 979	7 002	...
	Einfuhr	62 651	79 182	73 191	5 899	6 031	4 861	4 902	4 907	...
	Saldo	+ 6 216	+ 3 923	+ 16 494	+ 2 407	+ 1 271	+ 1 783	+ 2 077	+ 2 095	...
darunter:										
Japan	Ausfuhr	10 367	13 196	13 073	1 273	1 017	999	938	944	...
	Einfuhr	21 779	26 848	22 599	1 819	1 912	1 475	1 436	1 482	...
	Saldo	- 11 412	- 13 653	- 9 527	- 546	- 895	- 476	- 497	- 538	...
Vereinigte Staaten	Ausfuhr	51 425	61 765	67 307	6 144	5 295	4 815	5 256	5 324	...
	Einfuhr	36 790	47 124	45 454	3 620	3 692	3 009	3 057	3 154	...
	Saldo	+ 14 635	+ 14 640	+ 21 853	+ 2 525	+ 1 603	+ 1 806	+ 2 199	+ 2 170	...
II. Reformländer	Ausfuhr	56 717	70 328	83 210	8 091	7 759	6 672	6 495	6 891	...
	Einfuhr	62 533	82 905	89 844	8 011	8 544	6 902	6 915	7 270	...
	Saldo	- 5 816	- 12 577	- 6 634	+ 80	- 785	- 230	- 419	- 379	...
darunter:										
Mittel- und osteuropäische Reformländer	Ausfuhr	49 020	59 908	69 934	6 854	6 525	5 561	5 327	5 838	...
	Einfuhr	47 723	62 784	68 420	5 944	6 332	5 262	5 086	5 511	...
	Saldo	+ 1 297	- 2 877	+ 1 513	+ 910	+ 193	+ 299	+ 241	+ 327	...
Volksrepublik China 3)	Ausfuhr	6 949	9 459	12 064	1 128	1 014	1 014	1 073	970	...
	Einfuhr	13 795	18 555	19 740	1 959	2 099	1 532	1 712	1 653	...
	Saldo	- 6 846	- 9 096	- 7 676	- 831	- 966	- 518	- 639	- 683	...
III. Entwicklungsländer	Ausfuhr	56 377	65 401	71 603	6 272	6 053	5 618	5 502	5 459	...
	Einfuhr	48 835	64 934	60 758	5 357	5 069	4 412	4 659	4 382	...
	Saldo	+ 7 543	+ 467	+ 10 845	+ 915	+ 984	+ 1 206	+ 843	+ 1 077	...
darunter:										
Südostasiatische Schwellenländer 4)	Ausfuhr	18 775	24 031	24 527	2 091	1 949	1 816	1 796	1 863	...
	Einfuhr	22 586	30 502	27 784	2 554	2 569	2 272	2 207	2 009	...
	Saldo	- 3 811	- 6 472	- 3 257	- 463	- 619	- 456	- 412	- 145	...
OPEC-Länder	Ausfuhr	9 135	10 758	13 687	1 239	1 335	1 251	1 114	1 128	...
	Einfuhr	6 425	10 244	8 219	708	625	558	479	571	...
	Saldo	+ 2 710	+ 514	+ 5 468	+ 530	+ 711	+ 693	+ 635	+ 557	...

* Quelle: Statistisches Bundesamt. Ausfuhr (fob) nach Bestimmungsländern, Einfuhr (cif) aus Ursprungsländern. Ausweis der Länder und Ländergruppen nach dem neuesten Stand. — 1 Die Angaben über die Einfuhr für „Alle Länder“ enthalten von Januar bis November 2001 Korrekturen, die regional

aufgegliedert noch nicht vorliegen. — 2 Einschl. Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf sowie anderer regional nicht zuordenbarer Angaben. — 3 Ohne Hongkong. — 4 Brunei Darussalam, Hongkong, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Singapur, Republik Korea, Taiwan und Thailand.

X. Außenwirtschaft

4. Dienstleistungsverkehr der Bundesrepublik Deutschland mit dem Ausland, Erwerbs- und Vermögenseinkommen (Salden)

Bis Ende 1998 Mio DM, ab 1999 Mio €

Zeit	Dienstleistungen										Erwerbsein- kommen 5)	Vermögens- einkommen (Kapital- erträge)
	insgesamt	Reiseverkehr 1)	Transport 2)	Finanz- dienst- leistungen	Patente und Lizenzen	Regierungs- leistungen 3)	übrige Dienstleistungen					
							zusammen	darunter: Entgelte für selb- ständige Tätigkeit 4)	Bauleistungen, Montagen, Ausbes- serungen			
1997	- 58 715	- 52 718	+ 5 723	+ 2 315	- 4 341	+ 6 616	- 16 310	- 2 403	- 1 669	- 1 698	- 678	
1998	- 65 301	- 53 704	+ 5 449	+ 3 011	- 4 044	+ 5 462	- 21 474	- 2 586	- 2 484	- 1 584	- 11 753	
1999	- 41 460	- 30 645	+ 2 881	+ 1 018	- 1 896	+ 1 973	- 14 792	- 2 245	- 409	- 836	- 8 130	
2000	- 44 425	- 31 574	+ 3 379	+ 959	- 2 924	+ 2 177	- 16 443	- 2 725	- 912	- 885	- 2 440	
2001	- 47 382	- 32 377	+ 4 139	+ 439	- 2 335	+ 3 291	- 20 539	- 2 576	- 1 293	- 1 471	- 11 138	
2000 3.Vj.	- 12 778	- 10 440	+ 966	+ 72	- 591	+ 583	- 3 368	- 677	- 3	- 498	- 2 624	
4.Vj.	- 10 077	- 6 372	+ 980	+ 307	- 1 089	+ 596	- 4 500	- 747	- 426	- 186	+ 651	
2001 1.Vj.	- 12 613	- 6 738	+ 828	+ 106	- 654	+ 761	- 6 704	- 646	- 593	- 39	- 3 484	
2.Vj.	- 12 165	- 8 656	+ 1 153	+ 208	- 532	+ 793	- 5 132	- 625	- 213	- 408	- 3 900	
3.Vj.	- 13 406	- 10 723	+ 1 182	+ 175	- 579	+ 803	- 4 265	- 640	- 142	- 685	- 2 825	
4.Vj.	- 9 198	- 6 261	+ 976	+ 161	- 571	+ 933	- 4 437	- 665	- 346	- 340	- 929	
2002 1.Vj.	- 10 749	- 5 990	+ 757	- 53	- 307	+ 950	- 6 106	- 539	- 454	- 26	- 4 377	
2001 Mai	- 4 065	- 2 751	+ 527	+ 182	- 196	+ 303	- 2 130	- 187	- 45	- 125	- 1 195	
Juni	- 5 159	- 3 190	+ 342	+ 22	- 129	+ 294	- 2 499	- 211	- 227	- 129	- 3 727	
Juli	- 4 950	- 3 473	+ 473	+ 139	- 319	+ 237	- 2 007	- 284	- 49	- 230	- 3 885	
Aug.	- 4 803	- 3 974	+ 456	+ 11	- 128	+ 302	- 1 448	- 200	- 13	- 224	+ 1 309	
Sept.	- 3 653	- 3 276	+ 253	+ 48	- 131	+ 264	- 810	- 156	- 80	- 231	- 248	
Okt.	- 3 850	- 2 978	+ 299	- 6	- 264	+ 315	- 1 215	- 213	- 111	- 121	+ 1 402	
Nov.	- 2 811	- 1 687	+ 157	+ 26	- 278	+ 297	- 1 326	- 219	+ 31	- 117	+ 170	
Dez.	- 2 536	- 1 596	+ 521	+ 142	- 28	+ 321	- 1 896	- 233	- 266	- 101	- 2 502	
2002 Jan.	- 4 081	- 2 206	+ 181	+ 24	- 102	+ 368	- 2 345	- 210	- 185	+ 9	- 5 770	
Febr.	- 3 237	- 1 704	+ 252	- 78	- 91	+ 309	- 1 925	- 174	- 174	- 11	- 350	
März	- 3 431	- 2 080	+ 324	+ 1	- 114	+ 274	- 1 835	- 155	- 95	- 24	+ 1 742	

1 Ergebnisse ab Januar 2002 mit größerer Unsicherheit behaftet. — 2 Ohne die im cif-Wert der Einfuhr enthaltenen Ausgaben für Frachtkosten. — 3 Einschl. der Einnahmen von ausländischen militärischen Dienststellen für Wa-

renlieferungen und Dienstleistungen. — 4 Ingenieur- und sonstige technische Dienstleistungen, Forschung und Entwicklung, kaufmännische Dienstleistungen u.a.m. — 5 Einkommen aus unselbständiger Arbeit.

5. Laufende Übertragungen der Bundesrepublik Deutschland an das bzw. vom Ausland (Salden)

Bis Ende 1998 Mio DM, ab 1999 Mio €

Zeit	Mio DM / Mio €						Insgesamt 4)	Öffentlich 1)	Privat 1)
	Öffentlich 1)			Privat 1)					
	Insgesamt	zusammen	Internationale Organisationen 2)	insgesamt	Überweisungen der Gastarbeiter	sonstige laufende Übertragungen			
1997	- 52 742	- 36 812	- 31 509	- 28 502	- 5 302	- 15 930	+ 52	- 2 821	+ 2 873
1998	- 53 304	- 37 317	- 33 077	- 30 382	- 4 240	- 15 987	+ 1 289	- 2 441	+ 3 730
1999	- 25 701	- 17 404	- 15 428	- 13 846	- 1 976	- 8 296	- 154	- 1 351	+ 1 197
2000	- 27 144	- 19 045	- 17 100	- 15 398	- 1 944	- 8 100	- 1 596	- 1 186	- 410
2001	- 26 665	- 17 013	- 14 471	- 12 801	- 2 542	- 9 653	- 967	- 1 355	+ 387
2000 3.Vj.	- 7 161	- 5 102	- 4 664	- 4 213	- 437	- 2 059	- 1 009	- 285	- 725
4.Vj.	- 8 005	- 5 990	- 5 151	- 4 687	- 838	- 2 016	- 416	- 374	- 43
2001 1.Vj.	- 5 487	- 2 898	- 2 112	- 1 598	- 786	- 2 589	+ 552	- 323	+ 875
2.Vj.	- 7 978	- 5 133	- 5 335	- 4 916	+ 202	- 2 845	- 597	- 252	- 345
3.Vj.	- 6 017	- 3 956	- 3 027	- 2 467	- 929	- 2 062	- 446	- 327	- 118
4.Vj.	- 7 183	- 5 026	- 3 997	- 3 820	- 1 029	- 2 157	- 476	- 452	- 24
2002 1.Vj.	- 5 071	- 2 399	- 1 263	- 832	- 1 137	- 2 672	+ 160	- 230	+ 390
2001 Mai	- 2 652	- 1 598	- 1 877	- 1 663	+ 279	- 1 054	- 732	- 84	- 648
Juni	- 3 094	- 2 178	- 2 017	- 1 865	- 161	- 917	+ 284	- 95	+ 379
Juli	- 2 599	- 1 966	- 1 735	- 1 466	- 231	- 634	- 226	- 126	- 100
Aug.	- 1 465	- 526	- 168	+ 89	- 359	- 939	- 172	- 100	- 72
Sept.	- 1 953	- 1 464	- 1 124	- 1 090	- 339	- 489	- 47	- 100	+ 54
Okt.	- 2 793	- 2 077	- 1 663	- 1 576	- 414	- 716	- 140	- 98	- 42
Nov.	- 2 754	- 2 078	- 1 674	- 1 628	- 404	- 675	- 180	- 156	- 25
Dez.	- 1 637	- 871	- 660	- 616	- 211	- 766	- 156	- 198	+ 42
2002 Jan.	+ 724	+ 1 530	+ 1 921	+ 2 129	- 391	- 806	+ 477	- 74	+ 551
Febr.	- 3 015	- 2 005	- 1 575	- 1 391	- 430	- 1 010	- 155	- 75	- 80
März	- 2 780	- 1 924	- 1 610	- 1 570	- 315	- 856	- 162	- 81	- 81

1 Für die Zuordnung zu Öffentlich und Privat ist maßgebend, welchem Sektor die an der Transaktion beteiligte inländische Stelle angehört. — 2 Laufende Beiträge zu den Haushalten der internationalen Organisationen und Leistungen im Rahmen des EU-Haushalts (ohne Vermögensübertra-

gungen). — 3 Zuwendungen an Entwicklungsländer, Renten und Pensionen, Steuereinnahmen und -erstattungen u.a.m. — 4 Soweit erkennbar; insbesondere Schuldenerlass.

X. Außenwirtschaft

7. Kapitalverkehr der Bundesrepublik Deutschland mit dem Ausland

Mio €

Position	1999	2000	2001	2001			2002			
				2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	Jan.	Febr.	März
I. Deutsche Nettokapitalanlagen im Ausland (Zunahme/Kapitalausfuhr: -)	- 347 069	- 353 152	- 265 061	- 64 468	- 51 022	- 19 776	- 65 419	- 24 742	- 1 690	- 38 987
1. Direktinvestitionen 1)	- 102 729	- 54 045	- 48 340	- 35 841	+ 3 124	- 6 162	- 2 555	+ 4 694	- 7 805	+ 556
Beteiligungskapital	- 85 021	- 49 616	- 59 377	- 38 778	- 13 946	- 7 229	- 9 581	+ 156	- 921	- 8 816
reinvestierte Gewinne 2)	- 4 400	- 2 300	-	-	-	-	-	-	-	-
Kreditverkehr deutscher Direktinvestoren	- 6 524	+ 3 627	+ 15 986	+ 4 296	+ 18 475	+ 2 336	+ 8 059	+ 4 937	- 6 625	+ 9 746
übrige Anlagen	- 6 784	- 5 756	- 4 949	- 1 359	- 1 404	- 1 269	- 1 033	- 399	- 260	- 375
2. Wertpapieranlagen	- 177 440	- 208 511	- 128 670	- 48 981	- 4 522	- 31 829	- 34 020	- 13 260	- 12 451	- 8 309
Dividendenwerte 3)	- 68 048	- 104 809	- 15 824	- 14 413	+ 6 736	- 2 797	- 7 220	- 6 455	- 3 531	+ 2 766
Investmentzertifikate 4)	- 14 057	- 32 529	- 19 126	- 4 785	- 3 900	- 4 474	- 7 403	- 3 162	- 2 920	- 1 320
festverzinsliche Wertpapiere 5)	- 94 658	- 72 758	- 94 691	- 28 639	- 6 641	- 27 512	- 15 151	- 3 151	- 3 712	- 8 288
Geldmarktpapiere	- 677	+ 1 585	+ 970	+ 1 144	+ 716	+ 2 954	+ 4 247	- 492	- 2 288	- 1 466
3. Finanzderivate 6)	- 1 749	- 4 211	+ 6 703	+ 8 475	- 4 102	- 807	+ 1 446	+ 1 072	+ 988	- 613
4. Kredite	- 62 826	- 84 203	- 93 368	+ 12 118	- 44 956	+ 19 353	- 29 871	- 17 017	+ 17 733	- 30 587
Kreditinstitute 7)	- 42 443	- 101 513	- 130 654	- 10 552	- 35 892	- 14 149	- 305	+ 10 332	+ 14 545	- 25 181
langfristig	- 42 717	- 40 136	- 47 642	- 12 107	- 11 755	- 16 201	- 9 717	- 1 019	- 5 175	- 3 524
kurzfristig	+ 274	- 61 378	- 83 012	+ 1 555	- 24 136	+ 2 051	+ 9 413	+ 11 350	+ 19 719	- 21 657
Unternehmen und Privatpersonen	+ 19 503	- 4 742	- 2 705	+ 1 686	+ 4 108	+ 6 465	- 14 305	- 13 170	+ 1 705	- 2 839
langfristig	- 2 057	+ 465	- 1 698	- 352	- 5	- 1 161	- 124	- 65	- 3	- 56
kurzfristig 7)	+ 21 560	- 5 207	- 1 007	+ 2 037	+ 4 113	+ 7 626	- 14 180	- 13 105	+ 1 708	- 2 783
Staat	+ 7 658	- 19 920	+ 15 977	+ 1 995	+ 379	- 7 537	+ 3 164	+ 3 611	- 76	- 370
langfristig	- 376	- 1 079	+ 254	+ 179	- 88	+ 5	+ 114	+ 44	+ 102	- 32
kurzfristig 7)	+ 8 034	- 18 841	+ 15 723	+ 1 816	+ 467	- 7 542	+ 3 050	+ 3 567	- 179	- 338
Bundesbank	- 47 544	+ 41 972	+ 24 015	+ 18 990	- 13 551	+ 34 575	- 18 425	- 17 789	+ 1 560	- 2 197
5. sonstige Kapitalanlagen 8)	- 2 324	- 2 183	- 1 385	- 238	- 566	- 330	- 420	- 231	- 155	- 34
II. Ausländische Nettokapitalanlagen in der Bundesrepublik (Zunahme/Kapitaleinfuhr:+)	+ 320 985	+ 387 499	+ 218 976	+ 62 811	+ 41 997	- 12 512	+ 36 460	+ 23 045	- 15 418	+ 28 834
1. Direktinvestitionen 1)	+ 51 392	+ 211 786	+ 35 574	+ 10 363	+ 15 124	+ 10 392	+ 12 991	+ 3 190	+ 6 834	+ 2 967
Beteiligungskapital	+ 24 754	+ 114 495	+ 31 916	+ 7 996	- 1 839	+ 5 586	+ 12 934	+ 2 075	- 939	+ 11 798
reinvestierte Gewinne 2)	- 5 400	- 3 600	- 3 600	- 900	- 900	- 900	- 900	- 300	- 300	- 300
Kreditverkehr ausländischer Direktinvestoren	+ 32 286	+ 101 226	+ 7 403	+ 3 317	+ 17 889	+ 5 757	+ 984	+ 1 424	+ 8 076	- 8 516
übrige Anlagen	- 249	- 335	- 145	- 50	- 26	- 51	- 28	- 10	- 4	- 15
2. Wertpapieranlagen	+ 166 624	+ 49 104	+ 112 909	+ 68 931	+ 32 255	+ 16 889	+ 8 020	+ 3 536	- 3 160	+ 7 644
Dividendenwerte 3)	+ 21 942	- 34 469	+ 88 882	+ 70 987	+ 15 600	+ 434	+ 6 014	+ 2 689	- 39	+ 3 364
Investmentzertifikate	+ 5 761	+ 10 938	+ 1 121	- 673	- 486	+ 4 171	+ 1 074	- 310	+ 1 002	+ 382
festverzinsliche Wertpapiere 5)	+ 97 615	+ 69 159	+ 54 878	+ 10 597	+ 18 018	+ 17 729	+ 22 695	+ 11 824	+ 1 569	+ 9 303
Geldmarktpapiere	+ 41 306	+ 3 475	- 31 972	- 11 979	- 877	- 5 445	- 21 763	- 10 667	- 5 691	- 5 405
3. Kredite	+ 103 075	+ 126 564	+ 70 462	- 16 467	- 5 381	- 39 792	+ 15 426	+ 16 325	- 19 115	+ 18 215
Kreditinstitute 7)	+ 95 394	+ 115 294	+ 54 316	- 24 758	- 7 688	- 44 403	+ 13 852	+ 20 156	- 21 841	+ 15 537
langfristig	+ 35 241	+ 15 665	+ 4 394	+ 11 605	+ 6 824	- 11 433	+ 4 285	+ 1 587	- 317	+ 3 015
kurzfristig	+ 60 153	+ 99 629	+ 49 922	- 36 364	- 14 512	- 32 970	+ 9 567	+ 18 569	- 21 524	+ 12 522
Unternehmen und Privatpersonen	+ 20 926	+ 10 101	+ 13 063	+ 6 826	- 297	+ 2 700	+ 3 684	- 1 451	+ 2 951	+ 2 184
langfristig	+ 3 836	+ 4 400	+ 9 027	+ 1 989	+ 1 865	+ 469	+ 1 142	+ 104	- 96	+ 1 134
kurzfristig 7)	+ 17 090	+ 5 701	+ 4 036	+ 4 836	- 2 162	+ 2 231	+ 2 542	- 1 555	+ 3 047	+ 1 050
Staat	- 11 255	+ 756	+ 452	+ 1 395	+ 249	+ 1 883	- 3 391	- 4 000	- 133	+ 742
langfristig	- 8 306	- 142	- 602	- 181	- 100	- 152	- 318	- 9	- 82	- 228
kurzfristig 7)	- 2 949	+ 898	+ 1 054	+ 1 576	+ 349	+ 1 731	- 3 072	- 3 991	- 51	+ 970
Bundesbank	- 1 991	+ 414	+ 2 631	+ 70	+ 2 355	+ 28	+ 1 281	+ 1 620	- 92	- 247
4. sonstige Kapitalanlagen	- 106	+ 45	+ 32	- 16	- 0	- 2	+ 24	- 5	+ 22	+ 7
III. Saldo aller statistisch erfassten Kapitalbewegungen (Nettokapitalausfuhr: -)	- 26 084	+ 34 347	- 46 084	- 1 657	- 9 024	- 32 288	- 28 959	- 1 698	- 17 109	- 10 153

1 Die Abgrenzung der Direktinvestitionen ist ab 1996 geändert. — 2 Geschätzt. — 3 Einschl. Genuss-Scheine. — 4 Ab 1991 einschl. thesaurierter Erträge. — 5 Ab 1975 ohne Stückzinsen. — 6 Verbriefte und nicht verbrieft Options sowie Finanztermingeschäfte. — 7 Die hier ausgewiesenen Trans-

aktionswerte sind überwiegend aus Bestandsveränderungen abgeleitet. Rein statistisch bedingte Veränderungen sind – soweit möglich – ausgeschaltet. — 8 Insbesondere Beteiligungen des Bundes an internationalen Organisationen.

X. Außenwirtschaft

8. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank *)

Mio DM

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Währungsreserven und sonstige Auslandsaktiva						Auslandsverbindlichkeiten				Netto- Auslands- position (Spalte 1 abzüglich Spalte 8)
	insgesamt	Währungsreserven					Kredite und sonstige Forde- rungen an das Ausland 3)	insgesamt	Verbind- lichkeiten aus dem Auslands- geschäft 4)	Verbind- lichkeiten aus Liquiditäts- U-Schätzen	
		zusammen	Gold	Devisen und Sorten 1)	Reserve- position im Inter- nationalen Währungs- fonds und Sonder- ziehungs- rechte	Forde- rungen an die EZB 2)					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
1989	99 959	97 527	13 688	58 308	8 229	17 303	2 432	51 642	51 642	–	48 317
1990	106 446	104 023	13 688	64 517	7 373	18 445	2 423	52 259	52 259	–	54 188
1991	97 345	94 754	13 688	55 424	8 314	17 329	2 592	42 335	42 335	–	55 010
1992	143 959	141 351	13 688	85 845	8 199	33 619	2 608	26 506	26 506	–	117 453
1993	122 763	120 143	13 688	61 784	8 496	36 176	2 620	39 541	23 179	16 362	83 222
1994	115 965	113 605	13 688	60 209	7 967	31 742	2 360	24 192	19 581	4 611	91 774
1995	123 261	121 307	13 688	68 484	10 337	28 798	1 954	16 390	16 390	–	106 871
1996	120 985	119 544	13 688	72 364	11 445	22 048	1 441	15 604	15 604	–	105 381
1997	127 849	126 884	13 688	76 673	13 874	22 649	966	16 931	16 931	–	110 918
1998	135 085	134 005	17 109	100 363	16 533	–	1 079	15 978	15 978	–	119 107

* Bewertung des Goldbestandes und der Auslandsforderungen nach § 26 Abs. 2 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank und den Vorschriften des Handelsgesetzbuches, insbesondere § 253. Im Jahresverlauf Bewertung zu den Bilanzkursen des Vorjahres. — 1 Hauptsächlich US-Dollar-Anlagen. — 2 Europäische Zentralbank (bis 1993 Forderungen an den Europäischen

Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit – EFWZ). — 3 Einschl. Kredite an die Weltbank. — 4 Einschl. der durch die Bundesbank an Gebietsfremde abgegebenen Liquiditätspapiere; ohne die von März 1993 bis März 1995 an Gebietsfremde verkauften Liquiditäts-U-Schätze, die in Spalte 10 ausgewiesen sind.

9. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank in der Europäischen Währungsunion o)

Mio €

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Währungsreserven und sonstige Auslandsforderungen						sonstige Forderungen an Ansässige außerhalb des Euro- Währungs- gebiets 1) 3)	Forderungen innerhalb des Eurosystems (netto) 2)	sonstige Forderungen in anderen EUWU- Ländern	Auslands- verbind- lichkeiten 3)	Netto- Auslands- position der Deutschen Bundesbank (Spalte 1 abzüglich Spalte 9)
	insgesamt	Währungsreserven									
		zusammen	Gold und Goldforde- rungen	Reserve- position im Inter- nationalen Währungs- fonds und Sonder- ziehungs- rechte	Devisen- reserven						
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10		
1999 Jan. 4)	95 316	93 940	29 312	8 461	56 167	140	1 225	11	8 169	87 146	
1999	141 958	93 039	32 287	8 332	52 420	9 162	39 746	11	6 179	135 779	
2000	100 762	93 815	32 676	7 762	53 377	313	6 620	14	6 592	94 170	
2001	76 147	93 215	35 005	8 721	49 489	312	– 17 385	5	8 752	67 396	
2000 Nov.	98 238	99 746	34 874	7 620	57 252	313	– 1 828	7	6 652	91 585	
2000 Dez.	100 762	93 815	32 676	7 762	53 377	313	6 620	14	6 592	94 170	
2001 Jan.	106 446	92 019	31 945	7 856	52 218	313	14 106	8	6 683	99 763	
2001 Febr.	110 799	91 297	31 956	7 628	51 713	312	19 181	8	6 705	104 093	
2001 März	116 133	93 187	32 710	7 752	52 726	312	22 626	8	6 770	109 363	
2001 April	106 430	91 768	33 100	7 617	51 051	312	14 337	13	6 685	99 745	
2001 Mai	111 162	95 808	34 994	7 956	52 858	312	15 035	8	6 816	104 347	
2001 Juni	99 773	95 817	35 494	8 158	52 165	312	3 637	7	6 840	92 933	
2001 Juli	107 437	92 879	33 708	7 980	51 191	312	14 240	6	7 005	100 432	
2001 Aug.	109 011	89 890	33 414	7 765	48 711	312	18 803	6	6 860	102 151	
2001 Sept.	112 045	94 538	35 399	8 989	50 151	312	17 189	6	6 658	103 387	
2001 Okt.	115 487	95 552	34 531	8 643	52 378	312	19 616	7	10 783	104 704	
2001 Nov.	108 934	95 395	34 309	8 745	52 341	312	13 217	9	11 093	97 841	
2001 Dez.	76 147	93 215	35 005	8 721	49 489	312	– 17 385	5	8 752	67 396	
2002 Jan.	98 113	97 392	36 220	8 855	52 316	312	409	–	10 455	87 658	
2002 Febr.	98 390	99 230	38 095	8 874	52 260	312	– 1 152	–	10 354	88 036	
2002 März	99 487	98 130	38 505	8 840	50 786	312	1 045	–	10 077	89 410	
2002 April	106 934	94 779	38 072	8 205	48 502	312	11 842	–	9 297	97 636	

o Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber allen Ländern innerhalb und außerhalb der Europäischen Währungsunion. Bis Dezember 2000 sind die Bestände zu jedem Quartalsende auf Grund der Neubewertung zu Marktpreisen ausgewiesen; innerhalb eines Quartals erfolgte die Ermittlung des Bestandes jedoch auf der Grundlage kumulierter Transaktionswerte. Ab Januar 2001 werden alle Monatsstände zu Marktpreisen bewertet. — 1 Einschl. Kredite an die Weltbank. — 2 Enthält auch die Salden im grenzüberschreiten-

den Zahlungsverkehr der Deutschen Bundesbank innerhalb des Eurosystems. Ab November 2000 einschl. der TARGET-Positionen, die zuvor als bilaterale Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber nationalen Zentralbanken außerhalb des Eurosystems dargestellt wurden (in Spalte 6 bzw. 9). — 3 Vgl. Anmerkung 2. — 4 Euro-Eröffnungsbilanz der Deutschen Bundesbank zum 1. Januar 1999.

X. Außenwirtschaft

10. Forderungen und Verbindlichkeiten von Unternehmen in Deutschland (ohne Banken)
gegenüber dem Ausland *)

Bis Ende 1998 Mio DM, ab 1999 Mio €

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Forderungen an das Ausland							Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland						
	insgesamt	Guthaben bei aus- ländischen Banken	Forderungen an ausländische Nichtbanken					insgesamt	Kredite von aus- ländischen Banken	Verbindlichkeiten gegenüber ausländischen Nichtbanken				
			zusammen	aus Finanz- bezie- hungen	aus Handelskrediten					zusammen	aus Finanz- bezie- hungen	zusammen	in An- spruch ge- nommene Zahlungs- ziele	empfan- gene An- zahlungen
					zusammen	gewährte Zahlungs- ziele	geleistete An- zahlungen							
Alle Länder														
1998	502 610	140 729	361 881	169 889	191 992	176 485	15 507	429 240	81 092	348 148	220 628	127 520	87 576	39 944
1999	277 331	52 774	224 557	115 564	108 993	100 777	8 216	293 849	56 632	237 217	166 026	71 191	52 047	19 144
2000	320 874	43 462	277 412	152 752	124 660	116 971	7 689	446 060	52 663	393 397	309 024	84 373	63 093	21 280
2001	358 120	62 434	295 686	171 939	123 747	114 857	8 890	505 266	60 132	445 134	354 561	90 573	65 988	24 585
2001 Dez.	358 120	62 434	295 686	171 939	123 747	114 857	8 890	505 266	60 132	445 134	354 561	90 573	65 988	24 585
2002 Jan.	362 815	78 176	284 639	164 165	120 474	112 021	8 453	503 912	62 732	441 180	357 464	83 716	59 253	24 463
Feb. 1)	366 332	76 118	290 214	169 589	120 625	111 841	8 784	511 601	64 318	447 283	363 383	83 900	58 844	25 056
März 2)	354 767	74 879	279 888	161 160	118 728	109 906	8 822	502 197	64 433	437 764	353 901	83 863	58 642	25 221
EU-Länder														
1998	307 523	130 398	177 125	84 422	92 703	83 927	8 776	265 214	68 873	196 341	137 494	58 847	46 896	11 951
1999	157 617	47 992	109 625	56 450	53 175	48 500	4 675	194 809	49 243	145 566	111 605	33 961	27 532	6 429
2000	177 782	39 563	138 219	78 298	59 921	55 718	4 203	323 049	45 473	277 576	237 583	39 993	32 457	7 536
2001	198 118	58 039	140 079	79 205	60 874	55 371	5 503	372 937	53 683	319 254	275 749	43 505	34 716	8 789
2001 Dez.	198 118	58 039	140 079	79 205	60 874	55 371	5 503	372 937	53 683	319 254	275 749	43 505	34 716	8 789
2002 Jan.	211 999	73 677	138 322	78 442	59 880	55 145	4 735	378 304	56 672	321 632	281 547	40 085	31 043	9 042
Feb. 1)	213 227	71 910	141 317	81 142	60 175	55 147	5 028	389 286	57 975	331 311	290 783	40 528	31 188	9 340
März 2)	213 175	70 509	142 666	83 320	59 346	53 851	5 495	386 060	58 469	327 591	287 404	40 187	30 759	9 428
darunter EWU-Mitgliedsländer 1)														
1998	190 953	68 418	122 535	54 167	68 368	62 491	5 877	197 566	50 579	146 987	103 899	43 088	35 021	8 067
1999	104 071	25 946	78 125	38 747	39 378	36 074	3 304	151 179	38 117	113 062	88 763	24 299	20 173	4 126
2000	120 976	22 737	98 239	52 976	45 263	42 389	2 874	247 830	33 698	214 132	185 595	28 537	23 569	4 968
2001	126 519	33 787	92 732	46 599	46 133	42 771	3 362	295 943	38 361	257 582	225 711	31 871	24 878	6 993
2001 Dez.	126 519	33 787	92 732	46 599	46 133	42 771	3 362	295 943	38 361	257 582	225 711	31 871	24 878	6 993
2002 Jan.	137 910	44 879	93 031	46 583	46 448	42 874	3 574	301 587	40 260	261 327	231 262	30 065	22 848	7 217
Feb. 1)	137 002	42 712	94 290	47 917	46 373	42 953	3 420	308 785	39 676	269 109	238 646	30 463	23 040	7 423
März 2)	137 852	41 806	96 046	51 140	44 906	41 544	3 362	302 678	38 154	264 524	234 586	29 938	22 352	7 586
Andere Industrieländer														
1998	109 682	8 246	101 436	61 999	39 437	36 162	3 275	102 058	7 655	94 403	61 741	32 662	26 292	6 370
1999	71 958	3 595	68 363	45 540	22 823	21 220	1 603	68 024	4 870	63 154	44 518	18 636	15 387	3 249
2000	84 502	2 925	81 577	54 272	27 305	25 673	1 632	84 464	4 711	79 753	56 986	22 767	18 621	4 146
2001	100 786	3 364	97 422	71 842	25 580	24 082	1 498	93 269	4 178	89 091	64 595	24 496	19 648	4 848
2001 Dez.	100 786	3 364	97 422	71 842	25 580	24 082	1 498	93 269	4 178	89 091	64 595	24 496	19 648	4 848
2002 Jan.	94 470	3 246	91 224	65 640	25 584	24 074	1 510	88 320	3 714	84 606	62 208	22 398	17 506	4 892
Feb. 1)	97 589	2 895	94 694	69 825	24 869	23 394	1 475	84 721	3 978	80 743	58 747	21 996	16 882	5 114
März 2)	86 783	2 988	83 795	59 899	23 896	22 582	1 314	78 329	3 701	74 628	52 535	22 093	16 911	5 182
Reformländer														
1998	30 107	360	29 747	7 914	21 833	20 218	1 615	11 383	135	11 248	657	10 591	4 941	5 650
1999	16 402	231	16 171	4 603	11 568	10 934	634	6 256	78	6 178	481	5 697	3 119	2 578
2000	19 082	240	18 842	5 028	13 814	13 104	710	8 202	113	8 089	928	7 161	4 384	2 777
2001	20 444	204	20 240	6 103	14 137	13 449	688	9 095	151	8 944	1 699	7 245	4 341	2 904
2001 Dez.	20 444	204	20 240	6 103	14 137	13 449	688	9 095	151	8 944	1 699	7 245	4 341	2 904
2002 Jan.	19 234	204	19 030	6 072	12 958	12 270	688	8 650	159	8 491	1 582	6 909	4 024	2 885
Feb. 1)	19 773	187	19 586	6 025	13 561	12 819	742	9 028	162	8 866	1 685	7 181	4 262	2 919
März 2)	19 547	194	19 353	5 763	13 590	12 923	667	8 847	174	8 673	1 748	6 925	3 935	2 990
Entwicklungsländer														
1998	55 298	1 725	53 573	15 554	38 019	36 178	1 841	50 585	4 429	46 156	20 736	25 420	9 447	15 973
1999	31 354	956	30 398	8 971	21 427	20 123	1 304	24 760	2 441	22 319	9 422	12 897	6 009	6 888
2000	39 508	734	38 774	15 154	23 620	22 476	1 144	30 345	2 366	27 979	13 527	14 452	7 631	6 821
2001	38 772	827	37 945	14 789	23 156	21 955	1 201	29 965	2 120	27 845	12 518	15 327	7 283	8 044
2001 Dez.	38 772	827	37 945	14 789	23 156	21 955	1 201	29 965	2 120	27 845	12 518	15 327	7 283	8 044
2002 Jan.	37 112	1 049	36 063	14 011	22 052	20 532	1 520	28 638	2 187	26 451	12 127	14 324	6 680	7 644
Feb. 1)	35 743	1 126	34 617	12 597	22 020	20 481	1 539	28 566	2 203	26 363	12 168	14 195	6 512	7 683
März 2)	35 262	1 188	34 074	12 178	21 896	20 550	1 346	28 961	2 089	26 872	12 214	14 658	7 037	7 621

* Einschl. Auslandsforderungen und -verbindlichkeiten von Privatpersonen in Deutschland. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland werden im Abschnitt IV Banken in der Tabelle 4 ausgewiesen. Statistisch bedingte Zu- und Abgänge sind nicht aus-

geschaltet; die Bestandsveränderungen sind insoweit mit den in der Tabelle X. 7 ausgewiesenen Zahlen nicht vergleichbar. — 1 Ab Januar 2001 einschl. Griechenland. — 2 Änderung des Berichtskreises wegen Erhöhung der Meldefreigrenze.

X. Außenwirtschaft

11. DM- und Euro-Wechselkurse für ausgewählte Währungen *)

Durchschnitt im Jahr bzw. im Monat	Vereinigte Staaten USD	Japan JPY	Dänemark DKK	Schweden SEK	Vereinigtes Königreich GBP	Norwegen NOK	Schweiz CHF	Kanada CAD	Australien AUD 1)	Neuseeland NZD 1)
Historische Kassa-Mittelkurse der Frankfurter Börse (1 bzw. 100 WE = ... DEM)										
1991	1,6612	1,2346	25,932	27,421	2,926	25,580	115,740	1,4501	1,2942	0,9589
1992	1,5595	1,2313	25,869	26,912	2,753	25,143	111,198	1,2917	1,1476	0,8406
1993	1,6544	1,4945	25,508	21,248	2,483	23,303	111,949	1,2823	1,1235	0,8940
1994	1,6218	1,5870	25,513	21,013	2,4816	22,982	118,712	1,1884	1,1848	0,9605
1995	1,4338	1,5293	25,570	20,116	2,2620	22,614	121,240	1,0443	1,0622	0,9399
1996	1,5037	1,3838	25,945	22,434	2,3478	23,292	121,891	1,1027	1,1782	1,0357
1997	1,7348	1,4378	26,249	22,718	2,8410	24,508	119,508	1,2533	1,2889	1,1453
1998	1,7592	1,3484	26,258	22,128	2,9142	23,297	121,414	1,1884	1,1070	0,9445
Euro-Referenzkurse der Europäischen Zentralbank (1 EUR = ... WE) 2)										
1999	1,0658	121,32	7,4355	8,8075	0,65874	8,3104	1,6003	1,5840	1,6523	2,0145
2000	0,9236	99,47	7,4538	8,4452	0,60948	8,1129	1,5579	1,3706	1,5889	2,0288
2001	0,8956	108,68	7,4521	9,2551	0,62187	8,0484	1,5105	1,3864	1,7319	2,1300
2000 Mai	0,9060	98,09	7,4570	8,2410	0,60151	8,1994	1,5562	1,3549	1,5703	1,9355
Juni	0,9492	100,71	7,4607	8,3177	0,62927	8,2490	1,5608	1,4018	1,5968	2,0174
Juli	0,9397	101,39	7,4589	8,4070	0,62304	8,1763	1,5505	1,3886	1,5978	2,0394
Aug.	0,9041	97,76	7,4578	8,3917	0,60710	8,0959	1,5506	1,3406	1,5575	2,0305
Sept.	0,8721	93,11	7,4627	8,4145	0,60773	8,0266	1,5307	1,2945	1,5749	2,0882
Okt.	0,8552	92,75	7,4472	8,5245	0,58933	8,0032	1,5130	1,2924	1,6176	2,1346
Nov.	0,8564	93,26	7,4564	8,6289	0,60039	7,9950	1,5216	1,3204	1,6387	2,1438
Dez.	0,8973	100,61	7,4580	8,6622	0,61342	8,1334	1,5137	1,3679	1,6422	2,0905
2001 Jan.	0,9383	109,57	7,4642	8,9055	0,63480	8,2355	1,5291	1,4098	1,6891	2,1103
Febr.	0,9217	107,08	7,4630	8,9770	0,63400	8,2125	1,5358	1,4027	1,7236	2,1184
März	0,9095	110,33	7,4643	9,1264	0,62915	8,1600	1,5355	1,4167	1,8072	2,1753
April	0,8920	110,36	7,4633	9,1120	0,62168	8,1146	1,5287	1,3903	1,7847	2,1975
Mai	0,8742	106,50	7,4612	9,0576	0,61328	7,9927	1,5334	1,3473	1,6813	2,0723
Juni	0,8532	104,30	7,4539	9,2106	0,60890	7,9360	1,5225	1,3016	1,6469	2,0589
Juli	0,8607	107,21	7,4447	9,2637	0,60857	7,9714	1,5135	1,3153	1,6890	2,1074
Aug.	0,9005	109,34	7,4450	9,3107	0,62672	8,0552	1,5144	1,3857	1,7169	2,0895
Sept.	0,9111	108,20	7,4413	9,6744	0,62291	7,9985	1,4913	1,4260	1,8036	2,1781
Okt.	0,9059	109,86	7,4367	9,5780	0,62393	7,9970	1,4793	1,4224	1,7955	2,1863
Nov.	0,8883	108,68	7,4452	9,4166	0,61838	7,9224	1,4663	1,4153	1,7172	2,1322
Dez.	0,8924	113,38	7,4431	9,4359	0,62012	7,9911	1,4749	1,4075	1,7348	2,1456
2002 Jan.	0,8833	117,12	7,4329	9,2275	0,61659	7,9208	1,4745	1,4135	1,7094	2,0826
Febr.	0,8700	116,23	7,4299	9,1828	0,61160	7,7853	1,4775	1,3880	1,6963	2,0771
März	0,8758	114,75	7,4324	9,0594	0,61574	7,7183	1,4678	1,3903	1,6695	2,0261
April	0,8858	115,81	7,4341	9,1358	0,61407	7,6221	1,4658	1,4008	1,6537	1,9995

* Errechnet aus täglichen Notierungen. — 1 Devisenkurse aus Australien bzw. Neuseeland; für Neuseeland errechnet aus Kursen per Mitte und Ende der Monate. — 2 Die EZB veröffentlicht täglich Euro-Referenzkurse, die auf

der Grundlage der Konzertation zwischen den Zentralbanken um 14.15 Uhr ermittelt werden. Weitere Euro-Referenzkurse der EZB siehe: Statistisches Beiheft zum Monatsbericht 5, Devisenkursstatistik.

12. Wechselkurse für die nationalen Währungen der EWU-Länder und DM-Wert der ECU *)
sowie Euro-Umrechnungskurse

Durchschnitt im Jahr	Frankreich 100 FRF	Italien 1 000 ITL	Niederlande 100 NLG	Belgien/ Luxemburg 100 BEF/LUF	Österreich 100 ATS	Spanien 100 ESP	Finnland 100 FIM	Irland 1 IEP	Portugal 100 PTE	Griechenland 100 GRD / 1 EUR 2)	ECU-Werte 1) 1 ECU
Historische Kassa-Mittelkurse der Frankfurter Börse in DEM											
1991	29,409	1,3377	88,742	4,857	14,211	1,597	41,087	2,671	1,149	0,9103	2,05076
1992	29,500	1,2720	88,814	4,857	14,211	1,529	34,963	2,656	1,157	0,8178	2,02031
1993	29,189	1,0526	89,017	4,785	14,214	1,303	28,915	2,423	1,031	0,7213	1,93639
1994	29,238	1,0056	89,171	4,8530	14,214	1,2112	31,108	2,4254	0,9774	0,6683	1,92452
1995	28,718	0,8814	89,272	4,8604	14,214	1,1499	32,832	2,2980	0,9555	0,6182	1,87375
1996	29,406	0,9751	89,243	4,8592	14,214	1,1880	32,766	2,4070	0,9754	0,6248	1,90954
1997	29,705	1,0184	88,857	4,8464	14,210	1,1843	33,414	2,6297	0,9894	0,6349	1,96438
1998	29,829	1,0132	88,714	4,8476	14,213	1,1779	32,920	2,5049	0,9763	0,5952	1,96913
1999	325,76	.
2000	336,63	.
Unwiderrufliche Euro-Umrechnungskurse (1 EUR = ... WE) 3)											
	6,55957	1936,27	2,20371	40,3399	13,7603	166,386	5,94573	0,787564	200,482	4) 340,750	5) 1,95583

* Errechnet aus täglichen Notierungen. — 1 Nach Mitteilungen der Europäischen Kommission. — 2 Bis 1998 reziproke Werte der von der Bank of Greece veröffentlichten Devisenkurse für die D-Mark; ab 1999 Euro-Referenzkurse

der EZB (1 EUR = ... GRD). — 3 Gültig ab 1.1.99. — 4 Gültig ab 1.1.01. — 5 Umrechnungskurs der D-Mark.

X. Außenwirtschaft

13. Effektive Wechselkurse *) für den Euro und ausgewählte fremde Währungen

1.Vj.1999 = 100

Zeit	Effektiver Wechselkurs des Euro gegenüber einem ...				Nachrichtlich: Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft 3) 4) gegenüber ...				Effektive nominale Wechselkurse ausgewählter fremder Währungen gegenüber 19 Industrieländern 3) 5) 6)				
	engen Länderkreis 1)		weiten Länderkreis 2)		19 Industrieländern 5)		49 Ländern 7)		US-Dollar	Pfund Sterling	Kanadischer Dollar	Schweizer Franken	Japanischer Yen
	Nominal	Real auf Basis der Verbraucherpreise	Nominal	Real auf Basis der Verbraucherpreise	auf Basis der Preisdeflatoren des Gesamtumsatzes 8)	auf Basis der Verbraucherpreise							
1995	107,8	108,8	93,2	107,8	109,5	110,4	110,2	86,1	84,0	106,4	105,4	115,6	
1996	107,9	108,8	95,4	105,9	106,1	106,8	105,2	90,9	85,9	108,8	104,2	100,6	
1997	99,1	99,5	90,4	96,6	100,7	101,4	99,0	98,8	99,8	109,7	97,9	95,9	
1998	101,5	101,3	96,6	99,1	101,0	101,1	100,1	103,4	103,3	103,5	99,9	89,7	
1999	95,7	95,7	96,6	95,8	97,8	98,0	97,7	100,8	102,3	102,2	98,3	105,1	
2000	85,7	86,5	88,2	86,3	91,9	93,2	91,7	105,4	105,2	103,6	96,8	117,9	
2001	87,3	88,9	91,0	88,1	p) 92,0	94,2	92,4	112,0	103,6	100,5	100,5	106,7	
1996 1.Vj.	108,9	110,2	95,5	107,6	108,0	108,9	107,6	89,8	83,1	108,0	106,8	102,9	
2.Vj.	107,1	108,1	94,5	105,3	105,6	106,3	104,6	91,1	84,4	108,8	104,2	102,4	
3.Vj.	108,6	109,5	96,3	106,3	106,1	107,1	105,4	90,9	85,2	108,2	104,8	100,1	
4.Vj.	106,9	107,4	95,5	104,5	104,8	104,9	103,3	91,8	91,0	110,2	100,7	97,1	
1997 1.Vj.	102,4	103,2	91,8	99,6	102,7	103,5	100,9	96,9	96,4	111,3	96,0	93,8	
2.Vj.	99,5	99,7	90,0	96,4	101,0	101,7	98,9	98,1	98,9	109,3	97,5	96,6	
3.Vj.	95,5	95,7	87,7	93,2	98,8	99,8	97,1	99,5	101,4	109,9	97,9	100,0	
4.Vj.	99,1	99,2	92,1	97,0	100,2	100,4	99,0	100,5	102,4	108,2	100,2	92,9	
1998 1.Vj.	98,8	98,8	92,6	96,4	99,5	99,8	98,8	103,2	104,5	107,3	100,1	92,5	
2.Vj.	100,2	100,1	94,2	97,4	100,7	100,7	99,1	104,8	104,8	106,5	98,5	86,8	
3.Vj.	102,5	102,5	97,8	100,2	101,6	102,1	100,9	106,3	104,1	102,0	99,4	83,7	
4.Vj.	104,2	103,8	101,7	102,4	102,0	101,8	101,5	99,4	99,8	98,0	101,6	95,7	
1999 1.Vj.	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	99,9	99,9	100,0	100,0	100,1	
2.Vj.	96,1	96,0	96,5	96,0	98,4	98,3	97,8	102,8	102,9	103,5	98,6	99,0	
3.Vj.	94,6	94,7	95,5	94,6	97,1	97,8	97,2	101,4	102,4	102,3	97,7	106,2	
4.Vj.	92,2	92,2	94,2	92,6	95,6	95,9	95,5	99,1	104,1	102,8	96,7	115,2	
2000 Jan.	90,2	90,8	92,4	90,7	.	95,9	94,8	99,7	106,5	104,8	95,4	115,5	
Febr.	89,2	89,8	91,2	89,6	93,8	95,5	94,1	102,3	106,5	105,2	95,2	112,5	
März	87,7	88,3	89,7	88,1	.	94,3	92,9	102,4	106,3	104,6	94,7	116,8	
April	86,1	86,6	88,4	86,7	.	93,2	91,9	103,0	107,7	104,3	95,9	118,6	
Mai	84,5	85,0	86,9	85,1	92,0	92,1	91,0	106,4	106,0	103,0	96,3	118,3	
Juni	87,4	88,1	89,9	88,1	.	93,8	92,7	103,6	102,5	103,7	97,2	118,3	
Juli	86,9	87,9	89,4	87,5	.	94,3	92,7	104,5	103,4	103,9	97,7	116,8	
Aug.	84,6	85,5	87,0	85,1	91,4	92,8	90,9	106,3	104,9	104,0	96,7	118,6	
Sept.	82,8	83,6	85,3	83,3	.	91,8	89,8	107,7	103,5	104,3	97,2	122,3	
Okt.	81,6	82,4	84,4	82,2	.	90,9	88,9	109,4	106,4	102,7	97,8	121,4	
Nov.	82,3	83,3	85,1	82,9	90,3	91,3	89,3	110,2	104,6	100,7	97,5	121,1	
Dez.	85,4	86,4	88,1	85,8	.	92,8	91,3	108,7	104,1	101,5	99,4	115,1	
2001 Jan.	89,2	90,3	91,7	89,0	.	95,2	93,3	107,7	102,4	102,7	100,0	108,3	
Febr.	88,3	89,5	91,0	88,4	92,8	95,2	93,2	108,8	102,0	101,6	99,2	109,9	
März	88,4	89,9	91,4	88,9	.	95,0	93,2	111,5	102,9	99,7	99,3	106,0	
April	87,6	89,1	91,0	88,4	.	94,2	92,6	113,0	103,7	100,0	99,4	104,9	
Mai	85,9	87,6	89,3	86,7	91,5	93,6	91,7	113,1	104,3	101,3	98,3	107,5	
Juni	84,7	86,3	88,1	85,3	.	93,1	90,9	114,1	104,4	102,7	98,5	108,3	
Juli	85,4	87,1	89,1	86,2	.	93,7	91,8	114,3	104,9	102,5	99,5	105,8	
Aug.	87,7	89,4	91,8	88,6	p) 91,4	94,7	92,9	111,6	103,0	101,1	100,4	106,4	
Sept.	88,0	89,7	92,6	89,3	.	94,2	93,0	110,7	103,9	99,1	102,2	108,2	
Okt.	88,0	90,0	92,8	89,5	.	93,9	92,7	111,8	103,7	99,0	103,0	106,2	
Nov.	86,8	88,8	91,3	87,9	p) 92,2	93,2	91,6	113,3	104,0	97,8	103,4	106,3	
Dez.	87,7	89,9	91,9	88,5	.	93,8	91,9	114,1	104,3	99,0	103,3	102,1	
2002 Jan.	87,6	90,2	91,6	88,2	.	95,0	92,5	116,4	104,9	97,9	103,3	98,3	
Febr.	86,8	89,3	91,1	87,6	p) 92,2	94,6	91,9	117,3	105,4	98,5	102,7	98,2	
März	86,8	89,5	91,3	87,9	.	94,3	91,7	116,1	104,6	98,7	103,4	99,8	
April	87,2	90,0	91,7	88,0	115,3	105,2	99,0	103,8	99,4	

* Der effektive Wechselkurs entspricht dem gewogenen Außenwert der betreffenden Währung. — 1 Berechnungen der EZB anhand der gewogenen Durchschnitte der Euro-Wechselkurse bzw. vor 1999 der Wechselkurse der Euro-Vorgängerwährungen gegenüber folgenden Ländern: Australien, Dänemark, Griechenland, Hongkong, Japan, Kanada, Norwegen, Schweden, Schweiz, Singapur, Südkorea, Vereinigtes Königreich sowie Vereinigte Staaten. Die dabei verwendeten Gewichte beruhen auf dem Handel mit gewerblichen Erzeugnissen von 1995 bis 1997 und spiegeln auch Drittmarkteffekte wider. Seit Januar 2001 zählt Griechenland beim effektiven Wechselkurs des Euro nicht mehr zu den Partnerländern; das Gewichtungsschema wurde entsprechend angepasst. Auf Grund der Änderung des Gewichtungsschemas sind die Angaben zum effektiven Wechselkurs ab Januar 2001 nicht vollständig mit früheren Angaben vergleichbar. Soweit die Verbraucherpreise noch nicht vorliegen, sind Schätzungen angegeben. Zur Erläuterung der Methode siehe: EZB, Monatsbericht, April 2000, S. 41 ff. —

2 Berechnungen der EZB. Zu dieser Gruppe gehören neben den Ländern der eng gefassten Gruppe (siehe Fußnote 1) zusätzlich folgende Länder: Algerien, Argentinien, Brasilien, China, Estland, Indien, Indonesien, Israel, Kroatien, Malaysia, Marokko, Mexiko, Neuseeland, Philippinen, Polen, Rumänien, Russische Föderation, Slowakei, Slowenien, Südafrika, Taiwan, Thailand, Tschechische Republik, Türkei, Ungarn und Zypern. — 3 Berechnung methodisch konsistent mit dem Verfahren der EZB zur Ermittlung des effektiven Wechselkurses des Euro (siehe Monatsbericht, November 2001, S. 54 ff.). — 4 Rückgang der Werte bedeutet Zunahme der Wettbewerbsfähigkeit. — 5 EWU-Länder sowie enger Länderkreis der EZB außer Australien, Hongkong, Singapur und Südkorea. — 6 Angaben bis Ende 1998 ermittelt durch Verkettung mit den bis Oktober 2001 veröffentlichten Ergebnissen. — 7 EWU-Länder sowie weiter Länderkreis der EZB. — 8 Jahres- bzw. Vierteljahresdurchschnitte.

Übersicht über Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank

Diese Übersicht informiert über ausgewählte volkswirtschaftliche und statistische Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank aus neuerer Zeit. Soweit nicht anders vermerkt, stehen die Veröffentlichungen in deutscher und in englischer Sprache sowie im Internet zur Verfügung.

Die Veröffentlichungen werden an Interessenten kostenlos abgegeben und sind über die Abteilung Presse und Information zu beziehen. Außerdem kann gegen Kostenerstattung eine monatlich aktualisierte Datei mit circa 40 000 veröffentlichten Zeitreihen der Bundesbank auf Magnetband-Kassette oder Zip-Diskette über die Abteilung Statistische Datenverarbeitung bezogen werden. Bestellungen werden schriftlich unter den im Impressum angegebenen Anschriften erbeten. Eine Auswahl von Zeitreihen steht auch im Internet zum Herunterladen bereit.

Geschäftsbericht

Monatsbericht

Über die von 1990 bis 2001 veröffentlichten Aufsätze informiert das dem Monatsbericht Januar 2002 beigefügte Verzeichnis.

Juni 2001

- Die gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsströme im Jahr 2000

- Monetäre Entwicklung im Euro-Währungsgebiet seit Beginn der EWU
- Die Entwicklung der Länderfinanzen seit Mitte der neunziger Jahre
- Alternde Bevölkerung, Finanzmärkte und Geldpolitik: Die Bundesbank-Frühjahrskonferenz 2001

Juli 2001

- Grenzüberschreitender Kapitalverkehr und die Rolle des Internationalen Währungsfonds
- Realzinsen: Entwicklung und Determinanten
- Faktorpreise, Beschäftigung und Kapitalstock in Deutschland: Ergebnisse einer Simulationsstudie

August 2001

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Sommer 2001

September 2001

- Die Ertragslage der Kreditinstitute im Jahr 2000
- Bankbilanzen, Bankenwettbewerb und geldpolitische Transmission
- Unsicherheit, Handlungsfreiheit und Investitionsverhalten – ein empirischer Befund

Oktober 2001

- Währungspolitische Aspekte der EU-Erweiterung
- Instrumente zur Analyse von Markterwartungen: Risikoneutrale Dichtefunktionen

November 2001

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Herbst 2001

Dezember 2001

- Die internationale Integration der deutschen Wertpapiermärkte
- Zur langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte – eine Analyse anhand der Generationenbilanzierung
- Erträge und Finanzierungsverhältnisse deutscher Unternehmen nach Rechtsformen
- Berichte aus dem Forschungszentrum

Januar 2002

- Kapitalverkehr und Wechselkurs
- Der Wohnungsmarkt in den neunziger Jahren
- Das Eigenkapital der Kreditinstitute aus bankinterner und regulatorischer Sicht
- Berichte aus dem Forschungszentrum

Februar 2002

- Die Wirtschaftslage in Deutschland um die Jahreswende 2001/2002

März 2002

- Der DM-Bargeldumlauf – von der Währungsreform zur Europäischen Währungsunion
- Die deutsche Zahlungsbilanz für das Jahr 2001
- Zum Zusammenhang zwischen Kreditzinsen deutscher Banken und Marktzinsen

April 2002

- Staatliche Leistungen für die Förderung von Familien
- Ertragslage und Finanzierungsverhältnisse deutscher Unternehmen im Jahr 2000
- RTGS^{plus} – erfolgreich am Markt etabliert

Mai 2002

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Frühjahr 2002

Statistische Beihefte zum Monatsbericht¹⁾

- 1 Bankenstatistik (monatlich)
- 2 Kapitalmarktstatistik (monatlich)
- 3 Zahlungsbilanzstatistik (monatlich)
- 4 Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen (monatlich)
- 5 Devisenkursstatistik (vierteljährlich)

Diskussionspapiere des volkswirtschaftlichen Forschungszentrums

Januar 2002	03/02
Fiscal Foundation of Convergence to European Union in Pre-Accession Transition Countries	
Januar 2002	04/02
Testing for Competition Among German Banks	
Januar 2002	05/02
The stable long-run CAPM and the cross-section of expected returns	
Februar 2002	06/02
Pitfalls in the European Enlargement Process – Financial Instability and Real Divergence	
Februar 2002	07/02
The Empirical Performance of Option Based Densities of Foreign Exchange	
Februar 2002	08/02
Evaluating Density Forecasts with an Application to Stock Market Returns	
Februar 2002	09/02
Estimating Bilateral Exposures in the German Interbank Market: Is there a Danger of Contagion?	
März 2002	10/02
Zur langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte in Deutschland – eine Analyse anhand der Generationenbilanzierung	
März 2002	11/02
The pass-through from market interest rates to bank lending rates in Germany	
April 2002	12/02
Dependencies between European stock markets when price changes are unusually large	

Frühere Diskussionspapiere sind – zum Teil als Zusammenfassungen – im Internet verfügbar.

Sonderveröffentlichungen

Die Geldpolitik der Bundesbank, Oktober 1995²⁾

Makro-ökonomisches Mehr-Länder-Modell, November 1996³⁾

Weltweite Organisationen und Gremien im Bereich von Währung und Wirtschaft, April 1997³⁾

Europäische Organisationen und Gremien im Bereich von Währung und Wirtschaft, Mai 1997³⁾

Die Zahlungsbilanz der ehemaligen DDR 1975 bis 1989, August 1999³⁾

Der Markt für deutsche Bundeswertpapiere, Mai 2000

Macro-Econometric Multi-Country Model: MEMMOD, Juni 2000

Statistische Sonderveröffentlichungen

- 1 Bankenstatistik Richtlinien und Kundensystematik, Juni 2000⁴⁾
- 2 Bankenstatistik Kundensystematik Firmenverzeichnisse³⁾⁵⁾
- 3 Aufbau der bankstatistischen Tabellen, Januar 2000³⁾
- 4 Ergebnisse der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung für Deutschland 1991 bis 2000, September 2001

o Diese Veröffentlichung ist nicht im Internet verfügbar.

1 Nur die Tabellenköpfe und die Erläuterungen sind in englischer Sprache erhältlich.

2 Diese Sonderveröffentlichung ist in verschiedenen Auflagen auch in französischer, spanischer, russischer und chinesischer Sprache verfügbar.

3 Diese Veröffentlichung ist nur in deutscher Sprache erschienen.

4 Nur die Abschnitte „Monatliche Bilanzstatistik“, „Auslandsstatus“ und „Kundensystematik“ („Tabellarische Gesamtübersicht“, „Gliederung nach Branchen und Aktivitäten – Erläuterungen“ sowie die zugehörigen Texte) sind in englischer Sprache erhältlich.

5 Nur im Internet vierteljährlich aktualisiert verfügbar.

- 5 Jahresabschlüsse westdeutscher Unternehmen 1971 bis 1996, März 1999¹⁾
- 6 Verhältniszahlen aus Jahresabschlüssen west- und ostdeutscher Unternehmen für 1998, September 2001¹⁾
- 7 Erläuterungen zu den Leistungspositionen der Zahlungsbilanz, September 2001³⁾
- 8 Die Zahlungsbilanzstatistik der Bundesrepublik Deutschland, 2. Auflage, Mai 1990⁹⁾
- 9 Wertpapierdepots, August 2001
- 10 Kapitalverflechtung mit dem Ausland, Mai 2002¹⁾
- 11 Zahlungsbilanz nach Regionen, Juli 2001
- 12 Technologische Dienstleistungen in der Zahlungsbilanz, Mai 2002³⁾

Bankrechtliche Regelungen

- 1 Gesetz über die Deutsche Bundesbank und Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank, Juni 1998

- 2 Gesetz über das Kreditwesen, Februar 2001³⁾
- 2a Grundsatz I über die Eigenmittel der Institute, Januar 2001³⁾
- 2b Grundsatz II über die Liquidität der Institute, August 1999³⁾
- 7 Merkblatt für die Abgabe der Groß- und Millionenkreditanzeigen nach §§ 13 bis 14 KWG, September 1998

Veröffentlichungen zur WWU

Informationsbriefe zur Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion³⁾

euro 2002 – Informationen zur Euro-Bargeldeinführung

Nr. 1, Juli 2000

Nr. 2, Oktober 2000

Nr. 3, Februar 2001

Nr. 4, Mai 2001

Nr. 5, September 2001

Der Euro ist da. Wir sagen Ihnen, worauf es ankommt. (Faltblatt)³⁾

Anmerkungen siehe S. 79*.